Donnerstag, 30. Oktober 1986 - D ***

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 253 - 44. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, [illegible] F, Griechenland 150 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1500 L, Jugoslawien 600,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,30 hfl. Norwegen 8,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 8,00 skr. Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts, Türkei 850 Tl.

exklusiv in der WELT



Strategien gegen die Arbeitslosigkeit

Seit 1983 sind in der Bundesrepublik mehr als 500 000 Arbeitsplätze neu geschaffen worden. Aber die Zahl der Arbeitslosen hat sich nur wenig verringert, denn zwei von drei neuen Jobs wurden aus der „stillen Reserve" besetzt – von Menschen, die vorher nicht berufstätig waren. In der letzten Folge ihrer WELT-Serie skizziert Elisabeth Noelle-Neumann daher neue Strategien für einen weitergehenden Abbau der Arbeitslosigkeit. Seite 6

Heute in der WELT

Suezkrise – Die Folgen für Europa

Vor 30 Jahren leitete der britisch-französische Feldzug gegen Ägypten die Suezkrise ein. Moskau drohte mit der Bombe, Washington hielt sich zurück. Europa verlor damals seinen dominierenden Einfluß, während für Moskau die Suezkrise der Beginn eines lang anhaltenden Engagements in Nahost war. Der langjährige Diplomat Professor Wilhelm Grewe zeichnet für die WELT das Krisen-Szenario und die Folgen dieses Abenteuers für Europa. Seite 7

POLITIK

Steuern: Ein Vorziehen der zweiten Stufe des Steuerentlastungsgesetzes ist für die Bundesregierung kein Thema. Das sagte Wirtschaftsminister Bangemann gegenüber der WELT. (S. 13)

Empfang: Der frühere Kanzler Schmidt ist vom Primas der katholischen Kirche Polens, Kardinal Glemp, empfangen worden.

Urteil: Der ehemalige IBH-Chef Horst-Dieter Esch ist in Koblenz zu sechseinhalb Jahren Haft verurteilt worden. Esch war wegen Betruges und Konkursverschleppung angeklagt worden.

Tarife: Baden-Württembergs IG Metall will in die Tarifrunde 1987 mit der Forderung nach der 35-Stunden-Woche gehen.

WIRTSCHAFT

Liechtenstein: Das Fürstentum am Oberrhein ist gemessen an der Zahl seiner Einwohner das wohl am höchsten industrialisierte Land der Welt. Auch als Finanzplatz für internationale Banken ist Liechtenstein interessant geworden. Ein WELT-Report stellt das Fürstentum vor. (S. 21–23)

Börse: An den deutschen Aktienmärkten ergaben sich gestern bei ruhigem Geschäft weitere Kurseinbußen. Am Rentenmarkt ergaben sich bei öffentlichen Anleihen ebenfalls deutliche Einbußen. WELT-Aktienindex 263,95 (266,82). BHF-Rentenindex 105,821 (106,058). BHF-Performance-Index 106,584 (106,792). Dollarmittelkurs 2,0275 (2,0321) Mark. Goldpreis je Feinunze 405,80 (410,50) Dollar.

Aktienindex der WELT
31.12.1964=100

| 280 |
| 270 |
| 260 |
| 16. 17. 20. 21. 22. 23. 24. 27. 28. 29. |
| Oktober '86 |

DIE WELT

KULTUR

Tschechen: Drei in der CSSR lebende Autoren haben ein bemerkenswertes Buch über das Sudetenland verfaßt. Eindrucksvoll wird die Bedeutung dieses Landes für die deutsch-tschechischen Beziehungen aufgezeigt. (S. 27)

Ost-Berlin: Elf Maler aus der Bundesrepublik Deutschland stellen von heute an erstmals in Ost-Berlin ihre Werke aus. Die Präsentation war im Rahmen des Kulturabkommens mit der „DDR" vereinbart worden.

SPORT

Fußball: In die Auseinandersetzungen um die Olympia-Mannschaft des DFB haben sich jetzt auch die Spieler eingeschaltet. Sie engagieren sich für den Aufbau eines neues Teams. (S. 24)

Tennis: Das Grand-Prix-Turnier in Paris ist mit insgesamt 625 000 Dollar das höchstdotierte Turnier der Welt. Schirmherr dieser Veranstaltung ist der französische Premierminister Chirac. (S. 24).

AUS ALLER WELT



Drachen: In diesen Tagen steigen wieder allerorts bunte Drachen im Herbstwind gen Himmel. Kein Land kann für diese papierenen Gebilde Urheberrechte beanspruchen, doch die schönsten Exemplare kommen aus China (Foto). (S. 28)

Mehrlingsgeburten: Innerhalb einer Woche wurde aus München die dritte spektakuläre Mehrlingsgeburt gemeldet. Der reiche Kindersegen „auf einen Schlag" ist aber keinesfalls eine unerklärliche Münchner Spezialität. (S. 28)

Beim Thema „Kronzeuge" drängt Koalition zur Eile

Schon nächste Woche erste Lesung / Hausdurchsuchungen in Düsseldorf

GÜNTHER BADING/DW. Bonn

Mit einem Gesetz zur Bekämpfung des Terrorismnus und mit der Verschärfung einer Reihe von Strafrechtsbestimmungen will die Bundesregierung Fahndungsarbeit und Präventivmaßnahmen der Sicherheitsbehörden unterstützen. Das Bundeskabinett unter Leitung des Kanzlers billigte gestern die von einer Arbeitsgruppe unter Kanzleramtschef Wolfgang Schäuble erarbeiteten Vorschläge, darunter auch die umstrittene Einführung einer Kronzeugen-Regelung bei terroristischen Straftaten.

Eingebracht werden die Gesetzesvorhaben allerdings von den Koalitionsfraktionen, um die parlamentarische Behandlung zu beschleunigen. Schon am Donnerstag kommender Woche, so der derzeitige Plan, sollen die Entwürfe im Bundestag in erster Lesung behandelt werden. Sie sollen noch vor Weihnachten endgültig verabschiedet und in Kraft gesetzt werden. Im Kabinett hätten die aus der FDP-Fraktion trotz der Zustimmung in der vergangenen Woche jetzt wieder geäußerten Bedenken keine Rolle gespielt, berichtete Regierungssprecher Friedhelm Ost.

Wichtigste Neuregelung ist die Einführung des „Kronzeugen" in das deutsche Strafrecht. Künftig kann ein reuiger Terrorist selbst bei schwersten Verbrechen mit Straffreiheit oder -milderung rechnen, falls er gegen Gesinnungsgenossen vor Gericht aussagt. Die Regelung soll nur für Terroristen gelten und auf zwei Jahre befristet werden.

SEITE 4:
Fahndungskonzept

Die weiteren einvernehmlich gebilligten Vorschläge der Koalition sehen vor:

- Der Paragraph 129 a des Strafgesetzbuches (Bildung einer terroristischen Vereinigung) wird auf Anschläge gegen den See-, Bahn- und Luftverkehr sowie auf Energieversorgungsunternehmen und Kraftwerke ausgedehnt.
- Der neue Paragraph 130 a des Strafgesetzbuches stellt die Befürwortung von Gewalt und die Anleitung zu Straftaten wieder unter Strafe. Die Bestimmung hatte die SPD/FDP-Koalition abgeschafft.
- Durch eine Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes soll der Generalbundesanwalt auch ausländische Terrororganisationen, die auf deutschem Boden tätig werden, verfolgen können.

Die gesetzlichen Grundlagen für den direkten polizeilichen Zugriff auf das Zentrale Verkehrsinformationssystem beim Kraftfahrtbundesamt sollen noch in dieser Legislaturperiode geschaffen werden.

Bei einer Polizeiaktion im Komplex Kiefernstraße in Düsseldorf wurden gestern nach Auskunft der Bundesanwaltschaft mehrere Wohnungen durchsucht. Dabei sei ein Exemplar des Schreibens gefunden worden, das nach dem Mord an dem Diplomaten von Braunmühl aufgetaucht war. Außerdem habe die Polizei weiteres belastendes Material sichergestellt. In der Kiefernstraße waren auch Luitgard Hornstein und Christian Kluth gemeldet, die am 2. August zusammen mit der Terroristin Haule-Frimpong festgenommen worden waren.

DER KOMMENTAR

Sport-Blockade

ENNO v. LOEWENSTERN

Manche bezeichnen die Sowjets als Sicherheitspartner, die ihre Verträge strikt einhielten und an Entspannung interessiert seien. Aber so gut wie immer, wenn die Probe aufs Exempel gemacht werden soll, stellen sich Termin- oder sonstige unüberwindliche Schwierigkeiten heraus.

Zuletzt sabotierten die Sowjets die Austragung der Europa-Meisterschaft in Berlin. Dann klappt es plötzlich mit dem als „Ersatz" in Aussicht genommenen Länderspiel in Berlin nicht mehr.

Was Wunder. Die Sowjets haben sich zwar dazu durchgerungen, an Sportveranstaltungen mit vielen Teilnehmern im freien Teil Berlins mitzuwirken und den ihnen unterworfenen Staaten die Teilnahme zu gestatten. Aber gegen Einzelveranstaltungen dort fällt ihnen immer wieder etwas ein. Ebenso sorgen die Sowjets bei Auftritten deutscher Mannschaften in ihrem Machtbereich nach Kräften dafür, die Berliner Vertretung als etwas Separates darzustellen. Dabei ist die Ausrede, Berlin sei kein Teil der Bundesrepublik und werde auch nicht von ihr regiert, die in anderen Zusammenhängen schon böswillig genug ist, beim Sport einfach grotesk. Die Berliner Sportverbände gehören den Sportverbänden der Bundesrepublik Deutschland an; wenn diese Veranstaltungen in Berlin abhalten, ergibt sich dadurch beim besten oder vielmehr schlechtesten Willen nichts, was die sowjetischen Rechte aus dem Viermächtestatus tangierte.

Hier geht es schlicht und einfach darum, daß die Sowjets den Berlinern nicht einmal das gönnen, was sie im deutschen Text des Vier-Mächte-Abkommens aus „Bindungen" in „Verbindungen" umfälschen ließen. Sie gönnen den Berlinern nicht einmal Sportveranstaltungen als Ausdruck der Lebensfreude und Lebensfähigkeit der Stadt.

Deutlicher können sie nicht sagen, daß sie ihr altes, 1948 erstmals durch die Blockade vorgeführtes Ziel niemals aufgegeben haben: den Griff nach dem frei gebliebenen Teil Deutschlands über den Griff nach dem frei gebliebenen Teil Berlins.

In Berlin eine neue Terror-Gruppe

„Revolutionäre Zellen" dienen als Etikett / Ausschreitungen in mehreren Städten

W. K./DW. Berlin/Bonn

Hinter dem Anschlag auf den Chef der Berliner Ausländerbehörde, Harald Hollenberg, vermutet die Polizei eine neue terroristische Gruppierung, die unter dem Etikett der „Revolutionären Zellen" (RZ) auftritt. Sie hält sich auch nicht an das alte Konzept der RZ, wonach bisher nur Gewalt gegen Sachen ausgeübt wurde.

Die neue Gruppe hat bei dem Anschlag auf Hollenberg nach Angaben gut unterrichteter Stellen den Eindruck zu erwecken versucht, daß auch Ausländer an dem Überfall beteiligt waren. Dazu diente offensichtlich der Fluchtwagen, der einem Palästinenser gehörte, bevor er von einem mutmaßlichen Angehörigen der Gruppe erworben worden war.

Wie der Leiter des polizeilichen Staatsschutzes, Manfred Ganschow, mitteilte, hat der vorletzte Halter den benutzten VW-Passat am 10. August an einen Mann verkauft, der einen falschen Namen benutzt hatte. Dieser Unbekannte habe das Auto dann vier Tage später bei der Straßenverkehrsbehörde endgültig stillgelegt, den Fahrzeugschein abgegeben und die Kennzeichen entstempeln lassen. Der frühere Wagenbesitzer sollte nach vorläufigen Ermittlungen als beteiligter Ausländer der Öffentlichkeit „untergeschoben" werden.

Die „Revolutionären Zellen" nannten in einem Brief an das Bonner Büro der französischen Nachrichtenagentur AFP als Grund für das „Beinschuß-Attentat", der „Menschenjäger" Hollenberg stehe im „Abwehrkampf" gegen in der Bundesrepublik und West-Berlin lebende Ausländer „an vorderster Front". Hier werde der Boden für „blutige Pogrome und radikale Repressionen" geebnet.

SEITE 2:
Rasterfahndung

In Berlin ansässige arabische Gruppen und andere Ausländervereinigungen sind nach den Ermittlungen nicht in den Anschlag verwickelt. Die Schüsse auf Hollenberg und weitere Aktionen im Bereich der Asylpolitik wurden nach Ansicht von Experten unabhängig von den Aktivitäten politischer Ausländerorganisationen vorbereitet. Eine Analyse des Anschlags in Berlin schließt allerdings nicht aus, daß auch Angehörige des Umfeldes der „Rote Armee Fraktion" (RAF) daran beteiligt waren.

Hollenberg, den zwei Schüsse in die Beine trafen, wurde gestern operiert. Er muß noch etwa zwei Wochen im Krankenhaus bleiben.

Mit großer Zerstörungswut haben Sympathisanten der Hausbesetzersszene in Hamburg, Lübeck, Hannover und Köln sowie in der dänischen Hauptstadt auf die Räumung von Gebäuden in der Hamburger Hafenstraße reagiert. Unbekannte verübten in Kopenhagen Anschläge auf Büros des Elektrokonzerns AEG und der Deutschen Presseagentur sowie des Goethe-Instituts. Ein anonymer Anrufer sagte der dänischen Nachrichtenagentur Ritzau in dänischer Sprache, dies sei „Rache für das, was in der Hafenstraße passiert ist".

Im Fall Ibbenbüren neue Fragen an die Regierung Rau

Entstickung des Kraftwerks kommt später als vorgesehen

MICHAEL JACH, Hannover

Bei der Inbetriebnahme des umstrittenen Kohlekraftwerks Ibbenbüren vor einem Jahr hat die nordrhein-westfälische Landesregierung unter Ministerpräsident Rau (SPD) offenbar irreführende Angaben über den Zeitpunkt der Entstickung gemacht. Zu der jetzt bekannt gewordenen Verschiebung des Einbaus der Entstickungsanlage um fast ein Jahr sagte der CDU-Bundestagsabgeordnete Göhner, die Landesregierung habe um die tatsächliche Sachlage wissen müssen. Sie habe jedoch mit einem „leeren Versprechen die Öffentlichkeit getäuscht". Der umweltpolitische Sprecher der CDU in Niedersachsen, Grill, meinte sogar: Rau sei „persönlich verantwortlich".

In einem bisher wenig beachteten, jetzt von CDU-Umweltpolitikern in Hannover und Bonn zitierten Interview des WDR-Fernsehens hatte NRW-Umweltminister Matthiesen kürzlich eingeräumt, die Entstickungs-Katalysatoren würden nicht wie ursprünglich geplant Anfang, sondern erst gegen Ende 1988 betriebsbereit sein.

Aber auch hinter diesem Datum stehen Fragezeichen. Kraftwerkstechniker hatten von vornherein Bedenken gegen solche „politischen" Terminangaben geäußert, weil das vorgesehene japanische Katalysator-Patent für die in Ibbenbüren erforderlichen Verbrennungsverfahren noch unerprobt sei. In einer Werksdrucksache hieß es seinerzeit, Inbetriebnahme „bis Ende 1988 erscheint möglich, setzt allerdings einen reibungslosen Planungsablauf (Versuche ...) voraus". Jüngst hatte auch das Vorstandsmitglied des Krafwerksbetreiber Preussag Stalp erklärt, an die „Entstickungsanlage sind extrem hohe Anforderungen zu stellen, die heute noch nicht Stand der Technik sind".

Unterdessen staut sich in der Hannoveraner Konzernzentrale Ärger an über die anhaltenden, politisch verursachten negativen Schlagzeilen über das Kraftwerk, das die 4000 Arbeitsplätze des Preussag-Bergwerks Ibbenbüren garantiert. Um deretwillen und gedrängt von der NRW-Regierung hatte sich das Unternehmen zum Bau des 770-Megawatt-Blocks entschlossen.

Seiten 2 und 3: Weitere Berichte

Sowjetische Waffen stärken Sandinisten

Kampfhubschrauber per Frachter nach Nicaragua / USA bringen UNO-Resolution zu Fall

tho./DW. Washington

Der Konflikt in Nicaragua droht zu eskalieren. Die Sandinisten haben ihr bereits beträchtliches Waffenarsenal erweitert. Die Sowjetunion hat der Regierung Ortega sechs Kampfhubschrauber vom Typ MI-24 „Hind" geliefert. Einen entsprechenden Bericht der „Los Angeles Times" bestätigte der Sprecher des US-Verteidigungsministeriums, Bob Sims. Er könne zwar nicht sagen, wie die USA an die Informationen gekommen seien. Es handele sich jedoch um sehr präzise Schätzungen.

Das Blatt berichtete, die Helikopter seien mit dem Handelsschiff „Aram Chatschaturian" in den Pazifikhafen Corinto gebracht worden. Damit verfüge Nicaragua nun über zwölf dieser mit schweren Raketen bestückten Hubschrauber. Führer der „Contras" geben stets an, daß kubanische Piloten die in Afghanistan erprobten Hubschrauber fliegen.

Außerdem soll Nicaragua Schnellboote erhalten haben. Der „Miami Herald" berichtete, daß sich unter den Waffenlieferungen auch Boden-Luft-Raketen des Typs SAM-3 befinden. Die sandinistische Volksarmee (EPS) hatte bisher keine Raketen dieser Art. Nach Ansicht westlicher Beobachter in Managua werden vor allem die zusätzlichen MI-24 das militärische Kräfteverhältnis noch stärker zugunsten der Sandinisten verschieben. Sims gab an, die Sowjetunion habe in diesem Jahr insgesamt 18 000 Tonnen an Rüstungsgütern nach Nicaragua geliefert.

SEITE 2:
Reden und handeln

Die Sandinisten, die mit 120 000 Soldaten und Reservisten bereits über die größte Armee Mittelamerikas verfügen, kontrollieren seit mindestens zwei Jahren das Kampfgeschehen dieses Krieges. Die „Contra"-Verbände umfassen dagegen lediglich 10 000 bis 15 000 Kämpfer, von denen sich viele in honduranischen Basislagern befinden.

Bereits vor der Debatte im US-Kongreß über die Wiederaufnahme der Militärhilfe hatte der nicaraguanische Präsident Daniel Ortega verkündet, seine Regierung werde nun weiter aufrüsten. Die neuen Waffenlieferungen der Sowjetunion sind offenbar eine Reaktion auf die Entscheidung im Kongreß, der den „Contras" im Sommer eine Militärhilfe in Höhe von 100 Millionen Dollar gewährte.

In diplomatischen Kreisen in Managua heißt es, die sandinistischen Streitkräfte besäßen mehr Waffen als sie einsetzen könnten. Auch der „Contra"-Kommandeur Adolfo Calero teilt diese Meinung. Den Rebellen bleibt jedoch ein Trost: Es soll Probleme mit den Radar- und Raketensystemen geben.

Die USA haben im UNO-Sicherheitsrat mit ihrem Veto eine Resolution zu Fall gebracht, die sie zur Beachtung des „Nicaragua-Urteils" des Internationalen Gerichtshofs aufforderte. Dabei handelt es sich um einen Spruch vom Juni, der die US-Unterstützung der nicaraguanischen Rebellen für unrechtmäßig erklärt.

Beitragssatz sinkt wieder

AP, Bonn

Die Rentenfinanzen sind mittlerweile so gefestigt, daß der Beitragssatz zur Rentenversicherung wieder gesenkt werden kann. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Große Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion hervor. Danach soll der Beitragssatz zur gesetzlichen Alterssicherung, der von 18,5 Prozent vorübergehend auf 19,2 Prozent angehoben werden mußte, vom 1. Januar 1987 an nur noch 18,7 Prozent betragen. Das Rentenniveau konnte auf einem hohen Stand gehalten werden.

Lummers Rat an Diepgen

hrk. Berlin

Der Berliner CDU-Politiker Heinrich Lummer steht einer Teilnahme des Regierenden Bürgermeisters Eberhard Diepgen am „DDR"-Staatsakt zur 750-Jahr-Feier Berlins kritisch gegenüber. In einem Beitrag für die WELT schreibt er: „So, wie die Bundesrepublik Deutschland bisher ohne den Besuch des Staatsratsvorsitzenden Honecker auskommen mußte, kann Berlin auch ohne die Teilnahme des Regierenden Bürgermeisters am Staatsakt leben."

Seite 5: Auch ohne Besuch

Der DFB sagt das Spiel in Tiflis ab

Reaktion auf Moskaus Berlin-Boykott / Begegnungen von Anfang an ein Politikum

DIETHART GOOS, Bonn

Der Deutsche Fußballbund (DFB) wird möglicherweise schon heute die Absage des Fußball-Länderspiels gegen die Sowjetunion am 25. März nächsten Jahres in Tiflis bekanntgeben. Damit reagiert der DFB auf die plötzliche Weigerung der Sowjets, entgegen ursprünglicher Absprachen nicht zum Rückspiel gegen die Mannschaft der Bundesrepublik Deutschland am 29. August 1987 im Berliner Olympia-Station antreten zu wollen. Das sowjetische Verhalten wurde in Kreisen der Bundesregierung gestern als schwerwiegend bezeichnet. Ein maßgeblicher Politiker sagte: „Das ist ein Hammer."

Offiziell haben die Sowjets ihre Weigerung, das Rückspiel in Berlin auszutragen, mit Terminschwierigkeiten begründet. In Bonn besteht jedoch kein Zweifel, daß dafür politische Motive ausschlaggebend sind. Offensichtlich wollen die Sowjets 1987 anläßlich der 750-Jahr-Feiern in beiden Teilen Berlins mit Rücksicht auf die „DDR" nicht im West-Teil der alten deutschen Hauptstadt spielen.

Die beiden Spiele zwischen der deutschen und der sowjetischen Mannschaft waren von Anfang an ein Politikum. Ursprünglich wollte der DFB als Ausrichter der Europa-Meisterschaft 1988 auch das Berliner Olympia-Stadion berücksichtigen. Dieser Plan scheiterte jedoch am massiven Widerstand des Ostblocks. Um die EM nicht zu gefährden, gab der DFB nach und vereinbarte mit der Sowjetunion als Trostpflaster für Berlin das dortige Freundschaftsspiel am 29. August nächsten Jahres. Nach der überraschenden Wende hieß es gestern in Bonner Regierungskreisen, nun sei der DFB zum zweitenmal von den Russen aufs Kreuz gelegt worden.

Ob die Sowjets jetzt wieder eine harte Linie in der Sportpolitik gegen Berlin einschlagen, könnte sich schon bald herausstellen. Im Frühjahr 1988, noch vor Beginn der Europameisterschaft, findet in Berlin ein bedeutendes Fußball-Turnier mit den Nationalmannschaften Englands, Frankreichs, Brasiliens und der Bundesrepublik statt. Als weiterer attraktiver Gegner hat auch die Sowjetunion zugesagt. Bisher liegt keine Absage aus Moskau vor.

Die Berlin-feindliche Haltung der Sowjets ist offenbar kein isoliertes Vorgehen. Wie gestern bekannt wurde, plante der Berliner Fußball-Bundesligaklub Blau-Weiß 90 ein Freundschaftsspiel gegen die ungarische Nationalmannschaft. Das ungarische Team stand jedoch plötzlich nicht mehr zur Verfügung. Die als Ersatz angebotene Paarung mit der Mannschaft von Honvet Budapest wurde von den Berlinern abgelehnt. Offensichtlich spielte auch bei diesem verhinderten Sport-Kontakt die Politik eine entscheidende Rolle.

Dublin empört über die Einmischung Khadhafis

Der libysche Staatschef unterstützt die Terrorgruppe IRA

SAD, Dublin

Der libysche Staatschef Khadhafi exponiert sich wieder als Anwalt des Terrors. In einem Interview mit dem irischen Fernsehen RTE bekräftigte er seine Unterstützung der irischen Untergrundorganisation IRA und legte sich nicht fest, als er gefragt wurde, ob diese terroristische Bewegung von Libyen Waffen und Geld erhalte.

Die Erklärungen, die Khadhafi abgab, lösten eine scharfe Reaktion der Dubliner Regierung aus. Außenminister Peter Barry sprach von einer „ungeheuerlichen Einmischung in die Angelegenheiten unseres Landes".

Khadhafis Botschaft an die Iren: Wäre er „Führer von Südirland", so wäre Nordirland für ihn ein Opfer des Kolonialismus und er würde „zur Befreiung dieses Teils meines Landes kämpfen". Und dann gab er Oppositionsführer Charles Haughey massive Schützenhilfe. Dessen Partei Fianna Fail wünschte er den Sieg bei der nächsten Wahl. Nur dann sei ein Ausbau der Handelsbeziehungen möglich.

Khadhafi ging auch auf den Abbruch der diplomatischen Beziehungen Londons zu Damaskus im Gefolge des offensichtlich von Syrien mitgetragenen, doch vereitelten Terroranschlags des Jordaniers Hindawi auf ein israelisches Verkehrsflugzeug ein. Khadhafi sprach von einer Entfremdung Englands von der gesamten arabischen Welt. Er drohte: England werde diesen Schritt noch bereuen. Khadhafi wörtlich: „Wir müssen jeder Befreiungsbewegung, die gegen den Kolonialismus kämpft, unsere volle Hilfe gewähren." Weiter: „Die gesamte irische Jugend in Nord und Süd sollte am Kampf zur Befreiung Nordirlands mitwirken."

In dem Interview, das auf Betreiben Libyens zustandekam, forderte Khadhafi die Aufstellung einer „unsichtbaren" internationalen Armee, die an allen Orten Amerika bekämpfen solle. „Deutschland, Italien, Großbritanien und Spanien bieten Terroristen Zuflucht, die terroristische Anschläge gegen arabische Länder führen." Er nannte jedoch keine Beispiele.



UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Gruß von Ogarkow

Von Carl Gustaf Ströhm

Marschall Nikolaj Ogarkow, der vor zwei Jahren als Chef des Generalstabs der sowjetischen Streitkräfte abgesetzt wurde, hat jetzt all jenen, die etwa die Neigung verspüren sollten, die Sowjetunion militärisch anzugreifen, mit „zerschmetternden Gegenschlägen" gedroht. Und zwar auch über die Nachrichtenagentur „Nowosti", die dem Staatssicherheitsdienst KGB nahesteht und über deren neues „Militärbulletin" sich als erster der jetzige Stabschef Achromejew hören ließ.

Was Ogarkow sagte, ist gewiß keine neue Formel, und gewiß hat Ogarkow auch die alte Formel wiederholt, wonach Moskau nicht als erster Atomwaffen einsetzen werde. Aber da klar ist, daß die USA – und sie wären als einzige vom Potential her dazu imstande – nicht daran denken, die UdSSR militärisch zu attackieren, bleibt nur die Frage, wen oder was Ogarkow hier gemeint hat. Wenn es um Aggressionen nach sowjetischer Lesart geht, hat auch das kleine Finnland 1939 einen „verbrecherischen Angriff" begangen, als es sich dem Ultimatum Stalins nicht beugte. Da hieß es plötzlich am 26. November, finnische Artillerie beschieße die sowjetische Stadt Mainila. Vier Tage später marschierten die Sowjets in Finnland ein.

Nun hat der Marschall Achromejew kurz vor Reykjavik im Nowosti-Bulletin von dem „Schaden" gesprochen, den Gorbatschows Atomtest-Moratorium den sowjetischen militärischen Interessen zufüge. Westliche Vermutungen, hier werde ein ernster Konflikt zwischen Gorbatschow und den Militärs sichtbar, riefen wütende Proteste in Moskau hervor. Aber siehe da: Wenige Tage darauf tauchte eben dieser Marschall Achromejew als Mitglied der sowjetischen Reykjavik-Delegation im Troß Gorbatschows auf. Als Aufpasser?

Neutrale KSZE-Diplomaten sprechen von einem seltsamen Schwenk, den die sowjetische Politik kurz vor Reykjavik in der Abrüstungsfrage vollzogen habe. Jetzt, wenige Tage vor der Wiener KSZE-Nachfolgekonferenz, erinnert ein hoher sowjetischer Offizier an die „Vernichtungs"-Doktrin, in einer Sprache, wie sie in westlichen Militärkreisen jedenfalls ungebräuchlich ist. Damit verstärkt sich der Verdacht, daß es im sowjetischen militärischen Establishment starke Kräfte geben könnte, denen die ganze Gorbatschow-Richtung nicht paßt.

Anrüchiges aus Düsseldorf

Von Dankwart Guratzsch

Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hat erneut die Fristen für die Entstickung von Ibbenbüren verlängert – aber die Öffentlichkeit hat wenig, zu wenig darüber erfahren. Wenn dies ein Vorgeschmack auf das sein soll, was der Ministerpräsident dieses Landes und Kanzlerkandidat der SPD, Johannes Rau, unter „neuer Umweltpolitik" und „ökologischem Umbau der Industriegesellschaft" versteht, dann brennt er auf der Zunge.

In Ibbenbüren hat Rau im vergangenen Jahr den „größten Stinker der Nation" persönlich in Betrieb genommen: Kein anderes deutsches Kraftwerk, nicht einmal eine der zahlreichen Altanlagen, entsendet so hohe Frachten an Stickoxiden in den Himmel – selbst von Reinluftgebieten, denn der Schornstein von Ibbenbüren im Münsterland hat eine „Wirkhöhe" (wie die Fachleute sagen) von 800 Metern. Er ist damit besonders prädestiniert, zur Entstehung von Photooxidantien wie Ozon beizutragen, denen heute maßgebliche, wenn nicht entscheidende Schuld am Waldsterben zugeschrieben wird.

Als Rau den Schaden sah, den er angerichtet hatte, beeilte er sich, im Dezember 1985 „Nachbesserungen" anzukündigen, und setzte die Werksleitung, deren Entstickungsprogramm ihm zuvor gleichgültig gewesen war, mit kurzfristigen Terminen für die Nachrüstung des Kraftwerks unter Druck. Mit der Unterschrift seines Umweltministers Matthiesen unter die neuen Vereinbarungen mit den Betreiberfirmen steht jetzt fest: Die Termine können nicht eingehalten werden. Raus Versprechen, das Werk werde endgültig wenigstens ab 1. Januar 1988 gemäß den Richtlinien der Umweltminister vom April 1984 entstickt werden, ist hinfällig. Der Termin wird um ein ganzes Jahr verschoben – auf genau jenen Zeitpunkt, den die Firmen von vornherein auch selbst ins Auge gefaßt hatten.

Aber auch jetzt ist noch keineswegs sicher, ob das Werk dann wirklich „sauber" gefahren werden kann, denn, so schrieb Preußag-Direktor Stalp soeben in einem Fachblatt: Die „hohen Anforderungen" sind „noch nicht Stand der Technik". Ist es da ein Wunder, daß sich manch einer an die Umweltpolitik der SPD-geführten Bundesregierungen erinnert fühlt, die aus viel großen Worten, aber wenig Taten bestand?

Reden und handeln

Von Werner Thomas

Die Nachrichten aus Nicaragua über neue massive sowjetische Waffenlieferungen haben wieder einmal das unterschiedliche Verhalten der beiden Supermächte demonstriert: Die eine Seite redet, die andere handelt. So sichert sich das östliche Lager immer einen Vorsprung.

In Washington war monatelang über die Frage debattiert worden, ob die drei Jahre unterbrochene Militärhilfe an die antisandinistischen Contra-Rebellen wieder aufgenommen werden soll. Nach hitzigen Diskussionen dürfen die Rebellen wieder mit 100 Millionen Dollar rechnen, 70 Millionen Dollar allein für Waffen. Bisher allerdingfs haben die Contras noch keinen Dollar erhalten. Erst letzte Woche unterzeichnete Präsident Reagan die entsprechende Gesetzesvorlage, weil diese erst noch prozedurale Hürden nehmen mußte.

In der Zwischenzeit wurden in der nicaraguanischen Hafenstadt Corinto längst sowjetische Frachter mit militärischem Material entladen, vermutlich mehr als 70 Millionen Dollar wert, darunter auch die schnellsten Kampfhubschrauber der Welt (Mi-24), gegen die sich die Rebellen bisher nicht wirkungsvoll zu verteidigen wissen. Das war schon die Antwort auf das amerikanische Kongreßvotum.

Mit großer Wahrscheinlichkeit wird sich das militärische Kräfteverhältnis in den nächsten Monaten noch eindeutiger zu Gunsten der Marxisten in Managua verbessern. Diese hatten von Anfang an entscheidende Vorteile, nicht zuletzt durch die Hilfe von etwa dreitausend kubanischen Militärberatern. Aber als Anfang Oktober der amerikanische Staatsbürger Eugene Hasenfus in einem Versorgungsflugzeug über Nicaragua abgeschossen wurde, entstand eine weltweite Aufregung.

Man kann sich die weitere Entwicklung vorstellen. Die Contras werden keine dramatischen Erfolge erzielen. Die Reagan-Administration wird deshalb den Kongreß Anfang kommenden Jahres bitten, den bedrängten Rebellen eine weitere Militärhilfe zu gewähren. Dann gibt es wieder erregte Debatten auf dem Capitolshügel, während Moskau handelt.



Nicht die feine englische Art — KLAUS BÖHLE

Die Herausforderung

Von Peter Gillies

Arbeitslosigkeit geißelt die Menschheit, läßt manche Bürger und Familien verzweifeln, programmiert nicht selten soziale Ausgrenzung. Sie fordert ein Staatswesen heraus. Ein Sozialstaat kann sich damit ebensowenig abfinden wie eine Volkswirtschaft, denn die Zurückweisung von Arbeitsbereitschaft bedeutet den Verzicht auf Wachstum, Fortschritt und allgemeine Wohlfahrt. Trotz eindrucksvoller (wenn auch leider nicht zutreffend gewürdigter) Fortschritte bei der Bildung neuer Arbeitsplätze sind rund zwei Millionen bei den Arbeitsämtern als erwerbslos registriert. Ist diese ehern wirkende Ziffer ein zutreffender Spiegel der Wirklichkeit?

Der ironische Stoßseufzer „Ich glaube nur jenen Statistiken, die ich selbst gefälscht habe" tut der Statistik unrecht. Sie sagt nur eines aus: Bei deutschen Arbeitsämtern sind rund zwei Millionen Menschen an einem bestimmten Stichtag als Arbeitssuchende registriert. Wie schwer sie an diesem Schicksal tragen, wie energisch sie nach Arbeit suchen, wie sie ihre Chancen zu verbessern trachten oder wie es ihnen wirtschaftlich geht, sagt diese Statistik nicht aus. Von den gesellschaftlichen Gruppen, den Gewerkschaften, den Unternehmen, den Kirchen, Verbänden und auch den Politikern hätte man erwartet, daß sie nach Aufklärung hungern.

Sie tun es nicht, entwickeln sogar – ähnlich wie bei den Asylanten – eine Art Berührungsscheu mit diesem Thema, das sie gemeinsam als vordringlich bezeichnen. Das Institut für Demoskopie Allensbach, das in einer bisher nicht gekannten Breite und Tiefe die Arbeitslosigkeit ausleuchtete, sah sich sogar im Vorfeld seiner Befragung massiver Polemik und Behinderung ausgesetzt. Dabei erheischt dieser Report aus einer gesellschaftlichen Tabuzone, den DIE WELT in diesen Tagen veröffentlicht, breiteste Diskussion. Er birgt nämlich auch die Lösungsansätze.

Was in Festreden nicht auftaucht – an Stammtischen und in Alltagsgesprächen wird weit schärfer differenziert. Ein 55jähriger Buchhalter in Emden, dem der Computer den Arbeitsplatz streitig macht, und der sich schwerlich als Werzeugmaschinenschlosser mit NC-Qualifikation in Sindelfingen verdingen kann, taucht genauso als statistische Teilmenge auf wie eine Frau, die sich zwecks Aufrechterhaltung ihres Rentenanspruchs beim Arbeitsamt als Teilzeitsuchende einschreiben läßt. Beide Vorfälle werden jedoch gleich gezählt und gewichtet, obgleich sie von höchst unterschiedlicher Tragweite sind. Wollte man beide in Arbeit bringen, erreichte man dies nur mit einer maßgeschneiderten Politik, niemals mit Pauschalien wie beispielsweise sogenannten Arbeitsbeschaffungsprogrammen.

Das demoskopische Schlaglicht erhellt Tatbestände, deren öffentliche und politische Diskussion nötig ist, aber verdrängt wird. Einige seien genannt: 59 Prozent der Arbeitslosen würden keine Arbeit annehmen, die ihnen keinen Spaß macht, nur 26 akzeptierten auch einen freudlosen Job. Zwei Fünftel erklären, sie müßten schnell einen Arbeitsplatz finden, 37 Prozent dagegen entgegnen, sie wollten sich damit etwas Zeit lassen. 21 Prozent haben sich im letzten halben Jahr bei keiner Stelle beworben, 27 Prozent bei einer bis drei Stellen. 60 Prozent haben von ihrem Arbeitsamt keine einzige Stelle angeboten bekommen – wahrlich kein Gütesiegel unserer riesigen Nürnberger Bürokratie.

Arbeit soll Freude machen, gewiß, aber kann dieser Wunsch so dominant sein, daß er Erwerbslosigkeit in Kauf nimmt? Die Umfrage erhärtet, daß die Suche nicht erfolgreich sein kann, wenn mehr



Wie es damals war: Essensausgabe für Arbeitslose 1931 — FOTO: ULLSTEIN

als die Hälfte sie gar nicht zielstrebig genug unternimmt. Hinzu kommt, daß die Mobilität gering ist. Nur ein Drittel entgegnet, man sei zum Ortswechsel bereit, wenn anderswo ein Job winkt; von ihren Familien jedoch sagen zwei Drittel, ein Umzug komme nicht in Frage. Nur die Hälfte der Arbeitslosen drängt auf schnelle Beendigung des Zustandes, nur die Hälfte gibt sich größere Mühe, ihn zu beenden.

Positiv ist, daß die Familie als Hort von Sicherheit und Hilfe empfunden wird. Im allgemeinen Lebensgefühl unterscheiden sich Arbeitslose nur wenig von Arbeitsbesitzern – bis auf den Tatbestand, daß sie sich häufiger langweilen als jene. Als Stigma wird der Zustand nur von jedem sechsten empfunden, was durchaus als Fortschritt im Sozialstaat bezeichnet werden darf. „Ich finde nichts dabei, von öffentlichem Geld zu leben," antworten 43 Prozent, wobei der Rechtsanspruch der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung problemlos geltend gemacht wird.

In vielen politischen Reden werden Arbeitslose pauschal als Sozialfälle dargestellt, so wie manchmal die Identität von „Alt, einsam und arm" beschworen wird. Beides trifft nicht zu. Ein Viertel der Erwerbslosen bezeichnet sich selbst als sozial schwach, 75 Prozent dagegen nicht. Jeder elfte hat „finanziell keine Sorgen", 44 Prozent „kommen einigermaßen aus", 35 Prozent können sich nur das Nötigste leisten, 11 Prozent haben große Sorgen – rund 200 000 charakterisieren sich als arm. Nach geltenden Maßstäben sind sie es wohl, wenngleich auch diese zur Hälfte über ein Auto im Haushalt verfügen. Vier Fünftel dieser Gruppe, die sich als arm bezeichnen, empfinden das Leben oft als sinnlos.

Trotz dieses aufschlußreichen soziologischen Querschnitts – Arbeitslose kann man mit Demoskopie nicht wegdefinieren, aber auch nicht mit Demagogie zu Massenelend kumulieren. Eine Gesellschaft aber, die sich gegen die Ausleuchtung eines Problems sperrt, wird es nie lösen. Ein Fieberkranker wird nicht gesund, wenn er sich weigert, sein Thermometer anzublicken. Auch seine Ärzte werden schwerlich Heilungserfolge erzielen, wenn sie die Anamnese nicht zur Kenntnis nehmen. Und das soll kein Thema im Wahlkampf sein?

IM GESPRÄCH Michel Friedmann

Ohne Mantel im März

Von Joachim Neander

Er fühle sich, sagt er, wie einer, der im März ohne Mantel ausgeht – in der Gewißheit, daß es irgendwann Frühling wird, und in der Hoffnung, daß er sich bis dahin nicht erkältet. Der Frankfurter Rechtsreferendar Michel (französisch ausgesprochen) Friedmann ist mit seinen 30 Jahren der bisher einzige in diesem Land, der eine herausgehobene Funktion zugleich in der Jüdischen Gemeinde und – als CDU-Stadtverordneter – in einer politischen Partei ausübt. Er hat, das räumt er ein, seine Probleme auf beiden Seiten.

Geboren in Paris, wohin es die aus Krakau stammende Familie nach einer Irrfahrt durch halb Europa verschlagen hatte – die Eltern gingen durch mehrere KZs und wurden schließlich durch den berühmt gewordenen sudetendeutschen Unternehmer Oskar Schindler vor dem Gas gerettet –, kam Michel Friedmann mit neun Jahren nach Frankfurt, wo der Vater in der Pelzbranche tätig ist. Vater, Mutter und zwei Söhne (der ältere lebt in Israel) blieben aus einer dreißigköpfigen Familie übrig. Michel spricht polnisch, jiddisch, französisch, englisch, italienisch und natürlich deutsch: Schicksal und Reichtum zugleich, eine Wegspur durch die jüngste Geschichte.

Der junge Friedmann wäre sicher auch ohne deutsche Politik ein guter Anwalt geworden. In der großen Frankfurter Jüdischen Gemeinde (rund 5500 Mitglieder) sitzt er seit langem als Jüngster im Vorstand. Kultur und Jugend sind seine Zuständigkeitsbereiche. Doch 1983 trat er auch in die CDU ein. Zwei Jahre später wurde er auf ihrer Liste ins Stadtparlament gewählt. Die Eltern und viele jüdische Freunde waren skeptisch: Ob das wohl gut geht? Konflikte schienen vorbestimmt. „Ohne Walter Wallmann hätte ich es auch nie gemacht", sagt der junge Mann mit den dunklen, welligen, nackenlangen Haaren, der wie ein Filmschauspieler



Wallmann gewann ihn für die Partei: Friedmann — FOTO: AP

aussieht, ein brillanter Redner ist, aber – und das wissen nur wenige – auch ein überaus nachdenklicher Gesprächspartner und Zuhörer sein kann. Wallmann, der Frankfurter CDU-Oberbürgermeister und jetzige Bundesumweltminister, ist für ihn neben dem Bundespräsidenten das Beispiel für eine Haltung, auf die viele Juden lange gewartet haben.

Friedmann war der Wortführer der Juden, die sich in Frankfurt gegen die Aufführung des Faßbinder-Stücks wehrten. Er hatte in der Jüdischen Gemeinde harte Diskussionen zu führen, wenn einzelne Unionspolitiker Äußerungen von sich gaben, die als antisemitisch aufgefaßt wurden. Er hat auch mit Helmut Kohl über Bitburg und den Satz von der „Gnade der späten Geburt" gestritten.

Um so stolzer ist Michel Friedmann, daß er jüngst wieder mit der höchsten Stimmenzahl in den Vorstand der Jüdischen Gemeinde Frankfurt gewählt worden ist. Erfolg, das weiß er, wird das alles erst dann haben, wenn er in der deutschen Politik „nicht mehr als Jude, sondern als Bürger dieses Landes" beurteilt wird.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

WESTFÄLISCHER ANZEIGER

Das Hammer Blatt erregt sich über die EG:

Diese Luxemburger Konferenz der EG-Außenminister kann allenfalls als Negativbeispiel in die Annalen der europäischen Einigung eingehen. Eine Ruhmestat war es jedenfalls nicht, wie kaltlächelnd die Gemeinschaft abwinkte, als Großbritannien um Solidarität bat

THE GUARDIAN

Die Londoner Zeitung meint zur EG-Außenministerkonferenz:

Die Ergebnisse der Diskussionen über Südafrika und Syrien zeigen zwei Tatsachen: daß Großbritannien dank der kompromißlosen Haltung der Premierministerin in der Diplomatie zweimal aus der Reihe tanzte und daß die Einstimmigkeitsregel ein Klotz am Bein ist, der die Gemeinschaft lähmt.

LA MONTAGNE

Die Zeitung aus Clermont-Ferrand schreibt zu den deutsch-französischen Gesprächen:

Die geringen Ambitionen des auf Regierungsebene ausgearbeiteten Textes – den sowohl der Bundeskanzler wie der französische Präsident für unzureichend hielten – illustriert die Schwierigkeiten, eine Zusammenarbeit, die auf politischem Gebiet als „beispielhaft" bezeichnet wird, in die Tat umzusetzen.

SÜDWEST PRESSE

Die Ulmer Zeitung geht auf das Thema Sonntagsarbeit ein:

Kurz nach dem Ersten Weltkrieg feierte die deutsche Arbeiterbewegung einen Sieg: Die Arbeit an Sonn- und Feiertagen wurde für die meisten Beschäftigten verboten. Ein halbes Jahrhundert später war der zweite Durchbruch erreicht: Der Samstag wurde arbeitsfrei. Jetzt wird im Zuge der Flexibilisierung der Arbeitszeit auch wieder über die Möglichkeit zu mehr Samstags- und Sonntagsarbeit diskutiert. Ein Rückschritt? Zwingt uns der technische Fortschritt mit seinen immer teureren Produktionsanlagen, die gar nicht gestoppt werden können oder die aus Rentabilitätsgründen durchgehend laufen müssen, Samstags- und Sonntagsarbeit nicht einfach auf?

Schwarzwälder Bote

Das Oberndorfer Blatt bemerkt zu den Anschlägen in Berlin und Köln:

Es scheint sich die bittere Wahrheit zu bestätigen, daß Mordanschläge wie der auf den Genscher-Vertrauten von Braunmühl in Bonn ihrerseits eine neue Attentatsserie anderer Terroristen folgen lassen ... Deutlich wird das erschreckende Phänomen des Terrorismus moderner Prägung, daß immer sich wieder Nachwuchs findet, der seine kriminelle Energie von Hausbesetzungen über das Schleudern von Stahlkugeln und Präparieren von Autobomben bis hin zum brutalen Mord durch Genickschuß steigert.

HESSISCHE ALLGEMEINE

Die Kasseler Zeitung gibt der Bundeswehr zu bedenken:

Die Kriegsgeneration wußte, daß Lässigkeit bei der Wache Menschenleben fordern könnte ... Einen mit Handgranaten beladenen Lastwagen im Kasernengelände nachts stehenzulassen war nicht denkbar ... Der Wachdienst im Dunstkreis des Gammeldienstes: das sollte schnell und wirksam abgestellt werden.

Bei der Rasterfahndung wird niemand gespeichert

Was alles an Unsinn über die Polizeiarbeit verbreitet wird / Gastkommentar von Manfred Schreiber

Wie mühsam polizeiliche Fahndung in manchen Deliktsbereichen ist, zeigt sich besonders bei der Bekämpfung des Terrorismus. Die konspirativ und organisiert operierenden Täter sind sehr schwer zu fassen; einem hohen Fahndungsaufwand stehen relativ geringe Fahndungserfolge gegenüber. Um so wichtiger ist es, daß die Polizei alle im Rechtsstaat zur Verfügung stehenden Fahndungsmöglichkeiten nutzt.

Dazu gehört neben der gezielten Einzelrecherche, der Öffentlichkeitsfahndung über Plakate und Medien, der Razzia und der verstärkten Grenzkontrolle im Einzelfall auch die Nutzung von Datenbeständen, die nicht bei der Polizei geführt werden: Einwohnermeldedateien und Kundenregister, die Kraftfahrzeughalterdaten des Kraftfahrtbundesamtes in Flensburg und der örtlichen Zulassungsstellen. Wenn die Polizei zum Beispiel nach bestimmten Terroristen fahndet und aufgrund von Hinweisen und Ermittlungsergebnissen vermutet, daß sie sich in einer konspirativen Wohnung im Großraum Hamburg aufhalten, wenn sie zudem zum Beispiel Anhaltspunkte dafür hat, daß sie die Stromrechnung bar zahlen, welchen Wohnungstyp und welche Wohnlage sie bevorzugen, ist es sinnvoll, aus mehreren Dateien die Täter trichterartig herauszufiltern.

Dieses Vorgehen wird als Rasterfahndung bezeichnet und ist zum Reizwort geworden. Zu Unrecht, denn sie dient dazu, möglichst viele, die unter einem der oben genannten Kriterien zu den Personengruppen gehören, durch lediglich internen Rechnervorgang auszuscheiden und damit von jeder konkreten Verdachtsmöglichkeit zu befreien. Sie erleichtert nicht nur der Polizei die Arbeit, sondern erspart auch jedem, der sonst vielleicht einzeln befragt werden müßte, einen solchen Fahndungsvorgang. Das ist das genaue Gegenteil der immer wieder gehörten Behauptung, die Bürger gerieten durch die Rasterfahndung in ein „Schleppnetz" oder in ein Verdachtssystem.

In der Nachrichtensendung „ARD-Tagesthemen" am 21. Oktober machte die Kommentatorin den Zuhörern weis, die Polizei habe 1980 Hunderttausende von Stromkunden gespeichert. Wenn sie sich vorher beim Bundeskriminalamt erkundigt haben würde, hätte sie erfahren, daß die Datenträger nach dem „Abgleich" bei der Polizei vernichtet wurden.

Das Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts hat dazu geführt, daß die Voraussetzungen dieser Fahndungsart in der Strafprozeßordnung detailliert geregelt werden. Allerdings muß dies so geschehen, daß die Möglichkeiten der Polizei, von der Rasterfahndung Gebrauch zu machen, nicht zu eng bemessen werden. Die Innenminister haben auf ihrer Konferenz in Bonn noch einmal bekräftigt, daß die Rasterfahndung ein zulässiges und wirksames Instrument der Verbrechensbekämpfung darstellt.

Es ist zu hoffen, daß die Verfügungsberechtigten über Dateien – seien es Meldebehörden oder private Institutionen – dieses Votum zur Kenntnis nehmen. Daß solche Karteien – wie es die Kommentatorin der ARD behauptete – der Polizei ständig zur Verfügung stehen, trifft nicht zu. Die Rasterfahndung kommt nur punktuell in einem konkreten Ermittlungsfall wegen einer schwerwiegenden Straftat zur Anwendung.

Besonders einleuchtend ist die Notwendigkeit des raschen Zugriffs der Polizei auf die Register des Kraftfahrtbundesamtes. Da werden Nachbarn durch den Lärm eines Einbrechers geweckt und können vom flüchtenden Kraftfahrzeug das Kennzeichen ablesen. Die Polizei möchte sofort die Fahndung aufnehmen und braucht Namen und Adresse des Halters. Aber die Zulassungsstelle ist geschlossen. Die Dateianfrage in Flensburg ermöglicht es ihr dennoch, sofort die Fahndung aufzunehmen.

In einem anderen Fall kann nach einem Verkehrsunfall ein Schwerverletzter nur noch die Firmenaufschrift auf dem flüchtenden Lkw ablesen. Durch eine sofortigen Dateianfrage werden sämtliche Firmenfahrzeuge des Halters festgestellt. Dadurch gelingt es, das Fluchtfahrzeug sicherzustellen, bevor Tatspuren beseitigt werden.

Die Polizei braucht also beide Abfragemöglichkeiten: nach dem Fahrzeug und nach dem Fahrzeughalter. Bisher ist es nur einigen Länderpolizeien gestattet, unmittelbar auf die Register zuzugreifen. Dies ist nicht einzusehen.

Daher ist die Forderung der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien zu begrüßen, das vom Bundestag verhängte Verbot des Anschlusses aller Polizeien aufzuheben. Zugleich soll die vorgesehene Änderung des Straßenverkehrsgesetzes beschleunigt werden, das die Voraussetzungen für den Zugriff auf die Dateien des Kraftfahrtbundesamtes regelt und Kontrollen vorsieht, die einem denkbaren Mißbrauch der Registerabfrage entgegenwirken.

Ministerialdirektor Professor Manfred Schreiber war früher Polizeipräsident in München. Er leitet heute die Polizeiabteilung im Bundesministerium des Inneren

Der einen Schreck, der anderen Ziel: die „lahme Ente“

Kongreß-Wahlen in USA. Im Mittelpunkt steht ein Mann, der gar nicht kandidiert: Ronald Reagan. Es geht um die Frage, ob der Präsident zur „lahmen Ente“ wird, ob er künftig gegen demokratische Mehrheiten in Repräsentantenhaus und Senat regieren muß. Die Demoskopen halten es für möglich – und das macht den Wahlkampf hart.

Von FRITZ WIRTH

Barbara Mikulski und ich haben eines gemeinsam“, sagte Linda Chavez, „wir sind beide Frauen. Doch hier enden bereits unsere Gemeinsamkeiten.“ So grundsätzlich begann es vor acht Wochen. Zwei Frauen waren zum Kampf um den heißesten Sitz im amerikanischen Senat angetreten, den des scheidenden Charles Mathias in Maryland. Und zwischen ihnen lagen Welten.

Heute ist aus diesem Kampf, der so harmlos mit einer Geschlechtsbestimmung begann, eine bitterböse politische Materialschlacht geworden. So beschwerte sich denn in der letzten Woche Barbara Mikulski über Linda Chavez: „Sie attackiert mich auf Schritt und Tritt. Sie ist wie eine MX-Rakete, die ihre gesamten zehn Gefechtsköpfe auf mich losläßt.“

Und weil Barbara Mikulski nicht sicher ist, ob sich alle ihre Wähler mit den Kürzeln der gängigen nuklearen Vernichtungswaffen auskennen, stellt sie sich in der geduckten Pose eines Boxers auf, der Schläge bezieht: „Bumm, bumm, bumm. Ich glaube, ich brauche eine Nierenverpflanzung.“

Denn so viel versteht auch Barbara Mikulski vom Boxen: Nierenschläge sind unzulässig. Und es ist nicht nur die Erfahrung der Barbara Mikulski in diesem Wahlkampf: Dies sind keine Duelle, die nach den Regeln des Lord Queensberry geführt werden. Hier wird gebolzt, getreten und geklotzt, und zwar ober- und unterhalb der Gürtellinie.

Und das nicht nur im politischen Einzugsbereich der Barbara Mikulski und Linda Chavez in Maryland, sondern landesweit zwischen San Francisco und New York. Dies mag ein Wahlkampf ohne große Themen sein, doch es mangelt ihm nicht an Härte und versteckten Fouls. Kein Schlachtfeld also für empfindliche Leute mit „Glaskinn“.

Diese gnadenlose Unbedingtheit hat Gründe. Es steht viel auf dem Spiel bei dieser Kongreßwahl. Es geht nicht nur um die 435 Sitze des Repräsentantenhauses – dieser Kampf ist lange zum Nebenschauplatz geworden. Die Republikaner, die bisher in dieser Kammer bescheidene 182 Sitze einnahmen, haben keine Chance, an diesen Mehrheits-Verhältnissen etwas zu ändern.

Nein, der wirkliche bitterböse Kriegsschauplatz dieser Wahl ist der Kampf um den Senat. Die Republikaner beherrschten ihn bisher mit 53 gegen 47 Stimmen. Verlieren sie am 4. November in dieser Kammer die Mehrheit, wäre dies für Ronald Reagan der schwerste politische Rückschlag seiner bisherigen Präsidenten-Karriere. Er müßte dann in den letzten zwei Jahren seiner Amtszeit gegen das gesamte Capitol, gegen einen feindseligen Kongreß regieren, der ihm unentwegt Stoppsignale in den Weg stellen würde. Es wäre der Beginn der so gefürchteten „Lame Duck“-Periode des Präsidenten, seiner Zeit als „lahme Ente“.

34 der 100 Senatssitze stehen am 4. November zur Wahl. 22 davon werden von den Republikanern verteidigt, zwölf von den Demokraten. Die Republikaner sind also verwundbarer.

Es genügt den Demokraten, ihnen vier Sitze abzunehmen, um die Herrschaft im Senat zurückzuerobern. Das Alarmierende für die Republikaner: In fünf Staaten steht der Kampf um ihre Senatssitze auf des Messers Schneide.

Die 50jährige Barbara Mikulski ist, rein äußerlich, ein wenig klein geraten. Wenn sie auf einem Stuhl sitzt, reichen ihre Beine nicht ganz bis zum Boden. Der äußere Eindruck jedoch täuscht. Diese Frau steht sehr fest mit beiden Beinen auf der Erde, vermag sich mit immensem Wortschwall zu wehren und ist das, was man unter politischen Fuhrmännern ein verläßliches Schlachtroß nennt.

Linda Chavez dagegen ist mit ihren 39 Jahren eine Wahlnovizin mit allerdings exzellenten politischen Referenzen. Sie kommt direkt aus dem Weißen Haus, wo sie eine langjährige Mitarbeiterin des Präsidenten war, der denn auch schon stimmentrommelnd für sie durch Maryland gezogen ist und dort den Wahlkampf auf die schlichte Formel brachte: „Wer Ronald Reagan wählen will, wählt Linda Chavez.“

Geholfen hat es bisher nicht, denn nach den letzten Meinungsumfragen führt die erdverbundene Barbara Mikulski mit 19 Punkten vor der distinguierten Linda Chavez, die in den letzten Tagen deshalb zu einigen undistinguierten Körperschlägen Zuflucht nahm, die Barbara Mikulski als Nierenschläge identifizierte. Die unverheiratete Mikulski habe etwas gegen Männer, behauptete die männerfreundliche Chavez, und außerdem habe die Mikulski als Abgeordnete des Repräsentantenhauses einmal eine sehr wilde, marxistisch angehauchte australische Feministin als Mitarbeiterin beschäftigt. Die selbstbewußte Mikulski konterte kalt: „Wer mit solchen Argumenten kommt, muß sehr, sehr verzweifelt sein.“

Nicht viel günstiger sind die republikanischen Wahlchancen in Florida, wo die 59jährige Paula Hawkins ihren Senatssitz verteidigt. Der Vorzug der attraktiven Senatorin: Sie ist unbestritten der zweitpopulärste Politiker Floridas. Ihr Pech: Sie wird herausgefordert vom unbestritten populärsten Politiker Floridas, dem bisherigen Gouverneur des Staates, Robert Graham.

Die ständig aus der Defensive kämpfende Hawkins klagte kürzlich anspruchsvoll, sie komme sich vor wie die Heilige Johanna, die gegen einen Roboter ankämpfen müsse. Am letzten Wochenende kam auch ihr Ronald Reagan zu Hilfe, und der nahm sich Graham zur Brust, der so unvorsichtig gewesen war, zu behaupten, daß jetzt für Amerika die Zeit einer neuen Austerity gekommen sei.



Reagans Hoffnung in Maryland: Senats-Kandidatin Linda Chavez
FOTOS: AP / SVEN SIMON

Das reichte für den Optimisten Reagan, um zum bisher bösesten Rundumschlag dieses Wahlkampfs auszuholen, der gleichzeitig auch seinen demokratischen Vorgänger und Krisenverwalter mit einbezog: „Wenn ihr Jimmy Carter als Präsidenten mochtet“, rief er den Bürgern Floridas zu, „dann wird Euch auch Bob Graham als neuer Senator gefallen.“

Es ist nicht zu übersehen: Der Präsident ist in Topform. Seit er vom Gipfel in Island zurückkehrte, ist er zur beherrschenden Figur dieses Wahlkampfes geworden. Obwohl sein Name bei dieser Wahl auf keinem Wahlzettel steht, ist dies sein Wahlkampf geworden, sein „letztes Hurra“, wie er es selbst nannte.

In den letzten zehn Tagen dieses Wahlkampfes reist er in Blitzbesuchen durch 13 Bundesstaaten, und seine Botschaften sind voll des unwiderstehlichen Optimismus: „Die guten Zeiten sind noch lange nicht vorüber, es sei denn, ihr macht den großen Geldverschwendern und Besteuerern von gestern wieder den Platz frei ... Und wenn es nach diesen Demokraten gegangen wäre, dann hätte ich erst gar nicht nach Island zu fahren brauchen, um mit Gorbatschow zu verhandeln, denn wir hätten keine MX-Raketen mehr und keine ernstzunehmende SDI-Forschung.“



„Nicht links abbiegen“: Wie ein Reagan-Appell liest sich das Schild vor dem Capitol

Er ist 75 und zeigt dennoch keine Spur von Müdigkeit. Nancy Reagan, die ihn nach der Krebsoperation des letzten Jahres an die Kette legen und von den ärgsten Strapazen des Amtes verschonen wollte, hat diesen Kampf offensichtlich verloren. Reagan genießt sichtlich den karnevalshaften Auftrieb der gefolgstreuen Republikaner zwischen Florida und South Dakota.

Die Demokraten stecken in einem Dilemma. Sie haben keine wirksame Waffe gegen die Schläge, die der Präsident austeilt. Denn alle Meinungsumfragen warnen übereinstimmend: Der Präsident ist in diesem Wahlkampf tabu. Die Popularität dieses Mannes ist unanfechtbar. Wer ihn angreift, schießt sich selbst in den Fuß.

Und so vernimmt man in diesem Wahlkampf demokratische Präsidenten-Elogen, wie man sie artiger bisher auch nicht aus republikanischem Munde zu hören bekam. „Ein Präsident, den wir alle bewundern“, lobhudelte der Demokrat Bob Graham, und Tim Wirth, der sich im Staate Colorado um die Nachfolge des demokratischen Senators Gary Hart bemüht, beendete eine Wahlrede mit dem Wunsch: „Gott segne diesen Präsidenten.“

Der Rest dieses Wahlkampfes ist politischer Nahkampf im Fernsehen. Der Bildschirm ist das Schlachtfeld der Argumente und zuweilen auch der großen Lügen geworden. Es ist dies der Wahlkampf der 30-Sekunden-Spots. Versammlungen, Reden, Hausbesuche sind nicht mehr gefragt. Die großen Vereinfacher haben das Wort, denn in 30 Sekunden lassen sich keine großen Programme an den Mann bringen.

Und weil diese 30-Sekunden-Polit-Commercials sehr viel Geld kosten, ist dieser Wahlkampf zur bisher größten Finanzschlacht in der Geschichte der Kongreßwahlen entartet. Insgesamt 140,8 Millionen Dollar wird allein der Kampf um die 34 Senatssitze verschlucken. Das teuerste Duell liefern sich dabei in Kalifornien Alan Cranston und Ed Zschau, die zusammen 15,4 Millionen Dollar ins Gefecht werfen. Das zweitteuerste Senats-Duell wird in Florida mit zusammen 8,7 Millionen Dollar ausgetragen.

Dabei ist der Höhepunkt dieses elektronischen Kampfes noch nicht erreicht. Für die letzten sechs Tage sind die Bildschirme bereits seit Wochen ausverkauft. Der ausgelieferte Wähler indes hat abgeschaltet. Der Sättigungspunkt dieser Polit-Werbung ist schon lange überschritten.

Letzte Nachricht aus den Häusern der Meinungsforscher: Der Kampf um den Senat ist weiterhin offen, mit einem hauchdünnen Vorsprung für die Demokraten. Die große Unbekannte in ihren Rechnungen bleibt der „Reagan-Faktor“.

Der Qualm von Ibbenbüren zieht herüber nach Düsseldorf

Deutschlands modernstes Kohlekraftwerk muß sich länger als von Johannes Rau versprochen den Vorwurf gefallen lassen, eine gigantische „Dreckschleuder“ zu sein. Dabei war abzusehen, daß der neue Werksblock B in Ibbenbüren größere Umweltbelastungen bringen würde als der alte Block A. Ging es Düsseldorf nur um den Abbau der Kohlehalde?

Von D. GURATZSCH

Wie ein riesiger, unförmiger Dampfer reitet das Werk auf einer langgestreckten Bodenwelle des Teutoburger Waldes – dort, wo sich der Gebirgszug in die Norddeutsche Tiefebene verliert und zwischen dem idyllischen Tecklenburg und der Stadt Ibbenbüren ein weites, grünes Tal einschließt. Wären da nicht die Äcker und eingestreuten Dörfer und über allem thronend die Schornsteine und massigen Kühltürme der Werksanlage, man könnte sich den Ort ganz gut als den immer noch nicht aufgefundenen Schauplatz der großen Enscheidungsschlacht zwischen Germanen und Römern im Jahre 9 nach Christus denken.

Heute ist die ländliche Region rund um das Kraftwerk, aus dessen Kühltürmen und 275 Meter hoher Hauptesse oft über Stunden eine langwallende weiße Rauchfahne in das Münsterland und bis hinauf an den unteren Wolkensaum treibt, zur Walstatt einer typisch „modernen“, fachwissenschaftlich-politischen Auseinandersetzung geworden: Wurden beim Bau des neuesten Kraftwerksblocks ganz wesentliche Belange des Umweltschutzes ignoriert? Sind durch Ibbenbüren die Wälder bedroht? Ist das Kraftwerk wirklich die größte Stickoxid-Schleuder der Welt?

Alle diese Fragen sind hundert Mal gestellt worden – aber von zuständiger Seite blieben klare Antworten aus. Das Kraftwerk geriet mitten in die politische Auseinandersetzung um den SPD-Kanzlerkandidaten Johannes Rau, der es sich nicht hatte nehmen lassen, den neuen Kraftwerksblock vor einem Jahr persönlich in Betrieb zu setzen. Und auch die jüngste Entwicklung, die das Werk erneut in die Schlagzeilen bringt, hat nicht zur Erhellung der Tatbestände beigetragen: Die nordrhein-westfälische Landesregierung willigte in eine Verlängerung der Fristen für den Einbau einer effektiven Entstickungsanlage ein, obwohl Rau der Öffentlichkeit schnelle „Nachbesserungen“ zugesichert hatte.

Das Problem von Ibbenbüren ist in der besonderen geologischen Situation begründet: Das Kraftwerk und das dazugehörige Bergwerk sitzen auf einem unterirdischen, lange schon erloschenen Vulkan, dem „Bramscher Intrusiv“. Er hat die Kohle, die hier gefördert und verbrannt wird, mit speziellen Eigenschaften ausgestattet, die die Verwertung verteuern. Ibbenbürener Kohle ist zwar mit unterdurchschnittlichem Schwefelgehalt gesegnet, aber hart wie keine andere, und sie ist mit fünf bis sieben Prozent flüchtigen Bestandteilen „extrem niederflüchtig“.

Damit derartige Kohle überhaupt Feuer fängt, müssen mächtige Zünd- und Stützfeuerungen auf Ölbasis unterhalten werden. Anstelle der üblichen Trockenfeuerung ist „Schmelzfeuerung“ nötig. Dabei werden Verbrennungstemperaturen von 1700 Grad erreicht – mit unangenehmen Folgen für die Umwelt: Derartige Temperaturen begünstigen die Entstehung von Stickoxiden, die sowohl in direkter Einwirkung als auch über die Umwandlung in Photo-Oxidansien wie Ozon nach gegenwärtigem Kenntnisstand maßgeblich zum Sterben der Wälder beitragen.

1,3 Milliarden Mark hat der neue Kraftwerksblock B gekostet, zu knapp einem Drittel wurde er aus öffentlichen Kassen finanziert. „Wir brauchten und wir brauchen dieses Kraftwerk“, bekräftigte Johannes Rau auch noch nach der Einweihung in einer Rechtfertigungsrede vor dem Landtag in Düsseldorf. Und doch ist das Werk, das modernste in der Bundesrepublik, ins Zwielicht geraten.

Der Ibbenbürener Schmelzkessel ist der größte der Welt. Die fatale Folge: Er hat auch den größten Stickoxid-Ausstoß aller vergleichbaren Anlagen. Und zwar nicht nur absolut, sondern auch spezifisch, also bezogen auf den einzelnen Kubikmeter Rauchgas: Hier beträgt das Quantum 2000 Milligramm – also das Zehnfache der Menge, die nach einer Vereinbarung aller Bundesländer vom April 1984 eingehalten werden soll, um die Bedrohung der Wälder abzuwenden. Und der nordrhein-westfälische Regierungschef hatte dieser Anlage „Freie Fahrt“ gegeben, obwohl keinerlei Konzept für eine Entstickung vorlag und obwohl zur selben Zeit seine Partei für ein Tempolimit auf den Autobahnen stritt, und zwar mit dem ausdrücklichen Ziel, die hohen, dem Wald gefährlichen Stickoxid-Emissionen des Kraftfahrzeugverkehrs zu senken.

Dabei kennt die Öffentlichkeit noch immer nicht die volle Wahrheit über das Kraftwerk Ibbenbüren und seinen riesigen, teuren Schmelzkessel: Die neue Anlage ist nämlich weitaus „umweltschädlicher“ als der alte Kraftwerksblock A, der stillgelegt werden soll. Dieser Veteran stößt im Kubikmeter Rauchgas nur 60 Prozent der Menge an Stickoxiden aus, die in den Abgasen des neuen Blockes B enthalten ist. Wegen seiner schlechteren Brennstoff-Ausnutzung erbringt er außerdem nur 22 Prozent der Leistung des neuen Blockes. Wenn beide Kraftwerke gleichartig beschäftigt würden, ergäbe sich für den alten Block ein Ausstoß an Stickoxiden, der nur 14 Prozent der Fracht beträgt, die aus dem Schornstein des neuen Kraftwerks abgegeben wird.

„Der einzige Grund, daß wir den alten Kessel stillegen“, so sagt Kraftwerksdirektor Gerhard Ackmann, „ist die Alternative, vor die uns die Großfeuerungsanlagen-Verordnung von 1982 stellt, nämlich das Werk bis 1. Juli 1988 entweder zu entschwefeln und etwas später auch zu entsticken oder es stillzulegen.“ Die Nachrüstung aber würde mit 100 Millionen Mark fast ebenso teuer kommen wie 1967 die Errichtung von Block A.

Diese Erläuterung freilich macht den aufwendigen Bau der neuen Anlage nur noch dubioser: 1,3 Milliarden Mark für einen Neubau mit mangelhafter Umwelttechnologie, der, wie Johannes Rau immer wieder erklärt hatte, nötig sei, um 4500 Arbeitsplätze in Ibbenbüren zu erhalten, obwohl man denselben Effekt auch mit 100 Millionen Mark und einem Bruchteil der Umweltbelastungen hätte erreichen können?

Nun macht die Werksleitung zwar geltend: Die schlechtere Ausnutzung des Brennstoffs, vor allem aber die wesentlich geringere Leistung des alten Blocks, nämlich 150 Megawatt gegenüber 770 Megawatt der neuen Anlage, die mit genausoviel Personal gefahren wird, lassen Weiterbetrieb und Nachrüstung des Blocks A auf die Dauer unwirtschaftlich erscheinen. Doch diese Argumente klingen nicht sehr überzeugend: Denn die Kilowattstunde Strom aus dem neuen Block kommt teurer als aus Block A. Bleibt als einziges Argument die Kohlehalde von Ibbenbüren: Auf drei Millionen Tonnen ist sie angewachsen, die Verbrennungskapazität soll deshalb erhöht werden. Das, und nicht die Erhaltung von Arbeitsplätzen, ist offenbar der Grund, warum in Ibbenbüren überhöhte Umweltbelastungen in Kauf genommen worden sind.


Das Ärgernis: Block B des Kohlekraftwerks Ibbenbüren
FOTO: GERT WESTDÖRP / NOZ

Die entscheidende Frage ist damit nicht beantwortet: Warum hat man mit dem Anfahren der neuen Anlage nicht gewartet, bis auch eine effektive Technologie für die Entstickung verfügbar ist? Obwohl die Altanlage Stickoxidwerte meldet, die für die neue vorerst nur erträumt werden können, ließ sich Raus Regierung dafür feiern, daß diese Anlage nach Vereinbarungen mit der Werksleitung schon vor Ende 1987 stillgelegt werden könne. Ein Versprechen, das jetzt revidiert werden mußte.

Spanferkel mit Krautsalat für den Gast aus China

lz. München

Bayerische Hochzeitssuppe und Spanferkel mit Speckkrautsalat bildeten beim ersten Besuchs eines chinesischen Justizministers in der Bundesrepublik den kulinarischen Aspekt, ihm folgte ein technischer durch eine Visite beim Elektronik-Konzern Siemens. Gestern nachmittag begann dann für Minister Zou Yu und seine fünfköpfige Begleitung mit einem Besuch des Deutschen Patentamtes in München der fachliche Teil des einwöchigen Aufenthalts.

Hier unterzeichneten Zou Yu und Bundesjustizminister Hans A. Engelhard (FDP) auch das erste deutsch-chinesische Juristen-Abkommen. Konkret geplant sind gemeinsame Seminare und der Austausch von Juristen.

Minister Engelhard sieht in dem Besuchs seines Pekinger Kollegen das „besondere Interesse, das China über den Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit gerade auch der deutschen Rechtsordnung entgegenbringt". Dies ist nach Ansicht deutscher Experten deshalb von be-

sonderer Bedeutung, weil die Volksrepublik China gegenwärtig bestrebt ist, ihr Rechtswesen zu reformieren und umfassend weiterzubilden, somit also das deutsche Recht als Vorbild für künftige chinesische Gesetzgebungsmaßnahmen dienen kann.

Dementsprechend will sich Zou Yu *in diesen Tagen einen umfassenden* Überblick über das deutsche Rechtswesen, über den Aufbau und die Organisation der Justiz wie über das Verfahren bei der Gesetzgebung verschaffen.

Länder stimmen neuem Fahndungskonzept zu

Zimmermann-Bericht vor Kabinett / Kronzeuge umstritten

GÜNTHER BADING, Bonn

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann hat in der Kabinettsitzung über die Bekämpfung des Terrorismus einen Bericht über Fahndungsmaßnahmen, Abstimmung zwischen Innenministern des Bundes und der Länder sowie auf internationaler Ebene innerhalb der Europäischen Gemeinschaft gegeben und die aktuelle terroristische Bedrohungslage *nach dem Mord an dem Bonner* Diplomaten von Braunmühl geschildert. Nach Angaben von Regierungssprecher Friedhelm Ost hob der Bundesinnenminister dabei die „völlige Einigkeit" der Innenministerkonferenz über polizeiliche Maßnahmen in ihrer Sitzung am 21. Oktober hervor.

Einigung bei V-Leuten

Nicht einig allerdings waren sich die zuständigen Minister von Bund und Ländern über die Gesetzgebungsvorhaben der Koalitionsfraktionen, unter anderem der Einführung einer Kronzeugenregelung. Hier haben die SPD-regierten Länder erhebliche Bedenken angemeldet (WELT v. 29. 10.). Einvernehmen herrschte dagegen über alle polizeilichen Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung, vor allem über die Umsetzung des im Sommer vereinbarten neuen „Fahndungskonzepts 106", das schon im Vorfeld der terroristischen Anschlagsvorbereitung im Umfeld potentieller Zielpersonen mit Fahndungsmaßnahmen einsetzt. Auch war man sich einig über Zulässigkeit und intensivere Durchführung von Rasterfahndung, polizeilicher Observation und Einsatz von verdeckten Ermittlern und V-Leuten. Bisher gab es darüber unter den Innenministern geteilte Auffassungen.

In der internationalen Zusammenarbeit haben nach dem Bericht des Bundesinnenministers die beiden EG-Innenminister-Konferenzen vom 25. September und 20. Oktober eine Reihe deutscher Vorschläge aufgegriffen:

- Einrichtung eines europäischen Lagedienstes über den Terrorismus,
- Austausch von Verbindungsbeamten,
- Einrichtung zentraler kriminaltechnischer Sammlungen,
- international koordinierte Präventionen (Prüfauftrag),
- Einrichtung besonders geschützter Nachrichtenverbindungen zwischen zentralen Polizeibehörden,
- Intensivierung der Fahndung nach grenzüberschreitenden Terroristen,
- Kontrolle von Diplomatengepäck,
- Harmonisierung der Visapolitik,
- Intensivierung des Informationsaustausches zwischen Grenzpolizeibehörden.

Bei der aktuellen Bedrohungslage bleiben Sicherheitskreise bei der Einschätzung, daß mit dem Mordanschlag auf den Diplomaten von Braunmühl eine Ausweitung der Aktionsbereiche der RAF zugrunde gelegt werdenmuß. Mit Anschlägen gegen Personen, die nicht unmittelbar an der Spitze stehen, aber durch ihre Funktion eine herausragende Bedeutung haben, müsse auch in Zukunft gerechnet werden. Zielspektrum der RAF seien:

- der „Militärapparat", dabei vor allem Angehörige von NATO und US-Streitkräften,
- der *Wirtschaftsbereich*, besonders der sogenannte „militärisch-industrielle Komplex",
- der „Repressionsapparat" mit Justiz und Sicherheitsbehörden,
- politische Entscheidungsträger.

Raum Bonn gefährdet

Die besondere Gefährdungssituation im Raum Bonn rühre aus der hohen Konzentration potentieller Zielpersonen für terroristische Anschläge, dem „hohen Symbolwert" einer Aktion im Raum Bonn aus terroristischer Sicht und dem besonderen öffentlichen Interesse, das ein Anschlag in Bonn finde. Die Zahl der zu schützenden Personen ist nach den jüngsten Bedrohungsanalyse ausgeweitet worden. Für den Schutz von Mitgliedern der Verfassungsorgane des Bundes bleibt allein das Bundeskriminalamt zuständig, für alle anderen in Bonn gefährdeten Personen, etwa (beamtete) Staatssekretäre und andere Spitzenbeamte, *die nordrhein-westfälische* Polizei. Nach Informationen der WELT handelt es sich jeweils um weit über hundert zu schützende Personen.





Verderben Dohnanyis Atom-Konzept: Finanzsenator Horst Gobrecht (links) und Justizsenator Wolfgang Curilla FOTOS: MATTHIAS JÜSCHKE / DPA

Verderben Pawelczyks Sicherheits-Konzept: Arbeitssenator Jan Ehlers (links) und Energiesenator Jörg Kuhbier FOTOS: CHRISTA KUJATH / A. SCHRÖDER

Die Hamburger SPD ist total aus dem Tritt

Von UWE BAHNSEN

Knapp zwei Wochen vor der Bürgerschaftswahl am 9. November präsentiert sich die Regierungspartei SPD zum Ende der Legislaturperiode in einem Zustand, der sich ziemlich präzise mit der Feststellung beschreiben läßt: Die Spitzengenossen um Bürgermeister Klaus von Dohnanyi sind politisch außer Tritt geraten, der Parteiapparat ist verunsichert, die Basis ist irritiert bis enttäuscht und verärgert.

Die Gründe für diesen Zustand sind vielfältig, haben aber einen gemeinsamen Nenner: Die Rathausregierung, die sich seit Ende 1982 auf eine absolute SPD-Mehrheit im Landesparlament stützen kann, hat schlichtweg zu viele Pannen und Skandale produziert.

Sechs thematisch „flächendeckende" Untersuchungsausschüsse von der Durchleuchtung des „Neue Heimat"-Skandals, der in Hamburg seinen Ausgang nahm, bis zur parlamentarischen Feststellung von Rechts- und Verfassungsbrüchen der Stadtreinigung sind der Hintergrund für die „chronique scandaleuse" dieses Jahres: Krawalle auf dem Rathausmarkt, der „Hamburger Kessel" auf dem Heiligengeistfeld, die tödlichen Schüsse aus der Pistole des St.-Pauli-Killers Werner Pinzner im Sicherheitstrakt des Polizeipräsidiums, die mittlerweile regelmäßigen Gewalttaten *rings um die städtischen Häuser* an der St.-Pauli-Hafenstraße, die Ausschreitungen des 7. Oktober im Stadtteil Altona – schon diese Blütenlese von Vorgängen, die Hamburg bundesweit negative Schlagzeilen einbrachten, macht die Probleme deutlich, mit denen Dohnanyi und seine Genossen sich in diesem Bürgerschaftswahlkampf auseinandersetzen müssen.

In der Argumentation des SPD-Spitzenkandidaten hat das tiefe Spuren hinterlassen. In seinen Auftritten vor nahezu stündlich wechselndem Publikum ist keine Rede mehr davon, daß die erfolgreiche Verteidigung der absoluten SPD-Mehrheit am 9. November das „bundesweite Signal aus Hamburg für Johannes Raus Kampf um die Kanzlerschaft" werden soll. Die eher verhaltene Ansage Dohnanyis (und seines Freundes und Wahlhelfers Rau, wie dieser Tage in Altona) lautet jetzt: „Hamburg ist keine Testwahl für Bonn".

Vor der Wahl in Hamburg

Die mangelnde Geschlossenheit des Senats und seiner Politik, Folge nicht nur der tiefen Gegensätze zwischen dem Mitte-Rechts-Lager der Hamburger SPD und ihrem linken Flügel, sondern auch Konsequenz überhasteter und daher mangelhaft vorbereiteter Entscheidungsprozesse, tritt zum Verdruß führender Sozialdemokraten gerade in der heißen Phase des Wahlkampfes deutlich in Erscheinung. Die Energiepolitik ist ein Paradebeispiel dafür: Nach der *Reaktorkatastrophe von Tschernobyl* hatte der Senat den Einstieg in den Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen; gegen die Betriebsaufnahme in Brokdorf wollten die Rathausregenten um Dohnanyi sich „wehren".

Während die Hamburgischen Electricitätswerke, zu 75 Prozent in städtischem Besitz, der für die Genehmigung zuständigen Landesregierung in Kiel ungerührt erklärten, sie seien auf Strom aus Brokdorf angewiesen und demzufolge für dieses Kraftwerk, suchte der HEW-Aufsichtsratsvorsitzende, Energiesenator Jörg Kuhbier, zunehmend frustriert nach Wegen, um in dieser dornigen Sache Senatsbeschlüsse umzusetzen. Die ursprüngliche Absicht, gegen die Betriebsaufnahme in Brokdorf gerichtlich vorzugehen, mußte die Landesregierung wieder aufgeben, weil die Erfolgschancen gleich null waren. Diese Mitteilung erhielt Kuhbier von der Umweltsenatorin Christine Maring, einer strikten Mitte-Rechts-Genossin. Das weitere Projekt, wenigstens in der HEW-Satzung die Absage an die Kernenergie verbindlich zu verankern, torpedierten in der Landesregierung Finanzsenator Horst Gobrecht wegen der unkalkulierbaren finanziellen und Justizsenator Wolfgang Curilla wegen der gleichfalls unüberschaubaren *aktienrechtlichen* Risiken. In Sachen Ausstieg haben die Wahlkämpfer Kuhbier und Dohnanyi nun außer Beschlußpapieren und „Prüfungsaufträgen" des Senats an Kuhbier nichts in der Hand, um die Abkehr der Hamburger SPD von der Kernenergie glaubhaft zu machen.

Auf dem politisch ebenso minenverseuchten Feld der Inneren Sicherheit ist es Innensenator Alfons Pawelczyk, der unter den internen Auseinandersetzungen im Senat zu leiden hat. Zwar hat er eine Verstärkung der Polizei mit der noch nicht einmal ausgesprochenen Drohung durchsetzen können, andernfalls werde er zurücktreten. Doch als die Polizei am 7. Oktober als Folge von Einsatzpannen tatenlos der Plünderung einer Sparkassenfiliale und eines Warenhauses in Altona durch Chaoten zusah und dieser Vorgang in der Öffentlichkeit große Entrüstung auslöste, kam auf *dem linken Parteiflügel* Schadenfreude ob des „entzauberten" Genossen Pawelczyk auf.

Im Senat sind vor allem der Energiesenator Jörg Kuhbier und Arbeits- und Sozialsenator Jan Ehlers der Meinung, mehr Polizei werde auch zu mehr Gewalt führen. Beide hatten *Pawelczyks Amtsvorgänger Rolf Lange* schon nach dem „Hamburger Kessel" schriftlich und öffentlich die Senatssolidarität aufgekündigt und waren dafür vom Gesamtsenat gerügt worden. Mühsam muß Pawelczyk derzeit das Problem Hafenstraße mit der Salami-Taktik lösen – Wohnung für Wohnung wird geräumt. Der linke SPD-Flügel knirscht mit den Zähnen.

Etliche der prominenten SPD-Wahlkämpfer stehen gerupft da – etwa Energiesenator Kuhbier *vor* den Kernkraftgegnern, Innensenator Pawelczyk vor den eigenen Genossen – und Spitzenkandidat Dohnanyi vor allen Wählern.

Gewerkschafter für Rücktritt Schröders

AP, München

Die Gewerkschaft der Polizei in Bayern hat nach einer Vorstandssitzung den sofortigen Rücktritt ihres Bundesvorsitzenden Günter Schröder gefordert. Nach Angaben eines Sprechers verurteilte der geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP die Äußerungen Schröders zu der Verhaftung des BGAG-Vorsitzenden Alfons Lappas auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall in Hamburg. Schröder hatte am 19. Oktober vor den Delegierten der IG Metall gesagt: „Ich habe von meinen Lehrern gelernt, daß sich 1933 nie wiederholen wird." In einer späteren Erklärung hatte er diese Worte im Zusammenhang mit der Verhaftung von Lappas aber wieder relativiert. Der Gewerkschaftssprecher nannte die Aussage Schröders „weit überzogen".

Carstens verteidigt die Abschreckung

idea, Zürich

Die militärische Landesverteidigung widerspricht nach Ansicht des früheren Bundespräsidenten Karl Carstens keinem christlichen Gebot. Vor christlichen Geschäftsleuten in Zürich sagte Carstens, dies schließe auch die nukleare Abschreckung ein. Die „Politik der gegenseitigen Vernichtungsfähigkeit" sei „momentan vielleicht noch die einzige Garantie für die Bewahrung des Friedens".

In seiner Rede zum Thema „Die Verantwortung des Christen in der Politik" trat er dafür ein, das Gebet wieder stärker zu praktizieren. Das gelte auch für Verlautbarungen der Kirchen. Betroffen habe es ihn gemacht, daß in einer Erklärung der Kirche zu Südafrika „von Technologie und Bankkrediten" die Rede war, nicht aber von Gott oder Gebet.

V-Mann von Celle festgenommen

mj. Hannover

Bei einer Verkehrskontrolle hat die Polizei in Lingen/Ems den früheren V-Mann des Verfassungsschutzes Manfred Berger wegen unerlaubten Waffenbesitzes festgenommen. Berger war einer der beiden V-Leute, die *1978* mit Hilfe eines vorgetäuschten Sprengstoffanschlags in Celle in die Terrorszene eingeschleust werden sollten.

Vom nächsten Monat an soll ein Landtags-Untersuchungsausschuß die Hintergründe ausleuchten – so auch die Tatsache, daß Berger seinerzeit schon mehrfach vorbestraft war, unter anderem wegen versuchten Polizistenmordes. Die regierende CDU verweist auf eine Zwangslage. Die Behörden hätten für Terroristen „glaubwürdige" Lockpersonen benötigt.

Betriebsstopp für Brokdorf abgelehnt

AP, Lüneburg

Das Oberverwaltungsgericht (OVG) Lüneburg hat einen vorläufigen Betriebsstopp für das Kernkraftwerk Brokdorf an der Unterelbe abgelehnt. Der 7. Senat nannte als Begründung, die zulässigen Grenzwerte der radioaktiven Belastung der Umwelt würden bei Normalbetrieb des Kernkraftwerks auch dann nicht überschritten, wenn die vorherige Belastung durch die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl berücksichtigt werde. Den Widerspruch gegen die am 3. Oktober erteilte Betriebsgenehmigung hatten die Antragsteller damit begründet, daß nach der Vorbelastung durch Tschernobyl beim Betrieb des Kraftwerks die zulässigen Grenzwerte für die radioaktive Belastung überschritten würden. (Az.: 7 OVG D 8/86 und 7 OVG D 10/86).

Streit bei Bayerns Grünen verschärft

lz. München

Der Streit unter den bayerischen Grünen nimmt an Schärfe zu. Martin Kaltenhauser, der abgewählte Landesvorstandssprecher, warf seiner Partei in einer offenen Erklärung vor, sie sei „im Erfolgstrauma abgestürzt". Die Disksussion um seine Abwahl, bei der 15 Redner gegen ihn auftraten und er selbst nur einmal sprechen durfte, nannte Kaltenhauser „vielleicht basis-demokratisch, aber sicher nicht demokratisch". Als erschreckend bezeichnete er es, „daß Grüne mich kritisierten, weil ich mich ganz klar von den gewalttätigen Ausschreitungen in Wackersdorf distanziert habe". Noch habe er sich nicht entschieden, ob und wie er bei den Grünen weiterarbeite; die Erklärung *unterzeichnete er „mit (noch)* sattgrünen Grüßen".

Diskussion um Kronzeuge entzweit FDP

DIETHART GOOS, Bonn

Die gestern vom Bundeskabinett verabschiedeten neuen Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung einschließlich der zeitlich befristeten Kronzeugen-Regelung drohen zur einer Zerreißprobe in der FDP-Bundestagsfraktion zu werden. Nachdem be*reits mehrere Abgeordnete, unter* ihnen der frühere Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff, Bedenken anmeldeten, kündigte gestern die frühere Staatsministerin Hildegard Hamm-Brücher an, sie könne den Vorlagen nicht zustimmen.

Ihrer Fraktion warf die Parlamentarierin vor, die verschärften Bestimmungen unter Zeitdruck ohne ausreichende Diskussion verabschiedet zu haben. „Die Regelung wurde schlagartig durchgepaukt. Ich fühle mich überrumpelt. Die Einführung des Kronzeugen muß nicht so überstürzt geschehen." Entschieden verwahrte sich die Parlamentarierin aus München gegen die Auffassung ihres Parteivorsitzenden Martin Bangemann, das schlechte Ergebnis der bayerischen Landtagswahl sei auch auf unklare FDP-Positionen zu Fragen der inneren Sicherheit zurückzuführen.

Den Vorwurf überhasteter Beratung in der Fraktion wies der FDP-Rechtsexperte Detlef Kleinert gegenüber der WELT mit großem Nachdruck zurück. Die Probleme seien lange diskutiert worden. Die Einführung des Kronzeugen sei gewiß keine Sache, zu der man *frohen Herzens* Ja sagen könne. „Was wir planen, ist rechtsstaatlich abgesichert und muß um der Bekämpfung des Terrorismus willen gewahrt werden." Kleinert fügte hinzu: „Es ist interessant, daß die Namen von drei bis vier Fraktionsmitgliedern genügen, um in der Öffentlichkeit die gefestigte Meinung der restlichen 31 FDP-Abgeordneten in Zweifel zu ziehen." Keinem Mitglied der Fraktion sei es verwehrt, nochmals nachzudenken. „Warum das allerdings öffentlich geschehen muß, verstehe ich nicht, und es bringt dieses Nachdenken nur in Mißkredit, weil es zugleich erhöhter Publizität dient."

Der FDP-Rechtsexperte verwies auf eine der Kronzeugen-Regelung vergleichbare Praxis bei der Bekämpfung schwerer Drogenkriminalität hin. Damit habe man gute Erfahrungen gemacht, darüber werde aber in der Öffentlichkeit nicht gesprochen. Vielmehr würden absurde Beispiele genannt. „Wir wollen Nachrichten und Informationen aus dem Kern der Terroristenszene erhalten von solchen Leuten, denen das Ganze unheimlich geworden ist, und die nicht wissen, wie sie aus dem Teufelskreis herauskommen können."

Skepsis über EG-Süderweiterung

DW. Malente

Mit der Süderweiterung der Europäischen Gemeinschaft wird nach Ansicht des Präsidenten des deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Hans-Jürgen Krupp (Berlin), die Gemeinschaft vor Grundsatzfragen gestellt, auf die es heute noch keine Antworten gibt.

Der Beitritt Griechenlands, Spaniens und Portugals berühre nur vor*dergründig die Handelspolitik im* Mittelmeeraum, sagte Krupp bei dem gestern in Malente zu Ende gegangenen Symposium der Dräger-Stiftung über die „Rolle der Europäischen Gemeinschaft in der Weltwirtschaft". Das Gewicht von Ländern, deren Entwicklungsstand „zwar höher sein mag als der der klassischen Entwicklungsländer Afrikas oder Südamerikas, deren Entwicklungsstand aber deutlich von dem der Mehrheit der EG-Länder abweicht, nehme stark zu".

Diese Länder stellen, so Krupp, zusätzliche Problemregionen dar, die größere Schwierigkeiten mit sich bringen werden als bisher Süditalien und Irland. Neben den Entwicklungsaufgaben für die Dritte Welt, so der überaus skeptische Wissenschaftler, träten größere Entwicklungsprobleme innerhalb der Gemeinschaft in den Vordergrund.

Die dringende Notwendigkeit einer umfassenden Reform der EG bekräftigte der Vizepräsident der EG-Kommission, Karl-Heinz Narjes. Die augenblicklichen Schwierigkeiten seien in der Unfähigkeit begründet, „das als richtig Erkannte auch politisch *durchzusetzen*".

Probleme sieht Narjes für die EG vorrangig im finanziellen Bereich. Die Agrarausgaben haben sich nach seinen Angaben von elf Milliarden ECU (1 ECU = 2,08 Mark)im Jahr 1981 auf rund 21 Milliarden ECU 1986 nahezu verdoppelt. Dies unterstreiche die Notwendigkeit einer raschen Reform des Agrarmarktes.

Die Altlasten werden immer mehr zur Last für den Haushalt

Problemberg Müll in Nordrhein-Westfalen

Was für einige Bundesländer vor Jahren noch eine Quelle des Reichtums war, ist heute vielfach zur unbequemen Bürde geworden. Altlasten bedrücken die Verantwortlichen in den Ländern. In Nordrhein-Westfalen gilt die Entsorgung der verseuchten Böden des Ruhrgebiets inzwischen als Generationenaufgabe.

Von HELMUT BREUER und WILM HERLYN

Dem nordrhein-westfälischen Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) wird es schwer ums Herz, wenn er an die beängstigend hohen Berge von Industrieabfällen an Rhein und Ruhr denkt. Im bevölkerungsreichsten Bundesland fällt wegen der zahlreichen Industrieansiedlungen der Großteil aller Sonderabfälle in der Bundesrepublik an. In Zahlen: Zwischen Rhein und Weser, wo fast 17 Millionen Menschen leben, werden jährlich 3,8 Millionen (Bundesgebiet: 4,9 Millionen) Tonnen Sonderabfälle registriert. Matthiesen: „Wir brauchen neue Deponien, Deponieerweiterungen und Spezialanlagen an konkreten Standorten. Wir brauchen um so weniger Deponieraum, umso mehr wir Hochtemperaturverbrennungsanlagen schaffen." Zur Zeit arbeitet eine solche Anlage nur bei Bayer in Leverkusen. Sie verbrennt bei Temperaturen bis zu 1400 Grad auch angelieferten Sondermüll.

Gleichzeitig geht aber aus einer bundesweiten Erhebung hervor, daß mehr Sonderabfälle in NRW beseitigt *als im Land selbst erzeugt werden.* Zählt man die besonders für dieses Industrieland typischen Massenabfälle wie Stäube und Schlämme aus dem Kohle-, Stahl- und Chemiebereich hinzu, so erhöht sich der NRW-Anteil am Aufkommen in der Bundesrepublik *auf rund 75 Prozent.*

Gegenwärtig stehen zur Behandlung und Beseitigung von Sonderabfällen 15 Deponien, 13 Verbrennungsanlagen, 18 Zwischenlager und Sammelstellen sowie 32 Behandlungssanlagen mit Neutralisations-, Entgiftungs- und Emulsions-Spaltanlagen bereit. Das noch verfügbare Deponievolumen beträgt bei allgemein zugänglichen Sonderabfall-Deponien 2,5 *Millionen* Kubikmeter und bei betriebseigenen Deponien, *einschließlich* Deponien für Massenabfälle, noch einmal 57 Millionen Kubikmeter.

Das Deponievolumen der allgemein zugänglichen Sonderabfalldeponien reicht noch für sechs Jahre, wenn kein neuer Deponieraum geschaffen wird. Der Raum bei den betriebseigenen Sonderdeponien reicht im Schnitt noch 20 Jahre aus.

Engpässe sehen die Fachleute im Ministerium aber darin, daß mehr Altöl-Verunreinigungen aufgedeckt werden, vor allem mit PCB-Beständen, daß die Richtwerte für PCB und Chlor bei der Aufbereitung schärfer gehandhabt werden, daß die behördliche Kontrolle bei der Einhaltung dieser Richtwerte strenger wurde, daß das Bestreben wächst, brennbare Sonderabfälle von Deponien *fernzuhalten*, und daß die Verbrennung auf hoher See drastisch eingeschränkt wurde.

Daten und Fakten auf einen Blick

1. **Gesamtmüllaufkommen in NRW:** 6 350 000 Tonnen Haus-, Sperr- und hausmüllartige Gewerbeabfälle; 60 860 000 Tonnen im produzierenden und Krankenhaus-Gewerbe.
2. **Müllexport:** 20 000 Tonnen in andere Bundesländer, 40 000 Tonnen in die „DDR" oder ins Ausland.
3. **Müllimport:** 140 000 Tonnen aus anderen Bundesländern, 10 000 Tonnen aus dem Ausland.
4. **Deponie-Kapazitäten:** 168 000 000 Kubikmeter bei öffentlichen Deponien.

Auch im Deponiebereich befürchten die Experten Engpässe. Zusammengerechnet haben die allgemein zugänglichen Deponien, von denen drei im Regierungsbezirk Düsseldorf und eine im Bezirk Münster liegen, eine absehbare Restlaufzeit von sechs Jahren. In den Regierungsbezirken Köln und Arnsberg gibt es derzeit keine solche Deponie, im Bezirk Detmold kann eine 1982 *genehmigte* Deponie wegen eines Gerichtsverfahrens nicht in Betrieb gehen. Andererseits ist mit einem Anwachsen des Müllberges von 400 000 auf 600 000 Kubikmetern zu rechnen

Im Bereich der flüssigen und fe*sten PCB-Abfälle konnte Matthiesen* in Absprache mit der Kraftwerkunion (KWU) in Mülheim erreichen, daß die KWU eine Investition in eine Sonderabfall-Verbrennungsanlage verbindlich zugesagt hat.

In *dieser Anlage*, für die immer noch kein Standort gefunden wurde, können auch konzentrierte PCB in einer Menge von 3000 bis 4000 Tonnen im Jahr beseitigt werden.

Düsseldorf verlangt von Bonn die Festlegung von Rahmenbedingungen und einheitliche Anforderungen an die Sonderabfallbeseitigung, also eine „Technische Anleitung Abfall" (TA). Dazu fordert die Landesregierung eine Kennzeichnungspflicht schadstoffhaltiger Produkte und die rechtliche Verankerung des Vermeidungs- und Verwertungsgebotes bei der anstehenden Novelle des Abfallbeseitigungsgesetzes.

Zu der besonderen Situation des Ruhrgebietes, in dessen Region viele Böden durch Altlasten verseucht sind, erklärte der Landtagsabgeordnete Wilfried Heimes der WELT: „Auch diese Altlasten müssen katastermäßig *erfaßt* werden. Schon die Bodenuntersuchungen sind eine kostenaufwendige Maßnahme, darum müssen verstärkt *Mittel* für die Forschung zur Verfügung gestellt werden, damit geklärt werden kann, welche Bodenverunreinigungen an Ort und Stelle, mit oder ohne Bodenaushub, durch Einsatz von Bakterien oder Chemikalien zerstört werden können, und welche Verunreinigungen durch Abtransport des verseuchten Bodens beseitigt werden müssen."

Heimes forderte die Regierung Rau auf, sofort mit den betroffenen Kommunen und der Bundesregierung über ein Hilfsprogramm zu verhandeln. In Nordrhein-Westfalen gebe es heute schon mehr als 7500 soge*nannte Verdachtsflächen.*

Welche Dimension inzwischen das Problem der Altlasten bekommen hat, zeigt ein Blick in den Landeshaushalt. Während 1984 „nur" 553 000 Mark für Altlastenprobleme eingesetzt worden waren, waren es 1985 schon fünf Millionen Mark. 1986 werden bereits 40 Millionen Mark benötigt, um das lawinenhaft gewachsene Problem meistern zu können.

Papst fordert für die Wissenschaft Primat der Ethik

F.M. Rom

In einer Rede anläßlich des 50. Jahrestages der Wiederbegründung der Päpstlichen Akademie der Wissenschaften hat Papst Johannes Paul II. die Wissenschaftler der Welt aufgerufen, gegenüber einer bedenkenlosen Nutzung ihrer Forschungsergebnisse nicht indifferent zu sein. Er bezog sich dabei ausdrücklich auf die Atomenergie und die Biologie.

Vor etwa 60 Wissenschaftlern, darunter auch Repräsentanten der amerikanischen und der sowjetischen Wissenschaftsakademien, sagte er: „Wie kann man sich nicht auch der Gefahren bewußt sein, die der Menschheit drohen, wenn sie unbesonnenen Gebrauch macht von der Macht, die ihr durch die Wissenschaft zufließt. Wenn dieses Problem auch die Kompetenz der Forscher überschreitet, können diese ihm gegenüber nicht indifferent bleiben".

„Spontan", so fuhr der Papst fort, „denkt man dabei an die Gefahren der Kernenergie. Durch die Freisetzung der Atomkraft haben die Wissenschaftler eine in der Geschichte beispiellose moralische Krise ausgelöst". Die Zukunft des Menschen sei von Grund auf bedroht, „wenn die Entdeckungen der Männer der Wissenschaft zum Zwecke der Zerstörung benutzt werden". Man müsse stets die Risiken der Nutzung gewisser Energiequellen oder gewisser Waffen sowie die ökologischen Konsequenzen gewisser Initiativen bedenken.

Ausdrücklich bestärkt Johannes Paul II. die Wissenschaftler darin, aus Gewissensgründen „die Labors des Todes" zu verlassen. Er forderte eine „Allianz von Gewissen und Wissenschaft" und die Respektierung des Primats der Ethik, damit die Wissenschaft in den Dienst des menschlichen Lebens gestellt werde.

Der Papst nannte Galileo Galilei als Beispiel. Dieser sei von der Inquisition wegen seiner Forschung zur Unterstützung des Kopernikanischen Weltsystems als Ketzer verurteilt und zum Widerruf gezwungen worden. Trotzdem habe er „der wissenschaftlichen Welt und der Kirche einen unschätzbaren Dienst" erwiesen, „indem er das bessere Verständnis der Beziehungen zwischen offenbarter Wahrheit und empirisch entdeckter Wahrheit" förderte.

„Berlin kann ohne Diepgens Besuch im Osten leben"

Von HEINRICH LUMMER



Der frühere Bürgermeister und Innensenator von Berlin, Heinrich Lummer (CDU), ist ein profilierter Deutschland-Politiker der Union. Statusrecht und Berlin-Fragen zählen zu den bevorzugten Arbeitsgebieten des 53jährigen Diplompolitologen. Er genießt vor allem an der CDU-Basis hohes Ansehen und Popularität. Lummer führte elf Jahre lang (1969–1980) die CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus. Im April 1986 trat Lummer im Zusammenhang mit den Berliner Skandalaffären zurück. Er geht im Frühjahr 1987 als einer der elf CDU-Bundestagsabgeordneten, die Berlin stellt, nach Bonn.

Der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen will seinen möglichen Besuch in Ost-Berlin zur 750-Jahrfeier nicht wie einer prüfen, der nur Gründe zur Ablehnung sucht. Das ist gut so. Aber natürlich müssen die Gründe, die für und gegen einen Besuch sprechen, gesehen und gewogen werden. Derzeit geht es darum, die denkbaren Kriterien für eine solche Prüfung zu nennen. Diesem Ziel soll der folgende Beitrag dienen. Erst wenn weitere Fakten bekannt sind, werden wir in der Lage sein, eine abschließende Prüfung zu ermöglichen.

1. Wenn man politische Fragen beantwortet, tut man stets gut daran, sie auf ihren Stellenwert hin einzuordnen. Dabei wird man feststellen müssen: Der Besuch eines Regierenden Bürgermeisters in Ost-Berlin ist nicht von überragender Bedeutung. So wie es Diepgen selber sagt, ist wesentlicher und entscheidend die Begegnung der Berliner hüben und drüben und der Deutschen diesseits und jenseits der Mauer. Die Begegnung von Spitzen eines Gemeinwesens kann Krönung sein, wenn sich die Bürger normal nachbarschaftlich begegnen oder auch Beginn einer neue Ära der Begegnung. Beides ist von einem Besuch des Regierenden Bürgermeisters in Ost-Berlin nicht zu erwarten. So wie die Bundesrepublik bisher ohne den Besuch des Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker auskommen mußte, kann Berlin ohne die Teilnahme Diepgens am Ostberliner Staatsakt leben. Die bisherige Diskussion um den Besuch vermittele lediglich den Eindruck, als handele es sich dabei um die zentrale Frage des Jubiläumsjahres. Das ist nicht so.

2. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß ein Besuch des Regierenden Bürgermeisters beim Staatsakt der DDR statusrelevant ist. Die Frage ist, ob man den ohnehin vorhandenen Beschädigungen des Status eine weitere hinzufügen kann, weil der Besuch eben andere Vorteile haben würde. Ein solcher Besuch kann die gemeinsame Geschichte unterstreichen, kann das Zusammengehörigkeitsgefühl bestätigen, kann neue Möglichkeiten der innerstädtischen Kooperation öffnen und vielleicht auch den Bürgern auf beiden Seiten der Mauer Erleichterungen für ihre Besuche bringen. Wenn schon die Öffnung des Brandenburger Tores als Geschenk zur 750-Jahrfeier nicht zu erwarten ist, so können doch andere Erleichterungen im Bereich des Möglichen liegen. Jedenfalls darf ein solcher Besuch von unserer Seite nicht als Selbstzweck betrachtet werden. Er muß so gestaltet sein, daß über den Besuch hinausreichende positive Wirkungen erkennbar werden.

3. Die in West-Berlin erscheinende SEW-Zeitung „Die Wahrheit" will den Besuch Diepgens in Ost-Berlin zum Prüfstein machen. Die Frage sei,

> ***„Ein solcher Besuch darf von unserer Seite nicht als Selbstzweck betrachtet werden. Er muß so gestaltet sein, daß darüber hinausreichende positive Wirkungen erkennbar werden."***

ob er „souverän" selber entscheide oder als „Anhängsel" des jeweiligen Herrn im Weißen Haus. Wir wissen und wollen, daß in West-Berlin die Alliierten Souveränität ausüben. Ihre Rechte sind unsere Sicherheit und zwar in einem existentiellen Sinne. Deshalb ist der Konsens auf westlicher Seite eine Vorbedingung für den Besuch. Für „souveräne Alleingänge" des Regierenden Bürgermeisters besteht hier kein Raum. Natürlich sind Diskussionen mit den Alliierten nicht ausgeschlossen, aber am Ende muß die Entscheidung von allen – auch der Bundesregierung – getragen werden.

Im Gegensatz zur weniger problematischen Einladung des Oberbürgermeisters von Ost-Berlin lädt der Vorsitzende des Komitees zur 750-Jahrfeier, der Staatsratsvorsitzende Honecker, in die Hauptstadt der DDR ein. Diese Qualität Ost-Berlins wird von den Westmächten hartnäkkig und mit guten juristischen Gründen bestritten. Der Viermächte-Status ist ein Status für ganz Berlin und die DDR ist in Ost-Berlin trotz gegenteiliger Behauptungen nicht souveräner Herr im eigenen Hause. Diese Rechtsposition hat immer noch praktische Auswirkungen, zum Beispiel in Gestalt des Zugangs der Westalliierten nach Ost-Berlin und ihre Möglichkeit, sich dort zu bewegen. Gewiß ist die Nichtzugehörigkeit Ost-Berlins zur DDR schwer klar zu machen, wenn die Botschaften der Westmächte „bei" der DDR eben in Ost-Berlin ihren Sitz haben.

Dennoch bleibt die Rechtsposition und ihre Deklamation wichtig. Darüber hinaus muß neben der Einladung in die „Hauptstadt der DDR" auch damit gerechnet werden, daß dieser Staatsakt diesen Charakter Ost-Berlins unterstreichen und feiern will. Wieder läßt „Die Wahrheit" der SEW die Katze aus dem Sack. Hauptfrage im Zusammenhang mit der Einladung sei eben: „Will der Regierende Bürgermeister die Realitäten anerkennen oder weiter überholten Vorstellungen, er hätte eigentlich ganz Berlin zu regieren, nachgehen?" Man kann möglichen Fehlinterpretationen des Besuchs mit Vorbehaltserklärungen begegnen. Aber sie sind nur brauchbar, wenn sie im Konsens erfolgen. Eine Politik nach dem Motto „die Deutschen können eh tun, was sie wollen, denn für Statusfragen sind die Alliierten zuständig", ist untauglich. Ein Händedruck mit Honecker wiegt eine Belastung im deutsch-alliierten Verhältnis nicht auf.

5. Im Zusammenhang mit dem Besuch des damaligen Regierenden Bürgermeisters Richard von Weizsäcker bei Honecker ist die salvatorische Formel angewendet worden, man dürfe aus derartigen Akten, die eigentlich nicht sein dürften, keine Statusvorteile ableiten. Andernfalls könne es eine solche Begegnung nur

> ***„Ein Händedruck mit Honecker wiegt eine Belastung im Verhältnis der Deutschen zu den Alliierten nicht auf."***

ein einziges Mal geben. Ein solcher Appell an die andere Seite ist hilfreich. Andererseits ist diese Formel kein Allheilmittel, denn die Fakten haben ihre eigene Sprache auch unabhängig von den jeweiligen Interpretationen. Will sagen: Die Inanspruchnahme dieser Formel als Generalpräventation zur Durchführung des Besuchs des Regierenden Bürgermeisters in Ost-Berlin ist nicht möglich. Die Verwendung der Formel hat ihren Nutzen, sie kann aber keinen Verzicht auf die Prüfung jener Fakten bedeuten, die schließlich eine normative Kraft haben könnten.

6. Wesentlich ist z. B. die Frage nach dem Kreis der Eingeladenen. Ein Regierender Bürgermeister als einer unter anderen Staatschefs ist nicht geeignet, die Einladung annehmbarer zu machen. Auch bleibt es wichtig, ob und in welcher Weise das militärische Element in Erscheinung tritt. Der Regierende Bürgermeister kann nicht an einer Veranstaltung teilnehmen, gegen die die Westmächte wegen des entmilitarisierten Status von Berlin protestieren müßten. Da diese und andere Fragen gegenwärtig überhaupt nicht zu beantworten sind, wäre es töricht, Vorabzusagen zu erteilen oder sich unter Zeitdruck setzen zu lassen. Der Vorsitzende der Berliner SPD-Fraktion Momper hat der Stadt mit seiner eilfertigen Zusage keinen guten Dienst geleistet. Diepgen sollte sich von niemanden drängen lassen. Ein chinesisches Sprichwort sagt: Wer es eilig hat, mache einen Umweg.

7. Das Problem der Kontakte zwischen den beiden deutschen Staaten betrifft nicht nur die Ebene der Regierungen. Der Sport ist davon betroffen, auch Kommunen, die Partnerschaften suchen. Für den Deutschen Städtetag blieb die Berlin-Frage relevant seit sowjetische Bürgermeister bei einer Reise durch die Bundesrepublik Berlin absprachewidrig ausklammerten und den Besuch, der am Schluß der Reise in Berlin vorgesehen war, einfach absagten. Der Senat erwartet von vielen Institutionen bei Besuchen, Veranstaltungen und anderen Aktionen zwischen Ost und West zu recht Solidarität. Gerade auch in jüngster Zeit gibt es in diesem Bereich Nadelstiche des Ostens, die solche Begegnungen nutzen wollen, um den Status von Berlin zu ändern. Der Senat muß deshalb bei der Gestaltung seiner eigenen Politik auf die beispielhafte Wirkung seiner Aktionen achten. Es gibt gute und schlechte Beispiele, die ihre Nachahmer finden. Es ist jedenfalls schwierig, ein schlechtes Beispiel zu geben und von anderen zu verlangen, daß sie solidarisch auf der Seite des Guten bleiben. Auch hier muß eine Absicherung erfolgen.

Die Zeit der Prüfung sollte keine Zeit der Vorurteile sein. Bei der Prüfung jeder Einzelfrage hier und heute muß die Perspektive des Handelns immer orientiert sein an dem Willen zur Freiheit und zur Einheit der Stadt und unseres Landes.

SPD verteidigt Volkszählung. Kritik an Grünen

AP, Osnabrück

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bundestag, Alfred Emmerlich, hat Bundespräsident Richard von Weizsäcker gegen die Kritik der Grünen an seinem Eintreten für die Volkszählung in Schutz genommen und gleichzeitig erklärt, die SPD halte ungeachtet neuer Kritik an der für den 25. Mai nächsten Jahres geplanten Zählung fest. Emmerlich sagte in einem Interview mit der „Neuen Osnabrücker Zeitung", ein moderner Industriestaat bleibe darauf angewiesen, sich durch flächendeckende Zählungen sichere Datengrundlagen für politische Entscheidungen zu verschaffen. Zunächst berechtigte Vorbehalte seien in enger Abstimmung mit den Datenschutzbeauftragten beseitigt worden.

Emmerlich wies die Vorwürfe der Grünen gegen den Bundespräsidenten in dieser Sache zurück. Der Bundespräsident habe lediglich zur Beachtung eines demokratisch zustandegekommenen Gesetzes aufgefordert. „Ich rate dringend dazu, eine so untadelige Persönlichkeit wie die des Bundespräsidenten und seine einwandfreie Amtsführung nicht auf diese Weise in den politischen Streit hineinzuziehen."

Die Grünen im Bundestag hatten Weizsäcker am Dienstag vorgeworfen, er habe sich „zum Fürsprecher einer zweifelhaften Sache gemacht" und lasse sich vor den „Volkszählungs-Karren" von Bundesinnenminister Zimmermann spannen. Weizsäcker hatte die Bundesbürger zur Beteiligung an der Volkszählung 1987 aufgefordert. Dabei hatte er unter anderem erklärt, er verbürge sich dafür, daß mit den amtlicherseits gewünschten persönlichen Daten kein Mißbrauch getrieben werde.

Muß die Arbeit Spaß machen? / Eine Serie von Elisabeth Noelle-Neumann (3. Folge)

Die Zahl der Arbeitsplätze in der Bundesrepublik Deutschland nimmt zu. Seit 1983 ist sie um mehr als 500 000 gewachsen. Aber die Arbeitslosigkeit von über zwei Millionen hat sich nur wenig verringert. Von je drei neuen Arbeitsplätzen wurden zwei von vorher nicht Berufstätigen besetzt, Angehörigen der „stillen Reserve" für den Arbeitsmarkt, nur je einer ging an einen Arbeitslosen. Überraschend ist das eigentlich nicht. Diese „stille Reserve" ist ungewöhnlich groß. In Ländern wie England, Schweden, USA hat sich der Anteil berufstätiger Frauen in den letzten zwei, drei Jahrzehnten erheblich vergrößert, sehr viel mehr Frauen sind dort berufstätig als bei uns.

Strategien gegen die Arbeitslosigkeit

Insgesamt ist zwischen 1960 und 1980 der Anteil berufstätiger Frauen bei uns praktisch bei etwa 49 Prozent der Frauen zwischen 15 und 64 Jahren stehengeblieben. Und in anderen Industrieländern ist er auf 60 bis über 70 Prozent geklettert. Hier ist ein Nachholbedarf von Frauen an geeigneten Teilzeitarbeitsplätzen, die bei uns auffallend zurückgeblieben sind (Tabelle 1 und Grafik).

Mit den Mitteln der Demoskopie läßt sich die ungewöhnliche Größe der „stillen Reserve" des Arbeitsmarktes, mit der wir leben, durchaus sichtbar machen. In einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage mit rund 2000 Interviews wurden Ende September/Anfang Oktober 1986 alle Personen zwischen 16 und 59 Jahren, die nicht erwerbstätig oder als arbeitslos gemeldet waren, gefragt: „Es gibt ja viele Fälle, wo jemand nicht offiziell beim Arbeitsamt als arbeitslos gemeldet ist, aber genau gesehen, ist er oder sie arbeitslos: er/sie würde gern beruflich arbeiten, wenn sich ihm oder ihr nur ein geeigneter Arbeitsplatz bieten würde. Fühlen Sie sich selbst eigentlich in diesem Sinne arbeitslos, oder würden Sie das nicht sagen?" 24 Prozent antworteten, daß sie sich in diesem Sinne als arbeitslos fühlten. Umgerechnet auf die Bevölkerung zwischen 15 und unter 60 Jahren sind das ungefähr zwei Millionen.

Zwei Drittel dieser „stillen Reserve" sind Frauen, zwei Drittel haben ihre Allgemeinbildung mit der Hauptschule abgeschlossen, etwa die Hälfte lebt in Arbeiterhaushalten, und ganz gleichmäßig verteilen sie sich auf drei Altersgruppen: Je ein Drittel ist zwischen 16 und 29, 30 und 44, 45 und 59 Jahren. Von den Frauen in der „stillen Reserve" denken die meisten, etwa zwei Drittel, an eine Teilzeitarbeit, die sie gern hätten.

Wie ernst ist diese „stille Reserve" zu nehmen? Auf die Frage: „Haben Sie schon einmal überlegt, (wieder) einem Beruf nachzugehen, eine Arbeit aufzunehmen?" sagen diejenigen, die sich arbeitslos fühlen, fast vollständig, daß sie das schon überlegt hätten: auf die Anschlußfrage: „Bemühen Sie sich zur Zeit ernsthaft um eine Stelle, oder haben Sie sich vor einiger Zeit bemüht, oder konnten Sie da noch nicht viel tun?" erklärt etwa die Hälfte derer, die sich „arbeitslos fühlen", sie bemühten sich ernsthaft, gegenwärtig oder auch vor einiger Zeit. Wir lernen daraus, daß von der „stillen Reserve" etwa eine Million bereitstehen, Arbeitsplätze, die sich bieten, zu besetzen. Die zweite Million wartet ab, aber je mehr Chancen sie sieht, an je mehr Beispielen sie erkennt, daß es heute wieder möglich ist, nach längerer Unterbrechung einen Arbeitsplatz zu bekommen, desto aktiver wird sie werden.

Für ein sehr wirksames Drängen der „stillen Reserve" in den Arbeitsmarkt spricht die Fülle der Motive, die bei der Frage: „Was spricht in Ihren Augen alles dafür, daß Sie (wieder) einen Beruf, eine Arbeit aufnehmen möchten?" genannt werden. Eine erhebliche Rolle spielen finanzielle Motive: „Wenn ich arbeite, kann ich mir persönlich mehr leisten" (61 Prozent); „Ich will selbst Geld verdienen, nicht auf andere angewiesen sein" (59 Prozent); „Ich brauche das Geld zum Leben" (65 Prozent); „Ich will meine Altersversorgung sichern" (49 Prozent); „Damit ich mir auch größere Anschaffungen leisten kann" (44 Prozent). Der Gedanke, selbst eine Arbeit zu suchen, weil der Partner arbeitslos ist, wird ganz selten als Motiv angeführt (2 Prozent).

Das zweite Motivbündel hängt zusammen mit dem Bedürfnis nach Erlebnis: „Ich will einen Arbeitsplatz, weil ich gern mit anderen Menschen zusammen bin" (47 Prozent). „Auf die Dauer wäre es mir zu Hause zu langweilig" (65 Prozent). „Es genügt mir auf die Dauer nicht, nur im Haushalt tätig zu sein" (55 Prozent).

Das Interesse an der Arbeit selbst ist auch größer als meist angenommen wird: „Ich möchte einen Arbeitsplatz, weil ich Freude an der Arbeit, an meinem Beruf habe" (45 Prozent). „Weil es für mich ganz selbstverständlich ist, zu arbeiten" (54 Prozent). „Ich habe eine gute Ausbildung. Es wäre schade, wenn ich mit meinen Kenntnissen nichts anfangen würde" (33 Prozent.

Diese beachtliche „stille Reserve" ist erst in den letzten Jahren seit dem Konjunkturaufschwung 1983 von der Öffentlichkeit entdeckt worden, von manchem Politiker mit dem Ziel der Anklage, die Arbeitslosigkeit sei ja in Wirklichkeit viel größer als offiziell angegeben. Aber der Vergleich mit den europäischen Nachbarländern und mit den USA zeigt, daß sich diese „stille Reserve" bei uns ganz still seit Ende der 60er Jahre aufgebaut hat.

Für die kommenden Jahre läßt sich leicht voraussehen, daß die „stille Reserve" wahrscheinlich stärker in die neu geschaffenen Arbeitsplätze drängen wird als die Arbeitslosen. Da ist zunächst einmal das ungleiche finanzielle Motiv: die Angehörigen der „stillen Reserve" verdienen augenblicklich nichts, sie sehen die Chance, gleichsam von Null auf ein eigenes Einkommen zu gelangen. Die Arbeitslosen dagegen sind auf verschiedene Weise versorgt, auch wenn sie schon länger als zwei Jahre arbeitslos sind. 87 Prozent berichteten bei der Umfrage, daß sie Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe beziehen, 20 Prozent erhalten Wohngeld. Selbst unter denen, die seit mehr als zwei Jahren arbeitslos sind, sagen 70 Prozent, sie erhielten Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe, nur 20 Prozent deklarieren ihre Unterstützung als Sozialhilfe. Wahrscheinlich unterscheiden sie „Arbeitslosenhilfe" und „Sozialhilfe" sprachweise nicht so genau: aber insgesamt gewinnt man den Eindruck einer nahezu Vollversorgung.

Das gilt wohl auch weitgehend unabhängig davon, ob es in direkter Linie Familienangehörige gibt, die den Arbeitslosen unterstützen müssen. Es wurde gefragt: „Ehe einem langfristig Arbeitslosen Sozialhilfe gewährt wird, prüft das Sozialamt erst einmal nach, ob ein Ehegatte, ob Eltern oder Kinder da sind, die für den Unterhalt mit aufkommen mußten. Wie ist es bei Ihnen: Haben Sie einen direkten Verwandten, der für Sie aufkommen müßte oder aufkommt?" 53 Prozent bejahten, enge Familienangehörige müßten sie nach der Rechtslage unterstützen. Aber faktisch wird das bei der Entscheidung über Unterstützungszahlungen offenbar nicht eng ausgelegt. Man kann als Arbeitsloser weitgehend mit Dauerbezügen rechnen (Tabelle 2).

Gut die Hälfte dser Arbeitslosen, 52 Prozent, und insbesondere die jungen Arbeitslosen unter 25 Jahren sagen zu 61 Prozent „Ich habe Familienangehörige, die zu mir stehen. Deshalb bin ich bei der Arbeitssuche nicht so unter Druck". Die Mitglieder der „stillen Reserve" sind da wahrscheinlich aggressiver und aktiver.

Die stärkere Dynamik, mit der Angehörige der „stillen Reserve" neu geschaffene Arbeitsplätze erobern konnten, hat weitere Gründe. Viele Arbeitslose sorgen sich um die Erhaltung ihres Status: „Ich meine, auch als Arbeitsloser sollte man beruflich nicht absteigen. Deshalb kann ich manche Arbeit, die mir angeboten wird, nicht annehmen", sagen 33 Prozent, und 22 Prozent bemerken: „Ich habe ja meinen Beruf gelernt. Diesen Beruf will ich auch ausüben und keinen anderen."

Jeder zweite Arbeitslose (46 Prozent) sagt dagegen realistisch: „Ich muß bei der Arbeitssuche jetzt erst einmal Verschlechterungen in Kauf nehmen. Ich hoffe aber, mich dann wieder hocharbeiten zu können."

Was für Verschlechterungen werden in Kauf genommen? Wir wenden uns nun wieder ganz den Ergebnissen der Arbeitslosen-Enquete zu. In erster Linie, von fast drei Viertel, werden als Verschlechterungen akzeptiert: ein längerer Weg zur Arbeit, auch morgens früher zur Arbeit weg zu müssen und abends später nach Hause zu kommen.

In drei weiteren Punkten erklären rund zwei Drittel der Arbeitslosen ihre Anpassungsbereitschaft: Annahme eines zeitlich befristeten Arbeitsvertrages, Arbeit in einem anderen Beruf, Arbeit, für die eine Umschulung notwendig ist. Die hohe Zustimmung zu einem befristeten Arbeitsvertrag verdient besondere Aufmerksamkeit; denn gerade diese Flexibilisierung des Arbeitsmarkts ist oft von Vertretern der Arbeitnehmer angegriffen worden.

Die Bereitschaft zu Berufswechsel und Umschulung wird allerdings gebremst durch widerstrebende Tendenzen: In einem Beruf arbeiten, der bei den Leuten weniger gilt, wollten nur 48 Prozent der Arbeitslosen; Arbeit unter dem Niveau des eigenen fachlichen Könnens scheint auch der Mehrheit der Arbeitslosen nicht zumutbar, auch weniger Verdienst als auf dem letzten Arbeitsplatz würden nur 43 Prozent in Kauf nehmen.

Von dem schwierigen Thema Mobilität, weiter wegziehen zu müssen für einen neuen Arbeitsplatz, war schon die Rede. Zwar sagt rund jeder dritte Arbeitslose, er sei bereit dazu, aber die Nachfrage bei den Familienangehörigen dieser Arbeitslosen ergab, daß drei Viertel der Angehörigen, also die große Mehrheit, protestieren und einen Umzug ablehnen.

Besonders kritisch sieht es auch bei allen Arbeitsplatz-Perspektiven aus, die echte Belastungen versprechen: Arbeit am Samstag oder Sonntag, sehr anstrengende Arbeit, bei der man sehr müde nach Hause kommt, schlechtere Arbeitsbedingungen, wie zum Beispiel Lärm und Schmutz – so etwas würden nur ein Viertel bis ein Drittel der Arbeitslosen auf sich nehmen wollen (Tabelle 3).

An diesem Punkt stehen wir wieder da, wo dieser Bericht über die Arbeitslosigkeit begann: eine Arbeit, die keinen Spaß macht, anzunehmen, ist mit das letzte, das die Arbeitslosen sich selbst und das auch ihre Familienangehörigen ihnen zumuten wollen.

Es spricht ein großes Zutrauen zum Sozialstaat aus diesen Antworten der Arbeitslosen, die Überzeugung, der Sozialstaat müsse das schaffen, daß seine Bürger eine Arbeit finden, die ihnen Freude macht. Viele Arbeitslose rechnen auch offenbar damit, daß solch eine Stelle ihnen vom Arbeitsamt angeboten werden müsse. Bei insgesamt nur 117 000 offenen Stellen im September 1986 ist das natürlich sehr unwahrscheinlich. 54 Prozent der Arbeitslosen berichten, ihnen sei in den letzten sechs Monaten überhaupt keine Stelle vom Arbeitsamt angeboten worden, weitere 15 Prozent sagen, keine Stelle, die sie gern angenommen hätten – zusammen 69 Prozent. Immerhin, jeder vierte erhielt eine bis drei für ihn annehmbare Stellen vom Arbeitsamt genannt, ohne dann aber eingestellt zu werden. 5 Prozent hatten mehr als drei Stellen nachgewiesen bekommen, aus denen aber nichts wurde.

Eine besondere Verpflichtung, sich anzustrengen, sehen viele Arbeitslose nicht. Auf die Frage, ob Arbeitslose auch selbst Schuld daran hätten, arbeitslos zu sein, meinen sie zu 15 Prozent, das könne sein, 85 Prozent lehnen diesen Gedanken ab. Aber wie soll es weitergehen? Gegenwärtig steigt der Anteil langfristig Arbeitsloser ständig an. 1980 waren 5.1 Prozent der Arbeitslosen zwei Jahr oder länger arbeitslos, zur Zeit sind es 14,8 Prozent. Wenn jetzt im Aufschwung der Sockel von rund zwei Millionen Arbeitslosen nicht vermindert werden kann, wird dann bei einer irgendwann kommenden Rezession die Arbeitslosigkeit nicht unvermeidlich auf die schon 1981/82 gefürchteten drei Millionen oder noch mehr steigen?

„Arbeit vermarkten wie Bananen?" fragte kürzlich ein Wirtschaftswissenschaftler in der „Zeit". Er setzte sich mit einer Denkschrift des „Kronberger Kreises" seiner Professorenkollegen auseinander, die empfohlen haben, bei der Belebung des Arbeitsmarktes genauso zu verfahren, wie man bei der Belebung des Marktes für Bananen, Eisenbahnfahrkarten oder Teppichböden verfahren würde.

Wenn man einen Markt beleben oder erschließen will, dann macht man – bei Konsumgütern meist mit Hilfe von Bevölkerungsumfragen, Marktforschung – eine „Segmentation". Der potentielle Abnehmerkreis wird untergliedert nach seinen Bedürfnissen, Gewohnheiten, Ansprüchen, seiner Kaufkraft, und ebenso kann man das Produkt differenzieren, man kann neben den normalen Personenwagen Abenteuer-Autos in der Art von Suzuki oder neben dem Geschäftswagen den Zweitwagen für die Familie entwickeln und sich damit einen vielleicht weltweiten Markt erschließen.

Die Allensbacher Arbeitslosen-Untersuchung war von Anfang an auf eine „Segmentation" hin angelegt. Die Vizepräsidentin der Bundesanstalt für Arbeit, Dr. Ursula Engelen-Kefer hat darauf hingewiesen, daß innerhalb des Jahres 1985 3,73 Mill. Abgängen aus der Arbeitslosigkeit 3,75 Mill. Zugänge gegenüberstanden und daß darum aus dem „Bestand" von durchschnittlich 2,2 Mill. Arbeitslosen kein realistisches Bild zu gewinnen sei. Gerade das ist auch die Betrachtungsweise bei einer Segmentation. Wie ein Betonblock steht die Zahl von 2,2 Mill. Arbeitslosen in der politischen Diskussion und läßt ein Gefühl vollkommener Machtlosigkeit aufkommen. „Wir haben ja heute über 2 Millionen Arbeitslose. Was meinen Sie: Wird die Zahl der Arbeitslosen zurückgehen, wenn man den Arbeitslosen mehr Programme zur Ausbildung anbietet, oder meinen Sie, dadurch wird sich nicht viel ändern?" Die Zahl der Arbeitslosen wird zurückgehen, erwarten 22 Prozent, es wird sich nicht viel ändern, glauben 59 Prozent, unentschieden sind 19 Prozent. Wenn man aber mit einer Segmentation diesen Block aufzuschließen versucht, dann gewinnt das Problem Arbeitslosigkeit ein menschliches Gesicht, man kann Pläne – zum Beispiel die Qualifizierungskampagne, mit der die Arbeitslosigkeit abgebaut werden soll – und Realität aufeinander abzustimmen versuchen.

Frau Dr. Engelen-Kefer hat darauf hingewiesen, daß innerhalb des Jahres 1985 3,73 Millionen Abgängen aus der Arbeitslosigkeit 3,75 Millionen Zugänge gegenüberstanden, und daß darum aus dem „Bestand" von durchschnittlich 2,2 Millionen Arbeitslosen kein realistisches Bild zu gewinnen sei. Gerade das ist auch die Betrachtungsweise bei einer Segmentation. Wie ein Betonblock steht die Zahl von 2,2 Millionen Arbeitslosen in der politischen Diskussion und läßt ein Gefühl vollkommener Machtlosigkeit aufkommen. „Wir haben ja heute über zwei Millionen Arbeitslose. Was meinen Sie: Wird die Zahl der Arbeitslosen zurückgehen, wenn man den Arbeitslosen mehr Programme zur Ausbildung anbietet, oder meinen Sie, dadurch wird sich nicht viel ändern?" Die Zahl der Arbeitslosen wird zurückgehen, erwarten 22 Prozent, es wird sich nicht viel ändern, glauben 59 Prozent, unentschieden sind 19 Prozent. Wenn man aber mit einer Segmentation diesen Block aufzuschließen versucht, dann gewinnt das Problem Arbeitslosigkeit ein menschliches Gesicht, man kann Pläne – zum Beispiel die Qualifizierungskampagne, mit der die Arbeitslosigkeit abgebaut werden soll – und Realität aufeinander abzustimmen versuchen.

Drei Segmente sollen im folgenden betrachtet werden. Man könnte auch mehr Segmente bestimmen , man könnte sie anders abgrenzen. Nicht ihre Größe genau festzustellen, ist wichtig; die Segmente müssen nur groß genug sein, damit es sich lohnt, arbeitsmarktpolitische Maßnahmen für sie zu entwickeln. Als erstes Segment sollen die potentiellen Selbständigen unter den Arbeitslosen vorgestellt werden. Rund zehn Prozent der Arbeitslosen sagen, sie hätten schon daran gedacht, sich selbständig zu machen und sie glaubten, daß sie es auch schaffen könnten. Unter diesen Arbeitslosen sind fast ebensoviel Frauen wie Männmer, und zwar Frauen, die in Selbstbewußtsein, Optimismus und unternehmerischer Energie hinter den Männern nicht zurückstehen.

Diese Arbeitslosen sind schwierig. Relativ oft haben sie ihren letzten Arbeitsplatz wegen eines Streits mit einem Vorgesetzten verloren. Aber sie besitzen viele Kennzeichen des echten Unternehmers: Nicht das finanzelle Interesse rangiert bei ihnen obenan, auch nicht der Wunsch nach geregelter Arbeitszeit oder nach einer Arbeit mit wenig Streß. Große Entscheidungsfreiheit wünschen sie sich am Arbeitsplatz, „eine Arbeit, die mich herausfordert", einen Beruf, in dem man etwas für die Allgemeinheit Nützliches tun kann, andere Menschen führen.

Etwas mehr als die Hälfte von ihnen hat nur die Hauptschule besucht, aber in sehr viel höherem Anteil als der Durchschnitt haben sie eine abgeschlossene Lehre. Sie haben mehr an Fortbildungskursen teilgenommen, sie sind eher zu einer Umschulung bereit, auch zum Umziehen, zur Übernahme eines Risikos. Häufiger als der Durchschnitt sehen sie die Schuld an der Arbeitslosigkeit auch bei den Arbeitslosen selbst.

Für diese potentiellen Selbständigen könnte man an Maßnahmen denken, die in anderen Ländern schon verwirklicht sind, zum Beispiel eine längere Frist, etwa zwölf Monate, Weiterbezug des Arbeitslosengeldes, während sie daran arbeiten, eine selbständige Existenz zu begründen.

Auf die Frage: „Wenn Sie an die Zukunft denken – für wie wahrscheinlich halten Sie es, daß Sie in den nächsten Jahren wieder berufstätig werden, daß Sie einen Arbeitsplatz bekommen?" sagen 52 Prozent der potentiellen Selbständigen „sehr wahrscheinlich" und 27 Prozent „einigermaßen wahrscheinlich".

Fast engegengesetzt antworten die Arbeitslosen aus dem Segment „Schwer vermittelbar": 14 Prozent von ihnen halten es für sehr wahrscheinlich, daß sie in den nächsten Jahren wieder Arbeit haben, 25 Prozent für „einigermaßen wahrscheinlich", 57 Prozent sagen „wenig wahrscheinlich", vier Prozent machen keine Angabe.

„Schwer vermittelbar" – ob es das überhaupt gibt oder nicht gibt, das war und ist ein Streitpunkt unter den Arbeitsmarktanalytikern. Bei der vorliegenden Untersuchung und Segmentation wurde folgendermaßen verfahren: Ein Arbeitsloser, der im Interview sagte, er bemühe sich nicht um einen Arbeitsplatz (17 Prozent), wurde als „schwer vermittelbar" betrachtet. Außerdem Arbeitslose, die sagten, daß sie eigentlich aus gesundheitlichen Gründen unfähig zur Arbeit seien (sieben Prozent), weiter diejenigen, die sagten, sie könnten wegen der Kinder oder Pflege alter Menschen nicht länger als drei oder vier Stunden am Tag von zu Hause fort (16 Prozent aller arbeitslosen Frauen). Auch diejenigen Arbeitslosen, die sagten, daß sie keinen Kontakt zum Arbeitsamt hielten (neun Prozent), schließlich diejenigen, die sagten, daß sie sich in den letzten sechs Monaten bei keiner Stelle beworben haben (19 Prozent), diejenigen, die sagten, daß sie ohnehin demnächst in Rente gingen (sechs Prozent) oder demnächst zur Bundeswehr (drei Prozent) oder daß sie ein Kind erwarteten (drei Prozent). Oft kommen mehrere dieser Umstände zusammen. Insgesamt umfaßt dieses Segment der „schwer Vermittelbaren" 23 Prozent oder hochgerechnet 500 000 Arbeitslose.

Zum Segment der „schwer Vermittelbaren" gehören etwa gleichviel Männer und Frauen, zwei Drittel sind Arbeiter, fast die Hälfte sind unter 35 Jahren. Allerdings gibt es im Alter große Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Von den Männern im Segment „schwer Vermittelbare" sagt jeder dritte, er gehe demnächst in Rente, von den Frauen sagt jede sechste, sie erwarte ein Kind.

In diesem Segment ist die Stimmung der Männer, vor allem der älteren und der Arbeiter, sehr gedrückt, während umgekehrt die Frauen eher optimistisch sind. Sie unternehmen sehr wenig, um einen neuen Arbeitsplatz zu finden, intensiv widmen sich viele von ihnen ihrer Familie.

Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen müßten eher bei einem weiteren Segment ansetzen, das knapp die Hälfte aller Arbeitslosen umfaßt. Es sind Arbeitslose, die nicht zum Segment „potentielle Selbständige" gehören, die sich aber in den letzten sechs Monaten mindestens einmal um eine Stelle beworben haben und die bei ihrer Arbeitsplatzsuche von Zuversicht erfüllt sind – wahrscheinlich eine Voraussetzung für aktive Bemühung –: „Ich werde sehr wahrscheinlich in den nächsten Jahren wieder einen Arbeitsplatz finden."

Dieses Segment von „Arbeitslosen mit Chancen", guten Chancen zur Rückkehr in das Arbeitsleben, muß, wenn man nach Ansatzpunkten für aktive Arbeitsmarktpolitik sucht, in mehrere Segmente aufgeteilt werden. Zu verschieden ist die Situation von Männern und Frauen, jungen Arbeitslosen und älteren, bei Hilfsarbeitern, Facharbeitern, Angestellten, arbeitslosen Akademikern.

Allerdings zeigt schon ein erster Blick auf dieses Segment als Ganzes, daß Arbeitslose, die Alleinernährer sind, und ihre Familienangehörigen sehr viel mehr Aktivität bei der Suche nach einem neuen Arbeitsplatz entfalten als Arbeitslose in Familien, in denen ein anderer berufstätig ist.

Eine Gruppe, die außerhalb der Segmente steht, sind jene fünf Prozent der Arbeitslosen, die sagen, sie hätten schon einen neuen Arbeitsplatz fest zugesagt bekommen, hochgerechnet rund 100 000 gegenwärtig registrierte Arbeitslose. Davon sind 56 Prozent nicht länger als drei Monate als arbeitslos gemeldet, 33 Prozent drei bis zwölf Monate, elf Prozent seit mehr als zwölf Monaten arbeitslos.

Es kann doch nicht sein, daß man eine Arbeit tun muß, die einem keine Freude macht – das denkt die große Mehrzahl der Arbeitslosen. Und wenn sich kein solcher Arbeitsplatz findet, dann sind die Arbeitslosen gar nicht schuld – das denkt die große Mehrzahl. Es könnte sein, daß es sich um ein verhängnisvolles Mißverständnis handelt. Gezielte Maßnahmen zum Abbau von Arbeitslosigkeit werden nicht ankommen können gegen eine Norm: keine Arbeit annehmen, wenn sie keine Freude macht.

Die Gesellschaft zwingt die Arbeitslosen nicht, sie sichert sie materiell, und sie schaut nicht auf sie herab. Aber die Arbeitslosen, die darauf bestehen, nur eine Arbeit anzunehmen, die ihnen Freude macht, haben den Schaden davon. Die Umfrage zeigt, je länger die Arbeitslosigkeit dauert, desto pessimistischer wird der Arbeitslose, desto enger wird sein Interessenbereich, desto passiver und langsamer wird er allgemein, desto mehr wenden sich seine Bekannten von ihm ab. Immer schwerer wird der Rückweg.

– Schluß –

Nachholbedarf der deutschen Frauen

Anteil der berufstätigen Frauen an der weiblichen Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren

	1960	1980
Bundesrepublik	49	49
Schweden	55	74
Großbritannien	46	58
USA	43	59

DIE WELT

Mutter mit Kindern – „stille Reserve" des Arbeitsmarktes? FOTO: KLAUS MEHNER

1. Hauptberufliche Teilzeitarbeit von Frauen

Es arbeiten Teilzeit:	BERUFSTÄTIGE FRAUEN %
Bundesrepublik Deutschland (1977)	25
Schweden (1978)	43
England (1977)	43
USA (1977)	28

2. Die Versorgung der Arbeitslosen

Nach der Angabe des Arbeitslosen erhält er / sie:	PERSONEN, DIE ARBEITSLOS SIND: BIS ZU 12 MONATEN – mit unterstützungspflichtigen Familienangehörigen %	BIS ZU 12 MONATEN – ohne unterstützungspflichtige Familienangehörige %	13 BIS 24 MONATE – mit unterstützungspflichtigen Familienangehörigen %	13 BIS 24 MONATE – ohne unterstützungspflichtige Familienangehörige %	25 MONATE UND LÄNGER – mit unterstützungspflichtigen Familienangehörigen %	25 MONATE UND LÄNGER – ohne unterstützungspflichtige Familienangehörige %
Arbeitslosengeld	74	77	24	21	4	6
Arbeitslosenhilfe	7	13	54	67	51	74
Sozialhilfe	3	9	4	21	16	24
Wohngeld	10	24	18	37	28	41
Nichts davon	15	6	21	3	30	12
	109	129	121	149	129	157

Bundesrepublik mit West-Berlin — 15- bis 65jährige Arbeitslose

3. Schwierigkeiten in Kauf nehmen

Frage: Bei einem neuen Arbeitsplatz kommt es ja auch darauf an, welche Schwierigkeiten man in Kauf nimmt. Würden Sie bitte einmal lesen, was auf diesen Karten steht, und mir sagen, ob Sie das in Kauf nehmen würden?

	Arbeitslose insgesamt (%)
Verschlechterung bei den Arbeitszeiten	
Daß ich morgens früher zur Arbeit weg muß	78
Daß ich länger zur Arbeit unterwegs bin	69
Daß ich abends später nach Hause komme	64
Zeitliche Befristung und Umlernen	
Daß ich einen zeitlich befristeten Arbeitsvertrag bekomme	68
Daß ich eine Arbeit in einem anderen Beruf bekomme	68
Daß ich eine Arbeit bekomme, für die eine Umschulung notwendig ist	62
Sozialer, fachlicher, finanzieller Abstieg	
Daß ich einen Beruf habe, der bei den Leuten weniger gilt	48
Daß ich eine Arbeit bekomme, die unter meinem fachlichen Können liegt	45
Daß ich eine Arbeit bekomme, die nicht meiner beruflichen Stellung entspricht	45
Daß ich weniger verdiene	43
Mobilität	
Daß ich wegziehen muß an einen weiter entfernten Ort	32
Daß ich die Woche über von zu Hause weg bin	32
Belastungen	
Daß ich Schichtarbeit machen muß	41
Daß ich Samstag oder Sonntag arbeiten muß	35
Daß ich eine sehr anstrengende Arbeit bekomme, wo ich sehr müde nach Hause komme	35
Daß ich schlechtere Arbeitsbedingungen bekomme, wie zum Beispiel Lärm und Schmutz	24
Was keinen Spaß macht	
Daß ich etwas machen muß, was mir keinen Spaß macht	27
Keine Angabe	2
	818

Bundesrepublik mit West-Berlin — 15- bis 65jährige Arbeitslose

Wenn Sie einzelne Folgen dieser Serie versäumt haben, aber nachlesen wollen, wählen Sie bitte 0 20 54 / 10 15 41: Frau Karin Kuhlmann schickt sie gerne zu.

Die Suez-Krise vor 30 Jahren: Ein Szenario mit weitreichenden Folgen für die Nahostpolitik der Europäer / Moskau nutzte die Gunst der Stunde

Die Sowjets drohten mit der Bombe

Von WILHELM G. GREWE

Vor 30 Jahren, am 29. Oktober 1956, leitete ein israelischer militärischer Vorstoß auf der Sinai-Halbinsel in Richtung auf den Suez-Kanal eine weltpolitische Krise ein, die zu den großen Wendemarken der Nachkriegsgeschichte gehört. Sie hat die spätere Entwicklung ähnlich tiefgreifend beeinflußt wie die beiden Berlin-Krisen von 1948/49 und 1958/62 und die Kuba-Krise vom Herbst 1962. Was die Suez-Krise von ihnen besonders unterscheidet, war ihr zeitliches Zusammentreffen mit einer zweiten Krise von nicht minderer Größenordnung: mit dem ungarischen Aufstand, der sich an den gleichen Tagen abspielte und gleichzeitig mit dem Abschluß des Suez-Debakels in einer erschütternden Tragödie endete.

Wie kam es zur Suez-Krise? Es mutet wie eine Ironie der Geschichte an, daß ihr Ursprung in einem Hilfsangebot des Westens an Ägypten wurzelte. Im Dezember 1955 hatten die Westmächte der ägyptischen Regierung in Aussicht gestellt, daß sie 400 Millionen Dollar in ausländischen Währungen verfügbar machen würden, die Gamal Abd el-Nasser benötigte, um sein gigantisches Projekt eines Hochstaudamms bei Assuan zu realisieren, von dem er sich eine grundlegende Verbesserung der Wirtschaftslage seines Landes versprach. 200 Millionen sollte die Weltbank als langfristigen Kredit gewähren, 70 Millionen die Vereinigten Staaten und Großbritannien, die restlichen 130 Millionen sollten später ebenfalls von diesen beiden Gebern kommen, soweit sie nicht inzwischen durch französisches und deutsches Privatkapital aufgebracht worden wären.

Am 19./20. Juli 1956 gaben Washington und London jedoch plötzlich bekannt, daß sie ihr Angebot zurückzögen – womit auch die Aussicht auf den Weltbankkredit hinfällig wurde. Zur Begründung dieses überraschenden Entschlusses wurden wirtschafts- und finanzpolitische Bedenken vorgebracht, die wenig überzeugungskräftig waren. Die eigentlichen Motive waren ohne Zweifel politischer Natur: gewachsenes Mißtrauen gegenüber Nasser und seiner auf arabischem Nationalismus und weltpolitischem Neutralismus basierenden, mit der Annahme sowjetischer Hilfsangebote liebäugelnden Politik.

Nasser reagierte seinerseits mit einem Überraschungscoup, der ihm auf anderem Wege das benötigte Geld und einen Ausgleich für den erlittenen Prestigeverlust bringen sollte: Er gab am 26. Juli die Nationalisierung der bislang internationalen, vorwiegend von Ausländern kontrollierten und von ihnen finanziell ausgesogenen Suez-Kanal-Gesellschaft bekannt. Mehr als 50 Prozent der Aktien dieser Gesellschaft gehörten französischen Aktionären, mehr als 40 Prozent der britischen Regierung. Der Handelsverkehr der westlichen Welt mit Ostafrika, Asien und Australien, vor allem auch der Transport des mittelöstlichen Erdöls liefen über den Suez-Kanal. England und Frankreich reagierten dementsprechend heftig und bezeichneten die Nationalisierung als Rechtsbruch, wenngleich die in der internationalen Suez-Kanal-Konvention von 1888 verbürgte Freiheit der Durchfahrt für Schiffe jeder Art und Flaggen von der Nationalisierung nicht notwendigerweise berührt wurden. Ob sie ein Rechtsbruch war, ist umstritten und mindestens zweifelhaft. Seit dem schon 1954 vereinbarten und im Juni 1956 beendeten Abzug der britischen Truppen aus der Kanalzone hatten die Westmächte jedenfalls kein unmittelbar wirksames Druckmittel mehr in der Hand, um sich gegen befürchtete künftige Restriktionen und Auflagen im Kanalverkehr zu schützen.

Ihre Bemühungen zielten in dieser Lage auf eine Internationalisierung des Kanals, die auf zwei Londoner Konferenzen im August und September angestrebt wurde. Daneben lief eine Kampagne zur Mobilisierung der Weltöffentlichkeit gegen Nasser, seine Person und seine Politik, liefen aber auch militärische Vorbereitungsmaßnahmen für eine bewaffnete Aktion im Kanalgebiet. Auf der zweiten Konferenz am 19./20. September gründeten 15 Staaten eine „Vereinigung der Kanalbenutzer", deren Statuten am Ende jedoch weder England und Frankreich noch Ägypten befriedigten, das schon am 17. September den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen angerufen hatte. Dort wurde ebenso wie auf den Londoner Konferenzen sichtbar, daß der Westen gespalten war: Die Vereinigten Staaten unterstützten zwar – obgleich der Kanal für sie viel weniger bedeutsam als für Westeuropa war – die Forderung nach internationaler Kontrolle, waren jedoch keinesfalls bereit, Gewalt anzuwenden. Gleichzeitig schaltete sich Moskau in wachsendem Maße in die Auseinandersetzungen ein, lehnte die Internationalisierungsforderung ab und kritisierte mit großer Schärfe die britisch-französischen militärischen Vorbereitungsmaßnahmen.

Während die Diskussionen des Sicherheitsrates ergebnislos blieben und auch geheime Kompromißverhandlungen schließlich scheiterten, hatte sich Israel inzwischen zum Angriff auf Ägypten entschlossen, wobei israelisch-jordanische Zwischenfälle, Pläne einer irakischen Truppenstationierung in Jordanien und ein jordanisch-ägyptisch-syrisches Militärabkommen diesen Entschluß beeinflußten. Trotz vielfacher, über Jahre wiederholter Dementis kann kaum ein Zweifel bestehen, daß die französischen und britischen Staatsmänner – Mollet und Pineau sowie Eden und Selwyn Lloyd – im Bilde waren und ihr Einverständnis bekundet hatten.

Damit konnte der letzte Akt beginnen. 29. Oktober: israelischer Angriff auf den Sinai. 30. Oktober: britisch-französisches Ultimatum an Israel und Ägypten mit der Aufforderung, alle Kampfhandlungen einzustellen und die beteiligten Streitkräfte aus der Kanalzone zurückzuziehen; an Ägypten gerichtet: einer zeitweiligen Besetzung von Port Said, Ismailia und Suez durch britische und französische Truppen zuzustimmen. 31. Oktober: Bombardierung ägyptischer Flugplätze. Bis zum 4. November: nur Luftangriffe, erst am 5./6. November Landung, zunächst von Fallschirm-Truppen, dann von See aus von weiteren Verbänden eines britisch-französischen Expeditionskorps. Schon am 7. November Feuereinstellung und Waffenstillstand. 15. November: Landung eines ersten Kontingents von „peace keeping forces" der UN in der Kanalzone.

Diese Abfolge der Ereignisse am eigentlichen Schauplatz des Geschehens gibt noch keinen Aufschluß über die Beweggründe für das Verhalten der Beteiligten. Sie bildet auch nur die eine, sichtbare Hälfte des Krisenkalenders. Parallel dazu gibt es einen zweiten Terminkalender, aus dem sich besser ablesen läßt, warum die Ereignisse diesen Verlauf nahmen:

30. Oktober: Zusammentritt des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen auf amerikanische Initiative; Blockierung aller Resolutionen durch britisches und französisches Veto.

1./2. November: Sondersitzung der Vollversammlung der Vereinten Nationen, die gemäß der 1950 angenommenen „Uniting for peace"-Resolution tätig werden konnte, wenn der Sicherheitsrat infolge des Vetos einer Großmacht handlungsunfähig war; Annahme einer Resolution, die außer Israel und Ägypten auch Frankreich und Großbritannien zur Einstellung der Feindseligkeiten aufforderte. Während die beiden letzteren gegen die Resolution stimmten, votierten die Vereinigten Staaten dafür. Der schon vorher sichtbare tiefe Gegensatz zwischen den westlichen Verbündeten wurde damit augenfällig bestätigt.

3./4. November: Weitere Resolutionen der Vollversammlung, die auf Feuereinstellung binnen zwölf Stunden drängten und – auf Vorschlag Kanadas – den Generalsekretär beauftragten, binnen 48 Stunden den Plan für die Aufstellung und Entsendung einer internationalen Friedenstruppe auszuarbeiten. Während die Augen der Welt auf diese Vorgänge in New York und auf Suez gerichtet warenn, drangen am Morgen des 4. November sowjetische Panzer in Budapest ein und warfen den ungarischen Aufstand nieder.

5. November: Botschaften des sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin an Eden und Mollet, in denen er die „feste Entschlossenheit" der Sowjetunion bekundete, „durch Gewaltanwendung die Aggressoren zu zerschlagen und den Frieden im Orient wiederherzustellen". Es fehlte nicht die Andeutung, daß dabei an den Einsatz von Atomwaffen gedacht werde.

6. November: Beratungen der Kabinette in Paris und London, die am Abend zu der Bekanntmachung führten, daß den Streitkräften beider Mächte die Feuereinstellung befohlen worden sei. Vor Beginn der britischen Kabinettssitzung hatte der Schatzkanzler dem Außenminister die sich dramatisch verschärfende Krise des englischen Pfundes geschildert. Bis in die Reihen der britischen Regierung und der Konservativen Partei mehrten sich die Stimmen, die für einen Abbruch der Aktion plädierten. In den USA wurde gleichzeitig Präsident Eisenhower mit großer Mehrheit wiedergewählt.

7. November: Erneutes Verlangen der Vollversammlung der Vereinten Nationen nach sofortigem Abzug der israelischen, britischen und französischen Truppen aus Ägypten.

Rückblickend bleibt kein Zweifel, daß das Suez-Abenteuer ein katastrophaler Fehlschlag für London und Paris gewesen ist, aber auch einen schlimmen Bruch innerhalb des westlichen Bündnisses offenbarte. Es zeigte, daß die Zeit für Gewaltstreiche im kolonial-imperialistischen Stil vorüber war. Paris und London hatten sich nicht nur darin verkalkuliert, sie hatten auch ihre Machtmittel überschätzt und hatten überdies ihre militärische Aktion schlecht vorbereitet und stümperhaft durchgeführt; daß vom Augenblick des ersten Luftangriffs bis zur Landungsoperation in Port Said fünf Tage verstrichen, sagt schon alles. Edens Rücktritt im Januar 1957 war die unvermeidliche Konsequenz seiner Politik. Im Mai trat auch Guy Mollet für immer von der politischen Bühne ab.

Der Sowjetunion bot der Verlauf der Krise eine unschätzbare Gelegenheit, sich im Nahen Osten dauerhaft zu engagieren und ihr Mitspracherecht in dieser Region wirkungsvoll zu etablieren. Darüber hinaus konnte sie den Eindruck erwecken, daß der Westen vor ihren Drohungen zurückgewichen sei. Eden hat in seinen Memoiren nachdrücklich bestritten, daß man sich davon habe beeindrucken lassen. Die durch die Krise ausgelöste prekäre Wirtschafts- und Währungslage des Landes hätte eine größere Rolle gespielt.

Tatsächlich ist nicht zu übersehen, daß die Sowjetdrohung erst ausgesprochen wurde, als die Würfel schon gefallen waren und das Risiko ihrer Realisierung gering war. Für die Zukunft aber war klargestellt, daß auch im Nahen Osten das machtpolitische Übergewicht der beiden Supermächte den Ausschlag geben würde.

Die Kontrolle über den Suez-Kanal konnte den Ägyptern nicht mehr entrissen werden. Nasser, dessen Sturz ein wesentliches Ziel der Aktion gewesen war (Eden verglich ihn immer wieder mit Hitler und litt offenbar an dem Trauma von München: daß man einem rechtsbrüchigen Diktator nicht rechtzeitig entgegengetreten war), ging gefestigt und mit vermehrtem Prestige in der arabischen Welt aus der Krise hervor. Für einen kurzen Augenblick führte Suez zu einem Höhepunkt arabischer Solidarität. Die Vereinten Nationen haben zwar zur Liquidierung der Krise beigetragen, erwiesen sich jedoch als unfähig, sie auf ihrem Höhepunkt zu bewältigen und die akute Gefährdung des Weltfriedens auszuräumen. Dem Westen wurde zugleich demonstriert, daß er die Kontrolle über die Weltorganisation verloren hatte und die Mehrheiten in der Vollversammlung von den Stimmen der Dritten Welt beherrscht wurden. Zugleich wurde ihm zum ersten Male vorexerziert, was seine Abhängigkeit von den Ölquellen des Mittleren Ostens bedeutete und wie diese durch den Ausfall des Suezkanals, durch Sprengungen von Pipelines und durch Embargomaßnahmen rasch dramatisch verschärft werden konnte.

Israel trug keinen dauerhaften Gewinn davon. Die Feindseligkeit seiner arabischen Umwelt verschärfte sich, die Empfindlichkeit seiner Nachbarn für Waffenlieferungen aus dem Westen wuchs, was auch die Bundesrepublik später zu spüren bekam.

Am Morgen jenes 6. November, an dem die Krise ihrem Höhepunkt entgegenging, traf in Paris der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer zu einem seit langem geplanten Staatsbesuch ein. Die französischen Gastgeber hatten Wert darauf gelegt, daß dieser Besuch nicht im letzten Augenblick abgesagt wurde.

Im Arbeitszimmer des Ministerpräsidenten Guy Mollet im Hôtel Matignon saß ein Teil des französischen Kabinetts stundenlang mit den deutschen Gästen zusammen und bezog sie in die schwierigen Überlegungen ein, welche die kritische Stunde von ihnen forderte. Dem Verfasser dieser Zeilen, der zusammen mit Außenminister von Brentano und dem Botschafter in Paris, von Maltzan, den Kanzler begleitete, ist dieser Vormittag unvergeßlich: Das vertrauensvolle Verhältnis, das sich zwischen den beiden Ländern – schon lange vor de Gaulle – entwickelt hatte, konnte nicht eindrucksvoller demonstriert werden als durch diese schwierige Beratung in Gegenwart der deutschen Gäste und durch ihre Einbeziehung in die zur Beschlußfassung führenden Überlegungen. Adenauer hat keinen Augenblick gezögert, die Annahme der Resolution der Vereinten Nationen und den Abbruch des Unternehmens zu befürworten. Trotz eines gewissen Verständnisses für die Ziele der Intervention hielt er die Art ihrer Durchführung für verfehlt. Sein Rat wird für die französischen Entschlüsse keine entscheidende Bedeutung gehabt haben. Aber er wurde dankbar und mit Respekt entgegengenommen.

Die deutschen Interessen in dieser Krise waren begrenzt und mittelbar: Auch die deutsche Schiffahrt und Erdölversorgung waren auf den Suez-Kanal angewiesen. Als Kanalbenutzer und als Partner der (vom Deutschen Reich unterzeichneten) Suez-Kanal-Konvention von 1888 hatte die Bundesrepublik an den Londoner Konferenzen teilgenommen. Als Mitglied der Atlantischen Allianz mußte ihr der Zusammenhalt der Bündnispartner am Herzen liegen. Das enge Verhältnis zu Frankreich wie zu den Vereinigten Staaten machte ein Auseinanderdriften dieser beiden Partner zu einem besonders delikaten Problem. Ähnliches galt auch für eine Verschärfung und Zuspitzung der arabisch-israelischen Beziehungen: Mit beiden Seiten mußte Bonn, aus sehr verschiedenartigen Gründen, um ein freundschaftliches Klima bemüht sein.

Alle diese Interessen wurden durch die Suez-Krise berührt und nötigten zu einem vorsichtig-zurückhaltenden Kurs. Erleichtert wurde dieser durch die Tatsache, daß die Bundesrepublik noch kein Mitglied der Vereinten Nationen und infolgedessen nicht genötigt war, bei Abstimmungen Partei zu ergreifen.

Rückblickend läßt sich nur sagen, daß der Schatten dieser Krise bis zum heutigen Tag über den europäisch-arabischen Beziehungen liegt. Das berührt – mit allen Europäern – auch uns.

Professor Wilhelm G. Grewe, Staatsrechtler und 25 Jahre lang deutscher Diplomat, war zur Zeit der Suez-Krise Leiter der Politischen Abteilung im Auswärtigen Amt.

Streitobjekt Suez-Kanal: Nasser verstaatlichte die internationale Kanalgesellschaft, als der Westen Kreditzusagen für den Hochstaudamm bei Assuan zurückzog. Durch versenkte Schiffe (rechts) war die wichtige Wasserstraße für Monate unpassierbar. FOTO: AP

Zielstrebiger Ausbau der Kernkraft geplant

Angst vor Atomstrom ist in Japan kein Thema

LUDWIG KÜRTEN, Bonn

Japan wird seine Kapazität zur Erzeugung von Atomstrom von zur Zeit etwa 25 000 Megawatt (MW) auf mindestens 107 000 MW im Jahr 2030 erhöhen. Da das Land nur wenig eigene Energieträger besitzt und daher zu über 80 Prozent auf den Import von Öl, Gas und Kohle angewiesen ist, will es die Kernkraft zielstrebig ausbauen. Dabei sollen fortgeschrittene Reaktortypen, etwa der Schnelle Brüter, besonders gefördert werden.

Die Japaner beabsichtigen, bei der Reaktortechnik, im Brennstoffzyklus und bei der Wiederaufbereitung zunehmend eigene Technologien zu entwickeln. Bei ihren Plänen für den weiteren Ausbau der Atomkraft können sich die Verantwortlichen dabei auf großen Rückhalt in der Bevölkerung stützen. Die überwiegende Mehrheit der Japaner verläßt sich, auch nach dem Tschernobyl-Unglück, auf die Sicherheit der heimischen Anlagen. Dies berichtete jetzt Yasuya Shoda, Generaldirektor der japanischen Entwicklungsgesellschaft für Atomkraft (PNC), vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn.

Zur Zeit arbeiten in Japan 33 Kernkraftwerke, elf sind in Bau, sechs weitere in Planung. Sie sollen bis 1995 fertiggestellt sein. Danach will man jedes Jahr die Kapazität um 1500 bis 2500 MW erhöhen. Momentan trägt die Atomkraft mit einem Anteil von 26 Prozent zur japanischen Energiekapazität bei.

Einmal pro Jahr werden alle Kraftwerke überprüft

32 Anlagen gehören zum Typ der Leichtwasserreaktoren, davon sind 17 Siede- und 15 Druckwasserreaktoren. Die Auslastung der Kraftwerke beträgt zur Zeit 70 Prozent, ein Wert, der sich nach Angaben von Shoda nur noch wenig steigern läßt, da alle 13 Monate Inspektionen gesetzlich vorgeschrieben sind. Dafür müssen die Reaktoren drei bis vier Monate lang abgeschaltet werden. Zur Zeit bemühen sich die Japaner, diesen Zeitraum auf zwei Monate zu verkürzen. Die Bau- und Erprobungszeit der Anlagen konnte in den letzten zehn Jahren von etwa 55 Monaten auf 50 Monate verkürzt werden.

Das Land hat zur Sicherung der Versorgung mit Uran zahlreiche Explorationsverträge mit verschiedenen Ländern abgeschlossen. Die Urananreicherung erfolgt zur Zeit nach dem Zentrifugal-Verfahren in einer Pilotanlage, die 1977 in Betrieb ging. In zwei Jahren wird eine wesentlich größere Anlage fertiggestellt sein. Die Brennstäbe für Leichtwasserreaktoren werden von privaten Firmen hergestellt, nur die Behandlung von Plutonium untersteht der staatlichen PNC.

Besonders interessiert sind die Japaner an der Entwicklung des Schnellen Brüters. Seit 1977 ist ein Testreaktor dieses Typs in Betrieb, eine Probeanlage mit 280 MW elektrischer Leistung soll 1992 fertig sein. Die Japaner sehen die Entwicklung des Schnellen Brüters aber in langfristigen Zeiträumen. So wird man nach der jetzigen Planung erst um das Jahr 2020 Demonstrationsanlagen in Betrieb nehmen. Auch an der Entwicklung des Hochtemperaturreaktors wollen sich die Japaner beteiligen, sind aber nach den Worten Shodas „bei dieser Technologie auf die Anleitung anderer Nationen – etwa der Bundesrepublik – angewiesen".

Bis 2010 will man den Urankreislauf schließen

Seit 1981 ist in Japan auch eine Wiederaufbereitungsanlage für Brennstäbe aus Leichtwasserreaktoren in Betrieb, die eine Jahreskapazität von 70 Tonnen besitzt. Sie wurde aus Frankreich importiert. Eine neue Anlage mit einer Kapazität von 800 Tonnen pro Jahr soll bis zum Jahr 2010 auf der Shimokita-Halbinsel im Norden der japanischen Hauptinsel Hondo entstehen.

Bis zum Jahr 2010 werden dort Anlagen zur Urananreicherung, zur Wiederaufbereitung und zur Behandlung von gering radioaktiven Abfällen entstehen. Damit soll der Brennstoffkreislauf endgültig geschlossen werden. Die Möglichkeiten der Behandlung und Endlagerung von hoch radioaktiven Abfallstoffen werden in Japan zur Zeit noch erforscht.

Die hohe Akzeptanz der Kernenergie in Japan geht nach Ansicht von Shoda auf frühzeitige intensive Bemühungen der Planer zurück, die Bevölkerung über die Technik, ihre Chancen und Risiken aufzuklären. Es sei für jeden Betreiber eines Kraftwerkes selbstverständlich, die Bevölkerung an einem Standort in die Planungen miteinzubeziehen. Das Verhältnis zwischen den betroffenen Gemeinden und den Anlagebetreibern sei durch gegenseitige Offenheit, Vertrauen und Rücksichtnahme geprägt.

Nach Ansicht der Japaner ist es die Pflicht der industrialisierten Staaten, ihre Energiegewinnung von fossilen Brennstoffen auf technisch fortgeschrittenere Verfahren wie Kernkraft umzustellen. „Die fossilen Energieträger sollten wir besser den sich entwickelnden Ländern und den kommenden Generationen überlassen."

Marschroute der USA für KSZE-Treffen

rmc. Bonn

Die USA wollen das dritte Folgetreffen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), das am nächsten Dienstag in Wien eröffnet wird, im Geiste der Offenheit und des Willens zur Kooperation mit dem Osten beginnen. Dies erklärte der amerikanische KSZE-Delegationsleiter, Botschafter Warren Zimmermann, in einem Vortrag in Bonn. US-Außenminister Shultz werde, wie in Washington mitgeteilt wurde, einen Tag nach der Konferenzeröffnung in seiner Rede die Sowjetunion und ihre Verbündeten zu einer „erheblich verbesserten Beachtung" der Verpflichtungen auffordern, die sie mit der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki eingegangen sind.

Zimmermann machte in Bonn kein Hehl daraus, daß im Gegensatz zu den Europäern viele Amerikaner die Bedeutung des KSZE-Prozesses nicht verstünden, vor allem die Bemühungen zur Verbesserung der menschlichen Bindungen über die Grenzen hinweg. Dessenungeachtet sei Washington von der Bedeutung der Wiener Folgekonferenz überzeugt, nicht zuletzt deshalb, weil die KSZE das beste vorhandene Diskussionsforum für die ganze Bandbreite der zwischen West und Ost anstehenden Themen sei.

Sorgen macht sich die amerikanische Delegation darüber, wie in einer Konferenz mit 35 Staaten alle Themen gleichgewichtig erörtert werden können und der Konsens unter den NATO-Staaten zu erhalten sei, wie er nach den Worten Zimmermanns beim wichtigen Thema konventionelle Rüstungsminderung in der Wiener MBFR-Runde über dreizehn Jahre „so gut funktionierte". Denn während der dritten Folgekonferenz sei eine neue propagandistische Offensive des Osten mit weitreichenden Vorschlägen zur Abrüstung zu erwarten, durch die andere Themen wie die Menschenrechte in den Hintergrund gerückt werden könnten.

Zimmermann berichtete, die USA dächten deshalb über eine Initiative zur Bildung von „Helsinki-Beobachter"-Gruppen nach. In diese sollen Bürger aus allen KSZE-Teilnehmerstaaten berufen werden, die jeweils für einen Zeitraum von sechs Monaten zwischen den Folgetreffen frei in den Ländern reisen und die Verwirklichung der Dokumente von Helsinki und Madrid in erster Linie bei den Menschenrechten beobachten und darüber Berichte verfassen sollen.

Bei der Verbesserung der militärischen Sicherheit in Europa wollen die USA ihr Hauptaugenmerk auf die Überprüfbarkeit von Abrüstungsvereinbarungen richten. Zimmermann zeigte sich skeptisch über das in der Stockholmer KVAE-Konferenz Erreichte. „Was kann ein westlicher Inspektor schon sehen, wenn er in einem sowjetischen Flugzeug mit sowjetischem Piloten über ein ihn interessierendes Gebiet geflogen wird?" fragte er.

Erbitterter Machtkampf in Iran

Die Gruppe Rafsandschani setzt sich durch / Nachfolge Khomeinis wieder offen

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Die gnadenlose Härte des bereits begonnenen Machtkampfes um die Nachfolge des iranischen Revolutionsführers Khomeini deutet darauf hin, daß das Regime der Mullahs bereits in ernsten Turbulenzen steckt. Unter den Verhafteten befindet sich als Hauptangeklagter Mehdi Haschemi. Haschemi trägt den Ehrentitel „Seyed", was soviel wie „Herr" bedeutet, aber nur den Nachkommen des Propheten zusteht. Um sich von gewöhnlichen Sterblichen zu unterscheiden, tragen die „Seyeds" einen grünen Gürtel und, falls sie zur Geistlichkeit gehören, zusätzlich einen schwarzen Turban. Sie genießen etliche Privilegien. Die Tatsache, daß die noble Herkunft Haschemi nicht vor der Verhaftung bewahrte, läßt auf so tiefe Differenzen in der Mullarchie schließen, daß diese offenbar nur noch mit Gewaltanwendung zu beheben sind.

„Seyed" Mehdi Haschemi gilt als Anhänger des designierten Khomeini-Nachfolgers Ayatollah Montaseri. Dessen Position ist nun erheblich geschwächt, und er soll bereits im Vorfeld der Verhaftungsserie seinen Verzicht auf die Nachfolge des ernsthaft erkrankten Khomeini angeboten haben.

Die Meinungsunterschiede betreffen nicht nur die Nachfolge, sondern auch die Regierungsgeschäfte und vor allem die Kriegsführung. Haschemi war in Teheran auch der Verbindungsmann für die Milizen der Hisbollahs in Libanon und für die politische Schiiten-Bewegung in Irak. Diese Verbindungen wurden von Montaseri gedeckt, von Montaseris Gegenspieler um die Nachfolge Khomeinis, Ayatollah Rafsandschani, jedoch zunehmend kritisch beobachtet. Die Hisbollahs in Libanon kämpften in den letzten Wochen immer offener an der Seite der Arafat-PLO gegen die pro-syrischen Amal-Milizen in Libanon. Das mußte Syrien, den Hauptverbündeten im Golfkrieg, verstimmen, denn die Stärkung der Arafat-PLO und die Schwächung des libanesischen Amal-Verbündeten schmälern Syriens Einfluß in Libanon.

Damaskus soll, wie in Beirut zu erfahren ist, deshalb auch in



Führer der Radikalen: Ayatollah Rafsandschani

Teheran vorstellig geworden sein, was Rafsandschani wiederum den Anlaß bot, aktiv gegen die Gruppe Montaseri vorzugehen. Für eine Fortsetzung des Verschleißkrieges ist der syrische Verbündete unersetzlich.

Montaseris Verbindungen zur PLO datieren noch aus den 70er Jahren. Damals ging sein Sohn Mohammed nach Beirut, um sich in einem PLO-Lager militärisch ausbilden zu lassen. Montaseri selbst zeigt sich seit der Revolution gern mit einer Kalaschnikow in der Öffentlichkeit, was ihm den Beinamen „Montaseri-Ringo" eintrug. Andere Spitznamen kursieren. Montaseri wird von der Gruppe Rafsandschani systematisch lächerlich gemacht, um ihn für die Nachfolge zu disqualifizieren.

Zur Gruppe um Rafsandschani gehört zur Zeit auch Premierminister Mussawi. Ihm oblag es, im iranischen Rundfunk die gewohnt blumigen Erklärungen der Revolutionsregierung für den Machtkampf zu liefern. Die „Geduld und Wachsamkeit des Volkes" hätten „die Verschwörung zunichte gemacht".

Mussawi war es auch, der Syrien lautstark gegen die Vorwürfe und Beweise der Briten verteidigte, wonach Damaskus am internationalen Terrorismus aktiv beteiligt ist. Er sicherte dem syrischen Verbündeten „entschlossene Unterstützung" zu und warnte die Europäer. Londons Haltung trage nicht dazu bei, die Sicherheit des Westens zu garantieren. Westliche Diplomaten in Beirut bezeichnen diese Warnung als „unverhüllte Drohung der Staatsterror-GmbH Syrien, Iran und Libyen".

Die Schärfe der Auseinandersetzung erklärt sich auch aus der zunehmenden Zahl von spontanen Demonstrationen und Anschlägen. In Zahedan nahe der afghanischen Grenze wurde bei einem Anschlag ein Haus in die Luft gesprengt, in dem eine afghanische Widerstandsgruppe ihre Büros unterhielt. Rafsandschani ist derzeit bemüht, alles zu tun, um die Beziehungen zur Sowjetunion zu normalisieren. Die Vermutung von Oppositionskreisen, daß seine Gruppe hinter diesem Anschlag steht, ist daher nicht ganz unglaubwürdig.

Streit um die NATO-Strategie

rtr, Den Haag

Der niederländische Stabschef des NATO-Kommandos Mitteleuropa (AFCENT) in Brunssum, Generalleutnant Gerard Berkhof, ist nach einem Zerwürfnis mit seinem deutschen Vorgesetzten, General Leopold Chalupa, abgelöst worden.

Aus Militärkreisen verlautete, es habe wiederholt Meinungsverschiedenheiten zwischen Berkhof und dem deutschen AFCENT-Oberbefehlshaber Chalupa über die Führung des Kommandos gegeben. Berkhof sei ein unkonventioneller General mit eigenwilligen Ideen zur militärischen Strategie, der sich nur schwer in seine NATO-Funktion habe einfügen können.

Ein Sprecher des niederländischen Verteidigungsministeriums sagte gestern in Den Haag, Berkhof sei beurlaubt worden und werde nicht auf den Posten zurückkehren. Alle Verantwortlichen seien zu dem Schluß gekommen, daß seine Ablösung der beste Weg sei, um diese Angelegenheit zu klären.

Iran öffnet Lager für Rotes Kreuz

dpa, Genf

Nach zweijähriger Unterbrechung läßt Iran das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) wieder in die Lager für irakische Kriegsgefangene. Das teilte ein iranischer Regierungsvertreter am Rande der Weltkonferenz der Rotkreuz-Bewegung in Genf mit. Besuche waren nicht mehr genehmigt worden, nachdem es im Gefangenenlager von Gorkan zu Zwischenfällen gekommen war.

Unterdessen wurden in Genf neue Statuten der internationalen Rotkreuz-Organisation verabschiedet. Danach wird die offizielle Bezeichnung „Internationale Bewegung des Roten Kreuzes und des Roten Halbmonds" in die seit 1952 unveränderten Statuten aufgenommen.

Israel hatte die Zustimmung dazu verweigert. Botschafter Eliav sagte, die Regelung schließe praktisch eine Vollmitgliedschaft der israelischen Rotkreuz-Gesellschaft in der internationalen Bewegung aus, obwohl diese mit Ausnahme ihres Davidstern-Emblems alle Bedingungen erfülle.

Kreml startet neue Kampagne

AP/rtr, Moskau

Die sowjetischen Medien haben ausführlich über zwei zurückgekehrte Emigranten berichtet, die lange in den USA gelebt hatten. In den Meldungen wurden die angeblichen Nöte und Probleme der Rückkehrer im kapitalistischen Westen geschildert. Vertreter jüdischer Gruppen in Moskau erklärten, die Pressekampagne ziele offenbar darauf ab, die in jüngster Zeit gestiegene Zahl von Ausreiseanträgen einzudämmen. Die Regierungszeitung „Iswestija" berichtete, die UdSSR habe aus humanitären Gründen eine Ausnahme gemacht und die Rückkehr ermöglicht. Sie veröffentlichte ein Interview mit dem 61jährigen Israel Glikman und dem 41jährigen Alexander Belikin, die angaben, sie hätten sich vor der Auswanderung von der „westlichen und der zionistischen Propaganda" verleiten lassen. In der Emigration habe ihnen jedoch der Zusammenhalt der Sowjetgesellschaft gefehlt. 90 Prozent der Emigranten aus der Sowjetunion wollten gern in die Heimat zurückkehren.

Ogarkow erinnert an sowjetische Militärdoktrin

cvb/DW. Brüssel

Der Sowjetmarschall Nikolaj Ogarkow hat sich nach längerem Schweigen wieder zu Wort gemeldet und die Staatsführung an die Militärdoktrin der Sowjetunion erinnert. Ogarkow schreibt in einem von der Presseagentur Nowosti verbreiteten Artikel: „Die sowjetische Militärdoktrin verlangt nicht nur die Fähigkeit, sich passiv verteidigen zu können, vielmehr müssen wir die Fähigkeit besitzen, zu zerschmetternden Gegenschlägen auszuholen."

In der NATO fand Ogarkows Stellungnahme Beachtung. Der 69jährige Marschall wird von westlichen Experten als der fähigste Kopf unter den hohen Militärs der Sowjetunion angesehen. 1984 wurde er als Generalstabschef abgelöst und erhielt öffentlich nicht näher bezeichnete Aufgaben. In der NATO wird angenommen, daß Ogarkow Oberbefehlshaber mehrerer nach Westen gerichteter „Kriegsschauplätze" geworden ist.

In den Artikel forderte Ogarkow eine verbesserte Ausrüstung der sowjetischen Streitkräfte mit Waffen „höchster technischer Qualität". Die sowjetischen Militärausgaben müßten gesteigert werden, um neue Waffen zu produzieren, die „komplizierten" Verteidigungsaufgaben gewachsen seien.

Die Veröffentlichung in der mit dem KGB eng kooperierenden Presseagentur Nowosti wird als ein weiteres Indiz für grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zwischen hohen sowjetischen Militärs und Parteichef Michail Gorbatschow gewertet. Wie die WELT berichtete, hatte der Generalstabschef der Streitkräfte, Marschall Achromejew, bereits Ende September in einem „Militärischen Bulletin" von Nowosti das von Gorbatschow verkündete einseitige Atomtest-Moratorium scharf kritisiert. In derselben Ausgabe war angekündigt worden, daß sich Ogarkow demnächst zum „militärisch-technischen Inhalt der sowjetischen Kriegsdoktrin" äußern werde.

Kurz zuvor hatte schon der Sprecher des Verteidigungsministeriums, Generaloberst Tscherwow, Meinungsverschiedenheiten zwischen Politikern und Militärs angedeutet. Letztere können es offenbar nicht verwinden, daß sie seit Breschnews Tod konstant an Einfluß verloren haben.

NATO-Militärs verfolgen angesichts der von Ogarkow erneut ins Bewußtsein gerückten sowjetischen Militärdoktrin besorgt politische Vorschläge, der Bundeswehr eine defensive Struktur zu geben, die ihre Fähigkeit zum Gegenstoß beseitigen müßte. Die höchsten NATO-Kommandobehörden betrachten den Gegenangriff als den Kern der westlichen Verteidigungsfähigkeit. Mit einer defensiven Verteidigung könne ein eingedrungener Gegner, der Teile der Bundesrepublik besetzt habe, nicht mehr zum Verlassen des Landes gezwungen werden.

NOTIZEN

Passivraucher gefährdet

Berlin (rtr) – Auch Passivraucher sind krebsgefährdet, wie eine jetzt veröffentlichte Studie des Umweltbundesamtes in Berlin beweist. Bekannt ist, daß „aktives" Rauchen die wichtigste Ursache für die Entstehung von Lungenkrebs ist. Aber auch langjähriges Passivrauchen gefährdet, so die Studie, die Lungenfunktionen und führt zu einem erhöhten Krebsrisiko.

Leisere Kanalreinigung

Berlin (DW.) – Ein lärmarmes Fahrzeug zur Kanalreinigung ist jetzt in einem vom Umweltbundesamt unterstützten Forschungsprojekt entwickelt worden. Durch aufwendige Schallisolation, Motorkapselung und Verwendung lärmarmer Saug- und Pumpaggregate konnten die Arbeitsgeräusche 10 bis 15 Dezibel gegenüber herkömmlichen Fahrzeugen gesenkt werden.

Samstag auf der Wissenschafts-Seite

„Ruhepause für rastlose Wanderer" – Ludwig Kürten berichtet über neue Ergebnisse der Krebs-Forschung.

*

Auch in Europa soll jetzt aus angezündeten Kohleflözen Brenngas gewonnen werden – Von Arno Nöldechen.

*

Die ungewöhnliche Fortpflanzungsstrategie der Beuteltiere beschreibt Matthias Glaubrecht.

Borkenkäfer-Lockstoff

Wiesbaden (dpa) – In Hessen können nun mit Hilfe künstlich hergestellter Sexuallockstoffe drei Arten von Borkenkäfern bekämpft werden. Nach der erfolgreichen Anwendung gegen den Buchdrucker und den gestreiften Nutzholz-Borkenkäfer lassen sich nun auch Kupferstecher in die Fallen locken, wie das Forstministerium jetzt mitteilte.



Auch wenn die Wahrnehmung von Umweltbelastungen stark durch persönliche Werte geprägt wird: Den meisten Anstoß bei den in einer breitangelegten Studie befragten Bürgern erregen Verkehrslärm und Autoabgase. Die tatsächlich meßbare Belastung spielt hierbei eine nur untergeordnete Rolle. FOTO: DPA/GUS

Ist Luftverschmutzung Ansichtssache?

Wissenschaftler decken Zwiespalt von objektiver zu subjektiver Umweltbelastung auf

Von ROLF DEGEN

Wie sehr Menschen die Umwelt als belastet ansehen oder nicht, hängt mehr von ihrer Persönlichkeit ab, als von den tatsächlichen ökologischen Gegebenheiten. Zu diesem Ergebnis gelangen der Münchner Marktforscher Werner Hagstotz und Walther Kösters vom Institut für Politikwissenschaft der Universität Münster an Hand einer Repräsentativ-Erhebung, die auf Initiative der Deutschen Forschungsgemeinschaft entstanden ist.

Rund 3000 Bundesbürger sind befragt worden, in welchem Maß sie Umweltbelastungen für die Natur allgemein und für ihre eigene Person einschätzen. Verblüffend ist, so schildern die beiden Forscher in der „Politischen Vierteljahresschrift" (3/86), daß das private Umfeld bei den Befragten weitaus weniger (nur rund ein Drittel) belastet eingestuft wird, als die Umwelt im allgemeinen.

Verkehrslärm und Abgase sind die Spitzenreiter

Den meisten Anstoß an persönlichem Mißempfinden erregen Verkehrslärm und Autoabgase: 27 Prozent fühlten sich dadurch „sehr stark" belastet. Jenseits des eigenen Lebensraumes empört man sich am meisten über Industrieabfall in den Gewässern, der nach Ansicht von 51 Prozent der Befragten die allgemeine Umwelt „sehr stark belastet".

Wer Umweltschäden „vor der eigenen Tür" wahrnimmt, so analysieren die Forscher außerdem, registriert diese mit 97prozentiger Wahrscheinlichkeit auch für die weitere Umgebung. Der Umkehrschluß trifft jedoch nicht zu, da nur ein knappes Drittel derer, die eine sehr starke allgemeine Umweltbelastung beanstanden, diese auch für sich persönlich geltend machten. Die Empfindung, in einer relativ „heilen" Gesamtumwelt zu leben, geht zu 95 Prozent mit der Auffassung einher, daß auch privat die Ökologie in Ordnung sei.

Wahrnehmungen der Umwelt sind allerdings auch durch die Brille der subjektiven Weltanschauung getrübt. Die zeigte sich, als die beiden Wissenschaftler die persönliche Einschätzung und Wertvorstellung der Befragten mit der objektiv meßbaren Umweltbelastung in Beziehung setzten. Mit einer tatsächlichen lokalen Schädigung der Umwelt gehen die Klagen über eine persönliche Belastung nur geringfügig in die Höhe.

Stärker jedoch war der Einfluß der Persönlichkeitseigenschaften. So nehmen Menschen mit einer mehr auf Konsum und Wohlstand ausgerichteten Grundhaltung wesentlich weniger Umweltprobleme wahr, als Personen, die eher auf Selbstentfaltung und ideelle Werte bedacht sind. Politisch orientierte Menschen beurteilen die Vorgänge in ihrem Nahbereich vernichtender als Uninteressierte; wer das Leben in der Bundesrepublik für „alles in allem recht angenehm" hielt, hatte weniger auszusetzen als Personen mit gegenteiliger Auffassung.

Insgesamt „schälte" sich so eine „Extremgruppe" heraus, für die Konsum und Wohlstand wichtig, Politik aber uninteressant ist. Insgesamt ist dieser Personenkreis „mit dem Leben sehr zufrieden" und fühlt sich nur zu 39 Prozent „stark durch die Umwelt belastet".

Bewußt lebende Menschen fühlen sich mehr belastet

Im Gegensatz dazu beklagten 67 Prozent derer, für die Selbstentfaltung und ideelle Werte im Vordergrund des Interesses stehen, eine negative Beeinflussung ihrer Lebensqualität durch Umweltschäden. Insgesamt hatte die Einschätzung der persönlichen Belastung eine neunmal größere Wirkung auf die Beurteilung der Umwelt im allgemeinen als das der tatsächlichen, meßbaren Belastung entsprach.

Diese Ergebnisse, so geben die Forscher zu bedenken, lassen sehr ungünstige Voraussetzungen für die Durchführung einer konsequenten, auch persönliche Opfer fordernden Umweltpolitik erkennen. Wer die Umwelt immer nur bei den anderen belastet sieht, sich selbst jedoch „im Reinen" wähnt, braucht sich mit diesem Problem auch nicht besonders zu befassen. Es sei allerdings denkbar, daß die objektiv zunehmende Umweltbelastung mit der Zeit auch das Gefühl persönlicher Betroffenheit verstärken werde.

Der Sternenhimmel im November

Von ERICH ÜBELACKER

Star des Monats ist ein Himmelskörper, der normalerweise kaum auffällt: der Planet Merkur. Am 13. 11. sorgt er für ein äußerst seltenes Himmelsereignis, den sogenannten Merkurdurchgang, bei dem der Planet vor der Sonnenscheibe vorbeiwandert. Merkur hebt sich als kleines, kreisrundes und tiefschwarzes Pünktchen deutlich von der hellen Sonnenoberfläche ab. Der erste Kontakt des Planeten mit der Sonnenscheibe ist für 2.43 Uhr berechnet, um sich dann um 7.31 Uhr wieder von der Sonne zu lösen.

Leider geht diese bei uns erst um diese Zeit auf, so daß man nur im Südosten Deutschlands und in Österreich eine Chance hat, wenigstens den letzten Teil des Merkurdurchgangs zu beobachten.

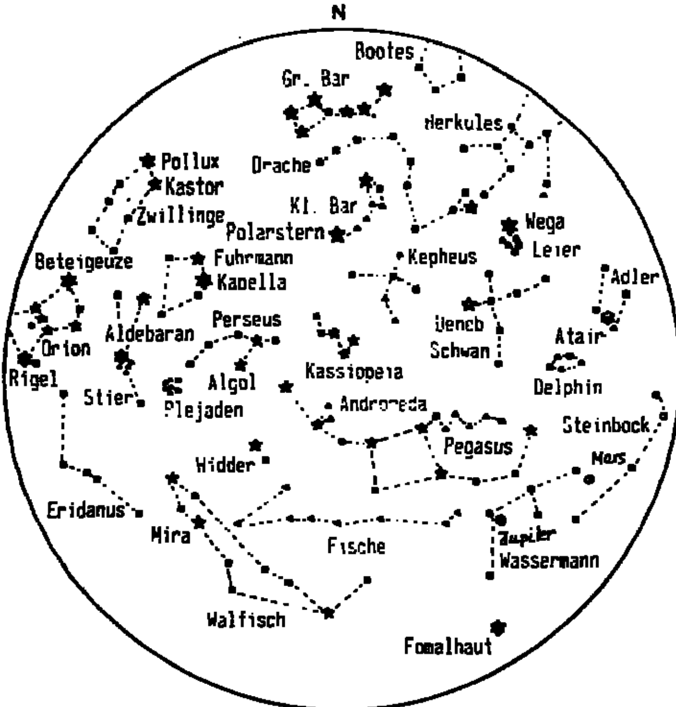
Man darf nie mit ungeschütztem Auge in die Sonne blicken oder gar ein Fernrohr ohne entsprechende Filter auf unser Tagesgestirn richten. Schwerste Augenschäden oder Erblindung könnten die Folgen sein. Am besten projiziert man das Sonnenbild durch das Fernrohr hindurch auf ein weißes Stück Papier.

Ende des Monats steht Merkur am Morgenhimmel und kann ab 25. 11. etwa zwischen 6.30 Uhr und 7 Uhr als Morgenstern beobachtet werden, eine Rolle, die er dann mit der viel helleren Venus teilt.

Am Abendhimmel sind nach wie vor die beiden Planeten Jupiter und Mars zu beobachten. Um 22 Uhr findet man sie im Südwesten, wobei insbesondere Jupiter als hellster Stern des Himmels sofort auffällt. Der viel lichtschwächere Mars nähert sich, von Westen kommend, von Tag zu Tag mehr dem langsameren Jupiter, um ihn am 19. 12. zu überholen. Man kann an diesem Beispiel sehr schön beobachten, wie sich die Planeten gegenüber den Hintergrundsternen weiterbewegen.

Der Mond erreicht am 2. 11. die Neumondstellung und am 8. 11. das Erste Viertel, den zunehmenden Halbmond. Am 16. 11. ist Vollmond, diesmal allerdings ohne Mondfinsternis.

Alle anderen Gestirne am Himmel sind Fixsterne, also ferne Sonnen. Man hat sie schon vor Jahrtausenden zu Sternbildern zusammengefaßt, die wegen ihrer langsamen Eigenbewegung heutzutage fast genau so aussehen wie zur Zeit der alten Griechen und Babylonier.



Im Süden erkennt man um 22 Uhr leicht das große Herbstviereck, den Pegasus, dem sich die Sternenkette der Andromeda anschließt. Auch die Tierkreisbilder Fische und Widder, sowie der Walfisch gehören zu den typischen Herbststernbildern.

Über dem Südwesthorizont findet man den Wassermann, in dem Jupiter zu Gast ist, sowie den Steinbock, durch den zur Zeit Mars hindurchwandert. Im Westen nähert sich das Sommerdreieck mit Wega in der Leier, Deneb im Schwan und Atair im Adler dem Horizont, auch einige Sterne des Herkules sind noch zu erkennen.

Um den Himmel über dem Nordhorizont zu simulieren, muß man die Sternkarte auf den Kopf stellen. Man erkennt dann, daß der Große Bär oder Große Wagen seine tiefste Stellung erreicht hat. Im Osten sind mit Orion, Stier, Zwillingen und Fuhrmann die ersten Wintersternbilder aufgegangen. Hoch über dem Ostpunkt findet man den Perseus, während das „Himmels-W", die Kassiopeia, fast genau im Zenit, dem höchsten Punkt des Himmels steht. Sie umkreist, ähnlich wie der Große Wagen, einmal täglich scheinbar den Polarstern. Immer wenn sie ihre Höchststellung erreicht hat, steht der Große Wagen am tiefsten. Beide Sternbilder gehen jedoch bei uns nie unter, sie sind, wie man sagt, zirkumpolar.

Diese Erscheinung kann man sich folgendermaßen klarmachen: Die Erde dreht sich um ihre Achse, die Linie zwischen Nord- und Südpol. Verlängert man diese Erdachse in nördlicher Richtung, so weist sie fast genau zum Polarstern. Wir drehen uns mit der Erde mit und haben dadurch den Eindruck, alle Sterne würden um den Punkt, zu dem die Erdachse zeigt, also um den Polarstern kreisen, der so zum ruhenden Dreh- und Angelpunkt der täglichen Himmelsbewegung wird.

Einige Sternbilder, zum Beispiel der Große Wagen und die Kassiopeia, stehen sehr nahe beim Polarstern. Ihr Kreis um diesen ruhenden Drehpol ist so klein, daß sie nie den Horizont berühren können, also nicht untergehen, bzw. „in den Fluten des Meeres versinken". Unsere Vorfahren glaubten, die eitle Königin Kassiopeia und Kallisto, eine in eine Bärin verwandelte Geliebte des Zeus, würden von den Göttern dadurch bestraft, daß sie nie mehr im Meer baden durften.

Lufthansa heute:

Ab 1. November fliegt der Geschäftsmann von heute nur noch eine Klasse: seine Klasse.

In Zukunft sieht das Angebot der Lufthansa in Europa für Geschäftsreisende so aus:

1. Eine exzellente First Class, die neue Business Class, keine Tourist Class.

2. In der neuen Business Class erwarten Sie neue, bequemere Sitze. Mit nunmehr 86 cm Beinfreiheit.

3. Ihren bevorzugten Sitzplatz können Sie für alle grenzüberschreitenden Flüge zum Normaltarif schon bei der Buchung reservieren.

4. Auch das gastronomische Angebot auf internationalen Flügen wurde erweitert: Zu jeder Tageszeit gibt es eine komplette Mahlzeit. Ab 2 Stunden Flugzeit ein warmes Menü.

Nichts geändert hat sich daran, daß Lufthansa Sie mit einer der modernsten Flotten der Welt pünktlich und zuverlässig zu allen wichtigen Zielen der Welt fliegt. Willkommen an Bord.



Stratege des Wechselkurses

Otmar Emmingers Erinnerungen an „D-Mark, Dollars, Währungskrisen"

Kurz vor seinem Tod hat der frühere Bundesbankpräsident Otmar Emminger das vorliegende Buch abgeschlossen: ein in mehrfacher Hinsicht bemerkenswertes Werk. Es ist wohl das einzige, das so detailliert und zugleich im Zusammenhang die wichtigsten Stationen der deutschen Währungsgeschichte darstellt.

Emminger war dafür zweifellos der kompetenteste Autor. Denn er hat die Jahre von 1949 bis 1980 als Insider und als Handelnder miterlebt. Er beschreibt und kommentiert Ereignisse und Erlebnisse, die selbst vielen Interessierten zum Teil schon aus dem Gedächtnis verschwunden sind und in der Gefahr stehen, gänzlich in Vergessenheit zu geraten.

Emminger beschränkt sich nicht auf ein Nachzeichnen der Währungsgeschichte, die nicht selten geprägt war von falscher politischer Weichenstellung in Währungskrisen, verhinderten und zu späten Mark-Aufwertungen mit politischen Folgen, von Mißerfolgen und schließlich immer eindrucksvolleren Erfolgen der Geldpolitik der Bundesbank sowie von den großen Wandlungen im internationalen Währungssystem wie dem Übergang zu frei schwankenden Wechselkursen und dem Siegeszug des (gemäßigten) Monetarismus. Emminger präsentiert zugleich immer wieder eine Art Seminar über Wechselkurspolitik: aber nicht als trockene theoretische Abhandlung, eher in Form einer erstaunlich frischen Abrechnung mit seinen Widersachern in der Bundesbank und in der Bundesregierung und jenen Großkopfeten aus Wirtschaft und Politik, die immer wieder als Ratgeber fungierten. So ist das Buch zugleich ein sehr persönlicher Kommentar, wie der Autor in seinem Vorwort selbst schreibt.

In vielen Kapiteln wird deutlich, wie sehr Währungspolitik das Ergebnis persönlicher Entscheidungen der Verantwortlichen ist, deren Handeln Emminger nicht selten von überholten Denkschemata, wirtschaftlichem Unverständnis oder politischem Opportunismus geprägt sah.

So offen hat wohl noch niemand über das geplaudert, was 30 Jahre hinter den Kulissen deutscher Währungspolitik geschah. Nicht nur vor ihm Verstorbene nimmt er sich vor, auch noch Lebende trifft es: ob sie nun Karl Klasen heißen oder Kurt Georg Kiesinger, Helmut Schmidt, Franz Josef Strauß oder Hermann J. Abs, um nur einige zu nennen, denen er zum Teil schlichtweg Mangel an

Otmar Emminger:
D-Mark, Dollars, Währungskrisen
Erinnerungen eines ehemaligen Bundesbankpräsidenten. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart. 480 S., 49,80 Mark.

Kompetenz im komplizierten Geschäft der Geld- und Währungspolitik vorwirft.

Das ist nicht mehr der gewohnte Stil des in der Öffentlichkeit zurückhaltenden Bundesbankiers, sondern des Privatmannes Emminger, der auch nach seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst nie Distanz zu dem gesucht hat, was ihn 30 Jahre im Dienst der Notenbank beschäftigt hat.

So hart manche Urteile Emmingers



Otmar Emminger FOTO: DPA

über seine früheren Kollegen, Freunde und Mitstreiter aber auch klingen mögen: Man muß ihm zubilligen, daß er mit seinen oft der geltenden Meinung zuwiderlaufenden Ansichten recht gehabt oder schließlich bekommen hat.

Bei der Lektüre des Buches spürt man förmlich, wie fasziniert Emminger von der Beschäftigung mit der Währungs- und Wechselkurspolitik sein ganzes Leben lang war. Er hat sie schließlich in den siebziger Jahren wie kein anderer deutscher Geldpolitiker beeinflußt, in denen er an allen wichtigen monetären Konferenzen der Welt teilgenommen hat und auch schon mal so eingespannt war, daß er sogar noch vom Auto aus eine gemeinsame Presseerklärung von Bundesregierung und Bundesbank in die richtige Form bringen mußte.

Die Dramatik zahlreicher Ereignisse auf dem Feld der nationalen oder internationalen Wechselkurspolitik, die sich aus diesen Fragen ergebenden Auseinandersetzungen im und mit dem Bundeskabinett und ihre schließlich politischen Folgen – Krach über das Thema Aufwertung in der Großen Koalition und Aufwertung als Wahlkampfthema, mit dem die sozialliberale Koalition den Machtwechsel zu ihren Gunsten entschied –, teilen sich auch den an speziellen geldpolitischen Erörterungen weniger interessierten Lesern mit.

So ist denn Emmingers Buch zugleich ein Stück Zeitgeschichte. Es ruft auch ins Gedächtnis zurück, daß manche Themen, die heute ganz aktuell die internationale Finanzdiskussion beherrschen, ein Aufguß von Vergangenem sind.

Emminger führt viele Ereignisse aus den letzten Jahrzehnten an, die sich als Demonstrationsstücke für richtige oder falsche Währungspolitik eignen. Selbst diejenigen, die aufmerksam die Währungspolitik verfolgt haben, werden immer wieder einmal bisher der Öffentlichkeit Verborgenes in Emmingers Buch entdecken.

CLAUS DERTINGER



Bilder eines faszinierten Studenten von einem hellwachen Greis: Adenauer winkt Anhängern zu FOTO: DIE WELT

Wie aus Eichenholz geschnitzt

Gewiß werden Historiker viel später einmal in einer Fußnote anmerken, das Erscheinen von drei Adenauer-Büchern im Jahre 1986 sei ein Zeichen für die „Wende" im Denken und Fühlen der Deutschen gewesen.

Nun haben wir sie vor uns: das Wiedergutmachungs-Buch von Koch, des Hauptverantwortlichen für den Hitler-Reinfall des „Stern"; die hervorragende Biographie des Historikers Schwarz – und als drittes einen Fotoband von Konrad R. Müller: **„Konrad Adenauer"** (Gustav Lübbe Verlag, Bergisch Gladbach. 120 S. mit 48 Abb, Leinen 78 Mark; Lederausgabe bis 31. 12. 1986 160 Mark, danach 180 Mark), dem Golo Mann in einem Essay äußerst kluge und zugleich selbstkritische Bemerkungen vorausschickt.

Die Geschichte dieses Buches ist eigenartig. Da ist 1963 ein 25jähriger Berliner Kunststudent, der fasziniert ist von dem ihm unendlich alt erscheinenden neunzigjährigen ehemaligen Bundeskanzler. Als Dilettant der Fotografie macht er sich daran, so viele Aufnahmen wie nur möglich von ihm zu machen – mit dem Ziel, ein Buch über Adenauer zu schaffen.

Aber während er sich an die Fersen seines Idols heftet, überreicht diesem ein gerade 60 Jahre gewordener Bonner Korrespondent einen vom Bertelsmann-Verlag mit dem Blick auf den 90. Geburtstag herausgebrachten Bilderband über das Leben und Wirken des Politikers, des Bundeskanzlers Konrad Adenauers.

Erst einundzwanzig Jahre später erfüllt sich endlich der Jugendtraum des Malers und Fotografen Konrad R. Müller. Was er vor uns ausbreitet, ist ein ganz und gar ungewöhnlicher Bildband über die Legende Adenauer – mithin keine der üblichen Fotosammlungen über den „Alten aus Rhöndorf".

Statt dessen: Wie aus Eichenholz geschnitzt wirken Müllers Großaufnahmen vom Gesicht Konrad Adenauers. Es ist schwer, sich vorzustellen, daß irgendein Betrachter davon nicht gefesselt sein wird.

GEORG SCHRÖDER

Wider die Einladung zur Okkupation

Pamphlete und Essays über Literatur im geteilten Deutschland von S. Faust

Reiner Kunze hat über seine Landsleute in Westdeutschland einmal gesagt: „Sie wissen nicht, was sie haben. Sie wissen nicht, was sie an grundlegenden Freiheiten haben, an geistigen Möglichkeiten, die sich aus diesen Freiheiten ergeben." Und er fügte im Blick auf die „DDR" hinzu, ihn bedrücke die in der Bundesrepublik verbreitete Anmaßung, zu urteilen, ohne zu kennen, ohne sich zu informieren.

In der Tat ist der Realitätsverlust, die Realitätsverweigerung gegenüber der Wirklichkeit des „real existierenden Sozialismus" eines der bedenklichsten Symptome politischer Pathologie in der Bundesrepublik, die inzwischen längst aus der veröffentlichten Meinung in das kollektive Unbewußte der westdeutschen Wohlstandsgesellschaft übergegangen ist. Dabei haben die Bürger der Bundesrepublik alle Möglichkeiten, sich zu unterrichten über jenes Land der „Staatsleibeigenschaft" (Faust) und des „Feudalsozialismus" (Robert Havemann).

Es gibt bei uns eine Fülle seriöser wissenschaftlicher Literatur über den SED-Staat, es gibt die Erfahrung Tausender von „Freigekauften" und von über 100 Schriftstellern und Künstlern, die das Land ihrer anfänglichen Hoffnungen und Utopien inzwischen verlassen haben, verlassen mußten.

Siegmar Faust läßt in seinem neuesten Buch keinen Zweifel daran, daß er jene bei uns verbreitete Haltung nicht als Friedenspolitik versteht, sondern als „Einladung zur Okkupation", als Kniefall und Kapitulationsbereitschaft: „Wer sich heute noch in der Bundesrepublik verpflichtet fühlt, an der antifaschistischen Front kämpfen zu müssen, steht genau auf der falschen Seite und leistet dem Vorschub, das er zu bekämpfen vorgibt. So raffiniert ist die Welt eingerichtet. Nur Leute ohne Erfahrung, ohne Menschen- und Geschichtskenntnisse, können die Thesen und Phrasen der Kommunisten überzeugend finden."

Wer die „DDR" kennen will, muß Fausts Kapitel über die Unterdrükkung der Literatur und der Schriftsteller lesen, wo sich strafbar macht, wer sich gegen die kommunistische Gesellschaftsperspektive ausspricht und ein Leben auf den Knien verweigert. Es sollte zur Kenntnis genommen werden, was Faust über die Untergrundliteratur und die Zensur im anderen Teil Deutschlands berichtet, wobei er auch so unverdächtige Zeugen wie Stefan Heym anführen kann.

Natürlich gibt es neben den entwürdigten, gefangenen und ausgebürgerten Schriftstellern auch die

Siegmar Faust:
Menschenhandel in der Gegenwart
Literatur der DDR im Zeugenstand. Mut-Verlag, Asendorf. 172 S., 18,80 Mark.

korrumpierten „Staatstrompeten" und Vorzimmerdichter, wie man sie aus allen totalitären Systemen nur zu gut kennt, etwa die Helmut Preißler, Hartmut König oder Gerd Eggers. Unter den Zeugen der „DDR"-Literatur nennt Faust schließlich auch den erst in diesem Jahr erschienenen Bericht von Andreas Schmidt, „Leerjahre", den er zu Recht eine „Kolossalstatue des real existierenden Sozialismus" nennt – auch eine Sicht „von ganz unten", die zumindest in gleicher Weise öffentliche Aufmerksamkeit verdient wie Wallrafs Buch über die Türken in der Bundesrepublik.

Aber die ostpolitischen Schönfärber, Beschwichtiger und Narkotiseure im Land können wohl damit rechnen, daß die politische Fernstenliebe stärker entwickelt sein dürfte als die Nächstenliebe gegenüber unseren Landsleuten in der „DDR". Für Schmidts Buch gilt jedoch ebenso wie für die lange Liste authentischer Zeugnisse aus der Gefängniswelt und dem Polizeistaat östlich von Elbe und Werra (von Mathias Bath, Jörg Bilke und Dieter Borkowski über Hermann Flade, Jürgen Fuchs, Walter Kempowski bis zu Erich Loest, Tina Österreich und Ulrich Schacht) und wie für Fausts Zeugenstand selbst die Aufforderung, daß sie in die Hände möglichst vieler Bundesbürger gehören, vor allem auch jener Politiker, die sich im harten Ost-West-Geschäft versuchen, zumeist ohne einen Grundlehrgang in Marxismus-Leninismus und politisch-sozialer „DDR"-Realität.

„Nur bislang von Politik verschont gebliebene Zeitgenossen sollte man wegen einer nicht auszuschließenden Schockgefahr vorsichtig an diese Lektüre heranführen." Und man könnte sich auch einen Buchkorb für Erich Honecker selbst denken, wenn er wirklich auf die Idee kommen sollte, die Bundesrepublik zu besuchen, in der inzwischen Hunderttausende geflüchteter, ausgebürgerter, in SED-Kerkern geschundener, verkaufter Brandenburger, Mecklenburger, Anhaltiner, Ost-Berliner, Lausitzer, Thüringer und Sachsen wohnen.

Oder kann der Generalsekretär hoffen, daß dann die Schalmeienkapellen von Wiebelskirchen an der Saar und die Verniedlichungen von Genossen wie Lafontaine lauter tönen als die Zeugnisse über den totalitären Terrorismus am Ende dieses Jahrhunderts mitten in Deutschland und Europa? Kann er wirklich auf den Realitätsverlust und die Palmströmlogik einer unpolitischen Mehrheit und ihrer Einpeitscher in der Bundesrepublik Deutschland rechnen, wonach „nicht sein kann, was *nicht sein darf*"?

KLAUS HORNUNG

Dokumente der Vertreibung

Der amerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred-Maurice de Zayas, Absolvent der Universitäten Harvard und Göttingen, hat mit „Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen" sowie „Die Wehrmachtsuntersuchungsstelle" Bücher vorgelegt, die international Beachtung fanden. Mit neuen Dokumenten, Zeugenaussagen und Fotografien versehen ist **„Anmerkungen zur Vertreibung der Deutschen aus dem Osten"** (Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart. 226 S., 107 Abbildungen, 19,80 Mark) – eine Schilderung des Schicksals der zwölf Millionen deutscher Flüchtlinge und Vertriebener, der zwei Millionen Umgekommener und Getöteter, einer Million „Spätaussiedler" und jener Deutschen, die heute noch in Osteuropa leben. In seinem knapp formulierten, aber gerade deshalb für eine weite Verbreitung bestimmten Kompendium räumt de Zayas mit der sich langsam einschleichenden Darstellung von der „geordneten Umsiedlung" auf. Durch seine Nüchternheit und die Macht der geschilderten Fakten ist das Buch eine erschütternde Mahnung.

ohn

Mummenschanz zur Nazizeit

Daß die Mainzer Fastnacht politische Wurzeln gehabt habe, von den Nazis unterdrückt worden und erst nach dem Zweiten Weltkrieg durch den Einfluß des Fernsehens zum reinen Jokus verkommen sei – das ist ein beliebtes Vorurteil. In seinem auch ausgezeichnet bebilderten Buch **„Fassenacht in Mainz"** (Konrad Theiss Verlag, Stuttgart. 142 S., 49,80 Mark) blättert der Journalist Günter Schenk einige bisher weniger bekannte Kapitel aus der Mainzer Fassenachtsgeschichte auf. Sie hat viel ältere, unpolitische Wurzeln in den „Mummereyen und Schwelgereyen" des Mittelalters, und sie blühte auch während der NS-Zeit, teilweise allerdings auf besonders schlimme Art. So enthielt ein Mainzer Rosenmontagszug in der Mitte der dreißiger Jahre offenbar mit Billigung der Behörden einen Wagen, der das KZ Dachau verulkte – und zwar mit dem (keineswegs kritisch gemeinten) Spruch: „Die Moral von der Geschicht': Halt Dein Maul und meckre nicht!"

J. N.

Auf der Spur des Langen Marsches

Im Jahre 1934 brachen 80 000 Soldaten der kommunistischen Volksbefreiungs-Armee Chinas auf und marschierten von der südlichen Provinz Jiangxi 10 000 Kilometer quer durch das Reich der Mitte. Auf der Flucht vor den Soldaten Chiang Kaisheks mußten sie sich nach Norden durchschlagen, durch Sümpfe, über schneebedeckte Berge und reißende Flüsse bis zu den Grasebenen der Provinz Shaanxi. Zehntausende überlebten die Strapazen des zweijährigen Dramas nicht. Fünfzig Jahre danach lud die Volksrepublik China 19 Fotografen aus zehn Ländern ein, die Route dieses „Langen Marsches" noch einmal mit der Kamera nachzuvollziehen. Das Ergebnis ist ein ungewöhnlicher Bildband: **„China – Weltbekannte Photographen auf den Spuren des Langen Marsches"** (Birkhäuser Verlag, Basel. *320 S. mit 300 Farb- und 50 s/w-Aufnahmen. 148 Mark). Drei Jahre brauchte* das Projekt bis zu seiner Fertigstellung.

L. K.

Können Computer selbst entscheiden?

Zwei Neuerscheinungen mit Überlegungen zu einer Politik der Zukunft

Zwei Bücher wurden kürzlich fast zu gleicher Zeit in Bonn vorgestellt: Das eine formuliert Grundsätze einer Politik für *morgen* und wird von Ministerpräsident Bernhard Vogel herausgegeben, das andere nennt sich etwas nebelhaft „mega-politics" und befaßt sich mit „Computern und Regierungsentscheidungen für *übermorgen*". Beide Bücher unterscheiden sich allerdings nicht nur durch ihre zeitliche Perspektive, sondern vor allem in der sachlichen Qualität.

Ausgerechnet der Mittelstandsverlag der CDU und sein Verleger hat sich mit dem Repräsentanten des Computer-Unternehmens Wang zusammengetan, um den Einsatz von Computern für die Regierungsentscheidungen von übermorgen zu preisen.

Das geschieht, indem man die halbe Bundesregierung und ein paar Politiker mehr über ihre jeweiligen Ministerien oder Schutzbefohlenen berichten läßt. Es sind die typischen Schlagworte, die sich Minister von ihren Referenten zusammenschreiben lassen, die man hier konzentriert wiederfindet, sozusagen von Blüm bis Wilms.

Auf welchem Niveau sich dieser Sprüche-Almanach bewegt, mag ein Satz aus dem Vorwort der Herausgeber deutlich machen: „Wir haben uns an den Versuch gewagt, *durch die entsprechende Themenformulierung* den Nachweis *erbringen* zu lassen (!), daß Politik gerade auf dem dynamischen Feld der Mikroelektronik nicht nur auf Entwicklung reagiert, sondern auch agiert, das heißt Politik bei ihren gegenwärtigen Entscheidungen die langfristigen Folgen zur Kenntnis nimmt und auswertet, Nebenwirkungen und Überraschungseffekte in Rechnung stellt, Frühwarnzeichen entdeckt und Querverbindungen aufzeigt." Ungenauer kann man auf so knappem Raum kaum reden.

Von ganz anderem Zuschnitt ist der Versuch Bernhard Vogels, zusammen mit einigen Freunden Orientierungsmerkzeichen für eine Politik im Sinne der christlichen Soziallehre zu setzen. Da gibt es nicht nur Antworten, sondern auch gute Fragen. So diese: „Wo liegen die Möglichkeiten, wo die Grenzen der Politik? Werden unsere *Möglichkeiten nicht* ständig überschätzt, auch weil *wir* selbst ständig den Eindruck erwecken, alles ändern, alles machen, es jedem jederzeit recht machen zu können? Verfügen unsere Parteien, verfügt die Union, verfügen wir über die Kraft, Antworten zu formulieren, ja und nein sagen zu können?" Vogel meint, es gebe zahlreiche Gründe für die Ablehnung, auf die Politik in Deutschland zur Zeit zunehmend treffe.

Bernhard Vogel (Hrsg.):
Wie wir leben wollen
Grundsätze einer Politik für morgen. Verlag Bonn Aktuell, Stuttgart. 237 S., 24,80 Mark.

Peter Spary und Christian W. Zschaber:
mega-politics
Computer und Regierungsentscheidungen von übermorgen. Mittelstandsverlagsgesellschaft, Bonn. 352 S., 38 Mark.

Das Buch befaßt sich vor allem mit dem Schutz des Lebens, der Familie, neuen Lebensformen, modernen Technologien, der Zukunft des Friedens – und dies alles im Rahmen einer möglichen Zielsetzung der CDU. Die Autoren, darunter neben Vogel unter anderem Werner Remmers und Fritz Teufel aus Stuttgart, haben ihre Gedanken über Jahre in vielen Gesprächen miteinander diskutiert und aufeinander abgestimmt. Schon dadurch heben sie sich von dem allgemeinen Brauch ab, über wichtige Themen höchstens einen Tag zu reden und sie dann zu vertagen oder aber mit Mehrheit über Gegenstände abzustimmen, die sich zu solcher Entscheidung nicht eignen.

Analysen und Perspektiven der von Vogel herausgegebenen Beiträge heben sich wohltuend ab von der gespreizten Großspurigkeit und administrativen Plattheit der „mega-politics". Aber das scheint das Schicksal insbesondere regierender Volksparteien zu sein: Spreu und Weizen liegen dicht nebeneinander, und zwar auf demselben Acker.

ULRICH LOHMAR

Die Bundesregierung verständigt sich auf diplomatische Schritte gegen Syrien

In Paris wächst Kritik an Chiracs Haltung

SAD, Paris

Innerhalb der Regierungskoalition in Frankreich wächst die Kritik an der als zu weich angesehenen Haltung der Regierung Chirac gegenüber Syrien. Die Forderung nach Solidarität mit *London geht hauptsächlich* von der Zentrumspartei (UDF) des ehemaligen Staatspräsidenten Valery Giscard d'Estaing aus.

In einem Leitartikel der dieser Partei nahestehenden Tageszeitung „Le Quotidien de Paris" hieß es gestern: „Unser Instikt und unser Stolz rebellieren gegen die in Luxemburg von den Partnern Großbritanniens eingenommene weiche Haltung gegenüber Syrien. Handeln wir nicht einmal mehr feige?"

Die Regierung von Premierminister Chirac ist offensichtlich entschlossen, um jeden Preis einen Bruch mit Damaskus zu vermeiden. Dabei hat Chirac die Unterstützung von Staatspräsident Mitterrand, der beim deutsch-französischen Gipfel in Frankfurt erneut für „Härte, aber nur, wenn Beweise vorliegen," eintrat.

Mit dieser Haltung jedoch ist ein Teil der UDF von Giscard nicht einverstanden. Der Generalsekretär des Demokratischen Zentrums, Jacques Barrot, erklärte in Anspielung auf das Überflugverbot für die amerikanischen Bomber, die Libyen im April angegriffen hatten: „Wir hoffen, Frankreich wird nicht auch das zweite europäische *Rendevous* gegen den Terrorismus verpassen." Giscard d'Estaing selbst trat in einem Rundfunktinterview für „Solidarität mit Großbritannien" ein, „so wie Frankreich diese schon gegenüber den Vereinigten Staaten in der Affäre Khadhafi hätte beweisen sollen".

Wie eine Bombe schlug in Paris ein Interview ein, das der gaullistische Innenminister Charles Pasqua noch vor dem Treffen von Luxemburg gegeben hatte und das am Dienstag in London in der saudi-arabischen Wochenzeitschrift „Al-Majalla" erschien. „Wir sind überzeugt, daß kein arabischer Staat direkt in die terroristischen Operationen gegen Frankreich verwickelt *ist*", erklärte Pasqua.

Bonn nimmt Zusagen an Damaskus zurück

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Schon vor der auf den 10. November in London anberaumten nächsten Sitzung der EG-Außenminister hat sich die Bundesregierung in ihrer gestrigen Kabinettssitzung zu ei*ner Reihe diplomatischer Maßnah*men gegen Syrien entschlossen. Das arabische Land wird von Großbritannien beschuldigt, in einen Terroranschlag gegen ein isralisches Flugzeug verwickelt zu sein. Bonn will deshalb den routinemäßig im November aus der syrischen Hauptstadt Damaskus zurückkehrenden deutschen Botschafter vorerst nicht wieder ersetzen.

Damit kommt die Bundesregierung dem britischen Wunsch nach Sanktionen gegen Syrien, den Außenminister Howe in der Luxemburger Außenminister-Sitzung geäußert hat, punktuell nach. Nach Angaben von Regierungssprecher Ost will Bonn die Wiederbesetzung des Botschafterpostens in Damaskus auch vom Verlauf der am 17. November in Berlin beginnenden Hauptverhandlung im Strafprozeß gegen zwei mutmaßliche arabische Terroristen abhängig machen. In ihm sollen Erkenntnisse über eine angebliche Mitwirkung staatlicher syrischer Stellen erhärtet werden. Die beiden Angeklagten werden beschuldigt, am 5. April 1986 einen Sprengstoffanschlag auf die Westberliner Discothek „La Belle" verübt zu haben. *Dabei kamen* drei Menschen ums Leben, 230 wurden zum Teil schwer verletzt.

Schwerwiegende Beweise

Außerdem will Bonn in absehbarer Zeit keine hochrangigen Besuche syrischer Offizieller in der Bundesrepublik akzeptieren. Allerdings sind nach der Absage des Besuchs des syrischen Außenministers Faruk el Sharea keine weiteren diplomatischen Visiten vorgesehen. Schließlich hat die Bundesregierung beschlossen, die syrische Fluggesellschaft, die die Bundesrepublik viermal wöchentlich anfliegt, zu einer Reduzierung ihres auf deutschen Boden *arbeitenden* Personals aufzufordern. Bonn hat weiter die Vorbereitungen für eine neue Kapitalhilfe an Syrien gestoppt und alte Zusagen, die nach Osts Angaben „reprogrammiert" werden könnten, gestrichen. Wie der Regierungssprecher weiter sagte, fließen derzeit keinerlei deutsche Gelder nach Syrien.

Die von Großbritannien auf der Luxemburger Außenministertagung vorgelegten Beweise für eine terroristische Verwicklung Syriens in den Londoner Anschlag sind von Staatsminister Stavenhagen nach Angaben des Sprechers des Auswärtigen Amtes als schwerwiegend bezeichnet worden.

Eine Antwort Syriens?

Die EG-Staaten werden die britischen Erkenntnisse über ihre Botschafter in Damaskus vorlegen und erwarten eine offizielle syrische Stellungnahme. Man rechnet damit bis zum 6. November, so daß sich am diesem Tage das politische Komitée der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) mit deren Wertung befassen und für die vier Tage später in London anberaumte EG-Ministerratstagung einen abschließenden Bericht fertigen kann.

Den vom CSU-Vorsitzenden und bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß schon am 16. Mai 1986 an den syrischen Staatspräsidenten Assad gerichteten Brief mit der Aufforderung, mit den Europäern bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus zusammenzuarbeiten, wertete Staatssekretär Ost „als ganz hilfreich".

Nach Angaben des Sprechers der Auswärtigen Amtes hätte die Bundesregierung die am Montag dem EG-Ministerrat vorliegenden Sanktionsmaßnahmen gegen Syrien allesamt sofort akzeptieren können. Wegen des griechischen Widerstandes, Syrien auf Grund der Teilnahme an terroristischen Aktivitäten namentlich zu nennen, und wegen des Wunsches einiger anderer EG-Staaten, Syrien erst einmal mit dem britischen Beweismaterial zu konfrontieren, sei die endgültige EG-Entscheidung über das Maßnahmenpaket verschoben worden.

Was Strauß im Mai an Assad schrieb

DW. München

Die bayerische Staatskanzlei veröffentlichte gestern einen Brief, den Ministerpräsident Strauß am 16. Mai an den syrischen Staatschef Assad geschrieben hat. Darin heißt es:

„Die Herausforderung der Völkergemeinschaft durch den internationalen Terrorismus war im Rahmen unseres offenen und vertrauensvollen Gesprächs vor wenigen Wochen Gegenstand eingehender Erörterungen. *Ich habe dabei unterstrichen*, welche Bedeutung die Menschen in unserem Land, das gerade in jüngster Zeit von einer Reihe von Terroranschlägen betroffen war, dieser Frage beimessen . . .

Ihr Angebot, Herr Staatspräsident, mit den Europäern beim Kampf gegen den internationalen Terrorismus zusammenzuarbeiten, wurde daher von mir nachdrücklich begrüßt. Umso mehr erfüllt es mich mit tiefer Sorge, daß im Zusammenhang mit den Ermittlungen wegen des Bombenanschlags auf die Berliner Discothek ‚La Belle' und des gescheiterten Bombenanschlags auf ein englisches Flugzeug in London in den nationalen und internationalen Medien auf eine Verwicklung syrischer Dienststellen in die Vorbereitung und Abwicklung dieser Anschläge sowie darauf hingewiesen wird, daß Terroristen in Syrien ausgebildet würden, von dort logistische Unterstützung erhielten und dort Zuflucht suchen könnten . . .

Ich halte es daher für außerordentlich wünschenswert, daß Sie, Herr Staatspräsident, ihre Bereitschaft zu einer umfassenden Zusammenarbeit mit den Europäern beim Kampf gegen den Terrorismus in einer Klarheit erklären, die sowohl im Westen wie auch in ihrem Land keine Zweifel an dieser politischen Zielsetzung mehr zuläßt. Dies würde in überzeugendster Weise dadurch geschehen, daß Sie die notwendigen Anordnungen treffen, die sicherstellen, daß Terroristen nicht durch nachgeordnete Dienststellen ihres Landes – aus welchen Gründen auch immer – die von den westlichen Medien behauptete Hilfestellung geleistet werden kann."

Geißler sieht Raus Strategie gescheitert. „Aber die Wahl wird kein Spaziergang"

CDU-Generalsekretär weist auf die Übereinstimmung der SPD mit den Grünen hin

GÜNTHER BADING, Bonn

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler rechnet bei der Bundestagswahl im Januar 1987 mit „54 plus x" Prozent der Stimmen für die Regierungskoalition von CDU/CSU und FDP. Die von SPD-Spitzenkandidat Johannes Rau betriebene „Strategie der absoluten Mehrheit" für die SPD *sei schon heute gescheitert, sagte* Geißler vor der Presse in Bonn bei einer Bewertung des SPD-Wahlparteitags vom Wochenende und des dort vorgelegten „Regierungsprogramms" von Rau.

Mit den Grünen wolle Rau nach eigenen Aussagen nicht Kanzler werden, auch werde das Ergebnis dies wohl rechnerisch nicht zulassen. FDP und Unionsparteien lehnten eine Koalition mit „dieser SPD" strikt ab. Kandidat Rau könne „infolgedessen dem deutschen Volk nicht erklären, wie und mit welchen Inhalten" er Bundeskanzler werden wolle.

„Eine Plagiat-Partei"

Geißler warnte trotz dieser Einschätzung die Union vor Siegesgewißheit; der Wahlkampf werde „kein Spaziergang". Die geringen Wahlchancen der Sozialdemokraten sind nach Ansicht des CDU-Generalsekretärs darauf zurückzuführen, daß die „SPD eine Plagiatpartei" geworden sei. „Sie holt sich die grünen Themen, um grüne Wähler zu gewinnen. Sie holt sich Themen von der CDU, um Wähler der Mitte zu gewinnen." Alle diese Wähler, ob bei den Grünen oder in der Mitte „wählen aber natürlich lieber das Original als das Plagiat". So habe Rau in Offenburg seine Rede mit dem Motto des 30. Bundesparteitags der CDU (damals, im November 1981 in der Opposition) begonnen: „Unser Land braucht einen neuen Anfang."

Die SPD habe auch versucht, mit einer „inhaltlichen Anpassung" den Grünen Stimmen abzunehmen. Auch hier gelte, wie das Beispiel der Landtagswahl in Bayern zeige, daß „der grüne Wähler das politische Original dem Plagiat vorzieht". Als Beispiele für von den Grünen übernommene Positionen der SPD nannte Geißler: „Die Forderung nach Kündigung des SDI-Abkommens, Aufhebung des NATO-Doppelbeschlusses, Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa, Verweigerung der Wehrpflichtverlängerung, Kürzung des Verteidigungetats, antiamerikanische Positionen bei Bagatellisierung der Bedrohung durch die Sowjetunion und den Ausstieg aus der Kernenergie. Die Grünen sind nach Geißlers Auffassung aus Sicht der Union „die richtige vierte Partei", denn sie spalteten und schwächten damit das linke Lager. Von dem Treffen der Spitzen von CDU und CSU am Freitag erwartet Geißler ein klares Konzept für den gemeinsamen Wahlkampf der Schwesterparteien. Dann werde sich auch herausstellen, ob es zu einem gemeinsamen Wahlprogramm komme, oder ob die CSU da und dort zusätzliche Akzente setzen wolle.

Die „Desorientierung"

Wichtig sei festzustellen, „daß die *Union in* allen wichtigen politischen Bereichen voll übereinstimmt".

Zu Veröffentlichungen des Sozialdemokratischen Pressedienstes PPP über eine angebliche Studie aus der CDU, in der die Ablösung von Bundeskanzler *Helmut Kohl durch* den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Späth für „spätestens 1988" gefordert worden sein soll, sagte Geißler, das Papier sei ein „Machwerk der Desorientierung". „Ein CDU-Mann schreibt so nicht. Das haben andere Leute außerhalb der Union gemacht", sagte Geißler. Es könne durchaus aus „Desorientierungsquellen außerhalb der Bundesrepublik" stammen. Im übrigen gehöre „ein solches Machwerk in den Papierkorb".

Staatsvertrag für jüdische Gemeinden

DW. Frankfurt

Zwischen dem Land Hessen und dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Hessen wird ein Staatsvertrag abgeschlossen, der den Staatsverträgen mit den Evangelischen Landeskirchen und den Katholischen Bistümern in Hessen von 1960 und 1963 entspricht. Auf Initiative des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden wurden Verhandlungen mit dem Land Hessen geführt, um die bisher *freiwillig an die jüdische Ge*meinschaft in Hessen erbrachten Leistungen auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen und damit die finanzielle Existenz der jüdischen Gemeinschaft sicherzustellen. Der Vertrag sieht anstelle der freiwilligen Zuwendungen von zuletzt jährlich 142 800 Mark jetzt zwei Millionen Mark vor.

EG berät über Daimler-Zuschuß

Ha. Brüssel

Die EG-Kommission hat gestern ein formelles Verfahren zur Untersuchung der Beihilfe an die Daimler Benz AG, die von der baden-württembergischen Landesregierung beschlossen worden ist, eingeleitet. Bevor sie darüber entscheidet, ob die Bereitstellung eines erschlossenen Industriegeländes in Raststatt mit den Wettbewerbsbestimmungen der Gemeinschaft vereinbar ist, will sie *Informationen – Grundstückspreise*, Höhe der Erschließungskosten – einholen. Auch herrscht offenbar noch Unklarheit über die Höhe der Beihilfe. Während bisher von einem Subventionseffekt in Höhe von 120 bis 140 Millionen Mark die Rede war, soll er jetzt zwischen 170 und 200 Millionen betragen.

Oberst wechselte zum Widerstand

rtr. Islamabad

Ein Oberst der afghanischen Streitkräfte ist nach eigenen Angaben vor zwei Wochen zu einer der moslemischen Widerstandsgruppen des Landes übergelaufen. In Islamabad sagte Mir Hashmatullah gestern, er sei überzeugter Anti-Kommunist geworden, nachdem sowjetische Truppen Ende 1979 in seine Heimat einmarschiert seien.

Der 43jährige diente zuletzt als *stellvertretender Kommandeur* der 11. Division, die zwischen Kabul und der Grenze zu Pakistan stationiert ist. Der Oberst sagte, er habe sich der radikalen Moslemgruppe Hezb-e-Islami angeschlossen, die zu den wichtigen Guerrilla-Organisationen gehört, die gegen die marxistische Regierung Afghanistans kämpfen.

Goodyear und Michelin, die beiden größten Reifenproduzenten der Welt, haben jahrelang die Formel Eins mit ihren Slicks ausgestattet. Die Franzosen sind im letzten Jahr ausgestiegen. Jetzt werden sie bis 1987 2222 Arbeitsplätze streichen. (S. 15)

FOTO: DIE WELT

FÜR DEN ANLEGER

Dollar: Nach seiner Erholung zum Wochenbeginn ist der Dollarkurs gestern wieder gefallen. In Frankfurt wurde ein amtlicher Mittelkurs von 2,0275 (2,0321) DM festgestellt.

Blackout: Das revolutionäre Computersystem der total reformierten Londoner Börse ist auch gestern wieder ausgefallen.

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 263,95 (266,82); Chemie: 158,82 (159,44); Elektro: 330,47 (325,73); Auto: 701,04(690,77); Maschinenbau: 147,92 (149,93); Versorgung: 158,96 (160,29); Banken: 378,91 (380,78); Warenhäuser: 179,10 (180,67); Bauwirtschaft: 536,78 (541,30); Konsumgüter: 172,16 (175,81); Versicherung: 1340,86 (1354,76); Stahl: 143,85 (145,23).

Kursgewinner:	DM	+ %
American Brands	99,00	11,2
Mitsui Osk-Line	3,00	7,14
Rolinco N.V.	75,50	6,19
Sumitomo Metal	1,80	5,88
Barlow Rd.	8,40	5,00

Kursverlierer:	DM	– %
Gen.Mng. Union N	24,50	16,9
Hartmann & Br.	1350,0	11,2
Kali + Salz	266,00	10,1
Hartmann & Br.	4000,0	8,05
Philips Gloeil.	38,70	6,07

(Frankfurter Werte)

Nachbörse: Schwächer

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Tagung: Heute beginnt in Berlin die diesjährige Vertriebstagung des Axel Springer Verlages. Im Hotel Steigenberger werden mehr als 400 Unternehmer und Führungskräfte des Pressegroßhandels erwartet. Gastredner ist Ministerpräsident Lothar Späth.

Brasilien: In den kommenden fünf Jahren will die Bayer AG, Leverkusen, 300 Mill. DM im größten Land Lateinamerikas investieren.

Übernahme: Die Hoesch AG wird den Elektronikhersteller Rafi GmbH und Co. übernehmen, wenn das Kartellamt zustimmt.

Fusion: First Interstate Bancorp hat ihr Angebot zur Übernahme der BankAmerica Corp auf 3,4 Mrd. Dollar erhöht. (S. 15)

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	28. 10. 86	27. 10. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	155,00	155,00	165,00	286,00	97,00
Heizöl (schwer/3,5 % S)	63,00	63,00	51,00	139,00	29,00
Gasöl (Heizöl/Diesel) 0,3 % S	110,75	115,00	104,00	226,00	84,00

MÄRKTE & POLITIK

Protest: Die EG hat nach einem Bericht der „Washington Post" im Rahmen des Allgemeinen Welthandelsabkommens Gatt gegen zwei neue Zollgesetze der USA protestiert.

KKW: Auf jeden Fall werden die zum RWE-Bereich gehörenden Lech-Elektrizitätswerke AG, Ausgburg, unverändert an der Planung eines Kernkraftwerks in Pfaffenhofen an der Donau festhalten. (S. 17)

Handel: Die deutschen Einzelhändler haben im September nominal sechs Prozent mehr verkauft als im gleichen Vorjahresmonat.

Verkauf: Der britische Brauerei- und Hotelkonzern Grand Metropolitan hat den US-Tabakkonzern Liggett für 137 Mill. Dollar an den New Yorker Investor Bennett Le Bow verkauft.

Wiederverwertung: In Berlin hat gestern der 5. Internationale Recyclingkongreß mit 2200 Teilnehmern aus 44 Ländern begonnen.

Reiselust: Die Bundesbürger, nach den Amerikanern die reisefreudigsten Touristen der Welt, haben im vergangenen Jahr rund 43 Mrd. DM im Ausland ausgegeben, aber nur etwa 17,4 Mrd. DM durch ausländische Besucher verdient.

NAMEN



Dr. Heinrich Schreiner: Der bisherige Staatssekretär im Mainzer Finanzministerium und Vertreter der Länder in den Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes, wird Präsident der Landeszentralbank Rheinland-Pfalz. Er tritt die Nachfolge von Johann Wilhelm Gaddum an, der ins Direktorium der Deutschen Bundesbank wechselt. Neuer Mainzer Finanzstaatsekretär wird *Karl Hoppe*, Vorsitzender des Landtags-Haushaltsausschusses.

WER SAGT'S DENN?

Bei uns ist jede Sekretärin wie Brigitte Bardot, zumindest soweit es ihre Stenographiekenntnisse anlangt.

Die Redaktion

Vorziehen der zweiten Steuerstufe ist für Bonn kein aktuelles Thema

Minister Bangemann zur WELT: Keine Anhaltspunkte für Konjunktur-Schwäche

K.S./Mk./A.G. **Bonn**

Ein Vorziehen der zweiten Stufe des Steuerentlastungsgesetzes ist für die Bundesregierung im Augenblick kein Thema. „Das ist kein aktuelles Problem, wir sehen keine konkreten Anhaltspunkte für eine schwächere Konjunktur in der zweiten Jahreshälfte 1987", erklärte Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann gegenüber der WELT.

Überlegungen, den zweiten Schritt vorzuziehen, waren durch das Herbstgutachten der Konjunkturforschungsinstitute wieder in den Vordergrund gerückt. Sie empfahlen, den zweiten Teil des Paketes statt am 1. Januar 1988 schon am 1. Juli 1987 in Kraft zu setzen – rückwirkend für das ganze Jahr. Das Wirtschaftsministerium sieht noch keine konjunkturelle Schwäche. Allerdings, betont Bangemann, „wir sind immer handlungsfähig".

Allein schon an einer Durchsetzbarkeit zweifeln die steuerpolitischen Experten beider Fraktionen – wenn auch aus unterschiedlichen Gründen. Die FDP würde den Bundesbürgern zwar gern schon 1987 die geplanten rund zehn Milliarden DM steuerlicher Entlastung bescheren, bestätigte der Vorsitzende des Finanzausschusses des Bundestages, Hans H. Gattermann (FDP), gegenüber der WELT. Andererseits sieht er schwer zu überwindende Hürden. Denn der Vorschlag der Konjunkturforschungsinstitute würde Stoltenbergs Haushaltsrechnung für 1987 nachträglich belasten. Außerdem gerieten die Etats der Länder unter Druck. Daher wäre auch kaum anzunehmen, daß sich das Ansinnen im Bundesrat durchsetzen ließe.

Gunnar Uldall, steuerpolitischer Experte der Unionsfraktion und Mitglied des Finanzausschusses, hält ein Vorziehen der zweiten Stufe der Steuerentlastung auch gar nicht für wünschenswert. „Mit der Konsolidierung sind wir noch nicht über den Berg". Das ist eine klare Absage, die mit der Auffassung des Finanzministers harmoniert, beteuert Uldall gegenüber der WELT.

Ohnehin ist keine der Regierungsparteien gewillt, noch vor den Wahlen eine steuerpolitische Diskussion anzuzetteln. Dieser Vorsatz betrifft auch die große Steuerstrukturreform, die für Ende der 80er Jahre vorgesehen ist. Das Volumen ist freilich bekannt: 40 bis 45 Milliarden DM. Daraus soll sich eine Nettoentlastung von 20 bis 25 Milliarden DM ergeben.

So erklärte gestern Regierungssprecher Friedhelm Ost anläßlich der Beantwortung der Großen Anfrage der SPD zur Steuerpolitik, daß die Bundesregierung in einer weiterreichenden Steuerreform zwar die wichtigste finanzpolitische Aufgabe der nächsten Legislaturperiode sieht.

Aber eine in sich geschlossene umfassende Steuerreform bedürfe, so Ost, einer sorgfältigen und ins einzelne gehenden Vorbereitung mit Prüfung einer Vielzahl steuer- und finanzpolitischer sowie steuerrechtlicher Einzelfragen.

Die Steuervorschläge der SPD – unter anderem Ergänzungsabgabe, Revitalisierung bzw. Erhöhung der Gewerbesteuer, Verschärfung der Steuerprogression, Streichung der Kinderfreibeträge – bedeuteten dagegen ein leistungs- und wachstumsfeindliches Steuererhöhungsprogramm.

Auch Mittelstand hat die Werbung für sich entdeckt

hg. **Bonn**

Die deutsche Wirtschaft hat ihre Werbeausgaben in diesem Jahr kräftig aufgestockt: Der Zentralausschuß der Werbewirtschaft (ZAW) rechnet für 1986 mit einem Plus von sechs Prozent oder knapp 1 Mrd. DM auf mehr als 16 Mrd.DM. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Zuwachs damit verdoppelt, teilte der Verband gestern in Bonn mit.

Die Impulse für dieses Wachstum seien vor allem von der mittelständischen Wirtschaft ausgegangen, „die bisher den Erfolg von Werbung vorwiegend den großen Unternehmen überlassen hatte". Beim ZAW erklärt man sich diesen Bewußtseinswandel damit, „daß Mittelständler die Werbung immer stärker als Investition in die Zukunft ihrer Unternehmen begreifen".

Besonders stark gestiegen seien die Werbeausgaben in den Bereichen Autoindustrie, EDV-Kommunikation, Audio-Video, Energie, Textilien und Dienstleistungen, heißt es weiter. Außerdem hätten auch die Medien mehr geworben als im Vorjahr.

Für 1987 rechnet die deutsche Werbewirtschaft mit einer Fortsetzung der positiven Entwicklung: Die Hälfte der 43 ZAW-Verbände erwartet, wie eine Umfrage des Dachverbandes ergibt, daß es weiter aufwärts gehen wird. Weniger als die Hälfte erhoffen zumindest Stabilität, und nur eine Minderheit von drei Prozent fürchtet eine Flaute.

AUF EIN WORT



„Österreich ist ein Schlaraffenland für Nichtproduktive auf Kosten der Produktiven. Undemokratische Einrichtungen wie die vielgerühmte Sozialpartnerschaft haben uns die höchste Steuerquote und die höchsten Lohnnebenkosten der westlichen Welt beschert. Eine Staatsquote von 51 Prozent führte zu einem Funktionärskapitalismus, gegen dessen Auswüchse der Privatkapitalismus eine soziale Einrichtung ist."

Anton Arnsteiner, Mitinhaber und Geschäftsführer der Blizzard GmbH, Mittersill/Österreich. FOTO: DIE WELT

IBH-Esch zu sechseinhalb Jahren verurteilt

rtr, **Koblenz**

Der ehemalige IBH-Chef Horst-Dieter Esch ist am Mittwoch vom Koblenzer Landgericht zu einer Freiheitsstrafe von sechseinhalb Jahren und zu einer Geldfstrafe von 90 000 DM wegen Betruges und Konkursverschleppung verurteilt worden. Gleichzeitg setzte die Strafkammer den Haftbefehl gemäß einem Antrag der Verteidigung vorläufig aus. Esch, der seit gut zweieinhalb Jahren in Haft ist, nahm die Entscheidung des Schöffengerichts mit verhaltener Erleichterung auf.

Das Gericht folgte in seinem Urteil weitgehend dem Antrag der Staatsanwaltschaft, die gegen Esch eine Gesamtstrafe von sieben Jahren und drei Monaten gefordert hatte. Die von Esch bereits zu zwei Dritteln verbüßte Haftstrafe von dreieinhalb Jahren wegen Untreue als Aufsichtsratsvorsitzender der IBH-Tochter Wibau AG wurde auch beim jetzt verhängten Strafmaß eingerechnet. Die Freiheitsstrafe gegen Esch, der voraussichtlich entsprechend seiner bisherigen „guten Führung" nur noch wenige Monate im offenen Vollzug wird verbüßen müssen, beruht in erster Linie auf seinem Betrug an dem saudi-arabischen Scheich Saleh A Kamel. Nach den Feststellungen des Gerichts und entsprechend seinem Geständnis hatte Esch den Scheich wiederholt über den Wert der IBH getäuscht und ihn dabei um 100 Mill. DM geschädigt.

Maschinenbau muß Federn lassen

Aber der Auftragsknick im Ausland drückt nicht sonderlich aufs Gemüt

JOACHIM WEBER, **Frankfurt**

Der deutsche Maschinenbau rechnet für 1987 mit einem „deutlich langsameren Wachstum", so der scheidende Verbands-Präsident Otto Schiele. Zwar soll die Inlandsnachfrage im kommenden Jahr stetig zunehmen. Doch: „Im Ausland werden wir per Saldo wohl weiter Federn lassen müssen." Ein Plus von drei Prozent sei aber immer noch als „Marschzahl" anzusehen.

Bei solcher Zuversicht setzen die Maschinenbauer vor allem auf das „stabile Absatzpotential in Westeuropa" (1985 rund 60 Prozent der Gesamtexporte, die ihrerseits knapp 60 Prozent vom Umsatz ausmachten), das „größere Rückschläge im Gesamtexport in Grenzen halten" soll. Freilich: Eine volle Kompensation der Rückgänge außerhalb Europas und im Ostgeschäft sei selbst mit einer guten Nachfrage aus den benachbarten Industrieländern nicht zu schaffen, betont Schiele.

Der Dollarkursverfall, die ölpreisbedingte Finanzschwäche der Opec-Länder (die sich inzwischen nicht mehr nur auf die Investitions-, sondern auch auf die Zahlungsfähigkeit auswirkt), die hohe Verschuldung anderer Kundenländer, die Zurückhaltung der Chinesen und nicht zuletzt die Nachwirkungen von Tschernobyl haben auch in den Auftragsbüchern des größten deutschen Industriezweigs ihre Spuren hinterlassen: In den ersten neun Monaten des Jahres ging die Auslandsnachfrage preisbereinigt um 13, seit der Jahresmitte sogar um *16 Prozent* zurück.

Auch die Kurve der Inlandsaufträge kam vom Kurs ab, wenn auch nur vorübergehend, wie die Branche meint. Nachdem das erste Quartal noch sichtbare Zuwachsraten gebracht hatte, ging es auch hier in der zweiten Jahreshälfte um sechs Prozent bergab, so daß insgesamt noch ein mageres Plus von einem Prozent blieb. Per Saldo lagen die neuen Aufträge im ersten Dreivierteljahr um sieben Prozent unter dem (freilich sehr hohen) Vorjahresniveau.

Noch allerdings läuft das Geschäft „auf vollen Touren", so Schiele, sind die Auftragsbücher prall gefüllt. Zur Jahresmitte sicherten sie eine theoretische Beschäftigung von 6,5 Monaten. Einige Unternehmen, so VDMA-Geschäftsführer Justus Fürstenau, seien über die Abschwächung auch gar nicht unfroh, weil sie durch die hohe Kapazitätsauslastung mit ihren langen Lieferzeiten bereits Kunden verloren hätten.

Der Rückgang des Auslastungsgrades auf derzeit 88,4 (89,8) Prozent sei irreführend, weil sich darin vor allem die Erweiterungs-Investitionen der Branche niedergeschlagen hätten. Deutlicher wird die Entwicklung an der Zunahme der Beschäftigtenzahlen um 13 000 auf 1,08 Millionen Mitarbeiter allein in diesem Jahr und um 90 000 seit 1984. „In einigen Sparten läuft schon die Jagd auf die Ingenieure."

Sparen mit Risiko

J. Sch. – Länger arbeiten und langfristig für das Alter sparen, heißt die Parole des liberalen französischen Wirtschafts- und Finanzministers Edouard Balladur zur Lösung des Rentenproblems und darüber hinaus zur Gesundung der Volkswirtschaft. Er beweist damit großen Mut. Denn die Sozialisten hatten gerade die Verkürzung der Arbeitszeit und des Rentenalters auf ihr Banner geschrieben. Inzwischen dämmert es aber auch den Franzosen, daß ihre gesetzlichen Altersrenten angesichts der zunehmenden Lebenserwartungen auf der einen Seite und des Geburtenrückgangs auf der anderen Seite keineswegs mehr so sicher sind, wie sie bisher angenommen hatten.

Zum Ausgleich für dieses Risiko will die Regierung durch sehr weitgehende Steuervorteile die Franzosen zu einem Sparkapital in Aktien und Obligationen verhelfen, auf das sie nach ihrer Pensionierung zurückgreifen können, und zwar je später um so steuerlich günstiger. Aber dem steht ein anderes Risiko gegenüber: Daß nämlich diese Anlagen bis dahin erheblich an Wert verlieren könnten. Denn wer weiß schon heute, wie es in Frankreich in zehn oder gar 30 Jahren um die Aktienkurse und die Rentenrendite bestellt ist?

Allerdings kann man aus diesem neuen Pensionssparen jederzeit wieder aussteigen – dann jedoch unter dem teilweisen Verlust der gewährten Steuervorteile. Das mag Balladurs Plan zu einem Anfangserfolg verhelfen, wobei wohl weniger eine verstärkte Spartätigkeit, als vielmehr die Umwandlung weniger begünstigter (kurzfristiger) Anlagen zu erwarten ist. Ein dauerhafter Erfolg wäre dieser Plan wohl nur dann, wenn die derzeitige (anti-inflationistische) Wirtschaftspolitik in Frankreich noch lange Zeit fortgesetzt wird. Wer aber mag einen solchen Wechsel auf die Zukunft ziehen?

Die Scheibe rollt

Von JAN BRECH

Die internationale Branche der Unterhaltungselektronik braucht etwa alle fünf Jahre einen Innovationsschub, um neue Märkte und neues Wachstum entstehen zu lassen. Im Videobereich waren es einst die Farbfernseher, später die Videorecorder. Seit gut drei Jahren hat die Industrie nun auch den großen Renner in der Audio-Sparte. Das von Philips und Sony entwikkelte System der Compact Disk (CD), einer Schallplatte von nur zwölf Zentimeter Durchmesser, die optisch durch Laser abgetastet wird, hat sich weit schneller als erwartet am Markt durchgesetzt.

Der stürmische Erfolg des CD-Systems hat mehrere Gründe. Da ist einmal die bislang unerreichte Qualität in der Musikwiedergabe, die sich auch bei häufigem Gebrauch nicht abnutzt. Zum anderen hat sich die Industrie nach den schlechten Erfahrungen früherer Jahre von vornherein auf einen Weltstandard geeinigt. Ein marktstörendes Nebeneinander verschiedener Systeme, wie etwa bei Videorecordern, gibt es nicht.

Die CD-Platte ist ein Musterbeispiel, mit welcher Rasanz neue Märkte in der internationalen Unterhaltungselektronik entstehen und besetzt werden.

Schließlich „verdankt" die Industrie wieder einmal den Japanern den Durchbruch mit einem Produkt, das die fernöstlichen Hi-Fi-Riesen federführend gar nicht mitentwickelt haben. Auf den Zug, den der Systemgründer Philips ins Rollen gebracht hat, und den er unverändert anzieht, sind sie aber schneller und konsequenter als die Europäer gesprungen.

Die ungemein schnelle Akzeptanz des neuen Systems – die für jede elektronische Neuheit aufgeschlossene heimische Kundschaft gibt für die CDs bereits mehr aus als für herkömmliche Schallplatten – hat für die Hi-Fi-Branche den positiven Nebeneffekt, daß es in anderen Bereichen Initialzündungen bewirkt. Da ist vor allem die Musikindustrie, die in den letzten Jahren in Mollstimmung verfallen war. Mit der CD-Platte hat sie nicht nur aus dem Absatztief herausgefunden, sondern gleichzeitig noch weitere Marktsegmente entdeckt. Wegen der Handlichkeit der CDs können Schallplatten zum ersten Mal auch im Auto oder beim Spaziergang über einen Walkman gehört werden. Generell hat die Qualität der CD-Platte ein neues „Hi-Fi-Gefühl" produziert, mit entsprechender Resonanz für den gesamten Audio-Markt.

Binnen weniger Jahre hat die Branche eine Kapazität von zur Zeit 200 Millionen CD-Platten pro Jahr – inzwischen gibt es mehr als 10 000 Titel – aufgebaut, die sich bis 1988 auf mehr als eine halbe Milliarde erhöhen wird. Absolut größter Hersteller ist gegenwärtig das zur Philips-Gruppe gehörende Polygram-Werk in Hannover, dessen Kapazität gegenwärtig auf fünf Millionen Platten pro Monat ausgebaut wird. Mit großen Schritten geht ferner die Bertelsmann-Tochter Sonopress auf das CD-Geschäft zu.

Parallel dazu explodiert der Markt für Abspielgeräte. In der Bundesrepublik dürfte sich der Absatz in diesem Jahr auf 500 000 Stück verdoppeln, weltweit werden voraussichtlich 6,8 Millionen Geräte verkauft. Der Absatz für 1987 wird auf zehn Millionen Einheiten geschätzt, wovon 2,7 Millionen in den europäischen Markt fließen. Das Gros entfällt auf Japan und die USA, Märkte, die fest in der Hand der japanischen Hersteller sind.

Ob die Jubelstimmung über die CD-Platte auf längere Sicht anhält, ist dennoch fraglich. Die elektronischen Unterhaltungsmacher wären nicht die alten, würden sie es versäumen, sich auf einem neuen, stark wachsenden Markt selbst ein Bein zu stellen. Die Entwicklung der Preise zeigt die Richtung an. Während sich die Musikbranche an einem stabilen Preisniveau von 30 bis 35 DM für die Platten erfreuen kann, müssen die Hersteller von CD-Plattenspielern einem freien Fall der Preise zusehen. Geräte, die bei der Einführung 2000 DM und mehr kosteten, sind heute in Sonderangeboten für weniger als 400 DM zu haben.

Der damit ausgelöste Druck auf die Erträge in dem noch jungen Geschäft wird die Branche wohl verleiten, einen Fehler zu wiederholen, den sie zum letzten Mal mit der gleichzeitigen Einführung von Videorecordern und Bildplatte gemacht hat. Sie könnte ein Nachfolgeprodukt auf den Markt bringen, noch ehe das CD-System nachhaltig etabliert ist.

In den Forschungszentren der Hi-Fi-Großen steht ein digitaler Kassettenrecorder fertig entwikkelt, der Musik in gleicher Qualität wie die CD-Platte aufnehmen kann. Bislang haben Schallplattenindustrie und Handel, die das gute Geschäft mit der CD-Platte nicht stören wollen, noch Erfolg mit ihrem Protest gegen die Markteinführung des DAT(Digital Audio Tape)-Recorders. Der Damm wird jedoch spätestens 1987 brechen. Japanische Hersteller und japanische Kunden sind nun einmal in Neuheiten vernarrt.

China forciert Modernisierung

Jochimsen betont Chancen für mittelständische Firmen

HARALD POSNY, Düsseldorf

Eine über die letzten Jahre insgesamt positive Bilanz der Wirtschaftsbeziehungen Nordrhein-Westfalens zur Volksrepublik China hat Wirtschaftsminister Reimut Jochimsen gezogen. Unmittelbar vor Beginn der vierten Reise an der Spitze von rund zwei Dutzend überwiegend mittelständischen Unternehmern in die Partnerprovinz Jiangsu sagte der Minister, es sei „selbstverständlicher Bestandteil seiner Wirtschaftspolitik, die überaus exportorientierte Wirtschaftsstruktur des Landes verstärkt in Wachstumsregionen zu nutzen".

Hatten bisher Großprojekte der Anlagenbauer den Handelsaustausch bestimmt, registriert Jochimsen derzeit, daß die chinesische Wirtschaftspolitik schrittweise die Modernisierung und Ergänzung des vorhandenen Unternehmensbestands betreibt. Gerade hier habe der Mittelstand besondere Chancen, nicht zuletzt durch Gründung von gemeinschaftlichen Unternehmen. Zu deren Unterstützung habe auch die Westdeutsche Landesbank ihre Repräsentanz in Peking eröffnet.

Gleichzeitig warnte Jochimsen davor, unter den Bundesländern in einen ruinösen Konkurrenzkampf vor Ort einzutreten. Er bedauerte, daß dies durch den Rückzug der Bundesregierung aus der Koordinierung der Außenwirtschaftsförderung erleichtert werde. Mit Blick auf Baden-Württemberg, das ebenfalls in der NRW-Partnerprovinz Jiangsu tätig ist, empfahl er eine Zusammenarbeit dieser beiden, aber auch anderer Bundesländer. So seien etwa gemeinsame Messebeteiligungen oder Messeveranstaltungen, aber auch technisch-wissenschaftliche Symposien denkbar.

Die Bundesrepublik nimmt nach überaus dynamischer Entwicklung im gesamten Außenhandel Chinas nach Hongkong, Japan und den USA den vierten Platz ein. Die deutschen Exporte lagen 1985 bei 6,4 Mrd. DM (plus 116 Prozent). Die Importe aus China betrugen 2,6 Mrd. DM. NRW war an den Exporten mit 2,6 Mrd. DM und an den Importen mit 622 Mill. DM beteiligt. Im 1. Halbjahr 1986 lag das Handelsvolumen mit 4,2 Mrd. DM um neun Prozent über dem Vorjahr. Die chinesische Nachfrage konzentriert sich dabei auf Investitionsgüter, die etwa ein Viertel des Exports ausmachen. Exportiert werden vor allem Textilien.

Neueste Erkenntnisse des Ministeriums und der WestLB gehen dahin, daß die langfristige Exportfinanzierung, wie sie bislang nur bei Großprojekten selten eingesetzt wurde, aufgrund veränderter Kredit- und Devisenpolitik der Zentralregierung künftig auch bei kleineren Projekten angewendet wird. Mittelständischen Unternehmen erwachsen neue Chancen, wenn die Bank of China im Einzelfall Garantien für die Kreditverpflichtungen chinesischer oder Joint-venture-Unternehmen gewährt.

Nach Ansicht der WestLB steht die Entwicklung des deutsch-chinesischen Handels vor einer Konsolidierungsphase, die sich zur Zeit in einem wieder etwas stärker zentral gesteuerten Wirtschaftswachstum darstellt. Angesichts umfassender langfristig angelegter Reformen hält die Bank allzu hohe Erwartungen für bedenklich. Auf der anderen Seite veröffentlichen die meisten Provinzen inzwischen Projektlisten mit ihren Import-, Export-, Kooperations- und Investitionswünschen. Prioritäten haben dabei die Bereiche Verkehr, Energieversorgung und Kommunikation.

Plädoyer für flexiblere Arbeitszeiten

Kongreß „Beschäftigungsoffensive" diskutierte neue Wege des Personaleinsatzes

HEINZ STÜWE, Berlin

Was wäre, wenn in der kommenden Tarifrunde eine weitere Arbeitszeitverkürzung vereinbart würde? Kaum jemand auf dem Kongreß zum Thema „Beschäftigungsoffensive" in Berlin wagte, diese Frage offen anzusprechen, um nicht den Eindruck zu erwecken, die Arbeitgeberseite habe sich damit womöglich schon abgefunden. Dennoch kehrten viele Diskussionen auf dieser gemeinsamen Veranstaltung der Deutschen Gesellschaft für Personalführung (DGFP) und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) immer wieder zu der Frage zurück, wie die betriebliche Personalpolitik Arbeitszeitverkürzungen bewältigen kann.

Eine klare Antwort gab Franz Köhne, Personalvorstand der BMW AG in München: „Ohne Flexibilisierung ist keine weitere Arbeitszeitverkürzung möglich." Die Entkopplung von individueller und betrieblicher Arbeitszeit sei erforderlich, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Und nur unter bestimmten Bedingungen könne kürzere Arbeitszeit zu mehr Beschäftigung führen.

Köhne verdeutlichte dies am Beispiel der Umsetzung des Leber-Kompromisses von 1984 bei BMW. Dabei wurde die ganze mögliche Bandbreite von 37 bis 40 Stunden pro Woche genutzt. Für 1100 Spezialisten in Forschung, Entwicklung, Planung und EDV blieb die Arbeitszeit unverändert. Dies wurde durch kürzere Arbeitszeiten für ältere Mitarbeiter kompensiert. Für die Mehrzahl der Beschäftigten gilt die 38,5 Stundenwoche bei unveränderter Betriebszeit von 40 Stunden. Der Ausgleich geschieht durch freie Tage, wobei sowohl individuelle Freischichten als auch kollektive (längerer Betriebsurlaub) möglich sind. Der individuelle Freizeitausgleich ist allerdings die Regel. „Die Mitarbeiter legen in Absprache mit den Meistern ihre Freischichten auf Tage, an denen die Anwesenheit erfahrungsgemäß recht hoch ist, so daß die volle Anlagenauslastung gewährleistet ist." Eine solche Regelung stoße bei weiterer Arbeitszeitverkürzung naturgemäß an ihre Grenzen. Die Zusammenfassung des Freizeitausgleichs zu ganzen Tagen habe de facto den Jahresurlaub von 30 auf 39 Tage verlängert.

Der Übergang von der 40 auf die 38,5 Stunden-Woche habe bei BMW 400 neue Arbeitsplätze entstehen lassen. „Dem stehen 4000 neue Arbeitsplätze gegenüber, die in den letzten zwei Jahren durch wettbewerbsfähige Produkte und Investitionen geschaffen wurden," rückte Köhne die Größenordnung zurecht.

> „Ohne Flexibilisierung kann es keine weitere Arbeitszeitverkürzung geben."
>
> Franz Köhne, Mitglied des Vorstands der BMW AG, München

Mehr Beweglichkeit bei den Arbeitszeiten wird nach Ansicht des Personalchefs aber auch unabhängig von der Arbeitszeitverkürzung, allein aufgrund der steigenden Kapitalkosten erforderlich. 1000 DM direkten Löhnen und 1000 DM Lohnnebenkosten pro Auto, so Köhnes Grobkalkulation, stehen 2000 DM Abschreibungen gegenüber. Dieser Betrag sei aber nur durch längere Anlagenlaufzeit zu senken. Da im normalen Zwei-Schicht-Betrieb die Maschinen nur zu 34 Prozent ausgenutzt würden, sieht Köhne hier noch genügend Gestaltungsmöglichkeiten. Allein durch das sogenannte BMW-Modell, nach dem sich drei Mitarbeiter zwei Arbeitsplätze teilen und jeweils vier Tage neun Stunden arbeiten, sei die Auslastung um 35 Prozent zu steigern.

Mit der gleichen Zielrichtung, der Erhöhung der Betriebsnutzungszeit, wird bei der Deutschen Vergaser Gesellschaft mbH & Co. KG, Berlin, eine Einbeziehung des arbeitsfreien Samstags erwogen. Bernd Pierburg, Geschäftsführer des 1250 Mitarbeiter beschäftigenden Unternehmens, glaubt, daß dies in der Belegschaft „nicht auf unüberwindbare Schwierigkeiten" stoßen würde. „Durch rollierende Schichtsysteme müßte sichergestellt sein, daß nicht jeder Arbeitnehmer an jedem Samstag arbeiten muß. Und wir müßten zum Ausgleich gelegentlich attraktive längere Freizeitperioden bieten."

Eine Lösung sucht Pierburg noch für die Bewältigung des Auftragshochs im Sommer. Er beklagt, daß die Tarifververträge eine ungleichmäßige Arbeitszeitverteilung nur im Zwei-Monats-Rhythmus zulassen.

Ausdrücklich verankert ist der Arbeitszeitausgleich auf Jahresbasis in den Tarifverträgen des Einzelhandels. Gerhard Strümper, Direktor für Personal- und Sozialpolitik bei der Kaufhof AG, Köln, unterstrich, daß dies auch im Interesse der Arbeitnehmer liege. „Nur so kommen sie in den Genuß einer Fünf-Tage-Arbeitswoche trotz sechstägiger Ladenöffnung." Nur weil der flexible Personaleinsatz und damit die Produktivität in der letztjährigen Tarifrunde habe gesichert werden können, sei von Arbeitgeberseite die 38,5 Stunden-Woche akzeptiert worden.

Mehr Steuerverbesserungen

Bundeskanzler Helmut Kohl vor Handelsvertretern

hg. Bonn

Die Bundesregierung wird den Mittelstand weiter fördern. Bundeskanzler Helmut Kohl will dies bei der Steuerreform durch eine Verringerung der Unternehmensbesteuerung und durch einen langsamer steigenden Einkommensteuertarif erreichen. Die Wirkung hänge allerdings entscheidend vom Erfolg des Subventionsabbaus ab, sagte der Kanzler vor der Centralvereinigung deutscher Handelsvertreter- und Handelsmaklerverbände (CDH) gestern in Bonn.

In diesem Jahr engagierte sich die Bundesregierung mit über 1,3 Mrd. DM für den Mittelstand, sagte Kohl weiter; das seien 200 Mill. DM mehr als 1982. Im Zusammenhang mit Steuersenkungen von rund 30 Mrd. DM im Jahr seien hier „neue Spielräume für eigenverantwortliches unternehmerisches Handeln" geschaffen worden.

Mit der wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Unternehmen sind die Handelsvertreter und Handelsmakler insgesamt zufrieden: Die Umsatzsteuerstatistik zeige eine leichte Zunahme der Zahl der Unternehmen an, sagte CDH-Präsident Norbert Hopf. Trotz des harten Wettbewerbs mit firmeneigenen Vertriebssystemen sei es gelungen, den Einschaltungsgrad beim gesamten inländischen Warenumsatz auf 40 Prozent zu halten. Rund ein Drittel der CDH-Mitgliedsbetriebe seien darüber hinaus für ausländische Hersteller tätig.

Der CDH-Präsident warnte vor einer Ausweitung der Konzentration im Handel und der damit verbundenen Einschränkung des Leistungswettbewerbs. Hier erwarte seine Branche vom Gesetzgeber eine Korrektur der Ungleichgewichte. Hopf appellierte darüber hinaus an die Bundesregierung, die Benachteiligung Selbständiger gegenüber Arbeitnehmern bei den Vorsorgeaufwendungen abzubauen und die Gewerbeertragsteuer zu beseitigen.

„Öko-Banken als Prüfstein"

SPD-Forum zu neuen Formen des Genossenschaftssystems

mdl, Bonn

Die Genossenschaftsidee steht vor einer Renaissance. Steigende Gründungszahlen in den letzten beiden Jahren lassen einen solchen Trend erkennen, wie auf einer Veranstaltung der SPD zum Thema „Alte und neue Genossenschaften" deutlich wurde. In der Diskussion über neue Formen von Genossenschaften traten aber erhebliche Meinungsunterschiede zwischen SPD-Sprechern und dem Vertreter des Bundesverbandes der Volks- und Raiffeisenbanken, Klaus Weiser, zutage.

„Genossenschaften dürfen nicht zur Veränderung der bestehenden Marktordnung benutzt werden", erklärte Weiser auf dem SPD-Forum in Bonn. Neue Genossenschaften würden dann gefördert, wenn sie auf der sozialen Marktwirtschaft aufbauten und die rechtlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen erfüllt seien. Politisch motivierte Zulassungsentscheidungen des Prüfungsverbandes schloß Weiser aus. Allerdings liefen basisdemokratische Bestrebungen der Genossenschaftsidee zuwider. Weiser sieht im Trend zur Großgenossenschaft und der damit verbundenen Vertreterversammlung die eigentliche Gefahr.

Als die wichtigsten Grundlagen der Genossenschaften nannte er den Förderungsauftrag, die Subsidiarität, die Selbstverwaltung und die Ausrichtung auf ihre Mitglieder. Privaten Interessen diene der Zusammenschluß, nicht öffentlichen oder gemeinwirtschaftlichen, sagte er zum „genossenschaftlichen Egoismus".

Jochen Vogel hatte zuvor das Projekt der Öko-Banken zum Prüfstein für die Flexibilität und Innovationsfähigkeit der Genossenschaften erhoben. Er sieht in den Öko-Banken die Möglichkeit zum Brückenschlag zwischen alter und neuer Genossenschaft, beklagt aber die mangelnde Beweglichkeit des Bundesverbandes der Volks- und Raiffeisenbanken in Fragen von Reformbestrebungen.

In einem Zustand „statischer Stabilität" befände sich heute die Mehrzahl der Genossenschaften. Hinzugetreten seien in den letzten Jahren Zusammenschlüsse, die sich wieder stärker auf den Ursprung der Genossenschaftsidee besännen. Mehr Beachtung der neuen Selbsthilfeorganisationen forderte der hessische Wirtschafts- und Umweltminister, Ulrich Steger. Sie zeigten spiegelbildlich die Mängel der Wirtschaftsordnung. Darum sollten die „Alternativen" als Motor gesellschaftlicher Umgestaltung anerkannt werden.

DIW: Die Deutschen sparen weniger

dpa/vwd, Berlin

Die Sparquote aller privaten Haushalte in der Bundesrepublik ist zwischen 1970 und 1985 von 13,5 Prozent auf 10,4 Prozent gefallen. Dabei blieb die Sparquote bei den Selbständigen mit 25 Prozent etwa konstant. Bei den Arbeitnehmern kam es jedoch zu einem Rückgang um zweieinhalb Punkte auf fast acht Prozent, bei Rentnern und Pensionären um fünf Prozent, berichtet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin. Großes Gewicht für die Entwicklung der privaten Ersparnis haben inzwischen die Arbeitslosenhaushalte bekommen. 0,3 Prozent des Rückgangs der gesamten Sparquote sind auf Rückgang der Ersparnisse in diesen Haushalten zurückzuführen.

Während die Sparquote der Erwerbstätigen insgesamt zwischen 1970 und 1985 nur um 1,5 Punkte auf 12,8 Prozent sank, fiel die der Nichterwerbstätigen um 6,4 Punkte auf 4,2 Prozent. Die Selbständigen sparen im Durchschnitt rund ein Viertel ihres verfügbaren Einkommens. Die Ersparnisse der Arbeitnehmer blieben in den letzten drei Jahren mit 3600 DM pro Haushalt etwa konstant.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bergheim: Molden u. Sohn GmbH, Heizung-Sanitär; **Dortmund:** G + W Caravan Vertriebs-GmbH; **Düsseldorf:** Sanatronic GmbH; **Essen:** Wilhelm Kruk Nachf. GmbH & Co.; Haakshorst Wärmetechnik GmbH; **Frankfurt:** Nachl. d. Uwe Helmut Werner Sattler; **Hagen:** Fritz W. Höfinghoff; **Kassel:** G. kahl GmbH; **Koblenz:** Gertrud Engler, Kornwestheim; **Köln:** SYSTEM-DRUCK GmbH; **Memmingen:** Peter Müller, Hotelkaufmann; **Merzig:** Kurt Heidger, Losheim-Bergheim; **Offenbach:** Jaguar Modell Karl Nohl u. Söhne GmbH, Ditzenbach; **Seligenstadt:** Ingenieurgemeinschaft Gutenburghaus GmbH, Rodgau 2; **Stolzau:** HVK Metallbau GmbH, Diepenau; **Weilheim:** Isopunkt Vertriebs GmbH & Co. Bausanierungs KG, Starnberg.

Vergleich beantragt: Düsseldorf: CURATIO Generalanmietungen GmbH.

Vorstoß auf die Auslandsmärkte

dpa/VWD, Paris

Die Verlagsgruppe CEP Communication, einer der größten französischen Herausgeber von Wirtschaftszeitschriften und -büchern, Nachschlagewerken (Larousse) und Spielen sowie bedeutender Messeveranstalter, will jetzt auch die Auslandsmärkte erobern. Wie das Unternehmen anläßlich der bevorstehenden Börseneinführung des Konzerns in Paris mitteilte, wird ein Umsatzanteil von 30 Prozent im Ausland angestrebt.

Die Gruppe, deren Hauptaktionär der zur Privatisierung anstehende staatliche Medienkonzern Havas (38,5 Prozent) ist, setzte im vergangenen Jahr rund 2,9 Milliarden Franc (960 Mill. DM) um und erwartet für 1986 über drei Milliarden Franc Umsatz. 37 Prozent davon entfallen auf den Pressebereich, 46 Prozent auf die Verlagsbranche und zwölf Prozent auf Spiele.

Der konsolidierte Netto-Gewinn betrug 1985 84 Millionen Franc und soll 1986 auf 120 Millionen Franc steigen. Der Konzern beschäftigt 3300 Mitarbeiter.

An der Pariser Börse sollen vom 4. November an zehn Prozent des Gesellschaftskapitals von 1,3 Millionen Aktien im Nominalwert von 25 Franc zu einem Preis von 750 Franc (250 DM) plaziert werden.

Mehr investieren auf Philippinen

Ke. Bonn

Die deutsche Wirtschaft plant in nächster Zeit auf den Philippinen Investitionen in Höhe von 35 Millionen Mark. Dies ist das Ergebnis einer Konferenz, die auf Anregung von Außenminister Genscher letzte Woche in Manila stattfand und von Staatsminister Lutz Stavenhagen geleitet wurde. 42 deutsche Wirtschaftsunternehmen beteiligten sich an der Manila-Konferenz, die auch von philippinischer Seite hoch besetzt war – mit Präsidentin Aquino und Außenminister Laure sowie der philippinischen und europäischen Handelskammer.

Vorhergegangen waren Gutachten, die der inzwischen verstorbene Bundesbankpräsident Otmar Emminger und der frühere Minister Josef Ertl im Auftrag der Bundesregierung erstellt hatten. Ministerialdirektor Jürgen Sudhoff erklärte gestern in Bonn, das Auswärtige Amt habe sich erfolgreich als „Türöffner der deutschen Wirtschaft" betätigt. Eine ähnliche Konferenz werde es 1987 in Südamerika geben. Mit Investitionen engagieren wollen sich Siemens, Telefunken Halbleiter, Hoechst, Bayer, Goldzack, Hella-Lampen und die bayerische Holzindustrie. Die Philippinen galten bisher nicht als Schwerpunktland der deutschen Industrie. Das bisherige Investitionsvolumen liegt bei rund 70 Millionen Mark.

Japans Bergbau nicht konkurrenzfähig

Kohleförderung soll beträchtlich eingeschränkt werden: Nur noch drei Zechen

FRED de LA TROBE, Tokio

Das japanische Industrieministerium (MITI) arbeitet ein Programm aus, das die Kohleförderung des Inselreichs konsolidieren und beträchtlich einschränken soll: Unrentable Bergwerke sollen allmählich geschlossen und freiwerdende Arbeitskräfte in anderen Branchen eingesetzt werden. Eine klare wirtschaftspolitische Linie des Ministeriums wird durch die Schließung der ältesten japanischen Zeche, des Bergwerks der Mitsubishi Coal Mining in Takashima, besonders aktuell.

Das MITI befürchtet, daß diese Maßnahme eine rasche Kettenreaktion anderer Gesellschaften auslösen kann und damit eine sinnvolle Lösung der Probleme des Bergbaus verhindert wird. Die Mitsubishi Coal Mining hat ihrer Unternehmensgewerkschaft mitgeteilt, daß die Zeche in Takashima am 20. November geschlossen wird und alle 870 Bergleute entlassen werden.

In den fünfziger Jahren spielte der Kohlebergbau noch eine wichtige Rolle in Japans Wirtschaft. Damals arbeiteten 450 000 Bergleute in 860 Zechen, und die Jahresförderung belief sich auf 55,4 Mill. Tonnen. Heute sind dagegen nur noch 25 000 Bergleute in elf Zechen tätig, die Produktion erreichte 1985 nur noch 16,4 Mill. Tonnen. Da die verbleibenden Vorkommen mehr als 500 Meter unter der Erdoberfläche liegen, ist der japanische Kohlebergbau nicht mehr konkurrenzfähig.

Nur mit der Hilfe des Staates, der Stahlindustrie und Elektrizitätswirtschaft konnten die Zechen in den letzten Jahren noch einigermaßen über die Runden kommen. Das neue Programm des MITI soll die Fiskaljahre 1987 bis 1991 einschließen und einer stark reduzierten Zahl von Zechen das Überleben ermöglichen. Nach den bisherigen Plänen des Ministeriums soll die inländische Kohleförderung in der Fünfjahresperiode von bisher 16 Mill. auf neun Mill. Tonnen und die Zahl der Zechen von elf auf drei vermindert werden.

Diese drei Bergwerke hatten 1985 eine Gesamtförderung von 8,4 Mill. Tonnen. Da sich aber die Stahlindustrie und die Elektrizitätswirtschaft weigern, weiterhin die teure inländische Kohle zu erwerben, könnte das MITI eine noch weiterreichende Drosselung der Förderung auf 8 oder 7 Mill. Tonnen beschließen.

Die Stahlunternehmen weisen darauf hin, daß sich ihre Geschäftslage infolge sinkender Exporte und des starken Yens wesentlich verschlechtert hat. Während der Preis für eine Tonne importierter Kohle bei 8020 Yen liegt, mußten die japanischen Stahlproduzenten und Elektrizitätsgesellschaften bisher größere Mengen inländischer Kohle zum Tonnenpreis von 24 280 Yen abnehmen. Im vergangenen Jahr importierte Japan 80 Mill. Tonnen Kohle.

Das MITI hofft aber noch darauf, daß die Stahl- und Elektrizitätsfirmen auch weiterhin einen Teil ihres Bedarfs bei den inländischen Zechen zu höheren Preisen decken werden. Die dabei entstehenden Verluste könnte allerdings nur die Elektrizitätswirtschaft, die von den niedrigen Ölpreisen und Wechselkursgewinnen profitiert, mühelos verkraften. Die Kohle bestreitet aber nur noch für sechs Prozent der Stromversorgung. (SAD)

Belegschaftsabbau geht weiter

Michelin schreibt auch im Ausland wieder schwarze Zahlen

J. Sch. **Paris**

Der französische Michelin-Konzern, zweitgrößter Reifenproduzent der Welt nach Goodyear, rüstet sich auf den verschärften internationalen Wettbewerb durch eine „Flucht in die Produktivität". Zu diesem Zweck soll Mitte 1988 das erste vollautomatisierte Werk (mit nur 500 Beschäftigten) für die Herstellung von Pkw-Reifen in Betrieb genommen werden. Standort ist Clermont Ferrand in der Auvergne, wo Michelin den größten Teil seiner Produktionsanlagen konzentriert hat.

Gleichzeitig wird der Belegschaftsabbau fortgesetzt. Bis Ende nächsten Jahres, so teilte die Verwaltung gestern dem Betriebsrat mit, werden weitere 2222 Arbeitsplätze aufgegeben, davon 1650 in Clermont Ferrand. Bereits in den letzten sieben Jahren war die Belegschaft dort um 10 400 auf 21 700 Mitarbeiter reduziert worden. In ganz Frankreich schrumpfte sie in dieser Zeit um 15 000 auf 38 000 Personen, dabei um 9000 in den Krisenjahren 1983 und 1984.

Inzwischen ist Michelin wieder aus den roten Zahlen gekommen. Nach Verlusten von 2,24 Mrd. Franc 1984 wurde 1985 ein Reingewinn von 1 Mrd. Franc erzielt, wobei sich der Cashflow gegenüber dem Vorjahr auf 3,8 Mrd. Franc verdoppelte, während der Konzernumsatz um 2 Prozent auf 43,4 Mrd. Franc zurückging. Im ersten Halbjahr 1986 (85) erhöhte sich der Konzerngewinn auf 919 (585) Mill. Franc. Die von der Familie Michelin kontrollierte Konzernholding rechnet allerdings erst für 1987 mit einem positiven Ergebnis.

Inzwischen verdient Michelin auch mit seinen Auslandstöchtern wieder Geld, auch in den USA, wo sich der Konzern besonders stark engagiert hat. Das belgische Werk Zuen, das auf die Konzernergebnisse gedrückt hatte, wurde im August geschlossen. An der Weltproduktion von Reifen ist der Konzern mit 20 Prozent beteiligt.

Italiens Zentralbank besorgt

Gegen wachsende Verflechtung von Industrie und Banken

ds. **Mailand**

Die italienische Zentralbank betrachtet den Aufbau von Finanznetzen durch die Industriekonzerne in Italien mit wachsendem Mißtrauen und ist entschlossen, diese Aktivitäten verschärft zu reglementieren. Ausgangspunkt ist nicht nur der Schutz der Banken, sondern auch der Sparer und Einleger. Im Visier der Banca d'Italia befinden sich vor allem die Treuhandgesellschaften sowie alle Formen des Leasing und der Kundenfinanzierung.

Nach Zentralbankschätzungen wird sich das Volumen dieser seit Jahren stark expandierenden Aktivitäten in diesem Jahr um weitere 50 bis 60 Prozent erhöhen. Widerstand angemeldet hat die Zentralbank auch gegenüber den Plänen der Industriekonzerne, zunehmend Bankbeteiligungen zu erwerben.

Auslösender Faktor des Zentralbankwiderstands war in diesem letzteren Fall nicht nur der Kauf einer Fünf-Prozent-Beteiligung an dem Kreditinstitut Credito Romagnolo durch die Finanzholding der De Benedetti-Gruppe, Cofide, sondern auch die Absicht des Großindustriellen Carlo De Benedetti, mit anderen Interessenten zusammen die zum Verkauf stehende italienische Tochter von Bank of America, Banca d'America e d'Italia zu übernehmen. An dieser Übernahme interessiert ist auch die von dem Fiat-Konzern kontrollierte Mailänder Finanzgesellschaft Gemina.

Die italienische Zentralbank hat diese Initiativen inzwischen als unvereinbar mit dem italienischen Kreditwesengesetz aus dem Jahre 1936 erklärt, das nicht nur Industriebeteiligungen an Banken untersagt, sondern umgekehrt auch Bankenbeteiligungen an Industrieunternehmen.

Bankchef Clausen – ein umstrittener Sanierer

Als der Verwaltungsrat der Bank America Corporation in San Francisco auf einer Sondersitzung am 12. Oktober einen Managementwechsel vornahm, hatte das vor allem das Ziel, der zweigrößten US-Bank Vertrauen in der Kreditwirtschaft, bei Anlegern und bei Kunden zurückzugewinnen. Zwei Wochen später ist indes immer noch zweifelhaft, ob das Vorhaben so einfach gelingen kann.

Das liegt in erster Linie an dem Mann, den der Verwaltungsrat an die Spitze des angeschlagenen Unternehmens berufen hat. Die Ernennung von A. W. (Tom) Clausen, (63) zum ersten Mann der Bank of America, ihrer Holdinggesellschaft, der Bank America Corporation, ist in der Geschäftswelt und in der Öffentlichkeit weitgehend auf Unverständnis gestoßen. Die „New York Times" zeigt sich verwundert, „Washington Post" nennt sie bizarr. „Newsweek" ist schockiert und fragt, ob Clausen der richtige Mann für die Aufgabe ist. Das Unverständnis für die Entscheidung des Verwaltungsrates ist nicht so sehr darin begründet, daß Clausen für die Topposition ungeeignet wäre oder in seinem Managementstil, der als autokratisch und selbstgerecht beschrieben wird.

Verwelkter Lorbeer

Vielmehr wird Clausen vorgeworfen, daß er für die Misere der Bank, ein gerüttelt Maß an Verantwortung trägt. Der neue Mann war nämlich von 1970 bis 1981 schon einmal Chef des Geldinstituts. Damals stand die Bank glänzend da. Und als Clausen sie verließ, um Präsident der Weltbank in Washington zu werden, sah es so aus, als hätte er sein Haus trefflich bestellt. Unter seiner Leitung war die Bank zur größten des Landes geworden und hatte mehr Gewinn gemacht als je eine andere. Er hatte der Bank in Samuel H. Armacost, damals 42 Jahre alt, einen Nachfolger hinterlassen, der fähig schien, auch in den 80er Jahren den gewohnten Erfolgskurs fortzusetzen.

Heute freilich ist dieser Lorbeer längst verwelkt. Es wurde schon bald deutlich, daß die eindrucksvolle Erfolgsstory erhebliche Mängel hatte. Es stellte sich heraus, daß Clausen das Wachstum der Bank ganz wesentlich durch Ausleihungen an die Dritte Welt, an die Landwirtschaft, die Ölindustrie und Baulöwen bewirkt hatte, die schon bald nach seinem Ausscheiden notleidend wurden.

Bisher mußte die Bank auf solche Forderungen 4,5 Milliarden Dollar abschreiben, und ein Ende ist noch nicht abzusehen. Die Verluste aus diesen Geschäften belaufen sich bisher auf eine Milliarde Dollar. Als weitere Verlustquelle erwies sich die Tatsache, daß zahlreiche Kredite langfristig zu den niedrigen Zinsen der 70er Jahre gewährt wurden, die in der Hochzinsphase der 80er Jahre teuer refinanziert werden mußten. Etwa sechs Prozent der von der Bank of America gewährten Kredite gelten als gefährdet, das ist um zwei Drittel mehr als bei vergleichbaren Banken.

Clausens Nachfolger Armacost setzte zunächst das verlustbringende Geschäft seines Mentors fort, ehe er nach zweieinhalb Jahren herausfand, daß der deutliche Gewinnrückgang, von dem die Bank plötzlich betroffen wurde, nicht so sehr aus der Rezession der Jahre 1981/82 herrührte, sondern strukturelle Ursachen hatte.

A.W. Clausen
ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Dies, so sehen es die meisten Beobachter, war eher auch Clausens zweifelhaftes Erbe. Er hatte seinem Nachfolger eine Bank hinterlassen, deren Managementmethoden dem stark gewachsenen Umfang des Geschäftes auch nicht annähernd gewachsen waren.

Das Management der Bank hatte sozusagen die Kontrolle über die Geschäfte verloren. Überdies: Während große Wettbewerber wie die City Bank, die die Bank of America inzwischen weit überholte, 400 Millionen Dollar für den Einsatz von Computern und Datenverarbeitung investierten, blieb man in San Francisco der Elektronik gegenüber lange zurückhaltend.

So ging Armacost viel Zeit verloren und in der Öffentlichkeit konnte aus gutem Grunde der Eindruck entstehen, das Management der Bank sei von neuen Verlustquellen im eigenen Hause immer wieder überrascht worden. Die Ankündigungen, wenn gerade ein Loch gestopft war, nun werde alles besser, wurden von der Entwicklung immer wieder überholt. Tatsächlich wurde es nur schlimmer. Die Reputation der Bank of America, die wenige Jahre zuvor noch über jeden Zweifel erhaben gewesen war, sank rapide.

Bankchef Armacost, der als entscheidungsschwach gilt, aber wegen seines kooperativen Führungsstils beliebt ist, reagierte nur zögernd. Er begann mit dem Abbau von Personal und schloß Niederlassungen und verkaufte Aktiva. Aber die schlechten Nachrichten kamen immer schneller. Sanierungsmaßnahmen brauchen bekanntlich einige Zeit, ehe sie zu wirken beginnen. Und die Zeit lief Armacost und der Bank davon.

1985 mußte die Bank nach einem Verlust von 337 Millionen Dollar zum ersten Mal seit 53 Jahren die Dividende ausfallen lassen. Einige Monate später, nachdem Armacost wieder eine Wende angekündigt hatte, mußte die Bank im zweiten Quartal 1986 mit 640 Millionen Dollar den zweithöchsten Verlust in der Bankengeschichte Amerikas hinnehmen. Dem Verwaltungsrat aber reichte das immer noch nicht, um den sichtbaren Verlust an Ansehen, Vertrauen, den die Bank erlitt, durch personelle Maßnahmen zu begegnen.

Es waren äußere Anlasse, die den Wechsel bewirkten. Dem Druck aus Washington wurde die Ablösung vor allem durch ein Übernahmeangebot beschleunigt, das die First Interstate Bank aus Los Angeles unterbreitet hatte. Für 3,4 Milliarden Dollar will das Institut, das halb so groß ist wie die Bank of America, diese übernehmen. Sie verspricht sich davon Rationalisierungsmaßnahmen in der Größenordnung von 400 Millionen Dollar im Jahr und eine attraktive Nutzung des Verlustvortrages der Bank aus San Francisco. Auch die große Citicorp aus New York hat Interesse an der Bank of America angekündigt. Sie will aber nicht die Bank ganz übernehmen, sondern nur Teile, die ihr interessant genug erscheinen, um ihr Geschäft nach Kalifornien auszuweiten.

Der neue, alte Mann

Warum ausgerechnet Clausen vom Verwaltungsrat in dieser schwierigen Situation gewählt wurde, ist also nicht ganz klar. In der New York Times wird ein Bankier zitiert, der meint, der Verwaltungsrat habe ihn genommen, weil er verfügbar war. Es gehört zu den ersten Aufgaben des neuen, alten Mannes, sich mit diesen Angeboten auseinanderzusetzen. In einer ersten Stellungnahme, die aber, wie Beobachter meinen, nicht das letzte Wort gewesen sein muß, lehnte er das Interstate-Angebot ab. Daneben muß Clausen nach seiner umstrittenen Berufung die Mitarbeiter der Bank neu motivieren, wenn sie wieder auf Erfolgskurs gelangen soll. Nach dem Zitat eines früheren Vorstandsmitglied ist Clausen aber ein Bürokrat und kein Unternehmer. Motivieren sei seine Sache nicht.

Solch unfreundliches Urteil wird weitgehend durch die glanzlose Geschäftsführung Clausens als Präsident der Weltbank gestützt. Er zeigte dort nur wenig Profil und fiel auf dem Höhepunkt der Schuldenkrise der Dritten Welt, die in seine Amtszeit fiel, weder durch Dynamik noch Initiativen auf. Nicht zuletzt deshalb wurde er nicht wiederbestellt.

Der Blick nach vorn indes ist auch nicht eben sehr erfreulich. Der Zustand der Bank ist zwar nicht bedrohlich, wenngleich das haftende Kapital deutlich niedriger ist als bei vergleichbaren Banken; aber die vorhandenen Vermögenswerte, in denen wahrscheinlich noch erhebliche stille Reserven stecken, reichen sicher aus, auch noch weitere Verluste aus dubiosen Krediten abzufangen. Überdies, so scheint es, beginnt das von Vorgänger Armacost in den vergangenen zwei Jahren begonnene Kostensenkungsprogramm Wurzeln zu zeigen.

GERD BRÜGGEMANN

EG verzichtet auf detaillierte Sicherheitsnormen

Ha. **Brüssel**

Einen neuen Vorstoß zur Angleichung der Sicherheitsbestimmungen für Spielzeug hat die EG-Kommission unternommen. Anders als frühere Versuche beschränkt sich der neue Richtlinienentwurf darauf, die wichtigsten Sicherheitsanforderungen zu umreißen und verweist im übrigen auf die bestehenden europäischen Normen.

Die Kommission wendet damit zum ersten Mal ihr neues Konzept zur technischen Harmonisierung auf eine Gruppe von Gebrauchsgütern an. Den Fabrikanten soll danach künftig die Wahl gelassen werden, sich entweder an die von den Normeninstituten entwickelten technischen Spezifikationen zu halten oder sich um eine Konformitätsbescheinigung eines anerkannten Kontrollorgans (in der Bundesrepublik beispielsweise des TÜV) zu bemühen.

Bisher hatte die EG-Behörde versucht, technische Handelshemmnisse im Warenverkehr dadurch abzubauen, daß bis ins Einzelne verbindliche Sicherheitsnormen in die Harmonisierungs-Richtlinien aufgenommen wurden. Dieses Verfahren erwies sich als sehr umständlich, zumal der technische Fortschritt zu ständigen Änderungen zwang. Die im Rat gescheiterten Entwürfe für eine Spielzeug-Richtlinie sahen zum Beispiel detaillierte Bestimmungen über die statische Beanspruchbarkeit und die Stabilität von Schaukelpferden vor.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Sanktionen geplant

Washington (dpa/UPI) – Der Handelsbeauftragte der US-Regierung, Clayton Yeutter, hat Wirtschaftssanktionen gegen Taiwan angekündigt. Taiwan habe sein Versprechen gebrochen und nichts zur Liberalisierung der Einfuhren von Alkoholika und Tabakwaren aus den USA getan, sagte er. Diese Waren müssen über ein taiwanesisches Monopolunternehmen vertrieben werden. Washington bereite jetzt wirtschaftliche Strafmaßnahmen vor.

Autoexporte mit Rekord

Tokio (dpa/VWD) – Die japanischen Exporte von Motorfahrzeugen sind im 1. Halbjahr des laufenden Wirtschaftsjahres (1. April) um 0,2 Prozent auf die Rekordmenge von 3,51 Mill. gestiegen. Die Autoexporte nahmen nach Angaben des Industrieverbandes JAMA sogar um 7,6 Prozent auf 2,5 Mill. Fahrzeuge zu. Im 2. Quartal kehrte sich der Trend jedoch wegen des steigenden Yenkurses um.

Zinnpreise stabilisieren

Djakarta (VWD) – Die Volksrepublik China dürfte bereit sein, mit der Vereinigung der Zinn produzierenden Länder (ATPC) zusammenzuarbeiten. Dies sagte Wang Tiance, Direktor im chinesischen Ministerium für internationale Beziehungen, anläßlich eines Treffens der ATPC-Mitglieder in Djakarta. Sein Land prüfe die Möglichkeit, der ATPC beizutreten und mit ihr zusammen dem Rückgang der Weltzinnpreise entgegenzuwirken. China und Brasilien, die beide der ATPC nicht angehören, waren zu der zweitägigen Ministerkonferenz der ATPC als Beobachter eingeladen. Nach Angaben von Wang produziert China jährlich rund 4000 Tonnen Zinn. Brasilien ist mit jährlich rund 26 000 Tonnen Zinn hinter Malaysia zweitgrößter Weltzinnerzeuger.

Anstieg bei US-Gehältern

New York (VWD) – Die amerikanischen Unternehmen haben für das kommende Jahr Erhöhungen der Arbeitnehmergehälter von durchschnittlich 5,5 Prozent budgetiert. Das geht aus einer Untersuchung des Compensation Institute bei über 2000 US-Unternehmen hervor. Für 1986 weist die Studie 5,9 Prozent und für 1985 noch 6,4 Prozent aus.

Höhere West-Schulden

Warschau (dpa/VWD) – Die Verschuldung Polens im Westen wird bis Ende dieses Jahres von derzeit über 31 Mrd. auf 33,4 Mrd. US-Dollar steigen. Dies gab der polnische Finanzminister Bazyli Samojlik in Warschau bekannt. Er ließ dabei durchblicken, daß Polen auch in diesem Jahr den fälligen Zahlungsverpflichtungen gegenüber den im Pariser Klub zusammengeschlossenen Gläubigern nicht nachkommen können werde.

Ölnachfrage nimmt zu

Washington (VWD) – Die Ölnachfrage in den USA werde sich 1987 leicht um 1,2 Prozent erhöhen, während bei den Ölimporten mit einer deutlicheren Zunahme zu rechnen sei. 1986 dürfte der Anstieg 2,6 Pozent betragen haben. Dies geht aus der neuesten Halbjahresprognose der Independent Petroleum Association of America (IPAA) hervor. 1987 werde sich die US-Ölnachfrage auf durchschnittlich 16,33 Mill. Barrel am Tag belaufen.

Brüssel erlaubt Einfuhrstopp

VWD, **Brüssel**

Die italienische Kfz-Industrie hat sich einen vorübergehenden Schutz vor Japan verschafft. Die italienische Regierung ist von der EG-Kommission ermächtigt worden, die indirekten Importe (aus anderen EG-Ländern) von japanischen Personenwagen, Geländewagen und Motorrädern mehrere Monate auszusetzen. Die Frist reicht bei Motorrädern (50 bis 380 ccm) bis zum 30. April 1987 und bei Geländewagen und Personenwagen jeweils bis zum 31. Mai 1987.

Die Einfuhrbeschränkung basiert auf Artikel 115 des EWG-Vertrages, der unter bestimmten Voraussetzungen Ausnahmen von dem Prinzip des freien innergemeinschaftlichen Warenverkehrs ermöglicht. Wie aus der Begründung der Kommission hervorgeht, kommt mit dieser Maßnahme der italienische Import von japanischen Personenwagen weitgehend zum Erliegen. Italien hat im vergangenen Jahr insgesamt 844 831 Pkws importiert, davon 198 831 aus nicht zur EG gehörenden Drittländern. Im ersten Halbjahr 1986 erreichten die Einfuhren 425 847 Einheiten, von denen 44 974 aus Drittländern stammten.

Noch stärker als die Autoindustrie seien die italienischen Motorradbauer in den Sog der japanischen Offensive geraten, meint die italienische Regierung. Den Kommissionsangaben aus Brüssel zufolge dürfte die italienische Regierung für diesen sektor 1987 erneut den Krisenzustand ausrufen. Rom habe deutlich gemacht, daß die italienische Industrie auf einen (vorübergehenden) Importschutz dringend angewiesen sei, um in den kleineren Motorrad-Klassen überleben zu können.

Schweizer setzen auf Qualitätstourismus

ALFRED ZÄNKER, **Genf**

Im Schweizer Tourismus bahnt sich eine Neuorientierung an. „Es geht heute nicht mehr darum, ob die Zahl der Übernachtungen etwas sinkt oder steigt, sondern darum, unser Angebot qualitativ zu verbessern und dem Fremdenverkehr wieder eine menschliche, persönliche Note zu geben. Am Massentourismus sind wir nicht interessiert", erklärt der Fremdenverkehrsexperte Marco Solari, Verkehrsdirektor des Kantons Tessin.

Das Motto heißt seit einiger Zeit „sanfter Tourismus". Im Tessin wie in den anderen Kantonen sei ein Umdenken im Gang, meint Solari. „Der Massentourismus mit seinem hektischen Betrieb, vor allem im Winter, trägt den Keim der Selbstzerstörung in sich, ganz besonders in den Alpenländern. Die wirtschaftlichen Vorteile einer maßlosen Expansion werden inzwischen von den sozio-kulturellen Nachteilen mehr als ausgewogen. Wir haben mehr zu bieten als materielle Leistungen, wie moderne Unterkunft, Seilbahnen und Skipisten – nämlich unsere Geschichte, unsere Kunst und Kultur. Wir brauchen nicht um die Gunst jedes Touristen zu buhlen, wir wollen kein Disney-Land werden."

Zur „Qualität" gehört auch der freundliche Umgang mit den Besuchern, ein Bereich, in dem es zum Teil hapert. In der Zentralschweiz spricht man von der steigenden Bedeutung des „Freundlichkeitsfaktors". Um hier nachzuhelfen, sind für das Frühjahr 1987 Sonderkurse für den Umgang mit Gästen geplant. „Es geht um eine bessere Harmonie zwischen Reisenden und Bereisten, nicht um Elitetourismus", meint Solari. „Der arme Student in der Jugendherberge, der sich für Land und Leute interessiert, ist mir eigentlich lieber als der reiche Mann im Luxushotel, der gar keinen echten Kontakt sucht." Qualitätstourismus, meint er, werde sich auf die Dauer auch besser auszahlen als ein Massenbetrieb zu schlechten Preisen.

In der Sommersaison waren die Betten in manchen Ferienorten längst nicht gefüllt. Neun Prozent weniger Ausländer als 1985 übernachteten in der Schweiz. Mit sinkendem Dollar kamen 50 Prozent weniger Amerikaner, das hat ein Loch in die Kassen vieler Hoteliers gerissen, besonders im Bernerland, in der Zentralschweiz, in der Züricher und Genfer Region. Vermehrte Besuche europäischer, vor allem französischer und deutscher Touristen haben diesen Rückschlag nur teilweise auffangen können. Deutsche und britische Reiseveranstalter hätten die prekäre Lage der Hoteliers bereits ausgenutzt, um Preisnachlässe bis zu 50 Prozent auszuhandeln, heißt es.

In den letzten Wochen ist eine Werbekampagne in fünf deutschen Großstädten angelaufen, „die größte je aufgezogene Aktion des Schweizer Fremdenverkehrs", denn die Eidgenossen sind mehr denn je auf deutsche Touristen angewiesen, die über 40 Prozent aller fremden Besucher ausmachen. Doch Helvetien bleibt auch für Deutsche ein teures Pflaster. Die Urlaubsmark ist heute in der Schweiz wegen der hohen Preise nur 70 Pfennig wert, das macht es um so notwendiger, auf Qualität zu setzen.

Aktien widerstandsfähiger

Aber weiterhin überwiegend Kurseinbußen

DW. – Obwohl auf der jetzt erreichten Kursbasis Kaufaufträge sowohl aus dem Ausland als auch aus dem Inland eintrafen, mußte die Mehrzahl der Standardaktien im Verlaufe überwiegend nur noch geringe Einbußen verkraften. Als Störfaktor erwies sich der Zinsanstieg am Rentenmarkt.

Einen Lichtblick bildete am Mittwoch der Start des Nixdorf-Bezugsrechthandels. Mit 48 DM wurde das Bezugsrecht über Parität notiert. Die Abschläge bei den Bankaktien gingen über ein bis zwei DM nur in Einzelfällen hinaus, so bei der Bayerischen Vereinsbank. Unter Druck blieben noch die Fahrzeugwerte. Daran vermochten auch Gerüchte über eine angeblich bei Daimler bevorstehende Kapitalerhöhung zu aktionärsfreundlichen Konditionen nichts zu ändern. Der Daimler-Kurs fiel sogar um rund 20 DM. Einen weiteren Kurssturz aufgrund des veröffentlichten Zwischenberichtes erlitt Kali und Salz. Das Papier hat innerhalb von zwei Börsentagen über 15 Prozent seines Wertes eingebüßt. Mit Abschlägen bis zu drei DM kamen die Aktien der Großchemie vergleichsweise glimpflich davon. Immer noch Gewinnmitnahmen bei den Warenhäusern, wo die Abschläge in Einzelfällen zweistellig waren. Von den Versorgungswerten konnten sich HEW-Aktien leicht verbessern, da festzustehen scheint, daß das Unternehmen weiterhin an der preiswerten Kernkraft festhalten darf.

Nachbörse: schwächer

DW-Ak.ind.: 263,95 (266,82)
DW-Ums.ind.: 3142 (2812)
Adv.-decline-Zahl: 59 (64)
38-Tg-Linie: 272,71 (275,38)
200-Tg-Linie: 278,92 (279,06)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München

DM-Total: in 1000 DM

Inland

		29.10.	28.10.
H	Aach M Bett. 12,5	2542	2575
H	Aach. M. Vers. 7	2200	2195
D	Aach. Ruck. 9	2620T	2640G
D	Aseag *4	390G	390G
M	Ack-Gogg. 8	158	159bB
H	Adca 3	165G	165G
D	Adler 12+16	295G	295
F	AEG 0	305	312
D	AEG KABEL 9	399bB	399bB
S	Aesculap 9	395G	398
F	AGAB 5	159	159
D	Agrippina *0	3750T	3800T
M	Agrob *0	172bG	172,5bG
M	dgl. Vz. * 0	130bB	125,5bG
M	Aigner 0	235	239
M	Alz. Kaufb. *18+2	1100G	1100G
H	Agiv 10	435	432G
H	Albingia 8+2	1600B	1600B
D	Alexanderw. 0	133	131
Hn	Allerthal *0	200	200G
S	Allg.Re. **6,3	3080bG	3060G
S	dgl.NA **6,3	2785	2780G
S	dgl 35%E.6,3	4298	4345
D	Allianz Leb. 9	6230G	6200
D	Allianz V 12	2145	2160
S	Allweiler St. 8	300G	307G
S	dgl. Vz. 9	212bB	212
F	Altana 10	430,5	435
F	Andreae-N.Z. 4	210,5	208
F	Asko 10	1779	1785bG
F	dgl. Vz. 11,5	1698	1660
H	Audi 4	640G	650G
M	Augsb. Kg. 2+1	120,1bG	120,1bG
D	AVA 12+10	1575	1595
S	Badenwerk 6,5	171	174
F	Bd.Württ.Bk. 12	685	685
D	Balcke-Dürr 3	280,1G	280G
F	Bankg v.1899 *14+2	765G	765bG
D	Banning ** 0	735G	735bG
H	BASF 10	273	274
H	Bavaria 3	185G	188bB
D	Bayer 10	289,8	290,5
F	B.Br.Sch.-J. 0	223G	223G
M	Bayer. Halb. 11	430bG	440bG
M	Bayer. Hartst. 6	440bB	440B
M	Bayer. Hypo 12,5	543	549
M	Bayer. Lloyd 5	290	299G
M	BMW 12,5	573,5bB	576
M	Bayer. Vbk. 12,5	508	514
H	Beiersdorf 10	635	632
F	BHF-Bank 12	500	504
F	Berl. Bank 6	210,1	214,5
B	Berl. Kindl 5	156	160
B	Bekula 5	140	139,5
B	Berthold 0	154	159,9
S	Bilf - Berg. 9	228bB	228bB
F	Binding 8	379T	382
F	dgl. Vz. 9	385	387T
M	Blattmetall 6	300	307
D	Boch.Gels. Str. 0	195G	195G
S	Boss 0	2670bG	2670
M	Brtw. Amb. *0	850B	850B
F	Braun Vz. 36,5	1280T	1280bG
H	Br.H.Hypo 11	455G	450
Hn	Brsch.Jute *0	95G	95G
H	Breitenb.-C. *28	590G	590G
H	Br. Straßb. *0,5	370B	370B
H	Br. Vulkan 0	125,2	130,8
H	Br. Wollk. 10	247	257,8
F	BBC 7	302	304
S	BSU Textil 30%	2190TG	2190TG
D	Buckau-W. 4,1	115bB	115bB
D	Buderus *13,9	500G	500G
M	Bgl.Br.Ing. *12	895G	895G
S	Bgl.Brh.Rav. *0	355TB	355rtB
F	Brillantleuchten 7	175bB	175
S	Calw D. **24	739B	739B
F	Cassella *15	850	840
F	Ceag 5	249	249
D	Colonia Vers 6	655	670
D	dgl. Vz.	692	685
D	Commerzb. 8	295,8	299
D	Cobk.Reste *0 RM	14,4bG	14,4G
D	Conc. Chem. 4,5	269,5	270
B	Conc. Spinne * 0	590T	590T
D	Contigas 8	354T	341G
D	Conti Gummi 5	318,5	322,5
D	Dahlb. St. 7,75	258G	257,5
D	dgl. Vz. 14,75	381	385
S	Daimler 12+2,5	1208	1225
M	Deckel AG 6	240bG	240bG
D	Dt. Atl. Tel.10	800T	800T
D	Dt. Babcock St. 3	190	193
D	dgl. Vz. 3,5	180	180
F	Dt. Bank 12	753	759
D	Dt. Centraboden 12	830G	830G
D	Dt. Conti Rück 0	4200T	4100G
D	dgl. NA 0	940G	940G
F	Dt. Eff.+Wbt. 12	570T	570T
F	Degussa 10	470	471
H	Dt. Hyp. H.-Bln. 9	283	290T
H	Dt.Hyp.F.-Br.10+2,5	660G	665G
Hn	Dt. Spezialgl. 10	490	490G
F	Dt. Steinz. *6	310G	310G
H	DeTeWe 9	780G	789T
F	Dt. Texaco 5,3	238T	238T
D	Didier 7,5	230	234,5
F	D.bl. Quellen 7,5	380T	376G
D	Dierig Holding 4	148,5	148G
D	Dittm. & N **80	7400G	7400G
D	DAB 0	91,5	93bB
S	DLW 11	465	465
H	Doag 5	326	320,1
D	Dm. Ritter 7,7	258G	258
D	DUB-Schulth. 7	260	265
D	Duewag 4	195bG	200
D	Dresdn. Bank 10	371	374
D	Dyckerh. Z. St. 4	295	295
D	dgl. Vz. 4	275,2	275
F	Dywidag 6	229	225
D	Edelst. Witten *10	501G	501G
F	Eichbaum-Br. 5	175T	171
D	Bsb. Verk. 10	260G	260G
H	Elbschloß 0	290G	290G
M	ELECTRO. 2000 20	512bG	510bG
M	En. Oberfr. 6	286bG	286bG
M	En. Ostb. 6	217bG	220bB
B	Engelhardt 7	255T	255G
D	Enka 9	320,5	325
M	Erlus 10	380G	380G
M	Erste Kulmb. 9	1957bG	1960G
M	Escada	990bG	995bG
S	Essl. Masch. *6	420G	420
M	Esterer **0	495bB	495B
D	Farb. Liqu. *RM 1,5	9,5	9,2
F	FAG Kugelf. 2,5	495	492
D	Feldmühle Nobel 5	283	288
D	Felten & Guill.	136	138
F	Flachglas 9	314,9	314,9
D	Ford *0	900T	900T
B	Forst. Ebn. *4 %	4900	4950
M	Fr. Oberl. Wk. 5	228bG	229G
F	Frankf. Hypo 12	1070	1100
F	Frankona R. 6	930T	920T
F	dgl. NA 6	610	630bG
F	dgl.50 % E. 3	605bG	610bG
F	Fuchs Petrol St. 4	178G	179
F	dgl. Vz. 5	161,2	171
H	Geestm. Bk. 3	192	192,5
M	Gehe *8	223bB	225
D	Gels.wasser 6,5	190	190G
D	Gerresh. Gl. 7,5	229	230
F	Gestra 7	192	189,5
D	Gildem. 0	145	147
D	Girmes 0	140	144
D	Glas & Sp. *11	280T	280T
D	Goldschm. 9	236	240
M	Gkw. Frk. *10	313G	313bG
F	Grünzw. H. 2	165	166
H	Guano *8	420G	421
M	Hacker-Pschr. 23,3	1330bG	1330G
H	Hageda 0	128B	128B
D	Hagen Batt. 7,5	243	244
H	Hall.-Maurer *0	ausg.	ausg.
H	Hb.Hochb.*4+0,64	88,2	89
D	Hamb. Berg 7,5	226,5	229G
H	HEW 5,5	121	117,5
H	Hdl. Lub. 9	600	600
Hn	Hann. Papier 6	230	232,5
H	Harmstorf 0	29	28
D	Harpener 11+1	304	309
F	Hartm. & B.St. 6	4000bB	4350T
F	dgl. Vz. 6	1350T	1520rtB
M	Hasen-Bräu 9	935G	910bG
S	Heidelb. Zem. 7	705	710
M	Heilit & W. 5	274,5G	274,5G
D	Hein. Lehm. *6	260G	260G
D	Heinr. Ind. *16+2	625	625G
D	Henkel 3	446	455
F	Henninger 2	145	145
B	Herlitz 0	168	170
B	dgl. Vz. 0	162	161
B	Hermes 8	810G	810G
S	Hesser *14,5	550G	550G
D	Hindr. Aufl. *7	211G	211G
D	Hochtief 10+2	1098	1100bB
D	Hoechst 10	255,7	256
D	Hoesch 5	133	135
M	Hofbr. Cbg. 2	460	450
D	Hoffm. St. 29	265	265
S	Hohner *0	138bG	140
H	Holsten-Br. 6+1	330bG	335
F	Holzmann 10	544	564
D	Horten 0	249,5	245
B	Hw. Kayser *12	310G	310G
D	Hussel 8,5	625	626
M	Hutschenr. 10	588bG	585bG
H	Hypo Hbg. 10+2,5	599G	599
D	IKB 7,5	262,5	260,5
S	IWKA 5	280	281
M	Isar-Amper 8	355bG	353bG
D	Isenbeck 4,75	192G	192G
D	IVG	165	166
H	Jacobsen *8	870G	870G
H	Jute Bremen 4	159,5G	159,5
D	Kabelmetal 5,5	159bG	160
D	Kali Chemie 12	410bG	410G
D	Kali u. Salz 7	258	296
D	Karstadt 7	462,5	468
D	Kaufhof 7	513	513
B	Kempinski 6	540	550
D	Keramag 4	250	251
F	KSB 6,5	182,5	185
F	dgl. Vz. 7,25	161,5	162,1
Hn	KWS 8+2	523	524
D	KHD 9	197	199
D	Klöckner-Wk. 0	72	72,5
M	Knürr-Mech. 8	325bG	325bG
D	Kochs-Adler 9	265,5	265bG
D	Köln-Düssd. *16	570	570B
D	Köln. Rück. *18	1675bB	1705
B	Kötitzer *30	3000G	3000G
B	dgl. Vz.	4000rtG	3600T
S	Kolb & Sch. 4	161,9	162,1
S	Kolbenschmidt 8	283	286
F	Kr. Rheinf. 6,5	247	243
S	Kraft Altw. *14	501TG	501TG
M	Krauss-Maffei *16,1	1050	1100TB
D	Kromschr. 11	2958	295
M	Krones 10	635B	635B
D	Krupp-Stahl *0	128	130,5
H	Kühltr. *0	530	560
D	Küppersb. *0	349	349
D	KKB 12	660	678
F	Kupferberg *9	970G	970G
F	Lahmeyer 10	720	715
D	Langenbr. 10	1030T	1020bG
D	dgl. Vz. 10,5	850	800T
F	Lech Elektr. 7,5	343	340
D	Leffers 7,5	445	445
D	dgl. 8,5	421bG	421bG
B	Lehmann 0	138,2	138,2
F	Leifheit 12	500	513
M	Leon. Drahtw. 12	774	780bG
F	Linde 11	794	812
Hn	Lind.Gildebr. *13	900B	910G
M	Löwenbräu 8+1,5	1235	1240G
D	Lufthansa St. 3,5	182	184
D	dgl. Vz. 3,5	152	156
D	Magd. Feuer 7,5	770G	778B
H	Maihak 44	510	520T
F	Mainkraft *15	–	–
F	MAB 7,5	398,5	385T
F	dgl. Vz. 7,5	347G	347G
D	Mannesmann 6	172	175
F	Mannh. Vers. 8+1	843	850
H	Markt & K. 8	212	208,5
F	MAN St. 5,5	232,5	234,5
F	dgl. Vz. 5,5	191	191,5
F	MAN-Rol. 20,2	624,5	616G
F	Massa	525	530
S	M.Müll.Weing. *0	325TG	320
D	Mauser 0	90	93
F	Mercedes 10,5	1085	1111
F	Metallges. 6	310,5	312
S	Met. u. Lack 0	91,5bB	92,5bG
F	Müag 6,5	485G	482G
F	Moenus 0	100,1	105
F	Monachia 5	2900G	2900bG
Hn	Mühl. Rün. 3	123G	123G
M	Mü. Rück. Inhab. 9	2750	2798
M	dgl. 50% E. *9	2200	2195
M	NAK Stoffe 0	191	191,5bG
S	Neckarw. Essl. 7	229	230
M	N. Bw. Hof 8	355bB	357,7G
M	Niedermayr *0	225	217
D	Nino 4	116	115,5
D	Nixdorf 10	681,5	718
H	Nordcement 6	186G	186G
H	Nord. Steing. 5	172	175
D	Nordstern A. *12	2220	2300
D	dgl. NA *10	2070G	2070G
B	Nordst. Leb. *20	7400G	7500G
F	Oberland Glas	228	229
H	Old. Ldbk. 8	320	320
D	O & K 0	135	137,8
H	Otavi 3	103	102
F	PWA 7	225	238
F	Parkbräu *5	350G	350G
M	Patrizier-Br. 0	409G	409
M	Paulaner 34	1745bG	1765bG
D	Pegulan 8,5	205bG	205
D	dgl. Vz. 9,5	220G	220G
F	Pfälz. Hypo 10+2,5	685	695
F	Pfaff 7	240	238
D	Philips Kom. 10+6	1060	1130
H	Phoenix G. 4,5	223	225bG
F	Pittler Masch. 0	124	124
S	Porsche 16+2,5	996	1010
M	Porz. Walds. 0	186	188
H	Preussag 8	205	207
S	Progress 8	181,5	177bG
M	Puma	680	689
M	Rathgeber *8	445B	445B
D	Rav. Sp. *0	420	410
F	Reichelbräu 0	535bB	535G
H	Reichelt 0	105G	101,5
S	Rheinel. 11,5	1265G	1310G
F	RHEINHYP 10	640G	635
D	Rhein. Textil *6	270G	270G
D	Rhein. Boden 6,5	259,8	257
D	RWE St. 8	219	220,5
D	dgl. Vz. 8	208,5	212
D	RWK 0	540	550G
D	Rheinmetall 7,5	364,5	359
D	Rheinmetall Vz.8,5	307	310
D	Rhenag 7,5	365G	365bG
Hn	Ried. d. H. *22	820B	835G
H	Rint. Stb.A **0	960G	960G
H	dgl. Lit. B **0	600G	600G
F	Rosenthal 7,5+1	400	405
H	Ruberoid 2,5	800G	810G
D	Rütgers 8,5	393	384
S	Salamander 8	342	358
H	Scheidem. *5,1	265T	265T
D	Schering 12	611	612
D	Schiess	295	298
M	Schlenk 5	230B	230B
F	Schiqu.H. *14	610G	610G
F	Schmal.-Lub.7,5	164	165,5
F	Schneider	764	770
D	Schub. & Salz 0	182G	185
S	Schw. Zellst. *4	175bB	173bG
H	Securitas *10	1560G	1560G
S	SEL 10,5	433	435,5
F	Seitz Enz. N. 3	160,1	160,2bG
S	Sekt. Wach. *8	920TB	950B
H	Siemens 12	676	678,5
F	Sinalco *13	528bB	528G
D	Sinn 7	386	385
F	Sinner *12	463,1	465bG
M	Sixt	356bG	347bG
H	Sloman Nept. *0	60G	63G
M	Sp. Kolbm. *10+5	1005bG	1005G
S	Sp. Pfersee *20+30	1165TG	1165bG
B	Springer Verlag 6	600	604
D	St. Bochum *6,67	235G	235G
H	P & S *0	162G	160G
D	Stern-Br. 0	160	162G
D	Stinnes *18	580	570G
B	Stock 1,92	1020T	1020T
D	Stöhr 7+2	174,5	174,5
D	Stolb. Zink 5	600G	600G
D	Stollwerck 7	440	450bB
D	Strabag 0	190	186,5
M	Stumpf 0	126G	126G
M	dgl. Vz. 2,5	143G	143G
S	St. Bäckerm. *0	230G	235bB
S	St.Hofbräu 9+5,5	665TG	660TG
S	dgl. Vz. 10+5,5	480G	475bG
M	Stürtz 80	6600TG	6000TG
M	Süd-Chemie 12,5	581G	581bG
M	Südboden 11	527bG	536bG
S	Südz. 10	372	369
M	Technocell	170	170
B	Temp. Feld. *4	1080G	1080G
B	Terr. Rud. **9	2250T	2250T
D	Terrex Rumpus 6	122	122
Hn	Teut. Z. Vz. 6	178,5	179
D	Thüga 8	470G	470G
F	Thuringia 10	1490	1490bG
D	Thyssen 5	150	151
D	Thyssen Ind. 3	116	116,7
F	Traub	340	338
D	Trinkaus u.Burkh. 4	396	398,5
H	Triton-Belco 2	–	109bG
M	Triumph-Adler 0	256G	256G
F	Tucher Bräu 0	295T	290
M	Oberl. Ufr. 6	315B	315B
H	Üstra Hann. Verk. 1	95G	95G
F	Varta 8,5	363	370
F	VDO 6	280	270
D	Veba 10	276,5	279,7
F	Veith-Pirelli 6	730T	750T
M	V. Aa.-Bln. *18	3900B	3900B
M	dgl. NA *18	3100B	3100B
S	V. Alt.u. Str. *0	235	235G
F	VDM *6,666	–	–
D	V. Dt. Nickel *7	194bG	193bG
D	VEW 6	153	151bG
S	Ver. Filz *0	290TB	290TB
F	VGT 5	235G	230G
H	V. Kammgarn 0	86	84bB
M	V. Kunstm. 5	168G	168G
D	V. Seidenw. St. 3,5	179bG	180,5
H	V. Werkst. 0	250B	250B
H	Vereins-Westb. 12	403	405
M	Vbk.-Nürnbg. 12	575	600
D	VIAG 5	152	153
D	Vict. Leben *18	7350	7350
D	dgl. 50% E. *9	6180	6245
F	Vögele 0	120	121G
M	Vogtl. Bwsp. 8	269G	269G
D	VW St. 10	467,5	475,2
D	VW Vz.	438,5	441
M	Wanderer 6+0,5	350	383
D	Wedag 3	116G	116
F	Wella 9	695	695
D	Westag & Get. 0	96	98
F	Wickrath *6	255T	260T
S	Wolld. Weil 0	130,5G	130,5G
S	Württ. Cattun 14	736bG	726
S	Württ. El. 8	250B	250B
S	Württ. Feuer 9+1	1460bG	1478
S	Württ. Hypo 12	735G	735G
S	Württ. Lein *18	1700G	1700G
S	WMF 0	198	192,5
S	dgl. Vz. 3	159bG	155,1
S	Württ.Bd.Vers. *20	2550B	2615G
M	Würzb. Hofb. *0	320G	320G
F	Ymos St.	190	194,5
F	dgl. Vz. 6	188,9	188,5
M	Zahnr. Renk. 7	210,5bG	212G
D	Zanders Feinp. 7,5	317	321
D	dgl. Vz.	276	279
S	Zeag Zement 11	395TB	400bB
S	Zeiss Ikon *10	491,5	495bG
M	Zucker & Co. *0	350B	350B
S	ZWL Gr. & Bet. 8	370bG	369,5

Freiverkehr

		29.10.	28.10.
F	ADT 0	81T	81,1
Br	ADV 3,25	358	360G
Hn	Allbank 3	305G	305G
Br	Aqua Signal	134,5	135bG
S	ATB	117	116,5bG
H	Autania 10	400G	400G
F	Bad. Salzschl. *0	795B	795B
M	Bay.Wasser Vz.6,4	160G	160G
M	dgl. Na. 6,4	160TG	160TG
Br	Bkv. Bremen 6	260bG	260G
D	Bw. Gronau **6	500G	500G
H	Bau-V.Hbg. *2,56	595	600
H	Behrens I.F. 0	128,9	129B
B	Bergmann 8	565	584
B	Berl. El. Bet 11,5	799	805
S	Br. Cluss 5	300,5bG	305G
Hn	Br. Feldschl. **77	5100	5100
F	Br. Moninger 0	157	157
Hn	Brschw.M. 0	187G	187G
Br	Brem. Lager 4	85B	85bB
Br	Brem. H. Eis. *0	2800T	2830T
D	Babcock BSH *6	536G	536G
Hn	Ch. Oker *8	1250G	1250G
B	Chem. Brockh. 8	420T	428T
D	Colonia Leben *14	5900TB	5900TB
H	Delme 5	172G	170bG
F	Dt. Beteiligung	175	174rtB
H	Deutscher Ring	1500G	1500G
S	Dinkelacker 9,5	970B	975G
D	Dol.-Basalt *10	580rtbB	580T
D	Dorst. Masch. *0	410T	410T
H	Drägerw. Vz. 8+1	525	526
H	Edding ab 29.10.	–	–
Hn	Enb. Br. 10+1,5	501	500,5
D	Eisen u. Hütt. *20	310	309,5
H	Elfkrat 0	85	84
Br	Elstl. Werft 0	84G	84G
B	Eschweil. Berg *0	75	74
H	Euro-Kai 3,5	62	62,5
F	Garny 7,5	184G	183
D	Gerna.AG * 2,56	990bB	990
M	Gemn. B.W. *3,84%	171,5	171bG
M	dgl. Vz. *3,84%	175B	175B
B	Gruschwitz *4	490T	490T
B	Günther *0	530T	540T
Br	HAG GF 0	248	250G
H	Haake-B. 12+1	800G	810
H	Hbg. Getr. 3	84	85
H	dgl. Vz. 3+2	72,4	72
H	Hapag-Lloyd 3	116	120
F	Hartmann P. 6	320G	520T
M	Heg.+Glas.4	212bG	212bG
F	Hilgers 0	130G	130G
Hn	Halb. Walt. *12	690	705B
F	Hornschuch 5	133	134B
Hn	Ilmebahn St. 0	400G	400G
Hn	Ilmebahn Vz. 0	415G	415G
D	Kampa-Haus	456	460
F	Katz Werke 0	213T	213T
S	Knoeckel 6	188	194,5bB
F	Koepp 3,5	190T	190T
M	Kraftw. Haag *20	1300G	1300G
H	Kühlhaus *16+4	526	526
F	KKK St. 8	800	800
F	dgl. Vz. 8,5	665	670
D	Lehnkering 7	215G	215G
F	Maingasw. 5,5	220T	220T
M	Martz & Technik 11	630rtbB	635rtbB
F	MCS Model 7	625rtG	610rtG
Hn	Meinecke *24+6	1220G	1220G
S	Moto Meter 6+1	250	260G
M	Nebelhornbahn 0	195B	195bB
H	NY H. Gummi 0	54	52,5
H	Nordd. Hypo 4	235B	235bB
H	Oelmühle 10	245	244
Hn	Phywe *0	107,5	106,5
B	Pom.Zuck 10	1150T	1150T
D	Rösler 4	400G	400G
F	Schenck 6	336	343
M	Scheu+Wirth 9	364	360bG
H	Schichau Uw.0	91G	91bG
S	Schloßg. St. *24+3	1700G	1700G
D	Schumag 7,5	3125G	314,9
D	Schuschlag *15	590T	590T
S	Schwabenverl. *6	331G	331G
Br	Seebeckwerft 0	60,5B	59T
F	Seilwolff 0	25,1G	25,1G
M	Solenhofer 0	2800G	2800G
B	Spinne Z. **87	2250G	2250G
S	Swt. Salzw. 10	409	410B
H	Tempelng AG 1,5	156	153
H	Teut. Wald. A 0	950T	950T
H	dgl. B 0	550	550
F	Tonw. Wiesl. 3	322G	317G
M	Triumph Int. 7,5	160	160G
M	Triumph-Inv. *10	215G	215G
M	VFS Verm. *0	440TB	440TB
Hn	V. Schmirgel *8+15	720	715
D	Vict. Feuer *18	4000TB	4000TB
D	dgl. 50% NA *9	3000TB	3000TB
B	Vogel Draht 20	750	748
M	Vogt	398bB	401
D	Walther 13,5	375G	375G
D	Wasag *20	881	865
D	Wf. Kupfer *7	270T	280T
D	dgl. Vz. *9	250rtbB	255T
D	W. Zellstoff 0	94TB	95
Br	Wilkens 0	182G	182G

Ungeregelt. Freiverkehr

		29.10.	28.10.
D	Akt. Br. Beckm. 5	415T	402
M	Alpenmilch 14%	400G	400G
F	Augusta *6	690	693
F	Alte Leipz. B **4,2	950G	950G
F	dgl.50% NA *5 C	1120T	1120T
F	dgl. NA 5	790B	790B
F	dgl.50% NA C j.	1000T	1000T
F	Berl. AG Ind *4	400G	400G
D	Berl. Leben 9+3	5650TB	5650TB
D	dgl 50% NA 4,5+1,5	4630	4650G
M	Bernard **35	4200T	4200T
F	Sübl. Institut 0	372G	372G
F	Bürst. Krenzl. *2	215G	215G
F	Deere Lanz *6	144B	144B
F	Dostasw. 1	55G	50G
F	Dm. Hansa 0	240G	240G
D	Garbe, Lahm. 0	135G	135G
F	Gas Klaus. 6	250B	250B
F	Georg A. 0	120B	120B
F	Gerling **80	4900B	4800
F	dgl. NA 8	470G	470G
F	dgl. Vz. 5	465G	470G
F	dgl. Na Vz. 4	470G	470T
D	Germ. Epe 0	93	93G
D	Gladbach.Ak * 12	515TG	515T
F	Grossm. * 9	330G	330G

Umsätze München

	29.10.	
Ackermann	155	281
Allianz. Vers.	589	1405
Dierig	20	100
Dywidag	1078	772
Energ. Ostb.	100	98
Isar-Amper	274	205
Münch. Rück	715	375
PWA	5574	2018
Salamander	63	55
Südchemie	–	26

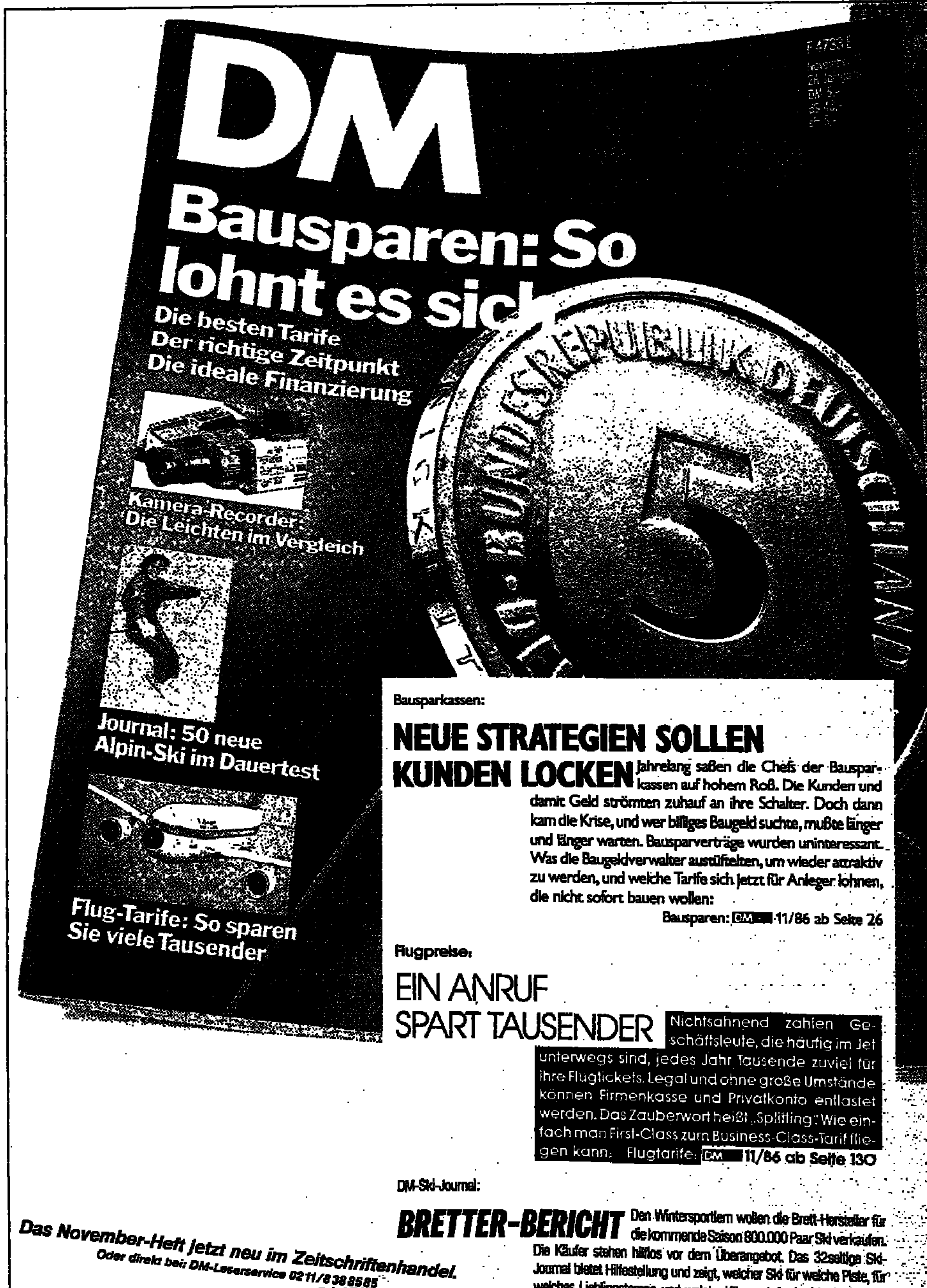
Genußscheine

D	Bertelsmann	217,5	219
F	Commerzbk.	119,6	119,9
F	DG Bank 8,5%	115G	115G
F	Dt. Pfandbr.anstalt	100,25	100,75
F	Ldw. Rentenbk.	104,6	104,6
F	*Alldephi 7,875%*	127B	128G
F	*dgl. 86 4,5%*	95,9	96
F	*BBC 11,2*	252,5G	255B
H	*Dräger 8+1*	224,5	225bB
F	*SGZ-Bk.*	106	106
M	*Triumph 3,75*	56bG	57,5B

Ausland in DM

M	Abbott Labor	87	89,4
M	*AEGON*	79,1	78,5
M	*Ahold*	92	92,6
F	L'Air Liquide	250	250
D	Akzo	126	126,2G
F	Alcan	62,3	63,2
F	Alcoa	75G	73,5
F	Alg. Bk. Nedld.	465	470G
F	All Nippon Air	10,7	11,2G
F	Allied Corp.	82	81
M	ALPS El.	25,5	26,5
F	Amax	–	27,7
F	Am. Cyanamid	156G	155G
F	*Ameritech*	259G	261,5G
M	AMR	118,1	119,1
F	American Brands	99G	89G
D	American Expr.	117,5G	119
D	Am Motors	6,05	6,05
F	*Am. T & T*	49	48,5
F	Amro Bank	78,5bG	79,4
F	Anglo Am. Corp.	27,2	–
M	Anglo Am. Gold	14,25	13,4
F	Arbed	106	107,5
F	*ARICO*	244	246
D	Armco	12,2	12,5G
F	Asahi Chem.	9,25	9,3T
M	*ASEA*	98,5	100,5
F	ASICS	5,7G	5,7G
M	*Atl. Richfield*	110	113
H	Atlas Copco	58	57,5
M	Avon	66,2	66,5
M	*Aust.-N.Zealand.Bk*	7,25	7,2
D	Baker Int.	20G	20,5G
F	*Ball Canada*	–	–
F	Banco de Bilbao	78	79
F	Banco Central	61	62
F	Banco Hisp. Am.	30,5	31,5
F	Banco de Sant.	56,6	57,2
F	Banco de Vizcaya	94	98,8
F	Barlow Rand	8,4	8G
F	BAT Industries	12,4G	12,3
M	Baxter Trav. Lab.	37	37,6
M	*BBC*	1930	1930
F	*Bell Atlantic*	128,5	129,5G
D	Bell Canada	53	53,1G
F	*Bell South*	115G	116
D	Bethlehem Steel	13,7	13,55
F	Black & Decker	34,7	34,5
F	*Boeing*	106,5	111
M	Bougainville C.	4	3,95
F	Bowater	9,1	9,1G
F	*Bowater Inc.*	57G	57G
D	BP	18,5	18,9
F	*British Telecom*	5,1	5,1
F	*Broken Hill*	10,85	11
M	*Broken H. ADR's*	22	22,1
F	BTR plc	8,35	8G
F	Bull	14,25	14,05
M	*Campbell R.Lake*	40,2	40,3
F	*Cdn. Pacific*	22G	23,5
F	Canon	13,5	13,85
F	Casio Comp.	19	19
F	Caterpillar	76	75
D	Ch. Manhattan	72	72G
M	*China Light Power*	5,65	5,75
M	Christiania Bank	65	61,3
F	Chrysler	74	76bG
M	*Ciba Geigy*	4330	4258
M	Citicorp.	103,8	101,1
F	Coca-Cola	75	77,8
D	Colgate	78,5G	78,5G
M	Commodore Int.	15,95	16,3
M	Comm. Satellite	67	61,2
F	Cons. Gold F.	18,2	18,2
F	Control Data	52	51
F	Copenhagen Hbk.	–	–
H	Courtaulds	–	–
M	CRA	10,1bG	10
M	*Crossair*	1950	1930
M	*CSR*	4bB	3,9
F	Daiei	14G	13,8
M	Daiwa Sec.	20	19,7
F	Dart & Kraft	114T	115T
M	De Beers Cons.	14,65	14,5
F	General Mining	24,5	23,5G
D	General Motors	139,5	140,5
D	Gevaert	284G	287G
F	Goodyear	95	96,5bG
M	*Gist Brocades*	38,5	38,9
H	Grace	113	114
F	*Greyhound*	65G	64T
D	GKN	7,2	7,2T
M	*Gold Mines Kalgo.*	18,8	18,95
F	Gulf Canada	20,2	20,6
D	Halliburton	42,5	43,5
F	*HCA Hospital*	74G	71,8G
M	*Heineken*	147	146
M	*Heinz*	85bB	84,5
M	Hewlett Packard	78	79,5
F	Highveld Steel	2,5bG	2,5
F	Hitachi	1210	1220
M	*Hoffm.LaRoche*	13780	13820
M	*Holderbank*	5000	4980
M	Holiday Inns	142,5	142,1
F	Homestake	53,6	54
M	Hongkong Land	4,05bB	4
M	*Hong.&Shang.Bk.*	2,1bG	2,15bG
D	Hoogovens	52	53,6
D	Hughes Tool	15	15
M	Hutchison Wh.	56,3	58,3
F	IBM	246	249,8
F	ICI	30,4	30,1
M	*Impala Plat.Hold.*	2,1	21
M	Imperial Oil	64,9	66,4
F	*Inco*	26G	25,7
F	Int. T & T	107	107
D	Istituto Fin. Ind.	42G	42G
F	Italcementi	111	108,5
F	Izumiya	19G	19G
F	Japan Line	1,1	1,1
M	Jardine Math. H.	5,15	5,25
D	Jusco	19T	19T
F	Kawasaki Kisen	2,15	2,1
F	Kawasaki Steel	2,4	2,5
M	Kloof Gold Min.	14,5	14,5
F	Komatsu	5,9G	6,1
D	KLM	40,1	40,5
M	*Kon.Dist. Bols*	144	142,5
M	*Kon.Ned. Fokker*	54,2	56,2
F	Konishiroku Photo	7,7G	7,7G
F	Kubota	4,3G	4,3G
D	Lafarge	401G	400G
D	Litton Ind.	151	150
F	Lone Star	60	59G
D	LTV	4,4	4,3
M	*Manpower*	80,5	84
D	Marubeni	5,8G	6,1G
F	Marudai Food	10,2G	10,2G
D	Matsushita El.	22,5bG	23,2bG
M	McDonald's	123	125
M	Merrill Lynch	83	81,5
F	*McDonnell D.*	159,5G	160,1G
M	Medtronic	172,4	174,1
F	Mercury Sel.	68G	68,5T
F	*M.I.M. Hold.*	3,2	3,19G
M	*M.I.M. ADR's*	6,6	6,5
M	Minerals & Res.	16,5bG	16,5bG
D	Minnesota M.	221G	219
D	Minolta Camera	9,5B	9,5bB
F	Mitsubishi Chem.	8,1bB	8,05
F	Mitsubishi El.	5,15	5,4
F	Mitsui Bk.	13,2	13,5G
F	Mitsui & Co.	6,5G	6,4G
F	Mitsui Engin.	1,85T	1,85T
F	Mitsui O. S. K.	3	2,8G
F	Mitsumi El.	16	16G
H	Mobil Corp.	75	74
F	Monsanto	145	145
F	*Montedison*	4,15	4,2
M	*Morgan Stanley*	139,5	141
M	*Mövenpick Hold.*	7800	7900
F	Murata	30,5	31,5
M	Nat. Nederl.	67,1	67,9bG
F	RJR Nabisco	100	–
M	Nat. Semicond.	19	19,5
M	*Navistar Int.*	12,05	12bB
M	NCR	94,1	94,4
D	Nat. Westminster	14,85	14,35G
F	NEC Corp.	25	24,5
F	Nestlé	10338bG	10350bG
M	Nestlé Part.	1830	1820
M	*Nesbitt Thomson*	17,75	18,2
M	*Newmont Mining*	123,2	121,8
F	Nichii	22,2G	22,5G
D	Nikko Sec.	17,5	17,2
F	Nippon Kokan	2,8	2,7G
F	Nippon Shinpan	12,5	12,5G
M	Nippon Steel	2,1	2,1
F	Nippon Yusen	4,8G	4,8G
F	Nissan Motor	6,9T	7,2bB
F	Nisshin Steel	1,95	1,9T
F	Nissho - Iwai	5,4G	5,3G
D	NL Industries	10G	10,7G
M	Nomura Sec.	35,8	35,5
M	*Noranda*	34	35
F	*Norsk Data*	61	61,5
F	Norsk Data B	56,5G	58
F	Norsk Hydro	38,2	38,6
H	Robeco	79,2	80
F	Rodamco	120G	121
F	Rockwell	83,5	–
H	Rolinco	73	72,8
F	Rorento	44,1T	44,1T
F	Rothmans Int.	4,45	4,35bG
D	Rowan Cos.	8,1G	8,2
H	Royal Dutch	171	173
M	*Rustenb. Pl. H.*	20,9	20,1
F	Saipem	–	–
M	*Salomon*	80,7	79,5
F	Sanden Corp.	10,5	10,1T
M	*Sandoz Part*	2242	2295
M	*Santos*	5,55	5,49
F	Sanyo Elec.	4,8T	4,8T
F	Sanwa Bk.	16,7T	16G
M	SASOL	3,35bG	3,35bB
F	*Schering Plough*	164,5B	164T
M	*Schindler Hold.*	3550	3550
F	Schlumberger	65,5	65,1
F	Schw. Alum.	715G	716
F	Schw. Bankgesell.	6970	6961
F	dgl. Part.	270	269,5
F	Schw. Bankverein	645G	650
F	Schw. Bankv. PS	545	546
F	Schw. Kreditanst.	4490	4460G
M	*Seagram*	122,5	125
M	Sears, Roebuck	86,1	85,7
F	Seiyu Stores	12,7	13,3G
F	Sekisui House	17,5G	17,5G
F	Selected Risk	68G	68,5T
F	Shell Canada	33,9G	34T
H	Shell T & T	25,5	25,5
D	Singer	89G	94G
F	Snia BPD	7,2	7,2
F	Solvay	391G	375G
D	Sony Corp.	45bG	45,1bG
F	*Southw. Bell*	211,5G	212,4G
F	Squibb	207G	210G
F	Standard Oil	93,5G	95G
F	Stanley Elec.	10G	10G
F	Steyr-Daimler-P.	22	22,2
M	*Suchard*	9900	9950
F	Sumitomo	10,2G	10,1G
F	Sumitomo Heavy	2,5G	2,5G
D	Sumitomo Metal	1,85	1,85bG
D	Sun	115G	117
M	*Sunshine Mining*	7,7	7,65
F	*Sunstar Hold.*	1500T	1500T
M	*Svenska Cell.*	80,3	80
F	Swissair	1570G	1550bG
F	Taiser Kens	9,8T	9,4
M	Tandy	79,4	74,7
F	Toyo Yuden	16,6	16,6T
F	Telefónica	12,3	13
F	Tenneco	81	79,1
D	Texaco	72,2	72
F	Texas Instruments	218,5	220
D	Thomson-CSF	469G	440G
D	Thorn Emi	13,25T	13,45T
F	Tokyo El.	14,5T	15G
D	Tokyo Pac	330G	350G
F	Tokyo Sanyo El.	4,9bG	5T
D	Toray	6,9	6,85G
D	Toshiba	7,6	7,85
M	Toyota Motor	23,5	23,7
D	Trans World Airl.	48,5G	48,3G
F	TRIO Kenwood	8,5G	8,5G
F	TRW	185G	185G
F	Tsumura Juntendo	19G	18,5G
D	UAL	117G	118G
H	Unilever	411	417
F	Union Carbide	46	45
F	United Techn.	85,7	–
F	*USX Corp.*	52,8	52,6
M	*US West*	108,7	108,3
M	Vaal Reefs Expl.	15,8	15,85
D	Vmf-Stork	24	23,5
F	Volvo A	108	109
F	dgl. Nam B	109	108G
M	Wang Labor	23,2	23,2
F	Warner Commun.	46	–
F	Warner Lambert	115G	115G
M	*Waste Managem.*	111,2	112,3
F	Wells Fargo	215G	214G
M	Western Deep L.	75,5	69,5
M	*Western Mining*	6,2	6,1
M	Westinghouse El.	113,9	115,2
M	Weyerhaeuser	74,5	74,6
M	Winterthur Part.	1410	1430
D	Xerox Corp.	109	109,9
M	*Zurich Vers.Ges.*	9510	9400

D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, ... B = Bremen, M = München, S = Stuttgart. Stücke in 50 DM. ... **abweichende ... Fvs = Freiverkehr ...



Rekordergebnis bei ITS-Reisen

Weniger Ostblock-Buchungen nach dem Tschernobyl-Unglück

dpa/VWD, Hamburg

ITS-Reisen, drittgrößter deutscher Touristikveranstalter, hat im auslaufenden Touristikjahr 1985/86 (1. 11.) mit knapp 600 000 Gästen sein bisher bestes Ergebnis erzielt. Wie das Unternehmen mitteilte, wuchs die Zahl der Buchungen um 5,3 Prozent auf 596 150. Der Umsatz stieg um 2,8 Prozent auf 524 Mill. DM.

Bei Flugreisen, auf die 64 Prozent aller Buchungen entfallen, wurde das Vorjahresergebnis wieder erreicht. Die Buchungen von Autoreisen (Anteil: 32 Prozent) stiegen um 15 Prozent, von Busreisen um 47 Prozent. Dagegen waren Bahnbuchungen um sechs Prozent rückläufig.

Meistgefragtes Reiseziel blieb Spanien mit einem Zuwachs von sieben Prozent. Buchungssteigerungen gab es auch für Portugal (24 Prozent), Frankreich (20), Tunesien (16), Bundesrepublik (13), Schweiz (zehn), Italien (sieben) sowie Jugoslawien, Dänemark, Griechenland und Marokko. Bei Fernreisen war Kuba mit einem Zuwachs von 32 Prozent der Renner. Auf Vorjahresniveau lag die Nachfrage nach Österreich-Reisen. Als Folge des Reaktorunglücks in Tschernobyl gingen die Buchungen für Rumänien dagegen um 48 Prozent, für Bulgarien um 14 Prozent und für Ungarn um 27 Prozent zurück.

Wie das zur Kaufhof AG, Köln, gehörende Unternehmen ferner mitteilte, ist in Zusammenarbeit mit dem Club Mediterranée der Aufbau einer eigenen Ferienclub-Kette geplant. Für Spanien soll eine eigene Hotelbewirtschaftungsgesellschaft aufgebaut werden.

Lechwerke halten am Bau des Kernkraftwerks fest

Abhängigkeit in der Stromlieferung vom RWE führte zu erheblichen Kostensteigerungen bei geringeren Abgaben

DANKWARD SEITZ, Augsburg

„Kernenergie ist für uns kein Dogma", aber ihr Einsatz ist „in unserem Land energiepolitisch geboten und mit unserem Sicherheitsstandard auch verantwortbar". Auf jeden Fall werden deshalb die zum RWE-Bereich gehörenden Lech-Elektrizitätswerke AG (LEW), Augsburg, so ihr Vorstandsmitglied Franz K. Drobek ganz entschieden, unverändert an der Planung eines Kernkraftwerks in Pfaffenhofen an der Donau festhalten.

Eine Betriebsgesellschaft hat bereits mehr als die Hälfte der benötigten Grundstücke aufgekauft. Mit einem Baubeginn rechnet Drobek allerdings „nicht vor 1990", da kurz- und mittelfristig für eine solche Anlage (75 Prozent RWE, 25 Prozent LEW) kein Bedarf bestehen wird.

Absehbar erscheint aber damit, daß die LEW schon bald der billigste Stromanbieter in Bayern (ein bis drei Prozent unter Landesdurchschnitt) sein werde. Aufgrund des hohen Kohleeinsatzes für die Stromerzeugung und den damit verbundenen erheblichen Umweltschutzinvestitionen beim RWE mußten die Augsburger, die rund 90 Prozent ihres Stroms vom RWE beziehen, erhebliche Kostensteigerungen hinnehmen und ihre eigenen Strompreise Anfang 1986 um durchschnittlich 7,6 Prozent anheben. Nun hofft man, dieses Preisniveau wenigstens bis Mitte 1987 halten zu können.

Im Geschäftsjahr 1985/86 (30. 6.) stieg die Stromabgabe beim LEW nur um zwei (4,1) Prozent auf 7,89 Mrd. kWh, weil ein Großkunde seinen Bezug wegen einer Umstrukturierung seiner Produktpalette reduzierte. Der Umsatz nahm um 7,6 (3,9) Prozent auf 1,15 Mrd. DM zu.

Bei um neun Prozent höheren Strombezugskosten von 861 Mill. DM und der zeitlichen Verzögerung bei der Preisanpassung an das RWE verbesserte sich der Rohertrag allerdings nur um 3,6 Prozent auf 298,5 Mill. DM. Erheblich beeinflußt wurden dadurch nach Angaben von Vorstandsmitglied Wilfried Wacker sowohl das Betriebsergebnis, das um rund 20 Prozent zurückging, und das Ergebnis je Aktie, das sich (nach DVFA) auf 10,83 (13,50 nach 18,56) DM verminderte.

Unter dem Strich weist das LEW einen mit 16,6 (21) Mill. DM um 20,9 Prozent geringeren Jahresüberschuß aus. Auf eine Dotierung der Rücklagen (Vorjahr: 4,4 Mill. DM) wurde diesmal verzichtet, um wieder eine Dividende von 15 Prozent ausschütten zu können. Am Grundkapital von rund 110,8 Mill. DM ist das RWE direkt und indirekt mit über 75 Prozent beteiligt. Zehn bis zwölf Prozent werden von der öffentlichen Hand gehalten; der Rest liegt bei freien Aktionären.

Für das laufende Geschäftsjahr 1986/87 äußerten sich Drobek und Wacker zuversichtlich, neben einer „angemessenen" Dividende wieder etwas für die Substanzerhaltung tun zu können. Recht positiv sei das erste Quartal verlaufen. Die steigende Tendenz beim Stromabsatz habe sich sogar verstärkt. Per Ende Oktober werde man auf eine Zuwachsrate von knapp drei Prozent kommen.

Verkehr: Bonn will Kooperation mit der UdSSR

A.G. Bonn

Die deutsch-sowjetische Kooperation auf dem Verkehrssektor, und zwar sowohl in der Binnenschiffahrt als auch im Eisenbahn-, Straßengüter- und Luftverkehr, soll ausgeweitet und vertieft werden. Diesem Ziel diente ein mehrtägiger intensiver Meinungsaustausch zwischen Bundesverkehrsminister Werner Dollinger und den sowjetischen Ministern für Automobiltransport J. S. Suchin, für Zivilluftfahrt, B. P. Bugajew, für Eisenbahnverkehr, N. S. Konarjew, und für Hochseeschiffahrt, W. I. Tichonow, in Moskau.

Um die Zusammenarbeit insbesondere im Bereich des Straßengüterverkehrs und der Serviceleistungen zu vertiefen, wird eine bilaterale Expertengruppe gebildet, die Möglichkeiten für die Schaffung einer vertraglichen Basis prüfen soll. Das von der sowjetischen Fluggesellschaft Aeroflot und der Deutschen Lufthansa ausgearbeitete Programm des Fluglinienverkehrs zwischen beiden Staaten für 1987 bis 1991 fand die grundsätzliche Zustimmung beider Seiten. Sie vereinbarten eine Erweiterung der wissenschaftlich-technischen Kooperation auf dem Gebiet der Zivilluftfahrt und auch der Sicherheit im Luftverkehr.

Mit Konarjew verabredete Dollinger die Einsetzung einer bilateralen Expertengruppe, die ihrerseits drei Untergruppen auf den Gebieten Transportökonomie, Technik und internationales Verkehrsrecht bilden soll. Die erste Sitzung wurde für Ende 1986/Anfang 1987 in der Sowjetunion vereinbart. Gleichzeitig lud Dollinger Konarjew zu einem Arbeitsbesuch in die Bundesrepublik ein.

Schon vor diesen Vereinbarungen war ein deutsch-sowjetisches Abkommen über die Binnenschiffahrt (Main-Donau-Kanal) paraphiert worden.

Olivetti arbeitet für AT & T

Kooperationsabkommen verlängert und modifiziert

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Das italienische Informatikunternehmen Olivetti SpA. und der US-Konzern AT & T haben ihr Kooperationsabkommen aus dem Jahre 1983 verlängert und auf eine neue Basis gestellt. Das neue Abkommen hat eine Gültigkeitsdauer von zehn Jahren und ist bis 1996 befristet. Es überträgt im Rahmen der neuen AT & T-Marketingstrategie dem italienischen Partner exklusiv die Projektierung und Produktion aller Personalcomputer, die der US-Konzern künftig verkaufen wird. Wie dazu Olivetti-Präsident Carlo de Benedetti vor der Presse in Mailand erklärte, setzt dieses Abkommen Olivetti in die Lage, künftig das gesamte AT & T-Modellangebot in diesem Bereich zu bestimmen. Außerdem erhält Olivetti jetzt direkten Zugang zur Integration der Systeme, einem Gebiet, auf dem das italienische Unternehmen bisher nur wenig Erfahrung besaß.

Mit dem Abkommen festigt Olivetti seine Stellung als zweitgrößter Hersteller von Personalcomputern in der Welt nach IBM, während AT & T jetzt sein Kundenimage verbessern kann. Der italienische Partner belieferte AT & T bisher nur mit einem der insgesamt fünf Personalcomputer, die Olivetti produziert. Das entspricht rund 60 Prozent des gesamten AT & T-Angebots in diesem Bereich. Das restliche AT & T-Programm bestand laut Olivetti-Chef Carlo de Benedetti dagegen aus „lauter Flops", die jetzt ausgemerzt werden sollen. Im laufenden Jahr wird Olivetti 170 000 Personalcomputer in die USA liefern. Insgesamt wird der Olivetti-Absatz von Personalcomputern rund 0,5 Millionen Stück erreichen.

Das neue Abkommen wird personell dadurch abgesichert, daß der bisherige Chef der Olivetti-Tochter für Nordamerika, Vittorio Cassoni, zum Leiter der neuen AT & T-Konzerndivision Data Systems ernannt wird. Gleichzeitig erklärte sich Carlo de Benedetti selbst dazu bereit, den Posten des Olivetti-Präsidenten bis zum Jahre 1996 einzunehmen. „Der nächste Schritt ist dann die Pensionierung." Ursprünglich hatte er dem 1983 mit AT & T abgeschlossenen Partnerschaftsvertrag zufolge dieses Amt bis 1992 behalten sollen.

Im Rahmen des jetzt abgeschlossenen Abkommens wird die Verpflichtung des US-Konzerns, seinen Anteil am Olivetti-Kapital nicht über 25 Prozent zu erhöhen, von 1988 bis 1990 verlängert.

Erfreuliches Hypo-Neugeschäft

Py. Düsseldorf

Die Rheinisch-Westfälische Boden-Credit-Bank AG, Köln, erwartet für das laufende Geschäftsjahr 1986 wieder ein zufriedenstellendes Ergebnis. In einem Zwischenbericht per 30. September wird der Zinsüberschuß – vermehrt um den Saldo der Einmalerträge/- aufwendungen, mit 53,8 (50) Mill. DM angegeben. Er liegt damit höher als drei Viertel des Vorjahresbetrags.

Insgesamt wurden in den 3 Quartalen 1986 für 732 (741) Mill. DM Hypotheken und Darlehen neu zugesagt. Davon waren 453 (389) Mill. DM Hypothekendarlehen. Ausgezahlt wurden insgesamt 658 (727) Mill. DM, von denen wieder 345 (399) Mill. DM auf Hypotheken entfielen.

Tilgungen und außerordentliche Rückflüsse erreichten 401 (426) Mill. DM. Langfristigen Ausleihungen von 8,13 (7,89) Mrd. DM stehen begebene Schuldverschreibungen von 7,66 (7,41) Mrd. DM gegenüber.

Europa Carton schließt Münchener Werk

Faltschachtelproduktion wird nach Augsburg, Frankfurt und Bremen verlagert

JB. Hamburg

Die Europa Carton AG (ECA), Hamburg, die zu den führenden Herstellern von Verpackungen aus Papier, Karton und Wellpappe gehört, wird ihre Faltschachtelfertigung in München aufgeben. Die Produktion soll stufenweise auf die drei inländischen Faltschachtelwerke Augsburg, Frankfurt und Bremen verlagert werden. Von der Werkschließung sind 200 Mitarbeiter betroffen; etwa 100 von ihnen wird eine Weiterbeschäftigung in anderen Werken angeboten, für den Rest ein Sozialplan erstellt.

Die Aufgabe des Münchener Standorts wird mit erheblichen Verlusten in dem Werk begründet, das etwa 30 bis 35 Mill. DM umsetzt und nur für Offsetdruck ausgelegt ist. Bei Faltschachteln, so heißt es bei ECA, habe sich aber in letzter Zeit eine Nachfrageverschiebung zum Tiefdruck ergeben. Die räumlichen Produktionsbedingungen in München seien so ungünstig, daß dies auch durch umfangreiche Investitionen in dem Maschinenpark nicht ausgeglichen werden könnte.

Die Faltschachtelgruppe, die etwa ein Viertel zum ECA-Gruppenumsatz von gut 800 Mill. DM beisteuert, soll durch die neue Standortverteilung der Werke auf jeweils einen Betrieb im Norden, in der Mitte und im Süden auf eine verbesserte Ertragsbasis gestellt werden. Mit einem zusätzlichen Investitionsprogramm von 15 Mill. DM wird auch die Produktionsstruktur der Werke erweitert. In Augsburg soll der Tiefdruckbereich der Gruppe konzentriert, in Frankfurt und Bremen weitere Offset-Kapazitäten geschaffen werden.

Die Stillegung des Werks in München bedeute keinesfalls eine Aufgabe von Marktanteilen, heißt es bei ECA. Mit dem neuen Konzept für die Faltschachtelgruppe sollen vielmehr angestammte Märkte gesichert und neue Segmente erschlossen werden. ECA ist nach eigenen Angaben am Faltschachtelmarkt mit knapp elf Prozent beteiligt. Die Faltschachtel-Gruppe schreibe insgesamt noch schwarze Zahlen, heißt es bei ECA. Durch die Verlagerung der Produktion von München auf die anderen Werke werde sich deren Auslastung verbessern.

Die Entwicklung in den anderen Sparten der ECA, die zu 100 Prozent der kanadischen Consolidated Bathurst Inc, Montreal, gehört, ist unterschiedlich. Verluste muß das Unternehmen zur Zeit in der Sparte Altpapier aufgrund eines katastrophalen Preisverfalls hinnehmen. Altpapier steuert rund zehn Prozent zum Gesamtumsatz bei. Besser läuft das Geschäft bei Wellpappe sowie Papier und Karton. Die acht Wellpappewerke kommen auf rund 400 Mill. DM Umsatz, Papier und Karton auf gut 100. Mill DM.

Der Adler auf höchsten Höhen

Die Bilder drängen sich geradezu auf: Der Springbock lahmt, die Ahornblätter welken und der Adler schwingt sich in höchste Höhen. Gemeint sind die eben erst auf dem deutschen Anlage- und Sammlermarkt angelangte Goldmünzen American Eagle sowie seine schon seit langem angebotenen Wettbewerber, der kanadische Maple Leaf und der südafrikanische Krüger-Rand.

Maple Leaf und Krüger-Rand haben unter dem Run auf die in vier Versionen (eine Unze/ 31,1 Gramm, 1/2 , 1/4 und 1/10 Unze) verkauften „Goldadler" zu leiden. Weder das US-Münzamt noch die exklusiv anbietenden Großbanken (Deutsche Bank, Dresdner Bank Commerzbank über ihre Luxemburg-Tochter und die Westdeutsche Landesbank) hatten mit diesem Ansturm auf das gelbe US-Metall gerechnet.

Alle Institute melden sehr gute bis hervorragende Verkäufe, ohne freilich – wie üblich – Stückzahlen zu nennen. Friedhelm Gassen vom Sorten- und Edelmetallhandel der WestLB hält den ungewöhnlichen Erfolg des Adlers neben dem Neuheiten-Effekt für eine Folge des guten Timing. Einmal steigt der Goldpreis, außerdem sind Herbst und Winter mit dem bevorstehenden Weihnachtsfest ideale Verkaufsmonate für Goldmünzen.

Besonders interessant ist für Gassen die Beobachtung, daß nicht die Sammler mit den Kauf von Einzelstücken am Bankschalter überwiegen, sondern echte Anlagekäufe zu beobachten sind.

Jedenfalls sind aufgrund der großen Nachfrage auch in den USA selbst die ersten Lieferungen an die ausländischen Banken weitgehend vergriffen. Jedes der deutschen Institute mußte mindestens 5000 Stück abnehmen. Und die kosten durchaus ihren Preis. Gestern wurden die 1-Unze-Münze mit rund 1011 DM (einschließlich MWSt) notiert, die halbe Unze mit 519 DM, die Zehntel-Unze noch mit fast 111 DM. Zum Vergleich: die 1 Unze Maple Leaf kostet derzeit knapp 1000 DM.

Die Preise nehmen sich also nichts. Sie dürften sich im Gegenteil noch stärker angleichen. Freilich warnen Edelmetallhändler der Banken vor einem längeren Zuwarten, denn das etwas niedrigere Agio der US-Münze könnte leicht von den steigenden Goldpreisen, von denen die Münzpreise abhängen, eingeholt werden.

Einhellig sind die Banken der Meinung, daß das auf die „Goldadler" konzentrierte Interesse zulasten der kanadischen und südafrikanischen Münzen geht, obwohl die Ahornblätter rund zwei Drittel des Marktes ausmachen. Ein Drittel hält noch der Krüger-Rand. Die seit 1967 angebotenen und lange Zeit äußerst beliebten Stücke werden seit Ende letzten Jahres nicht mehr produziert. Der Markt „lebt" zur Zeit von dem vorhandenen Bestand bei den Banken.

Gleichgültig ob Gold Eagle, Maple Leaf oder Krüger-Rand, eines haben die letzten Jahre gezeigt: die altehrwürdigen Münzen, die deutschen 20 Goldmark Wilhelm I.,der französische Napoléon III. und das schweizerische Vreneli haben ihre Attraktivität eingebüßt. Mit ihnen findet kaum noch ein Handel statt.

HARALD POSNY

	Feingew. (Gramm)	28.10.86 (in DM)	Herbst 1985 (in DM)	Herbst 1981 (in DM)	Herbst 1976 [4]) (in DM)
20 Mark Wilhelm I/II [1])	7,17	255,36	277	334	154
20 SFr Vreneli [1])	5,80	215,46	237	304	90
20 FF Napoléon III [1])	5,80	198,36	227	360	104
100 öKr. Franz Joseph [1])[3])	30,49	951,90	1072	1158	270
20 mex.P. Aztekenkalender [1])[3])	15,00	522,20	560	599	170
1 br.£ Elizabeth II. [2])	7,32	242,82	264	305	101
1 sa.Rd. Ohm Krüger (n) [2])	31,10	974,70	1119	1227	283
10 sow.R. Tscherwonez	7,74	254,22	285	322	94
10 can.$ ¼ Maple Leaf	7,78	265,62	299	–	–
20 US-$ Double Eagle	30,09	1288,30	1739	1616	480

Quelle: Goldmünzenbroschüre der Dresdner Bank 1976 ff.; ungefähre, von aktuellen Goldnotierungen abhängige Schalterpreise in DM einschl. 14 Prozent Mehrwertsteuer; [1]) außer Kurs gesetzte Zahlungsmittel; [2]) gesetzliche Zahlungsmittel; [3]) offizielle Neuprägung; [4]) außer Kurs gesetzte Zahlungsmittel bis 1980 mit 11 Prozent Mehrwertsteuer, gesetzliche Zahlungsmittel mwst-frei.

Appell zur Wärmedämmung

A.G. Bonn

Eine im Auftrag der Fachvereinigung Flachglasindustrie und des Gesamtverbands Dämmstoffindustrie angefertigte Untersuchung belegt, daß der Schlüssel zur Verringerung der Luftverunreinigung in einer verbesserten Wärmeisolierung des Gebäudebestandes liegt. Aus der an der Universität Stuttgart erstellten Studie geht hervor, daß mit der Fensterisoliderung und der Wärmerückgewinnung allein im Wohnbereich bis zum Jahr 2000 eine Reduzierung der Emissionen von Kohlenmonoxid, Schwefeldioxid, Stickoxiden Staub und Kohlenwasserstoffen zwischen 27 und 62 Prozent erreicht werden könnte. Das ungenutzte Energieeinsparpotential im Wohnungsbestand sei erheblich. So seien die Fassadenbauteile von Wohnbauten erst zu 15 Prozent wärmegedämmt. Dämmstoffindustrie und Flachglasindustrie haben ihre an die Bundesregierung gerichtete Forderung wiederholt, den Paragraphen 82 a Einkommensteuer-Durchführungsverordnung auch wieder auf Wärmeschutzmaßnahmen zu erstrecken.

PERSONALIEN

Wolfgang Haas, Präsident der Bundesbahndirektion Saarbrücken, ist vom Ministerrat der Europäischen Gemeinschaften auf Vorschlag der Bundesregierung für die Dauer von vier Jahren zum Mitglied des Wirtschafts- und Sozialausschusses in Brüssel berufen worden. Er wird der Fachgruppe für Verkehr angehören.

Klaus Pütter, Senior Vice President der The Coca-Cola Company, früher Präsident der Europa/Afrika Gruppe und Aufsichtsratsvorsitzender der Coca-Cola GmbH, Essen, trat am 27. Oktober 1986 in den Ruhestand.

Jürgen Leßner (46) wurde zum Generalbevollmächtigten der Gasversorgung Süddeutschland GmbH, Stuttgart, ernannt.

Bernhard Hausmann, Geschäftsführender Gesellschafter der Blomberger Holzindustrie B. Hausmann GmbH & Co. KG, Blomberg/Lippe, ist zum Vorsitzenden des Verbandes der Deutschen Holzwerkstoffindustrie (VHI), Gießen, gewählt worden.

Walter Martius, Vorstandsvorsitzender der Schutzgemeinschaft der Kleinaktionäre, wurde als Vertreter der Anteilseigner zum Mitglied des Aufsichtsrats der Girmes-Werke AG, Grefrath-Oedt, berufen.

Peter Landwehr hat die Vertriebsleitung und Koordination für die Länder Deutschland, Österreich und die Schweiz der ADS Anker, Bielefeld, übernommen.

Dr. Herbert Walterskirchen ist zum Vorstandsvorsitzenden der Österreichischen Bausparkasse Wüstenrot Reg. Gen. mbH, Salzburg, ernannt worden. Er ist Nachfolger von **Walter Aichinger**, der in den Aufsichtsrat wechselte. **Dr. Franz Steiner**, Vorsitzender der Wüstenrot-Versicherungen, rückte als stellvertretender Generaldirektor der Bausparkasse nach. Neues Vorstandsmitglied wurde **Helmut Geier**.

Renten wieder unter Druck

Ausgehend von einem erneuten Renditeanstieg in den USA hat die Abgabeneigung auf den deutschen Rentenmarkt zugenommen. Besonders kräftig war sie im Bereich längerlaufender Bundesanleihen, wo die Abschläge fast einen Punkt ausmachten. Das angebotene Material soll nicht nur aus dem Ausland stammen, sondern wird offensichtlich auch von Inlandsbanken zur Verfügung gestellt, die nicht mehr an einen weiteren Zinsrückgang glauben. 7prozentige Pfandbriefe wurden zu 100 Prozent angeboten.

F	PWA 86/94	105,2	108,5
F	Renow Look 86/91	850	700
F	5¾ Rhythm W. 85/88	1575G	1425G
F	dgl. W. 84/89	560	580
F	3¾ RWE 86/96	89,5	88,8
F	Ryobi 83	830	830
F	Salamander 86/96	154,5	153,7
F	6¾ Schering 83/90	295	305
F	3 Schw. Bankgesell.	2910	2910
F	3¾ Sch. Bankver.I	251	262
F	2¾ dgl. II	145	150
F	Schw. Kreditanst.	1575	1600T
F	Sanko 86/91	500	550G
F	7¾ Siemens 83/90	432	442
F	dgl. 86/92	190,8	195,5
M	Stumpf 78/88	63,5bG	64,5bG
M	dgl. 81/91	1228	1228
F	Sumisoo (alt)	1125	1120
F	dgl. (neu)	760	760G

F	5¾ dgl. o. O. 84	80,2	80,2
F	2¾ dgl. m. O. 86	102,5	102,5T
F	2¾ dgl. o. O. 86	78	77,75
F	4 SKA Fin. m. O. 85	127G	127
F	4 dgl. 85 o. O.	97,4	97,25
F	3 Teijin S. m. O. 85	200G	200G
F	3 dgl. o. O. 85	91,5G	91,5G
F	3¾ Trio Kenw 85 m. O.	118G	118G
F	3¾ dgl. o. O. 85	94,2G	94,2G
F	5¾ Tasmura Jun.84 m.O	107G	107G
F	3¾ dgl. 84 o. O.	95,3	95,3
F	4 Veba 85 m. O.	180G	195,5G
F	4 dgl. 85 o. O.	87,5T	88,2
F	3 VW 86 m. O.	147T	148G
F	3 dgl. 86 o.O.	74,5G	74,5
F	2¾ Wella 86 m. O.	100bB	99,75
F	2¾ dgl. 86 o.O.	70,5G	71,5
M	3¾ Stumpf 78/88 m. O.	192TB	192TB
M	3¾ dgl. 78/88 o. O.	97,5	97,5B

9¾ dgl. 81/91	112	111,5
9¾ dgl. 82/91	110,5bG	110,25
7¾ dgl. 82/92	106T	106,15
6¾ dgl. 83/93	105	104,75G
7¾ dgl. 84/96	102,15	102,3bG
6¾ dgl. 86/96	96,95	97,05
6¾ Austral IDC 72/87	100G	100G
6¾ Autop. C.E. 72/87	100,5G	100,5G
7¾ Avon 85/95	102,75G	102,75G
10¾ Banrual 82/90	108,5T	109
8¾ BNDE 77/87	101G	101
9¾ dgl. 80/88	104,4	103,25T
8¾ BK. America 78/90	96,5	96,5
7 Bank China 85/92	101,5	102
7¾ Bank Tokyo 83/90	102,75G	102,75
7¾ Banq. Indos 85/90	105,75T	105,85G
7¾ Banq. Nat.P.83/90	105,25bG	105,75
4¾ dgl. 85/92	100,8G	100,4G
8¾ Barcl.Overs. 85/98	104	104,4

F	6¾ dgl. 86 S.60	1/91	101,3	101,5
F	6 dgl. 86 S.61	4/91	100,15	100,3
F	5¾ dgl. 86 S.62	4/91	99,35	99,45
F	5¾ dgl. 86 S.63	5/91	98,15	98,35bG
F	5¾ dgl. 86 S.64	/91	98,1	98,25

Bundesbahn

F	7 dgl. 77	2/87	100,55G	100,6
F	6 dgl. 77	9/87	101,1	101,15
F	6 dgl. 78 II	7/88	101,8G	101,8
F	6¾ dgl. 77	5/89	103,2	103,3
F	8 dgl. 79 I	7/89	107,15	107,15
F	6 dgl. 78 I	2/90	101,85	101,85
F	8 dgl. 80 II	7/90	107,8	108

D	8 dgl. RS 120	100G	100G
D	8 dgl. RS 118	103,25	103,25
D	8 dgl. Pf 164	105,75G	105,75G
D	7 dgl. RS 162	103,75G	103,75G
D	9¾ dgl. RS 172	100G	100G
D	9 dgl. RS 186	111G	111G
D	10 dgl. RS 193	100G	100G
F	7¾ Krd.Wied.aufb.79	101G	101G
F	8 dgl. 84	109,15G	109,25
F	10 dgl. 81	116,2	116,2G
F	8¾ dgl. 82	111,8	111,9
F	7¾ dgl. 83	107G	107G
F	8¾ dgl. 83	110,3G	110,3
F	7¾ dgl. 84	102,9G	102,9
F	7¾ dgl. 84 I	102,5G	102,5G
F	7¾ dgl. 85/88	104,75G	104,75G

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Dienstag die Goldnotierungen am Terminmarkt der New Yorker Comex. Gut behauptet gingen Silber und Kakao aus dem Markt. Schwächer notierten Kupfer und Kaffee.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

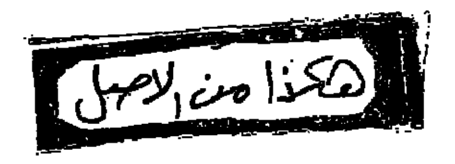
	28.10.	27.10.
Dez.	287,00-288,00	294,50-294,00
März	274,00-273,00	278,00-279,00
Mai	257,50	260,50-260,75

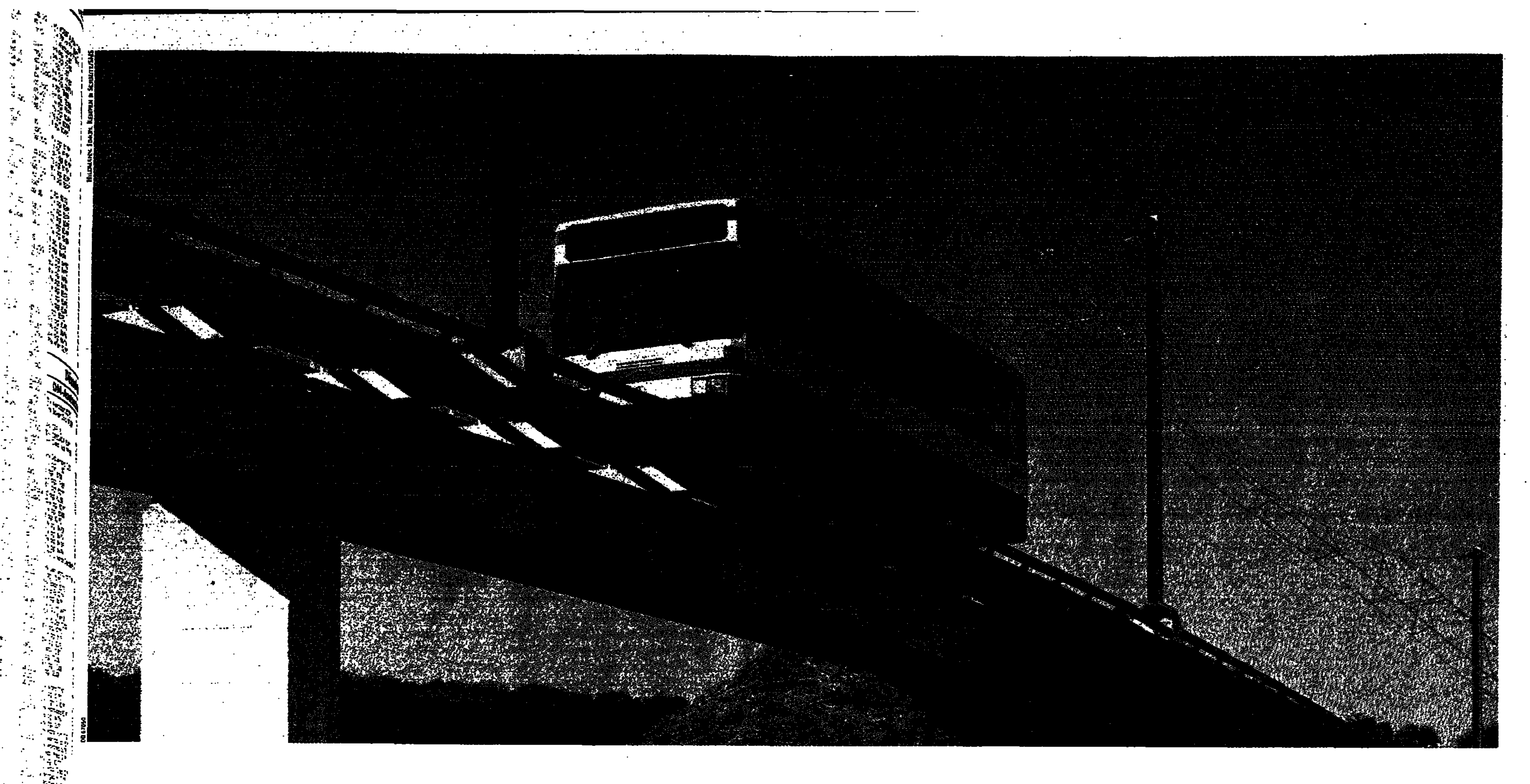
Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk

28.10.	27.10.
29,50	29,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk





Der Bus, der auch auf Schienen fährt.

Im öffentlichen Personennahverkehr gibt es kein wichtigeres Verkehrsmittel als den Bus.

Mit seiner Flexibilität und Wirtschaftlichkeit ist er allen anderen Alternativen überlegen und kann eine weite Fläche mit einem dichten Haltestellennetz abdecken.

Einziges Problem: Er benutzt die gleichen Straßen wie der Individualverkehr und hat nicht den Vorteil einer eigenen Trasse wie der Schienenverkehr.

Deshalb haben wir uns gesagt: Warum nicht die Vorteile beider Systeme miteinander verbinden?

Und so entstand die O-Bahn®.

Daimler-Benz hat bereits vor einigen Jahren ein flexibles und besonders wirtschaftliches Personennahverkehrssystem entwickelt, das auf der Bustechnologie basiert und an die speziellen Bedingungen der Verkehrsbetriebe optimal angepaßt werden kann.

So können O-Bahn-Fahrzeuge spurgeführt, also auf eigener Trasse und deshalb ohne Behinderung durch den Individualverkehr, im dichten Stadtzentrum hohe Beförderungsleistungen erbringen und in den Außenbezirken, als handgelenkte Busse, auf den normalen Fahrstreifen die Fläche bedienen.

Ein entscheidender Vorteil dieses flexiblen Bussystems ist es außerdem, daß sein Aufbau in kleinen Schritten erfolgen kann und sofortigen verkehrlichen Nutzen bringt, während beim Schienenverkehr erst mit hohem Investitionsaufwand ein Schienen- und Stromnetz verlegt werden muß.

Mit der neuen Duo-Bus-Technik ist im Stadtzentrum ein schadstofffreier, elektrischer Betrieb mit Oberleitung möglich, während in den Außenbezirken auf den schadstoffarmen Dieselmotor umgestellt werden kann.

Die Entwicklung dieser neuen Technik, die zum Beispiel in Essen und auch in Adelaide (Australien) bereits im Einsatz ist, ist eine Gemeinschaftsarbeit von Daimler-Benz mit den Technikern von AEG, die für die Entwicklung des Elektromotors zuständig waren, und Dornier, deren speziell konstruierte Stromabnehmer den problemlosen Wechsel vom Dieselbetrieb auf Elektroantrieb und wieder zurück erst möglich machten.

Nichts geht über Teamwork.



Ausland

Amsterdam

	29.10.	28.10.
ACF Holding	61	62
Aegon	88,5	89,3
Akzo	142,5	143,8
Alg. Bk. Nederl.	531	531,5
Amev	72,6	72,6
Amro Bank	89,1	90
Berkel's Patent	32,6	34
Bijenkorf	127,5	127,3
Bols Lucas	164	163,5
Bredero	99	103
Buehrmann	206,5	207
Dessaux	179	180,5
Fokker	62,2	64
Gist Brocades	42,8	43,1
Océ-v. d. Grinten	450	465
Hogemaijer	71,5	72,7
Heineken Bierbr.	166	166
KLM	45,7	46,1
Hoogoven Kon.	58,5	60,3
Nationale Ned.	76	76,4
Ned. Lloyd Groep	167,5	167,5
Ommeren van	34	33,8
Pakhoed	66,8	67,4
Philips	43,3	46,4
Rijn-Schelde	4,1	4,2
Robeco	90,6	90,7
Rolinco	82,4	82,2
Rorento	49,6	49,7
Royal Dutch	193,3	193,8
Credit Lyonnais Bk.N	85,2	85,5
Unilever	470	469,5
Ver. Masch.	25,8	26,6
Volker Stevin	28	28,7
Index: ANP/CBS	250,90	253,20

Brüssel

	29.10.	28.10.
Arbed	2250	2200
Brux. Lambert	3800	3800
Cockerill Ougrée	147	157
Ebes	4570	4555
Gevaert	6060	6060
Kredietbank	16200	16275
Pétrofina	9300	9340
Soc. Gén. d. Belg.	3030	3030
Sofina	10975	10900
Solvay	7990	8050
UCB	8940	8910
Index	–	3857,59

Hongkong

	29.10.	28.10.
China Light + P.	21,8	21,8
Hongkong Land	6,25	6,35
Hongk. + Sh. Bk.	8,15	8,3
Hongk. Teleph.	14,5	14,3
Hutch. Whampoa	44	44,25
Jard Matheson	20,1	20,2
Swire Pac. + A +	17,5	17,7

Kopenhagen

	29.10.	28.10.
Den Danske Bank	280	283
Jyske Bank	490	490
Kopenh. Handelsbk.	254	257
Novo Industri	–	–
Privatbanken	245	247
Ostasiat. Komp.	177	180
Dan. Sukkerfabr.	369	370
For. Bryggerier St.	1020	1020
Kgl. Porc. Fabr.	370	350

London

	28.10.	27.10.
All. Lyons	308	302
Anglo Am. Corp.$	12,375	12,5
Anglo Am. Gold $	6,5	6,5
Babcock Int.	181,5	180,5
Barclays Bank	470	467
Beecham Group	420	419
Bowater	326	326
B.A.T. Industries	442	440
Bowthorpe Hldgs.	534	538
BLOC Int.	328	326
British Petroleum	638	655
British Aerospace	432	440
British Telecom	184	183
Britoil	126	130
BTR	282	280
Burmah Oil	344	348,5
Cable Wireless	327	327
Cadbury Schweppes	185	186
Charter Cons.	257	259
Cons. Gold. Fields	633	650
Cons. Murchison	190	150
Courtaulds	285	288
De Beers $	711	692
Distillers	678	678
Driefontein $	15,43	13,56
General Electric	164	164
Guinness	318	312
Hawker Siddeley	414	414
ICI	1070	1070
Imperial Group	–	–
Lloyds Bank	405	407
Lonrho	233	233
Marks & Spencer	194	200
Midland Bank	520	520
Nat. Westminster	496	498
Plessey	178	178
Reckitt & Colman	772	770
Rio Tinto-Zinc	655	653
Rover Group PLC	39	36
Rustenburg Plat.$	9,75	9,75
Shell Transp.	883	908
Thorn Emi	451	455
TI Group	415	418
Trusthouse Forte	164	164
Unilever	1863	1865
Unitech	171	173
Vickers	379	382
Woolworth	633	642
Financial Times	1251,40	1257,80

Luxemburg

	29.10.	28.10.
ARBED	2250	2200
Arico	121	125
Audiofina	5600	5600
Bque. Gen. du Lux.	16300	16300
Bque. Int. du Lux.	15100	15100
Belgo Mineira St.	0,14	0,14
Cegedel	3350	3350
Kredietbank Lux.	18000	18000
PAN Holding	11150	11000
SCI Techn.	630	630
SEO	800	800

Madrid

	29.10.	28.10.
Banco de Bilbao	1100	1100
Banco Central	854	864
Banco Popular	1080	1095
Banco de Santander	843	849
Banco de Vizcaya	1320	1370
Citroën España	650	650
Const. Aux. Ferro	–	160
Cros	157	137
Cubiertas	542	570
Dragados	372,5	375
Duro Felguera	396	390
El Aguila	257	270
Esp. del Zink	305	305
Esp. Petróleos	338	334
Unión Fénix	1850	1895
Fecsa	76	76,75
Hidroeléctr. Esp.	110,5	110
Iberduero	147,5	151,75
Macosa	–	142
Papelera	226	226
Seda de Barcelona	–	390
Sevillana de El.	117,25	116,5
Telefónica	166	166,5
Unión Eléctrica	96,5	95,25
Explosivos RT	208,5	205,5
Urbis	388	–
Vallehermoso	304	300
Index	181,94	183,04

Mailand

	29.10.	28.10.
Bastogi	760	749
Benetton Group	15760	15800
Dalmine	406	410,25
Farmitalia C. Erba	11800	11705
Fiat	15450	15420
Fiat Vz.	8620	8680
Gemina	3140	3125
Generali	132000	132000
IFI Vz.	31700	31850
Italcementi	76800	77000
Lloyd Adriatico	30500	30500
Magneti Marelli	5049	5100
Mediobanca	260000	264000
Mondadori A.	12050	12350
Montedison	2845	2810
Mira Lanza	36650	37000
Banco Ambrosiano	3600	3630
Olivetti Vz.	8090	8100
dgl. St.	15570	15425
Pirelli SpA	5210	5241
La Rinascente	1020	1016
RAS	64700	64500
SAI Risp.	31700	32150
SIP	3200	3240
Snia BPD	5070	5080
STET	5061	5090
Index	–	755,97

New York

Ortszeit: 10.00 h	29.10.	28.10.
Adv. Micro Dev.	14	13,875
Aetna Life	56,5	56,875
Alcan Aluminium	31	31,25
Alcoa #	35,75	35,625
Allied Signal #	66	66,125
Allis-Chalmers	–	3,375
AMR Corp.	58,75	58,375
Amax	13,125	13,25
Amerada Hess Corp.	26,375	26,625
Am. Brands	48,25	49,125
Am. Can. #	87,75	87,125
Am. Cyanamid	78,875	77,625
Am. Express #	58,25	58,375
Am. Home Prod.	76,75	75,75
Am. Motors	3,125	3
Am. Tel. & Telegr. #	24,375	24,375
Ameritech	128,75	128,5
Amoco Corp.	62,25	62,625
Anchor Hocking	32,125	32
Armco Inc.	6,125	6,25
Asarco	14,875	14,625
Atlantic Richfield	53,75	54,25
Avon Products	32,875	33
Bally	16,75	16,75
Bk. of America	16,125	13,875
Bell Atlantic	64,25	63,875
Bell Howell	36,125	36,125
Bethlehem Steel #	6,625	6,625
Black & Decker	16,5	16,625
Boeing	52,625	52
Borg-Warner	38,25	37,75
Bristol-Myers	77,625	77,75
Brunswick	31,625	31,5
Burlington Ind.	–	35,75
Burroughs	76,5	75,875
Campbell Soup	62,5	62,125
Capital Cities Corp.	263	263,5
Caterpillar	37	37
CBS	133,75	133,75
Celanese	215,5	214
Centronics	7	7,25
Chase Manhattan	35,375	35
Chevron #	41,625	41,625
Chrysler	37,375	37,25
Citicorp	51,5	51
Clorox	50,25	50,25
Coca-Cola	36,75	37,125
Colgate	39	39
Commodore	7,75	7,875
Comwth. Edison	32,625	32,75
Comm. Satellite	30,575	30,375
Control Data	26,25	26
CPC Int.	81,75	81,75

Inlandszertifikate

	Ausg. 29.10.	Rückn. 29.10.	Rückn. 28.10.
AAR-UNIV.F.I	164,99	155,65	155,65
Adifonds	66,80	63,62	64,16
Adirenta	25,85	23,14	23,14
Adirewa	101,93	98,96	98,93
Aditec	106,74	101,66	101,59
Adiverba	170,98	162,84	165,79
Aegis Ertr.-Fds.	39,24	37,36	37,51
Aega Wachst.-Fds.	66,83	63,64	63,95
AGI Fonds	173,16	164,91	164,91
Akkumula	198,80	187,34	189,90
Albingia Renditu Fds.	52,40	50,27	50,31

Gerling Dynamik	69,40	66,41	66,88
Gerling Rendite	57,38	55,71	55,71
GKD-Fonds	75,10	72,18	72,59
Gothaernt	96,05	92,71	92,69
Grundbesitz-Invest.	75,30	71,63	71,65
Grundwert-Fonds	135,30	128,25	128,25
Hbg.-M. Rentenfonds	60,25	57,95	57,92
Hansainternational	50,47	48,76	48,74
Hansarenta	49,91	48,22	48,22
Hansasecur	66,01	62,87	63,29
Hansazins	50,95	49,21	49,20
Haus-Invest	70,10	66,68	66,68
iii-Fonds Nr. 1	117,90	112,20	112,20
dgl Nr. 2	76,50	72,80	72,80
Industria	62,63	60,81	61,27
INKA-Global	85,20	81,10	81,60

DWS Provesta	84,65	80,59	80,91
DWS Rohstoff Fds.	79,45	77,50	77,08
DWS Technologie Fds.	87,05	84,99	85,52
Fondak	72,14	68,70	69,35
Fondirent	79,02	76,72	76,70
Fondis	62,82	59,83	59,81
Fondra	110,65	105,38	106,04
FT Accuzins	139,21	135,25	135,28
FT Am Dynamik	22,81	20,67	20,86
FT Frankf. Eff.-F.	147,03	139,68	140,70
FT Interspezial I	28,84	26,39	26,51
FT Interspezial II	33,52	30,67	30,81
FT Interzins	46,55	45,19	45,19
FT Nippon Dynamik	98,50	90,13	89,99
FT Re-Spezial	192,55	185,87	183,90

SMH-Rentenfonds	53,61	52,05	unerh.
Südinvest I	63,19	60,18	60,56
dgl. II	76,18	72,55	73,17
dgl. III	27,65	26,84	26,85
dgl. IV	78,27	75,26	75,91
Thesaurent	65,15	63,56	63,51
Thesaurus	234,53	228,81	230,49
Transatlanta	30,53	29,45	29,37
Unifonds	33,50	31,90	32,28
Uniglobal	96,60	91,96	91,75
Unikapital	85,30	83,18	83,14
Unirak	86,00	81,89	82,21
Unirenta	41,60	40,33	40,35
Unispezial I	–	63,29	62,80
Universal-Eff.-F.	99,68	97,73	97,73
Unizins	116,70	113,26	113,25
Verm.-Aufbau-F.	121,49	115,70	115,88
Verm.-Ertrag-F.	100,01	96,16	96,13
VICTORIA Rent-Adig	71,99	69,56	69,54

Auslandszertifikate

Austro-Inv. DM	33,70	31,80	31,80
Bond Valor DM	112,80	110,73	110,77
Convert Fund A DM	unerh.	unerh.	31,60
Convert Fund B DM	unerh.	unerh.	94,60
CS Money Market DM	1101,70	1101,69	1101,68
Eurinvest DM	95,10	91,10	91,30
Euronion DM	183,67	169,29	169,29
Foresular Sel. DM	84,47	78,98	unerh.
dgl. II $*	19,37	17,72	17,69
Schweizeraktien sfr.	495,50	469,75	470,00
Siat-Imm. sfr.	1740,00B	1750,00G	1740,00G
Siat 63 sfr.	1390,00B	1380,00G	1380,00G
Swissimmob. N.S. sfr.	2635,00	2515,00	2515,00
Swissimmob. 1961 sfr.	1355,00	1285,00	1285,00
Swissvalor sfr.	420,00	408,00	408,00
Technology $*	14,89	13,62	13,62
Technogrowth Fd.	101,02	94,31	unerh.
Templeton Growth $*	13,96	12,77	12,72
Universal B.S sfr.	79,00	76,50	76,75
Universal Fund sfr.	114,76	111,47	111,50
Ussec	724,09	689,00	692,00

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr)

Junge Aktien

Berlin: Hermes 810B, VAB 2850T. **Düsseldorf:** BMW 555, Goldschm. 230 G, Leinkering 210G, O & K 126, Thüga 460G. **Frankfurt:** BMW 552, Frankona 608, Fuchs St. 170G, Fuchs Vz. 161G, Goldschm. 230G, Magdeburger Feuer NA 480G, Magdeburger Feuer 1150T, Mercedes 1055, Thürgas 460G, Ymos Vz. 180. **Hamburg:** –. **München:** Mercedes 1070, Stumpf 115, VAB 3080B.

Bezugsrechte: Düsseldorf: Allianz 5,00, FAG 13,5, Nixdorf 48. **Frankfurt:** Allianz 5,00, FAG 13,5, Moinges 37T, Nixdorf 48. **München:** –. **Stuttgart:** Allianz Gen. 5,00, Nixdorf 48.

Helsinki	8,50	40,925	41,125	40,31	39,75	41,75
Belgrad* **	–	–	–	–	0,17	0,57
Budap.* **	–	–	–	–	2,60	4,10
Athen* **	20,5	1,448	1,502	–	0,85	1,60
Ankara* **	–	–	–	–	0,18	0,37
Sydney*	–	1,293	1,317	–	1,24	1,36
Johannbg.*	10,0	0,8755	0,9095	–	0,65	0,98
Hongkong *	–	25,84	26,12	–	25,50	30,00

Alles in Hundert; ¹1 Dollar; ²1 Pfund; ³1000 Lire; ⁴Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert; ** Einfuhr begrenzt gestattet.
Mitgeteilt von der Dresdner Bank AG, Essen.

Es verstarb am 24. Oktober 1986 im 83. Lebensjahr

Dr. Josef Cohn

Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes

Sein jahrzehntelanges Wirken im Sinne und Vermächtnis seines großen Vorbilds und Lehrmeisters Chaim Weizmann im Dienste der jüdisch-deutschen Verständigung und der Förderung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland gewannen historischen Rang und werden immer unvergessen bleiben.

Wir trauern um einen hochverehrten, treuen Freund von stets gütiger, hilfsbereiter Menschlichkeit.

Alle, die ihm begegneten, sind von tiefem Dank erfüllt.

Europäisches Komitee des Weizmann-Institute of Science
Gilbert de Botton

Deutsche Gesellschaft der Freunde des Weizmann-Institute of Science
Ekkehard Maurer

Die Beisetzung hat am 29. Oktober 1986 in Rehovot stattgefunden.

AUSSCHREIBUNGEN

Deutsche Bundespost
Öffentliche Ausschreibung

- Aufforderung- und Zuschlagsstelle:
  Fernmeldezeugamt
  Dienststelle Bs 31-5
  Fernsprecher 0 40 / 46 60-3 15
  Postfach 54 06 07
  2000 Hamburg 54
- Die Angebote sind einzureichen bei:
  Fernmeldezeugamt
  DSt Og/ID
  Postfach 54 06 07
  2000 Hamburg 54
- Art und Umfang der Leistungen:
  Los 1: Diverse Furnierplatten, Spanplatten und Faserplatten
  Los 2: Diverse Kieferbretter und Vierkantleisten
  Los 3 + 4: je 15 000 kg Putzlappen, weiß
  Los 5: PVC-Folie, weich, 0,2 mm, ca. 20 000 m^2
  Los 6: Blaugel in verschiedenen Gebinden
  Los 7: Diverse Klebstoffe, verschiedener Art und Gebinde

Preisstellung: Frei Empfangsstelle
Lieferung in Teilmengen auf Abruf an das Fernmeldezeugamt Hamburg
- Lieferfrist: 1. 1. 1987 – 31. 12. 1987
  Die Verdingungsunterlagen
  können bis spätestens zum 12. 11. 1986
  kostenlos abgefordert werden beim:
  Fernmeldezeugamt
  DSt Bs 31-5
  Postfach 54 06 07
  2000 Hamburg 54
  Ablauf der Angebotsfrist: 1. 12. 1986
  Zahlungsbedingungen nach VOL/B § 17
  mit ZVB Ausg. 1983
  Die Zuschlagsfrist/Bindefrist endet am 19. 12. 1986

Mit der Abgabe eines Angebotes unterliegt der Bewerber den Bestimmungen über nicht berücksichtigte Angebote gem. VOL/A § 27.
Bewerber, die mit der o. g. Dienststelle bisher nicht in Geschäftsverbindungen standen, werden gebeten, ihrem Teilnahmeantrag Unterlagen beizufügen, nach denen ihre Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit beurteilt werden können.
Eine Beteiligung am Wettbewerb kann erst nach Vorlage eines Prüfzeugnisses erfolgen.

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden.

Telefon:
Hamburg (0 40) 3 47–43 80
Berlin (0 30) 25 91–29 31
Kettwig (0 20 54) 1 01–5 18 u. 5 24

Telex:
Hamburg 2 17 001 777 as d
Berlin 1 84 611
Kettwig 8 579 104

FINANZANZEIGE

STADT OSLO
(Königreich Norwegen)
7½% Deutsche Mark-Anleihe von 1971 – WKN 460 661/70 –
Resteinlösung

Die bisher nicht ausgelosten und noch in Umlauf befindlichen Teilschuldverschreibungen der
Serie 1 – WKN 460661 –
Serie 2 – WKN 460662 –
mit den Stücknummern
1– 8000
8001–16000 zu je DM 1.000,–
im Gesamtbetrag von DM 7.770.000,– werden zur Rückzahlung zum 2. Januar 1987 fällig.

Die Teilschuldverschreibungen werden vom 2. Januar 1987 an gegen Einreichung der Wertpapiermäntel bei den nachstehenden Banken und deren Niederlassungen zum Nennbetrag eingelöst:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
ADCA-Bank Aktiengesellschaft
Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt
Baden-Württembergische Bank Aktiengesellschaft
Bankers Trust GmbH
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Joh. Berenberg, Gossler & Co.
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Delbrück & Co.
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Trinkaus & Burkhardt Kommanditgesellschaft auf Aktien
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Westfalenbank Aktiengesellschaft

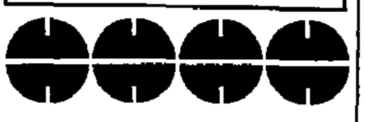
Die Verzinsung der Teilschuldverschreibungen endet mit Ablauf des 31. Dezember 1986.

Die am 2. Januar 1987 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.

Von den bisher ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Serien 3, 4, 6, 8 und 10 sind bisher noch nicht alle Stücke zur Einlösung vorgelegt worden.

Oslo, im Oktober 1986

STADT OSLO





Die Operetten-Kulissen hat der Fürst von der Bühne abgeräumt

Liechtenstein erlebte in wenigen Jahren einen beispiellosen Wirtschafts-Boom

Von WALTER H. RUEB

Das Fürstentum Liechtenstein hat während der letzten zwei Jahre weltweit und wiederholt für Schlagzeilen gesorgt. Doch nicht Treuhandwesen und Briefkastenfirmen waren die Themen, sondern politische und kulturelle Ereignisse standen im Mittelpunkt.

Im Herbst 1984 führten die Bürger des letzten Repräsentanten des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation nach jahrzehntelangem Kampf endlich das Frauenstimmrecht ein, vor einem Jahr wurde das viertkleinste Land Europas durch den Besuch von Papst Johannes Paul II. aufgewertet, in New York eroberte sich das Fürstentum mit einer Ausstellung von Teilen der legendären fürstlichen Sammlungen die Herzen der Amerikaner. Im Februar 1986 gingen in Vaduz Wahlen für den Landtag über die Bühne, die weder mit krawallartigen Begleiterscheinungen noch überraschenden Ergebnissen endeten, sondern allein durch die dabei nachgewiesene politische Stabilität zwischen Rhein und Alpen bestachen. Im Sommer schließlich feierten die 26 000 Liechtensteiner den 80. Geburtstag ihres Landesvaters, des seit 48 Jahren regierenden Fürsten Franz Josef II.

Seine Durchlaucht von und zu Liechtenstein ist beliebt, benötigt weder Leibwächter noch ein gepanzertes Auto, weder eine Apanage aus der Staatskasse noch Sondervollmachten, um sein 160 Quadratmeter großes „Ländle" zu regieren.

Frauen-Wahlrecht im Mini-Wunderland

Die Untertanen machen ihm sein Amt leicht, die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Verhältnisse tragen das ihre dazu bei. Arbeitslosigkeit ist in Liechtenstein bis heute fast unbekannt, der Export hat in den letzten 25 Jahren beachtliche Höhen erreicht.

In Liechtenstein hat der wirtschaftliche Boom zwar auch negative Folgen gehabt, doch Bodenpreise und Mieten sind mittlerweile unter Kontrolle. Der hohe Lebensstandard hat sogar eine derartige Anziehungskraft verursacht, daß zeitweise das Wort von der Überfremdung die Runde machte.

Seit zwei Jahren wird die Sonne des Erfolges auch nicht mehr durch die Schatten der Diskriminierung von Liechtensteins Frauen verdunkelt: das Wahlrecht wurde ihnen endlich zuerkannt. Es bedurfte dazu eines harten Kampfes und zunehmender politischer Reife. Diese wird seit einiger Zeit in Liechtenstein auch auf anderen Gebieten spürbar. Das Ländchen, von vielen Ausländern als verträumte Idylle, politischer Anachronismus und von einigen gar als Operettenstaat bezeichnet, entwickelt zunehmend Selbstbewußtsein und Eigenständigkeit.

Zwar wird in Vaduz nicht daran gedacht, die bewährte Währungs- und Zollunion mit der Schweiz aufzukündigen, doch die meisten Liechtensteiner möchten nicht länger nur ein Anhängsel, sondern zunehmend Partner der Schweiz sein. Nicht wenige träumen gar von einer eigenständigen Außenpolitik und von einer Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen. Dem Hinweis auf das Fiasko der Befürworter eines UNO-Beitritts bei der Volksabstimmung zu Beginn des Jahres in der Schweiz begegnen die Liechtensteiner mit dem Hinweis auf ihre eigene Identität.

Erbprinz Hans Adam ist der Bannerträger dieser Entwicklung. Er ist bereits mit wichtigen Staatsgeschäften und -aufgaben betraut und wird dereinst die Nachfolge seines betagten Vaters antreten.

Einen kleinen Versuchsballon ließen die Befürworter eines Ausbruchs aus der engen helvetischen Umklammerung im Herbst 1985 in New York steigen: Liechtenstein präsentierte sich in New York mit Teilen der fürstlichen Sammlung. Der Fürst bemühte sich dabei an der Spitze einer Regierungs- und Parlamentsdelegation über den Atlantik und verblüffte die Amerikaner mit einer Public-Relations-Kampagne von ungewöhnlichen Ausmaßen.

Der Erfolg war durchschlagend. Liechtensteins Ziele wurden erreicht. Es geht dem fleißigen Völkchen darum, sich endlich des Geruchs zu entledigen, sein Reichtum gründe sich auf Briefkastenfirmen und dem Verkauf von Briefmarken. Präsident Reagan lud die fürstliche Familie zu einem Essen ins Weiße Haus ein – eine Auszeichnung, die bisher selbst eidgenössischen Regierungsmitgliedern nicht zuteil geworden war.

Seit dem fürstlichen Besuch kennen die Amerikaner die materiellen Grundlagen des liechtensteinischen Fürstenhauses. Es hat drei Beine: Grund- und Immobilienbesitz, Finanzgeschäfte in einer eigenen Bank und eine in der Welt einzigartige private Sammlung von Kunst mit 40 000 Objekten. Ihr Wert wird auf annähernd 1,4 Milliarden Mark taxiert. Über die Versicherungssumme wurde lediglich spekuliert. Sie war so hoch, daß erst eine Garantie-Übernahme der US-Regierung sie erschwinglich machen konnte.

Fremdenverkehr ist ein bedeutender Faktor

Die wirtschaftliche, finanzielle und politische Expansion des Mini-Staates an der Schulter der Schweiz geht einher mit einer bescheidenen Präsentation des Landes auf anderen Gebieten. Der Fremdenverkehr ist zwar nicht unbedeutend, doch gibt es auf liechtensteinischem Territorium keinen einzigen Nobelort, das geplante Kunstmuseum ist noch immer nicht realisiert und die fürstliche Familie lebt weiterhin unauffällig.

Die Bewohner des Vaduzer Schlosses haben es nicht nötig, beim Heiligen Stuhl um die Annullierung der Ehe eines ihrer Sprößlinge wie die Grimaldis von Monaco einzukommen. Kein Skandal in der Fürstenfamilie hat je Schlagzeilen gemacht, weder Scheidungsgerichte noch andere Instanzen mußten je bemüht werden. Der Fürst und die Seinen sind sich einer Tatsache stets bewußt: Wo ein Herrscher alle Macht in den Händen hält wie in Liechtenstein – der Fürst kann das Parlament einberufen, vertagen, auflösen und an seiner Stelle mit einem Notverordnungsrecht regieren – sind Verantwortung und Hingabe an das Recht notwendig. In Vaduz fehlt es daran nicht. Ist dies das Geheimnis der bereits 48 Jahre dauernden Herrschaft von Fürst Franz Josef II.?

Interview mit dem Thronfolger des Fürstentums Liechtenstein, Prinz Hans Adam

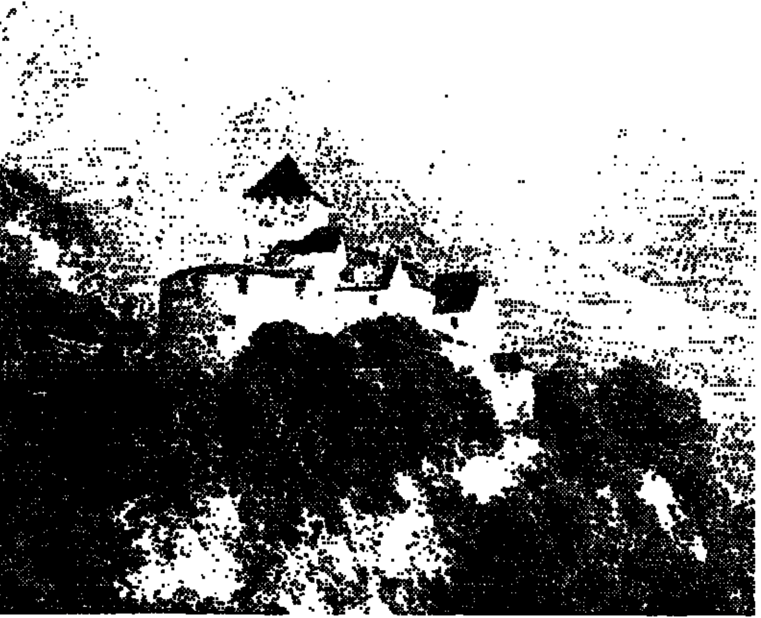
„Industrie ist Rückgrat unserer Wirtschaft"

Gemessen an der Kopfzahl seiner Einwohner ist Liechtenstein das wahrscheinlich höchstindustrialisierte Land der Welt. Mit Thronfolger Prinz Hans Adam, der gleichzeitig Bevollmächtigter seines Vaters ist, sprach Hans Gatermann.

Durchlaucht, das Ausland sieht die Liechtensteiner gerne als die Bewohner eines Operettenlandes, Briefmarken-Staats und Steuerparadieses; und die Liechtensteiner mögen das nicht so gerne, wie ich bemerkt habe. Wie möchten Sie, Durchlaucht, daß die Umwelt das heutige Liechtenstein sieht?

Prinz Hans Adam: Also, ich möcht' es so, daß die Umwelt Liechtenstein so sieht, wie es wirklich ist, mit allen seinen Vor- und Nachteilen und auch Fehlern. Die gibt es auch in Liechtenstein; Liechtenstein ist sicher mehr als ein Steuerparadies oder Operettenstaat, einfach ein Staat, wie jeder andere, doch nur sehr viel kleiner.

Das Rückgrat unserer Wirtschaft ist nicht das Steuerparadies oder der Finanzplatz, sondern das ist die Industrie; war das seit dem Beginn der 50er Jahre, und Liechtenstein ist eigentlich das höchstindustrialisierte Land der Welt, pro Kopf natürlich gerechnet.



Hier fallen die wichtigsten Entscheidungen: Die Residenz des Fürsten in der Hauptstadt Vaduz FOTO: DIE WELT

Nun ist ja die Position des regierenden Fürsten in Liechtenstein verfassungsmäßig und politisch sehr viel stärker als in jeder anderen Monarchie Europas. Ich nehme an, der Fürst schreibt auch seine Thronrede selbst, was in anderen Ländern nicht der Fall ist. Gibt es Bestrebungen, Liechtenstein den anderen parlamentarischen Monarchien anzupassen oder sind die Liechtensteiner mit ihrem Fürstenhaus so zufrieden, daß sie nicht daran denken?

Prinz Hans Adam: Ich glaube, die sind so zufrieden, daß sie nicht daran denken. Wir haben ja eine sehr stark ausgeprägte direkte Demokratie, so wie in der Schweiz. Eine parlamentarische Demokratie, wie sie andere Monarchien kennen, die existiert bei uns nicht.

Wenn ich richtig informiert bin, dann ist das ein Zweikräfte-Staat, der Fürst und das Volk.

Prinz Hans Adam: Ja.

Aber überall muß einer das letzte Sagen haben, und das ist in diesem Fall immer noch der Fürst.

Prinz Hans Adam: Nein, es ist so, daß der Fürst nur in Ausnahmefällen, also in Notstandszeiten, das letzte Sagen hat.

Aber sonst hat das Volk oder das Volk in der direkten Abstimmung ein absolutes Vetorecht und der Fürst hat ein absolutes Vetorecht, und in Normalzeiten müssen sie beide übereinstimmen. Zwischen den beiden ist die Regierung, die hat das Vertrauen beider Kräfte.

Seit gut eineinhalb Jahren haben Sie, Durchlaucht, offiziell die Stellvertretung Ihres Vaters übernommen. Wie sieht das in der Praxis aus, und welche Ziele verfolgen Sie dabei?

Prinz Hans Adam: Mein Vater hat sämtliche Funktionen, die er als Staatsoberhaupt gehabt hat, mir übertragen. Mein Ziel ist, Liechtenstein völkerrechtlich international noch besser zu verankern, die Unabhängigkeit, die Selbständigkeit des Landes zu unterstreichen.

Ihr Vater sagte einmal, Liechtenstein habe die Möglichkeit und Pflicht, einen moralischen Beitrag zum Wohle der Völkergemeinschaft zu leisten. Das war allerdings, als das Land noch verhältnismäßig arm war. Heute ist es, wie Sie selbst erwähnten, eines der reichsten Länder. Kann Liechtenstein heute auch einen materiellen Beitrag leisten?

Prinz Hans Adam: Ja, wir leisten auch Entwicklungshilfe, wobei wir bemüht sind, die Erfahrung, die wir hier im Land gemacht haben, dort anzuwenden. Wir wollen keine Großprojekte unterstützen, wir versuchen, lokal mit einigen wenigen Leuten zu arbeiten.

Können Sie ein Beispiel nennen?

Prinz Hans Adam: Ein Projekt, das sich sehr positiv ausgewirkt hat, ist ein Projekt für Erwachsenenerziehung in Costa Rica, das uns natürlich politisch naheliegt, da es der einzige südamerikanische Staat ist, der auch keine Armee hat, neutral ist und eine funktionierende Demokratie hat.

Sie sind nicht nur Stellvertreter Ihres Vaters in Staatsangelegenheiten, Sie sind auch Präsident der Stiftung und damit auch wirtschaftlich stark engagiert. Kann man diese beiden Aufgaben auseinanderhalten?

Prinz Hans Adam: Bevor ich die Staatsaufgaben übernahm, habe ich bei uns das Privatvermögen geführt und habe vor dem Wechsel gesagt, es müsse eine klare Trennung zwischen der privatwirtschaftlichen Seite und den öffentlichen Angelegenheiten sein.

Ich habe sämtliche Funktionen in der Stiftung niedergelegt, die exekutiv waren und bin nur noch Stiftungsrat. Meine Funktion hat Herr Norgren übernommen, der, wenn man so will, der Generalbevollmächtigte der Stiftung ist.

Was sagen Sie den Leuten, die Liechtenstein vorwerfen, ein Hort schwarzer oder sogar krimineller Gelder zu sein?

Prinz Hans Adam: Wir haben immer in Liechtenstein Rechtshilfe geleistet und wir haben in den letzten zehn Jahren die Justiz sehr stark ausgebaut, wissend, daß gerade bei Wirtschaftsverbrechen die Aufgabe wahnsinnig schwierig und kompliziert ist. Eigentlich fast alle Staaten sind heutzutage bei Wirtschaftsverbrechen überfordert.

Die reine Steuerum- oder -hintergehung, also daß Leute hier ihr schwarzes Geld herbringen, ich glaube, das wird man auch in Zukunft verteidigen und verteidigen müssen. Diese Leute kommen oft aus Ländern mit konfiskatorischen Steuern. Ich sehe nicht ein, warum wir unmoralische Sanktionen anderer Staaten unterstützen sollen.

Stehen Sie unter starkem Druck vom Ausland, das zu ändern?

Prinz Hans Adam: Nein. Wenn heute jemand zu mir kommt und sagt, warum ist Liechtenstein ein Steueroasenland, Sie sollten das aber schleunigst ändern, dann muß ich ihn darauf hinweisen, daß die meisten europäischen Staaten auf gewissen Sektoren gleiche Bestimmungen kennen oder oft noch liberaler und billiger sind als Liechtenstein.

Wir kennen hier nicht das absolute Bankgeheimnis, das gibt's nur in Österreich, dort kann man ein absolutes, das echte, Nummernkonto einrichten. Wenn man gegen Liechtenstein allzusehr vorgeht und wir unsere Grenzen vor diesen Geldern schließen würden, wandern sie woanders hin.

Kontroversen um den Bau eines Kunsthauses

Vor ein paar Jahren noch wäre man auf der Suche nach dem Kulturstaat Liechtenstein entweder auf schwaches Interesse oder auf vielleicht ein wenig selbstgefälligen Stolz gestoßen. Inzwischen ist das anders. Im einstigen Agrarstaat Liechtenstein, der sich mit wirtschaftswunderähnlicher Vehemenz nach dem Zusammenbruch der Donaumonarchie und der folgenden Industrialisierung im Zeichen des Schweizer Frankens in die moderne Zukunft gestürzt hatte, stehen die größeren politischen Auseinandersetzungen unserer Tage im Zeichen eines regelrechten Kulturkampfes.

Kultur in Liechtenstein: Sehen wir einmal von allem ab, was sonst unter *der Flagge des Begriffs „Kultur“* segelt, z. B. Volksbräuche und Trachten, Heimatliedgut und bäuerliche Architektur, so stoßen wir im 27 000-Einwohner-Fürstentum auf Zeugen der Kultur im Bereich der bildenden Kunst, die – Folge der Entstehung des Staates mittels Landerwerb des Fürstenhauses Liechtenstein – sich weitgehend auf eben das Sammelgut dieses Fürstenhauses abstützt.

Außerdem sehen wir einen vor allem durch seine Münchner Tätigkeit bekannt gewordenen Komponisten Josef Gabriel Rheinberger, der heute Forschungsobjekt ist, wir sehen einige moderne Künstler, *hören* in zahlreichen Vereinen betriebene Musik- und Gesangspflege beachtlichen Niveaus und finden ein auf genossenschaftlicher Basis betriebenes Theater.

Hier ist alles ganz anders

Daneben etliche mehr oder weniger kommerziell erfolgreiche Galerien unterschiedlichster Ausrichtung, eine staatliche Kunstsammlung, einen erstaunlich aktiven PEN-Club Liechtenstein (den boshafte Zungen auch als alternativen PEN-Club bezeichnen, wenn sie einen Seitenblick auf den deutschen PEN-Club werfen wollen) und schließlich ein paar Verlage sowie eine keineswegs auf Rosen gebettete einzige wirkliche Buchhandlung.

Liechtenstein ist keineswegs arm an Kuriositäten – echten, und solchen, die nur dem Fremden als solche erscheinen. Gerade der Deutsche macht sehr oft den Fehler, deutsche Maßstäbe anzulegen, wenn er Liechtenstein im Geiste abzumessen trachtet. Deutsche, denen es noch vor der heute restriktiv gehandhabten Niederlassungssperre (jeder dritte in Liechtenstein ist Ausländer) gelungen ist, nach der Aufenthaltserlaubnis *an die sogenannte Niederlassung* zu gelangen, bestätigen dies aus eigener Anfangserfahrung. Vieles, was also dem Deutschen unverständlich erscheint, zumal er aufgrund der gleichen Muttersprache nur allzu leichtfertig-gern auf Wesens- und Strukturverwandtschaft schließt, ist in Liechtenstein, meist historisch begründ- oder doch erklärbar, ganz anders.

Liechtenstein ist eigentlich gespalten: Gemeint ist nicht die keineswegs bedeutungslose unsichtbare Grenze zwischen *„Ober-“* und *„Unterland“*, sondern die im Aufbau verdrängte und heute um so mehr Folgen zeitigende unbewältigte Wandlung vom bitterarmen Agrar- zum reichen Industriestaat. In nur einer einzigen Generation hat sich in Liechtenstein mehr verändert, als in Deutschland zwischen dem Ausklang des vorigen *Jahrhunderts und heute. Gemeint ist* hier die innere Veränderung, das Umdenken, sind die verschobenen Leitbilder und Ziele.

Freilich hatte der Fortschritt seinen Preis: Was da so rasch jubelnd voranschritt, entbehrte eines gewachsenen Bürgertums, eines verdaulichen langsamen Wandels, der Anpas*sung an die neuen* Herausforderungen. Vereinfacht ausgedrückt: Für ein gewachsenes Verhältnis zu Kunst und Philosophie der Kunst war für jemanden, der den Ackerboden seines Vaters inzwischen mit ertragreichen Büroblocks bebauen konnte, keine Zeit.

So entstand eine fast schon kuriose *Situation: Man hat* alles, *was man* haben kann, Staat und Gemeinden (Stadt gibt es keine) schöpfen aus dem Vollen, und nur die „grüne“ Welle, mit liechtensteinischer Konsequenz ebenfalls großzügig zelebriert, sorgt dafür, daß breite Prachtdorfstraßen verengt („vermenschlicht“) werden und anderes mehr. Wir können uns den *Umweltschutz* leisten, darf sich Liechtenstein freuen ... Aber in Sachen Kultur hört der Spaß auf. Zumal, wenn es ums Geld geht. – Das man schließlich sauer genug verdient hat oder doch geschickt genug erworben hat. Andererseits: Auch das kann nicht konsequent bewiesen werden, denn dank der recht starken Gemeindeautonomie sind die Maßstäbe, die man anlegt, je nach Gemeinde verschieden.

Ende Mai dieses Jahres beendete das New Yorker Metropolitan Museum of Art eine halbjährige Ausstellung, die wertvollste Stücke der berühmten Kunstsammlungen des Fürsten Franz Josef II. von und zu Liechtenstein in einer in dieser Qualität im Ausland noch nie gezeigten Fülle beinhaltete. Mehr als eine halbe Million Besucher standen Schlange, reisten von überall her an, um das zu erleben,

Der schon von den Dimensionen her gewaltige Bilderzyklus zum Leben und Sterben des römischen Feldherrn Decius Mus von Peter Paul Rubens hat jahrelang die Besucher der Kunstsammlungen fasziniert. Die Leihgabe des Fürsten und die dazugehörigen Tapisserien und Ölskizzen von Rubens sind mit Sachverstand und Geschick zusammengetragen worden und wurden auch in New York unlängst begeistert gefeiert.

was dort geboten wurde: *das Feinste vom Feinsten* nämlich. In unversicherbarer Höhe, wenn man es auch noch materiell betrachtet.

In Liechtenstein selber stellten die aus bescheidenem Fundus wirtschaftenden Liechtensteinischen Staatlichen Kunstsammlungen gewisse Teile der Fürstlichen Sammlungen wie zum Beispiel die berühmten Rubens-Bilder als Leihgabe des Fürsten aus, ein echtes Museum besitzt man heute noch nicht. Und das vor Jahren vom Fürsten ausgesprochene Angebot, den größten Teil der Sammlungen (Gemälde, Waffen, Tapisserien, Möbel, Skulpturen, Porzellan, Elfenbein usw.), gratis auszuleihen, was er dank bombensicherer und klimatisierter Archivsäle im Schloß keineswegs nötig hatte: Nun, es ruht schlicht und einfach zwischen Aktendeckeln der fürstlich-liechtensteinischen Justizbehörden, nachdem sich um den Bau eines „Kunsthauses“ in der Residenz Vaduz eine der heftigsten innenpolitischen Kontroversen der jüngeren Geschichte entzündet hatte. Und im Vaduz benachbarten Schaan streitet man heftig um das einzige Theater, eine Genossenschaft: nicht wegen des Programms freilich, sondern, wenn auch kaum offen zugegeben, wegen seiner Notwendigkeit. Beides, Kunsthaus- und Theaterstreit, wurzelt im Gleichen, in dem, was Fremdenfurcht und -abneigung, Intellektualität und nicht „Bodenständiges“ eben so hervorzubringen pflegen.

Nach außen hin ist Liechtenstein *ein moderner Staat, mit beachtlichen* Leistungen: eines der höchstindustrialisierten Länder der Erde (relativ zur Bevölkerungsgröße), mit einem höheren Bruttosozialprodukt, als es die Schweiz aufweist, mit vielen Leistungen im Umwelt- und außenpolitischen Bereich, mit nicht erwähnenswert geringer Arbeitslosenrate und einer an die Leistungen anderer Wirtschaftsnationen heranreichenden Sozialgesetzgebung.

Manche vor allem junge und frustrierte Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner sind zuversichtlich und meinen inzwischen, daß die jetzigen Auseinandersetzungen einem Gärprozeß entsprechen, der nur zum Guten führen kann. Daß die Zeit der Stammtischstrategen und Kirchturmpolitiker vorbei ist und diese es nur noch nicht gemerkt haben, wissen sie in ihrem Innern. Immerhin haben sie ja nicht unrecht. Dazu bedarf es nur eines Rückblicks und eines Vergleichs zwischen seinerzeit und heute. Und daß es leicht sein wird, einen modernen Staat auch mit dem fehlenden nationalen Bewußtsein auszustatten, das es gestattet, die eigene Rolle im internationalen Kräftespiel auch kulturell auszufüllen und dazu zu stehen, hat niemand gesagt. Der Streit um das Kunsthaus hat Politikern Ruhm und Ablehnung gebracht, hat das Land nach außen hin wohl *auch schon mal zum Gespött* gemacht, hat Mehrkosten noch und noch verursacht und die Geduld des Fürsten Franz Josef II. und des Erbprinzen Hans Adam arg strapaziert, so daß diese zur Ankurbelung der Angelegenheit und als versöhnliches Ausgleichsangebot sogar ein eigenes unterirdisches Alternativprojekt anboten, hat aber auch dafür gesorgt, daß – nicht zuletzt mittels des Durchziehens durch alle Instanzen – wenigstens feststeht, was nicht geht. Der Ball liegt nun bei den Vaduzer Gemeinderäten und ihrem Bürgermeister, denn der Staat als Mitträger hat seinen guten Willen bereits bekundet, die Vaduzer Stimmbürger auch, und eines Tages wird auch die Gemeinde selber ihren Segen geben müssen. Warum sie damit noch zögert, weiß man allerdings nirgends so recht. Vermutungen verweisen auf politische Ängste, auf die Absicht, die Gemüter abkühlen zu lassen.

Auch beim Theater, das sich eines inzwischen internationalen Rufes erfreuen darf und geradezu beängstigend viel ausländische Aufmerksamkeit auf sich konzentriert, müssen und können Ängste überwunden werden, deren Spektrum vom Chauvinismus bis zur Vereinskonkurrenzangst reicht und deren Wurzeln, wie gesagt, *in einer Mischung aus* Schwellenangst und Kulturbegriffsmißverständnis zu suchen sind. Der diese Erfolge seit 16 Jahren unaufhörlich produzierende Intendant, Alois Büchel, hat diesbezüglich noch Härtestes auszuhalten.

Und mit ihm beschwören Tausende Theaterfreunde die Musen um Beistand ... In *Wirklichkeit grollt der* bisher auch im Kostenbereich ansteigend fördernde Staat, unter einem theatrophilen Regierungschef als Kulturminister keineswegs abweisend und nach den letzten Wahlen vermutlich genauso bereitwillig, eigentlich der Standortgemeinde Schaan, deren Gemeindeväter wenigstens in Teilen ein gestörtes Verhältnis zum Theater oder nur zum Intendanten nachgesagt wird. Die daraus resultierende Hand über dem Geldbeutel läßt nun nach neuen Modalitäten suchen: Das Triumvirats-Arrangement hat wohl ausgedient, Staat, private Genossenschaft (mit Einnahmen und Spenden) und Gemeinde müssen nach neuen Wegen suchen.

Kultur und was auch immer damit der Einzelne anzufangen weiß, hat ihre Gegner und Förderer überall. Was *es schwer macht für die Beteiligten,* diese Auseinandersetzungen zu ertragen, ist wohl weniger die Substanz etlicher Vorwürfe, sondern eher die Undurchschaubarkeit der angeführten Gründe, die Schwierigkeit der Verifizierbarkeit eigentlich. Und das summiert sich mit der auch Probleme schaffenden Überschaubarkeit und Struktur *dieses Kleinstaates,* der noch immer die Balancierstange zwischen der Verpflichtung als letzter Staat des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation und dem modernen Kleinstaat, der das Nasa-Apolloprogramm mitgestaltete durch seine Industrie, ein wenig schwankend-beschwörend hält.

Im Windschatten dieser noch recht frisch aufgebrochenen Problematik schlafen die andern Kulturträger freilich keineswegs den Dornröschen*schlaf der* Untätigkeit. Da gibt es unverdrossen wacker und mit erstaunlichem Echo arbeitende Privatgalerien, die sich entweder ebenso erfolgreich wie lukrativ auf Appenzeller Naive oder auf klangvolle Namen spezialisiert haben und geradezu erstaunliche Funde den Sammlern anzubieten haben.

Da gibt es die Staatlichen Kunstsammlungen mit schönen, wenn auch noch relativ wenigen Stücken, den schier unerschöpflichen Fundus, den die weltberühmten und höchstkarätigen Fürstlichen Sammlungen, wenigstens wechselweise, vorzuzeigen haben.

„Honi soit qui mal y pense“

Die Kulturszene beherrschen einige fleißige und hochbegabte Künstler aus allen Bereichen der Kunst mit *lokalen, regionalen oder auch schon* mal internationalen Erfolgen, Dichter/-innen und Verleger (einige auch aus steuerlichen Gründen ansässig) und unter anderem auch den PEN-Club Liechtenstein mit dem schon renommierten „Liechtenstein-Preis zur Förderung junger Talente“, an dem alle deutschsprachigen Länder und Regionen (außer der durch Schweigen glänzenden „DDR“) teilnehmen und in dem so klangvolle Autoren- und Verlegernamen wie Eibl-Eibesfeldt, Hans Hass, Heinrich Ellermann, Henry Goverts, Heinrich Harrer, Gerd-Klaus Kaltenbrunner, Hans H. Kirst, Salcia Landmann, Heinrich Seewald, Jürgen Thorwald und andere Mitglieder sind. Mit den bundesdeutschen PEN-Querelen Vertraute belieben die liechtensteinische PEN-Club-Mitgliederliste, die heimische und ausländische Persönlichkeiten umfaßt, wie eine Art Geheimliste vergraulter Writers-in-Prison-Emigranten zu betrachten. Doch „Honi soit qui mal y pense“.

Und da nimmt es auch nicht sonderlich wunder, wenn sich die ebenfalls renommierte Liechtensteinische Kunstgesellschaft ab und an wie ein Katakombenzirkel einer aus taktischen Gründen eher zurückgezogen lebenden Anarchistengruppe vorkommt.

Kultur in Liechtenstein unter *düsteren* Vorzeichen also? – Beileibe nicht: Was so zu kämpfen und zu streiten weiß, was so vieles anficht, was es dennoch zum lebendigen Nutzen letztlich zu wandeln und mehren weiß, um das muß man nicht bangen. Das lebt!

HENNING KARL v. VOGELSANG

Der folgenreiche Dank des Ostgotenkönigs Theoderich

„Fürst von Liechtenstein zu sein ist eine Freude", heißt es in einem, Gesprächsprotokoll, das Schweizer Schüler während einer Fragestunde mit Fürst Franz Josef II. anfertigten. Ob es immer eine Freude war oder gewesen wäre, darf angesichts der wechselvollen Geschichte jenes Ländchens am Oberrhein, das seit 1719 „Fürstentum Liechtenstein" genannt wird, angezweifelt werden.

Diese Geschichte ist in mehrfacher Hinsicht von Interesse: Zum einen ist das Fürstentum der letzte Repräsentant des einst 343 Hoheitsgebiete umfassenden Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, eines Reiches, in dem ein großer Teil Europas versammelt war. Zum anderen ist die – jüngere – Geschichte Liechtensteins zugleich die Geschichte eines alten europäischen Adelshauses, des Hauses derer von Liechtenstein. Das Fürstentum Liechtenstein ist das einzige Land, dessen Name sich vom Geschlecht derer ableitet, die es einst – aus machtpolitischen Gründen – erwarben.

Doch werfen wir zunächst einen Blick in die Frühzeit: Nach dem Einmarsch der Römer im Jahre 15 n. Chr. wurde das gesamte oberrheinische Gebiet der Provinz Rätien zugeschlagen. Im sechsten Jahrhundert drangen Alemannen in diese Provinz ein und verdrängten die romanische beziehungsweise rätoromanische Bevölkerung.

Den Alemannisierungsprozeß begünstigten die Privilegien, die der Ostgotenkönig Theoderich den Alemannen als Dank für deren Hilfe im Kampf gegen die Römer einräumte.

In der Folgezeit geriet Churrätien unter fränkischen Einfluß. Unter Karl dem Großen wurde das Gebiet zwischen Feldkirch und Chur den Grafen von Bregenz zugesprochen. Im 13. Jahrhundert gewann das Haus Montfort die Herrschaft über den churrätischen Raum. Das Montforter Haus legte den Grundstein für die Geschichte Liechtensteins. Denn: Am 3. Mai 1342 teilten zwei Brüder den ererbten Besitz.

Aus dem Teilungsvertrag ging die Grafschaft Vaduz hervor. Graf Hartmann IV. nutzte im Jahre 1396 die Geldnöte von König Wenzel aus und erkaufte sich von ihm für die Grafschaft Vaduz die Reichsunmittelbarkeit. Das Geld war gut angelegt: Der Kauf schuf die Voraussetzung für die Errichtung des späteren Fürstentums Liechtenstein.

Mit dem Tode von Graf Hartmann IV., seines Zeichens Bischof von Chur, wechselte die Grafschaft Vaduz in den Besitz eines Schweizer Geschlechtes, der Freiherrn von Brandis. Als gute Schweizer bescherten sie dem Land demokratische Einrichtungen, die sogenannten „Brandiser Freiheiten".

Und: Im Anschluß an den Schwabenkrieg von 1499 mußten die Bürger der Grafschaft Vaduz – es war gerade Faschingsdienstag – einen Treueschwur auf die Eidgenossenschaft ablegen. Die Zugehörigkeit zu den Eidgenossen währte zwar nur neun Monate, doch lange genug, um im Unterbewußtsein manch aufrechter Schweizer bis zum heutigen Tag Besitzansprüche wachzuhalten.

1507 wurden die Landschaften Vaduz und Schellenberg, das sogenannte Ober- und Unterland des heutigen Liechtenstein, an die Grafen von Sulz verschachert. Geldnöte zwangen jedoch auch die neuen Herrn zum Verkauf des lieblichen, aber armen Landes. Die Habsburger – wie üblich in finanziellen Nöten – gingen die Vorarlberger Landstände um ein Darlehen an, in der Hoffnung auf billigen Erwerb der feilgebotenen Landschaften. Allein, die Vorarlberger, schon früh in sorgfältigem Umgang mit Barem eingeübt, mißtrauten der Kreditwürdigkeit der Habsburger. Alemannische Sparsamkeit war es auch, die die Ahnen des heutigen Fürstentums davor bewahrte, erneut unter die Herrschaft der Schweizer zu geraten.

Der Fürstabt von St. Gallen, Konkurrent der Habsburger im Gerangel um Vaduz und Schellenberg, prüfte vor Vertragsunterzeichnung das Inventar von Schloß Vaduz.

Und siehe: Vier im Vertrag aufgeführte Kanonen fehlten! Empört trat der Kirchenfürst vom Kauf zurück. Das Mißtrauen der Vorarlberger und die kaufmännische Pedanterie des St. Gallers antizipierten die aktuelle Devise: Liechtenstein den Liechtensteinern!

Langen Feilschens kurzer Schluß: Caspar von Hohenems, der Schwiegersohn des verarmten Karl Ludwig von Sulz, erwarb 1613 das Ländchen am Oberrhein. Unter den Hohenemsern erlebte das Land seine schlimmste Zeit: Plünderung, Brandschatzung, Hexenverfolgung. In ihrer Not wandte sich die Bevölkerung an den Kaiser mit der Bitte, der Drangsal ein Ende zu setzen. Dieser ernannte den Fürstabt von Kempten zum kaiserlichen Kommissär. Nach eingehender Prüfung entschied der Gottesmann, daß das hochverschuldete Land durch erneuten Verkauf zu sanieren sei. Mit diesem Entscheid beginnt die Geschichte des Fürstentums Liechtenstein:

Von den beiden Landschaften kam zuerst die Herrschaft Schellenberg zur Versteigerung. Von den sechs Kaufwilligen blieben zwei ernsthafte Interessenten übrig: der Bischof von Chur und Fürst Johann Adam Andreas von Liechtenstein. Die Kaufabsichten beider waren politisch motiviert. Der Bischof war auf der Suche nach einem sicheren Refugium, für den Fall, daß Graubünden protestantisch werden sollte. Johann Adam, dessen Geschlecht 1608 in den Fürstenstand erhoben worden war, hielt Ausschau nach einem reichsunmittelbaren Land, das seinem Haus Sitz und Stimme im Reichstag sichern sollte. Der Churer Bischof bot 110 000 Gulden; der Liechtensteiner bot 5000 mehr und bekam den Zuschlag. Das war 1699.


Fürstenfest in Vaduz: Franz Josef II. begrüßt eine Trachtengruppe FOTO: DIE WELT

Die 115 000 Gulden reichten jedoch nicht aus, um die Schuldenlast zu tilgen. 13 Jahre später kam daher auch die Grafschaft Vaduz unter den Hammer. Fürst Johann Adam griff ein zweites Mal in die Tasche und arrondierte für 290 000 Gulden seinen fernen Besitz, der zwar – vorläufig keine Revenuen brachte, aber dem Haus Liechtenstein politischen Einfluß im Reichstag verschaffte. 1719 wurden die beiden Landesteile vereinigt und von Kaiser Karl IV. zum reichsunmittelbaren Fürstentum erhoben.

Für die Bewohner des frischgebakkenen Fürstentums verbesserte sich zunächst die Lage kaum: Das Fürstenhaus residierte in Wien und Prag; Landvögte drangsalierten das Land „oben am jungen Rhein", das im Schatten der Habsburgmonarchie ein ärmliches Dasein fristete.

Einen ersten Wandel zum Guten brachten die napoleonischen Kriege. Napoleon, unter dessen Regie Liechtenstein dem Rheinbund angeschlossen wurde, festigte die staatlichen Fundamente des Fürstentums: Er garantierte ihm die volle Souveränität. Als souveräner Staat, der Liechtenstein seit dem Edikt Napoleons ist, konsolidierte das Fürstentum in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts seine politische und wirtschaftliche Situation. 1852 wurde mit Österreich ein Zollvertrag unterzeichnet, der sich auf die wirtschaftliche Entwicklung vorteilhaft auswirkte. Diese Entwicklung fand mit dem Ersten Weltkrieg ein jähes Ende. Der Krieg verursachte die wohl einschneidenste Wende in der Geschichte von Fürstentum und Fürstenhaus.

Mit dem Zerfall der k.u.k.-Monarchie bekam das souveräne Land einen neuen Stellenwert für das Fürstenhaus. Liechtenstein nabelte sich von Österreich ab und wandte sich der neutralen Eidgenossenschaft zu. Die außenpolitische Neuorientierung verlief Hand in Hand mit einer innenpolitischen Neuordnung: Das Fürstentum erhielt eine moderne Verfassung; in Liechtenstein begann das Zeitalter der parlamentarischen Demokratie.

In ökonomischer Hinsicht verband sich Liechtenstein mit dem Schweizer Wirtschaftsraum: Der Zollvertrag mit Österreich wurde aufgelöst und durch einen neuen Vertrag mit den Eidgenossen ersetzt; seit März 1923 reicht das schweizerische Zollgebiet bis zur österreichisch-liechtensteinischen Grenze. Und: Am 1. Januar 1924 wurde der Schweizer Franken als gesetzliche Währung eingeführt.

Der wirtschaftliche „Anschluß" an die Schweiz, der sich mit Blick auf das Heute als äußerst segensreich erweisen sollte, blieb zunächst ohne nennenswerte Auswirkung. Mit dem Zusammenbruch von Österreich-Ungarn war das gesamte Sparvermögen des Volkes, 16 Millionen österreichische Kronen, praktisch wertlos geworden. Die flüssigen Mittel der Landesbank beschränkten sich bei Kriegsende auf ganze 40 000 Franken. Landesfürst Johann II., später der Gute genannt, stellte dem Land 550 000 Franken zum Kauf von Lebensmitteln zur Verfügung. Trotz dieser großzügigen Geste konnte die herrschende Not kaum gelindert werden. Arbeit gab es so gut wie keine. Weite Teile der Bevölkerung verdienten sich als Saisonarbeiter im nahen und fernen Ausland karges Brot.

In dieser Zeit allgemeiner Not reifte in den Köpfen einiger findiger Rechtsanwälte eine Idee, die vorerst nur in bescheidenem Umfang realisiert werden konnte, nämlich die Idee, das niedere Steuerniveau Liechtensteins zu lohnendem Geschäfte zu nutzen. Ehe jedoch fachmännisches Know-how und professionelles Geschick solches Geschäft zum Blühen brachten, galt es, die Wirren des Zweiten Weltkriegs heil zu überstehen.

Als Europa unter die Herrschaft der Nationalsozialisten geriet, gab es auch in Liechtenstein braune Sympathisanten, die lautstark für die Sache des Führers eintraten. Dank der besonnenen Haltung des überwiegenden Teils der Bevölkerung und dank der umsichtigen Politik von Fürst Franz Josef II., der 1938 inthronisiert worden war, blieb dem Land ein Anschluß erspart; ja, es blieb von den direkten Kriegsereignissen verschont.

Noch während der Krieg tobte, begann sich in zaghaften Anfängen der künftige wirtschaftliche Aufschwung abzuzeichnen. Der eigentliche Aufschwung setzte ein, als in Europa die Waffen schwiegen und sich die allgemeine Lage beruhigt hatte. Die industrielle Entwicklung, die mit Beginn der 50er Jahre in vollem Umfang einsetzte, gepaart mit einer explosiven Progression auf dem Gebiet des Treuhand- und Bankenwesens, bescherte dem Land eine Prosperität, die das heutige Liechtenstein als eine „Insel der Seligen" erscheinen läßt.

Unter der Regentschaft von Fürst Franz Josef II. erblühte dieses „Steuer-Paradies". Daß dieses Paradies auch in Zukunft gedeiht, ist wohl die Hauptsorge von Thronfolger Hans Adam. Nun: Die Zeichen stehen gut. Liechtenstein kann mit Optimismus in die Zukunft blicken – sofern die Große Politik der Weltmächte keine bösen Streiche spielt.

MANFRED SCHLAPP

Das Fürstentum exportiert Geld und schafft so anderswo Arbeitsplätze

Das Fürstentum Liechtenstein ist kein eigenständiger Finanzplatz. Es ist auch keine Art International Banking Facility des Finanzplatzes Schweiz – trotz der engen Zusammenarbeit beider Länder. Liechtenstein ist souverän, und seine Gesetze, die die Rahmenbedingungen festlegen, entstammen nicht dem schweizerischen Recht. Vielmehr „einer bewußten Strategie des autonomen Fürstentums", wie der Vizepräsident des Direktoriums der Schweizer Nationalbank, Markus Lusser, es formulierte. „Ziel dieser Strategie ist es, ausgewählte Finanzgeschäfte anzuziehen und damit die wirtschaftliche Ausgangslage des Landes zu verbessern." Daher trifft auf (das Binnenland) Liechtenstein am ehesten die Bezeichnung zu, daß es ein Offshore-Finanzzentrum ist.

Das bedeutet, daß die liechtensteinischen Banken mit ihrem Kapital, beziehungsweise dem ihnen anvertrauten Geld, überwiegend vor den „Küsten" Liechtensteins, das heißt im Ausland, aktiv werden. Das Land exportiert Kapital, und schafft so anderswo Arbeitsplätze.

Anders jedoch als im Offshore-Ölgeschäft ist dem Land an einem Rush wenig gelegen. Die fürstliche Regierung begrenzt die Zahl der zugelassenen Banken. Anders als etwa in der Schweiz setzt im Fürstentum die Eröffnung einer Bank die Konzession der Regierung mit Zustimmung des Landtags voraus. Diese Konzession wird nicht erteilt, solange das Bedürfnis dafür nicht nachgewiesen werden kann.

Aber auch das Auslandsgeschäft kann nicht grenzenlos betrieben werden. In den meisten Ländern gelten Reziprozitätsklauseln, so daß das liechtensteinische Kapital vor allem in den westlichen Industriestaaten aktiv ist. Natürlich aber bringt die Tatsache, daß beide Länder die gleiche Währung haben, es mit sich, daß zwischen ihren Finanzmärkten besonders enge Beziehungen bestehen. Unabdingbar ist daher eine gewisse Angleichung des Umfeldes, insbesondere im Bereich der Währungspolitik, aber auch bei der Bankenaufsicht.

Markus Lusser plädiert dafür, daß die Liechtensteiner ihre Aufsicht den Schweizern angleichen vor dem – verständlichen – Hintergrund, daß sonst die Gefahr, „daß regulierte Unternehmungen oder regulierte Geschäfte nach Liechtenstein abwandern", besteht. Ausweichmanöver solcher Art könnten an das Fürstentum eine neue Herausforderung stellen.

E.S.

BODENSEE · LINDAU · BREGENZ · ST. GALLEN · SCHWEIZ · RHEIN · ÖSTERREICH · LIECHTENSTEIN · FELDKIRCH · BUCHS · Vaduz · 10 km · BAD RAGAZ · SCHWEIZ · DIE WELT

LIECHTENSTEIN
Redaktion: H.-H. Holzamer
Anzeigen: Hans Biehl, Hamburg

AUF EINEN BLICK

Liechtenstein

Größe: 160 Quadratkilometer

Einwohner: 27 076, davon 64 Prozent Liechtensteiner, 36 Prozent Ausländer.

Internationale Mitgliedschaften: Europarat, Europäische Freihandelszone (EFTA, Sonderstatus), Europäische Patent-Organisation (EPO), KSZE-Teilnehmerstaat; nicht Mitglied der UNO, aber verschiedener UNO-Sonderorganisationen.

Städte: Hauptort Vaduz mit 4927 Einwohnern; Schaan mit 4697 Einwohnern; Balzers mit 3460; Griesen mit 3043; Eschen mit 2785; Mauren mit 2703 Einwohnern und andere.

Staatsoberhaupt: Fürst Franz-Josef II. von und zu Liechtenstein regiert seit dem 26.7.1938. Seit August 1984 Stellvertreter des Fürsten in Thronfolge Erbprinz Johann Adam Pius.

Volksvertretung: Landtag (Parlament) mit 15 Mitgliedern, gewählt auf vier Jahre, zuletzt am 2.2.1986.

Verfassung: Liechtenstein ist eine konstitutionelle Erbmonarchie auf demokratisch-parlamentarischer Grundlage. Der Aufbau der Verfassung ist dualistisch; die Staatsgewalt ist im Fürsten und im Volk verankert und wird von beiden ausgeübt. Jedes Gesetz bedarf zu seiner Gültigkeit der Sanktion des Landesfürsten. Das Volk genießt ein stark ausgebautes Initiativ- und Referendumsrecht.

Diplomatie: Liechtenstein unterhält eine Botschaft in Bern, geleitet von Prinz Heinrich, dem Bruder des Fürsten. Interessen Liechtensteins im Ausland werden durch die Schweiz wahrgenommen. Das Land hat nichtresidierende Botschafter in Wien und beim Heiligen Stuhl sowie eine Ständige Vertretung beim Europarat in Straßburg.

Wirtschaft: Wirtschaftlich mit der Schweiz verbunden, mit der seit 1923 eine Tollunion besteht. Die Haupteinnahmen Liechtensteins fließen aus Steuern, Zoll, einer hochentwickelten Industrie und im Post-, Telefon- und Telegrafenwesen. Das Bruttosozialprodukt pro Kopf liegt etwa in gleicher Höhe wie das der Schweiz.

Wichtige Adressen

In Vaduz: Presse- und Informationsamt der Fürstlichen Regierung, Regierungsgebäude, FL-9490, Tel.-Nr. 075 / 66 11.

Liechtensteinische Fremdenverkehrszentrale, Postfach 139, FL-9490.

Liechtensteinische Landesbank, FL-9490.

FUSSBALL

Bielefeld ohne Trainer und Vorstand

sid/dpa, **Bielefeld**

„Der Bescheid über meine Entlassung erfolgte ohne jegliche Begründung. Ich bin tief enttäuscht." So reagierte der Fußball-Lehrer Horst Franz (46), nachdem er am Dienstag abend vom Zweitliga-Klub Arminia Bielefeld zum zweitenmal innerhalb von vier Jahren vorzeitig aus seinem Vertrag entlassen wurde. Es ist in der zweiten Bundesliga bereits die fünfte Trainerentlassung in nur 13 Spieltagen. Bis zu Verpflichtung eines neuen Trainers wurde dem bisherigen Assistenten Joachim Krug (31) die Verantwortung übertragen.

Bereits eine Stunde vor der Beurlaubung des Trainers hatten die vier Mitglieder des Vorstandes ihren Rücktritt erklärt. Sie zogen damit die Konsequenzen aus den Querelen der letzten Wochen, in denen sich sportliche Mißerfolge und Unstimmigkeiten innerhalb des Vorstandes gehäuft hatten. Mit 8:18 Punkten steht der ehemalige Bundesligaklub in der Zweiten Liga auf einem Abstiegsplatz. Trainer Franz war Anlaß mehrerer Auseinandersetzungen im Vorstand, der lange Zeit keine Einigung über eine Beurlaubung oder Weiterbeschäftigung erzielen konnte.

Zusätzlichen Konfliktstoff boten die jüngste Affäre im sogenannten „Fall Ticic" und die mit 3,5 Millionen Mark hohe Verschuldung des Vereins. Im Fall Ticic ermittelt bereits die Bielefeld Staatsanwaltschaft. Offensichtlich ist im Zusammenhang mit der Transferabwicklung für den 29jährigen Jugoslawen Boris Ticic ein Betrag von 120 000 Mark veruntreut worden, der als Ablösesumme angegeben wurde, aber nie in Jugoslawien eintraf, weil der Verein gar keine Ablösesumme gefordert hatte. Vor diesem Hintergrund befürchtete das erst im März gewählte Präsidium, daß die Mitglieder der Jahreshauptversammlung am 25. November den Vertrauensbeweis schuldig bleiben würden. Deshalb trat der Vorstand komplett zurück.

„Dies ist die sauberste Lösung. Wir mußten so handeln, um kein Vakuum bei der Jahreshauptversammlung entstehen zu lassen", sagt Präsidentin Gisela Schwert, die als FDP-Politikerin einst Bürgermeisterin in Bielefeld war.

AMATEURBOXEN / Auch nach 19 Jahren als Bundestrainer denkt Dieter Wemhöner nicht ans Aufhören

„Meine Erfahrung gibt mir Motivation und Kraft"

DW/sid, **Bochum**

Er ist der dienstälteste unter allen 115 Bundestrainern: Dieter Wemhöner, gerade 56 Jahre alt und in Berlin geboren, feiert am Rande der 64. Deutschen Meisterschaften in Bochum ein rundes Jubiläum: die 20. Titelkämpfe als Bundestrainer des Deutschen Amateur-Box-Verbandes (DABV).

Seit 19 Jahren ist er im Amt, arbeitet seit dem 1. Januar 1967 hauptamtlich für den DABV. Die Annalen melden den Widerspruch, daß er bereits vier Monate früher mit der Arbeit begann. Nach dem ersten Anstellungsgespräch im April 1966 bei den Deutschen Meisterschaften in Duisburg war der frühere Box-Stilist einige Monate als Honorarkraft für den Verband aktiv.

So lange wie er hat noch kein anderer Bundestrainer in einer Sportart gearbeitet. 19 Jahre Arbeit haben Dieter Wemhöner geformt, haben seine Meinungsbildung geprägt: Wenn Bundestrainer Dieter Wemhöner ins Grübeln kommt, verkündet er eine lupenreine realistische Analyse, aber auch starke Worte, die klare Perspektiven moderat formulieren.

„Vor 20 Jahren rangierte das Boxen noch ganz oben", erinnert sich Wemhöner. „Wir gehörten zur europäischen Spitze und hatten auch eine einflußreiche Lobby." Das andere Freizeiterleben der Jugend ist für den Mann, der die Karriere des Rekordmeisters Peter Hussing (Brachbach) wesentlich beeinflußte, Grund für die heutige Stagnation im Faustkämpferlager.

Erfolge wie sie in früheren Jahrzehnten im deutschen Boxverband üblich waren hat, Wemhöner nichterrungen. „Ich habe gearbeitet, so gut es ging", sagt er. „Aber die Bundesrepublik wie Westeuropa überhaupt, ist kein guter Boden für erfolgreiche Boxer, denn hier kann man angenehmer sein leben verbringen." Der Grund für die Erfolglosigkeit seiner Faustkämpfer wurde eine Zeitlang im Charakter Wemhöners gesucht. Vor den Olympischen Spielen 1972 in München sah es so aus, als wurde der Bundestrainer, der als Aktiver selbst Europameister geworden war, abgesetzt. Sogar das ehemalige Box-Idol Gustav Scholz, genannt „Bubi", bezeichnete ihn als zu weich.

Doch im Ausland, vor allem in Westeuropa, gilt Wemhöner als eine Art Wundermann, als ein exzellenter Experte. Immer wieder erhält er Einladungen zu Vorträgern und Lehrgängen, was ihm allerdings daheim die Klubtrainer, die selbst auf den Bundestrainer-Posten schielen, übel nehmen.



In der Heimat umstritten, im Ausland begehrt: Dieter Wemhöner
FOTO: SVEN SIMON

Seine eigene Aktivenlaufbahn hatte er gegen starken Widerstand seiner Eltern durchgesetzt, hatte ihnen über ein Jahr lang seine sportliche Betätigung verheimlicht und unter dem Decknamen „Höner" geboxt. „Erst als ich nach fünf Kämpfen 1950 Berliner Meister wurde, schenkte ich zu Hause reinen Wein ein", erzählt Wemhöner. „Ich war sehr anfällig für blaue Augen. Erzählt hatte ich, daß ich mir die Veilchen beim Tellertauchen zugezogen hatte."

Seinen eigenen Söhnen ließ Wemhöner mehr Spielraum in ihren sportlichen Betätigungen. Thilo (27) saß im Ruder-Achter, der Deutscher Meister wurde, Jens (25) wurde Berliner Handball-Meister. „Viele Väter versuchen aus ihren Söhnen das zu machen, was sie selbst nicht erreicht haben", sagt Wemhöner. „Es ist sicher genauso verkehrt, aus seinen Kindern das machen zu wollen, was man selbst war."

Als Amateur bestritt Wemhöner 169 Kämpfe. 1953 wurde er in Warschau Mittelgewichts-Europameister. Von März 1957 bis Dezember 1961 absolvierte er als Schützling des Berliner Promoters Fritz Gretzschel 43 Profi-Kämpfe, im Schatten seines Stallkameraden Gustav Scholz.

„Der Einsatz ist wichtiger als das Talent", beurteilt Wemhöner das kränkelnde Image der bundesdeutschen Faustkämpfer nach den EM-Tagen 1979 in Köln, dem letzten Höhenflug des DABV.

Wemhöner gehört schon seit Jahren zu den Mahnern hinter den Kulissen, plädiert dafür, das administrative Gefüge im DABV neu zu gestalten. „Wir müssen professioneller werden", blickt er sorgenvoll in die Zukunft. „Schon in absehbarer Zeit brauchen wir eine Gruppe von Funktionären, die die Ware Boxsport auf den Markt effektiv verkauft."

„Begeisterte Boxer, die motiviert sind, um in ihrer Sportart nach vorne zu kommen", sind für Wemhöner der Athletentyp von Morgen. Konkrete Zukunftspläne schmiedet er nicht mehr. „Ich strotze noch voller Ehrgeiz", sagt er. „Mein hoher Erfahrungsschatz und die Erkenntnis, daß sich die Technik des Boxens immer wieder modifizieren muß, geben mir Motivation und Kraft."

FUSSBALL / B-Mannschaft siegte 3:0 – Spieler fallen Klubs in den Rücken

„Wir werden für Seoul kämpfen"

sid, **Essen**

In der heiklen und hitzigen Debatte um Olympia 1988 suchte die Bundesliga die Kraftprobe mit dem Deutschen Fußball-Bund (DFB). Die Klubs sind nicht bereit, ihre Spieler für eine sogenannte Olympia-Mannschaft abzustellen und machten das Thema zum Konfliktstoff zwischen Vereinen und Verband. Um einen offenen Streit vorerst abzuwenden und um Zeit zu gewinnen, hat der DFB das geplante Olympia-Team vorläufig in B-Mannschaft umbenannt. Nun aber erhielt er überraschende Unterstützung von ganz anderer Seite. Nach dem 3:0-Sieg am Dienstag abend gegen Schweden gingen die Spieler selbst in die Offensive und fielen ihren Klubs in den Rücken.

„Wir wollen nach Seoul und werden deshalb um diese Mannschaft kämpfen. Alle Spieler stehen voll dahinter", sagt der Uerdinger Kapitän Rudi Bommer.

Die nach fünfjähriger Pause neuformierte Auswahl-Mannschaft, die von dem ehemaligen Kölner Bundesliga-Trainer Hannes Löhr betreut wird, machte gleich in ihrem ersten Spiel deutlich, daß sie Zukunft haben kann. Vor 3000 Zuschauern im Essener Stadion an der Hafenstraße führte sie bereits nach 14 Minuten durch Tore von Thomas Allofs (Köln) und Stefan Kuntz (Uerdingen) mit 2:0 und überraschte mit spielerischer Harmonie. In der Schlußminute erzielte Kuntz noch das 3:0. Trainer Löhr war „vor allem mit der ersten Halbzeit sehr zufrieden. Da haben wir überraschend gut kombiniert, obwohl wir nur zwei Tage zusammen waren."

Die beiden Tage hatten Rudi Bommer, der Dortmunder Frank Mill, Christian Schreier von Bayer Leverkusen und auch der Mannheimer Alfred Schön genutzt, um ihre Mitspieler zu informieren. Bommer: „Wir haben allen erzählt, welch ein tolles Erlebnis die Teilnahme an den Olympischen Spielen in Los Angeles war. Auch damals hat im Vorfeld alles von einer Kirmestruppe gesprochen, nachher aber niemand mehr."

Die Spieler wollen nun ihre Vereinspräsidenten von Olympia überzeugen. Bommer: „Es geht nur um die Präsidien, denn die meisten Trainer, das haben wir in Gesprächen herausgefunden, sind dafür. Außerdem kann es sich der deutsche Fußball gar nicht leisten, mit einer zweitklassigen Mannschaft nach Seoul zu fahren."

Gegner in der Ausscheidung wären Polen, Dänemark, Rumänien und Zypern oder Griechenland. Aber bis dahin sind noch einige Schwierigkeiten zu beseitigen. Auf einen harten und kompromißlosen Kurs will sich auch der DFB nicht einlassen. Das bestätigte Schatzmeister Egidius Braun: „Wir werden ruhig, ausgegoren und ohne jede Schärfe debattieren. Aber wenn wir eine Olympiamannschaft aufstellen und die Qualifikation überstehen, muß auch ein gutes Team nach Seoul."

SPORT-NACHRICHTEN

Niederlage für Bayreuth

Bayreuth (dpa) – In der zweiten Runde des Basketball-Europapokals der Pokalsieger droht dem deutschen Vertreter BG Bayreuth das Aus. Der auf nationaler Ebene noch unbesiegte Bundesliga-Zweite verlor das Hinspiel in eigener Halle gegen den belgischen Klub Racing Mechelen vor nur 600 Zuschauern mit 83:85 (42:47). Das Rückspiel findet am kommenden Dienstag statt.

DSB: Kritik an Regierung

Frankfurt (sid) – Scharfe Kritik übt der Deutsche Sportbund (DSB) an der Haltung der Regierung in Fragen steuerlicher Vergünstigungen für Sportvereine und -verbände. Präsidiumsmitglied Karl Hemberger, Experte für Rechts-, Sozial- und Steuerfragen im DSB, wirft der Bundesregierung vor, für die Lösung steuerlicher Probleme gemeinnütziger Sportvereine keinen Beitrag geleistet zu haben.

Kontaktsperre

Mexiko-Stadt (sid) – Verschärfte Maßnahmen gegen die Apartheid-Politik Südafrikas hat der Box-Weltverband WBC angekündigt. Der Verband wird die Kontakte zu Südafrika für die nächsten zwei Jahre abbrechen und hat für den Fall von Verstößen gegen die Kontaktsperre rigorose Sanktionen gegen alle Boxer, Agenten und Veranstalter angekündigt.

Olympia-Bewerber

Hamburg (sid/dpa) – Der Senat der Stadt Hamburg prüft eine mögliche Kandidatur für die Ausrichtung Olympischer Sommerspiele in Hamburg. Mögliche Bewerber für die Sommerspiele der Jahre 2000 oder 2004 sind außerdem das Ruhrgebiet und die Stadt Frankfurt. Als Kandidaten für die Winterspiele 1994 oder 1998 sind Berchtesgaden, München, Garmisch-Partenkirchen und der Schwarzwald im Gespräch.

Sperre für Maczuga

Bochum (sid) – Bogdan Maczuga (Stockstad), Deutscher Amateur-Box-Meister im Bantamgewicht, darf nicht an den derzeit in Bochum stattfinden Titelkämpfen teilnehmen. Er wurde vom Bayerischen Amateur-Boxverband gesperrt, weil er einem Trainingslager ferngeblieben war.

ZAHLEN

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Paris (625 000 Dollar), Einzel, erste Runde: Mayotte (USA) – Zivojinovic (Jugoslawien) 6:3, 6:7, 10:8, Sanchez (Spanien) – Pimek (CSSR) 7:6, 5:7, 6:4, Novacek (CSSR) – Wilkison (USA) 6:1, 5:7, 6:4, Benhabiles (Frankreich) – Mecir (CSSR) 2:6, 7:5, 6:1, Noah (Frankreich) – Gunnarsson (Schweden) 6:4, 3:6, 6:3. **Grand-Prix-Turnier in Hongkong** (200 000 Dollar), Einzel, erste Runde: Krishnan (Indien) – Sadri (USA) 4:6, 6:2, 6:1, Cash (Australien) – Arias (USA) 6:4, 3:6, 6:3, Chesnokow (UdSSR) – Holmes (USA) 6:4, 6:2.

BASKETBALL

Europapokal der Pokalsieger, Achtelfinal-Hinspiel: BG Bayreuth – Racing Maes Pils Mechelen 83:85 (42:47).

FUSSBALL

Qualifikations-Spiele zur 6. Junioren-Europameisterschaft (Unter 21 Jahre): Gruppe 2: Schweiz – Portugal 3:1 (2:0). Gruppe 3: UdSSR – Norwegen 1:0 (1:0). Gruppe 4: Jugoslawien – Türkei 3:0 (2:0). Gruppe 6: Dänemark – Finnland 4:1.

RADSPORT

45. Dortmunder Sechstagerennen in der Dortmunder Westfalenhalle, Endstand: 1. Clark/Doyle (Australien/England) 487 Punkte, 2. Müller/Joho (Schweiz) 455, 3. Kirsten/Hermann (Köln/Liechtenstein) 351. **Amateure**, sechster und *letzter Stundenlauf* über 47 km: 1. Donike/Messerschmidt (Worringen/Stuttgart) 18 Punkte, 2. Günther/Kappes (Berlin/Bremen) 13; 3. Rellensmann/Campana (Dortmund/Worringen) 12. – Abschluß-Klassement: 1. Donike/Messerschmidt 117 Punkte, 2. Günther/Kappes 59, 3. Rellensmann/Campana 95.

TENNIS

Jacques Chirac, ein Eiffelturm und vier Millionen Mark locken in Paris

dpa, **Paris**

Vergeblich wartete Boris Becker am Dienstag auf seinen ersten Einsatz beim Grand-Prix-Turnier von Paris. Die Spiele, die vor seinem ersten Doppel mit Partner Slobodan Zivojinovic stattfanden, zogen sich so sehr in die Länge, daß das Doppel gestrichen wurde. Die Begegnung gegen die Südafrikaner Christo Steyn/Danie Visser wurde auf morgen verschoben. Becker, der nach seinem Sieg in Tokio wieder auf Platz zwei der Weltrangliste steht, bestritt sein erstes Spiel in Paris gestern abend im Einzel gegen den Ecuadorianer Hugo Nunez (das Ergebnis lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor).

Überraschungen blieben in der ersten Runde weitgehend aus. Die Favoriten setzten sich fast ausnahmslos durch. Nur der Tschechoslowake Miroslav Mecir (gegen den Franzosen Tarik Benhabiles) und der Amerikaner Tim Wilkison (gegen den Tschechoslowaken Karel Novacek) schieden überraschend früh aus dem Kampf um die Preisgelder aus.

Gleich bei der Premiere hat das Grand Prix-Tennisturnier in Paris mit Preisgeldern in Höhe von 625 000 Dollar alle anderen übertrumpft. Es ist das höchstdotierte Hallenturnier der Welt. Allein der Sieger wird am Sonntag stattliche 100 000 Dollar einstreichen. Und trotzdem sind die Veranstalter jetzt schon sicher, am Ende schwarze Zahlen zu schreiben.

Die Industrie macht's möglich. Sechs Hauptsponsoren – darunter eine deutsche Bekleidungsfirma – zahlen zusammen bis 1988 jährlich fast drei Millionen Mark für die Werberechte. Und das Fernsehen spielt mit. Der französische Sender „Antenne 2" überträgt insgesamt 25 Stunden. Um den Sponsoren auch etwas bieten zu können, ist in Paris ein besonders außergewöhnliches „Dorf" für die VIPs aufgebaut worden. Sie können auf groben Pflastersteinen (aus Plastik) zwischen dörflichen Häusern mit künstlich abgeblätterten Fassaden oder Pariser Kulisse mit dem Eiffelturm (aufgemalt) unter einem künstlichen Himmel mit künstlichen Sternen lustwandeln und Champagner schlürfen. Allein der Aufbau dieses schick-heruntergekommenen „Dorfes" hat 350 000 Mark gekostet. Aber bei einem Etat von knapp vier Millionen Mark sind die Kosten schon fast gedeckt, ohne, daß überhaupt ein einziger Zuschauer kommt.

Außer den räumlichen Voraussetzungen war in Paris auch der Organisationsstab bereits vorhanden. Genau dieselben Personen, die auch die Offenen Französischen Meisterschaften veranstalten, sind auch bei dem Hallenturnier tätig. Hinter allem steckt der französische Tennis-Verband mit seinem ehrgeizigen Präsidenten Philippe Chatrier, der gleichzeitig Präsident des Welttennis-Verbandes ITF ist. Und noch einer hat seine Finger im Spiel, der Pariser Bürgermeister und französische Premierminister Jacques Chirac. Er ist Schirmherr dieses Turniers, das sich offiziell übrigens „Offene Meisterschaften der Stadt Paris" nennt.

RADSPORT

Neue Erfolge für Sixdays

sid, **Dortmund**

Mit einem zwölfprozentigen Zuschauer-Zuwachs gegenüber dem Vorjahr endete am Dienstag das 45. Sechstagerennen in Dortmund. Die australisch-englische Kombination Danny Clark und Anthony Doyle feierte in der Westfalenhalle ihren zweiten Saisonsieg.

Rund 45 000 Besucher – 5000 mehr als 1985 – bestätigten den Aufwärtstrend der Sixdays. Schon beim Saisonauftakt vor einer Woche in Berlin hatten die Veranstalter ein Plus erwirtschaftet. Während in Berlin durch erhöhte Innenraum-Preise und den Verzicht auf Freikarten-Verteilung 100 000 Mark unter dem Strich als Gewinn standen, kamen auch in Dortmund die Veranstalter trotz eines um 50 000 auf 800 000 Mark erhöhten Budgets auf ihre Kosten.

Die Mehrausgaben für die Verpflichtung des mit seinem Frankfurter Partner Dietrich Thurau enttäuschenden italienischen Stunden-Weltrekordlers Francesco Moser (Platz neun) wurden durch ein verbessertes Unterhaltungsprogramm und zuschauerfreundliche Startzeiten aufgewogen. Dabei machte sich der Verzicht auf das übliche Kirmesprogramm zugunsten niveauvoller Showeinlagen positiv bemerkbar.

Wie in der Vergangenheit war der Samstag mit 13 000 Zuschauern der bestbesuchte Renntag, doch auch der zum „Familientag" erklärte Sonntag lag durch die Verlegung der Startzeit auf 11.00 Uhr (Renn-Ende 19.00 Uhr) über dem bisherigen Schnitt.

Aus sportlicher Sicht sorgten die beiden Schweizer Jörg Möller (25) und Stephan Joho (24) durch ihren zweiten Platz für die größte Überraschung.

EISHOCKEY

Vertagung im Fall Krupp

sid, **Köln**

Der für gestern angesetzte Arbeitsgerichtstermin zwischen Eishockey-Nationalspieler Uwe Krupp (21) und dem Deutschen Meister Kölner EC wurde auf unbestimmte Zeit vertagt. Es kam zwischen beiden Parteien zu keiner Einigung, nachdem der Verteidiger trotz eines bestehenden Vertrages mit dem Kölner EC zum nordamerikanischen Profi-Liga-Club Buffalo Sabres gewechselt war.

Der Kölner EC will nun Verhandlungen mit jenem Vereinsvertreter von Buffalo Sabres aufnehmen, der der Verhandlung vor dem Arbeitsgericht Köln beiwohnte. Die Kölner fordern eine sechsstellige Dollar-Summe für Krupp, der keine Spielerlaubnis besitzt und deshalb von seinem neuen Verein in dieser Saison noch nicht eingesetzt werden konnte.

Der Kölner EC hatte auch einige Spieler geladen, die allerdings im Verlaufe der einstündigen Sitzung nicht vernommen wurden.

Krupp war kurz vor Beginn der Meisterschaftssaison nach Buffalo gewechselt, nachdem er das Vorbereitungsprogramm des Titelverteidigers noch mitgemacht und versäumt hatte, seinen Vertrag rechtzeitig zu kündigen. Der Kölner EC hatte die bisherigen Angebote von Buffalo Sabres in Höhe von 50 000 Dollar abgelehnt. Der Deutsche Eishockey-Bund (DEB) und der Weltverband IIHF haben die Unterstützung in diesem Fall zugesagt.

Sollte es zu keiner außergerichtlichen Einigung kommen, muß ein neuer Arbeitsgerichtstermin anberaumt werden, der allerdings kaum noch in diesem Jahr zustande kommen dürfte.

SPORTHILFE

Beyer steht zu seiner Kritik

sid, **Hamburg**

Harm Beyer, der Präsident des Deutschen Schwimm-Verbandes (DSV), will seine Kritik an der Stiftung Deutsche Sporthilfe aufrechterhalten. „Das Ergebnis der Aussprache zwischen der Schwimm-Nationalmannschaft des DSV und mir am vergangenen Wochenende ist von verschiedenen Seiten so interpretiert worden, als hätte ich mich vollständig revidiert und vor allem meine kritischen Ausführungen anläßlich der 16. Kuratoriumssitzung der Stiftung Deutsche Sporthilfe in Frankfurt uneingeschränkt zurückgenommen", sagte Beyer. Und legte Wert auf die Feststellung: „Diese Interpretation ist falsch und erweckt einen Eindruck, mit dem ich nicht einverstanden bin."

Richtig sei, daß er im Kreise der Nationalmannschaft seine Ausführungen von Frankfurt und seine Haltung gegenüber den Wünschen und Forderungen der Aktiven des DSV erläutert habe: „Nach wie vor bin ich der Auffassung, daß Anlaß besteht, gründlich darüber nachzudenken, ob die Förderleistungen der Sporthilfe immer richtig eingesetzt werden."

Dabei müßten vor allem die Funktionäre über die eigenen Handlungen selbstkritisch nachdenken und dürften nicht so tun, als würden sie alles nur richtig machen. „Ich habe gegenüber den Aktiven der Schwimm-Nationalmannschaft auch klargestellt, daß ich nicht den Eindruck erwecken wollte, daß einer von ihnen zur Zeit Förderleistungen der Sporthilfe bezieht, die nach meiner Auffassung in Frage zu stellen wären. Daraus kann jedoch nicht hergeleitet werden, daß ich meine allgemeine Kritik an der Sporthilfe zurückgenommen hätte."

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

„Ruf nach der Distanzwaffe"

„Ein trauriges Bild"; WELT vom 17. Oktober

Der oberste Polizist im Bundesinnenministerium, Professor Dr. Manfred Schreiber, zeigt Konsequenz – aber nur in einem: in seiner Inkonsequenz. Im WELT-Gastkommentar kritisiert er Hamburgs Nichtbeteiligung an Forschungsarbeiten für Distanzwaffen. Im Juli aber meinte er noch in der Zeitschrift für den Bundesgrenzschutz wörtlich: „Der Ruf nach der Distanzwaffe ist ohnehin ein semantischer Betrug. Die Polizei hat nicht die Aufgabe, angreifende Gewalttäter auf Distanz zu halten, sondern sie hat Gesetzesbrecher aufzugreifen und dingfest zu machen."

Es wäre für den Rechtsstaat ergiebiger gewesen, wenn Schreiber bei dieser Auffassung geblieben wäre. Ein paar Festnahmen in Wackersdorf bei den gewalttätigen Auseinandersetzungen an Pfingsten mit einer anschließenden rechtlich möglichen und rechtlich notwendigen strengen Bestrafung der Schuldigen, wie seinerzeit nach den Krawallen in Krefeld beim Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten, wäre dem Rechtsstaat und dem Rechtsempfinden seiner Bürger dienlicher gewesen als die kurvenreiche Argumentation des Professors aus dem Bundesinnenministerium in Sachen Distanzmittel.

Leider war es noch nie so richtig einfach, bei Schreiber die gerade Linie auszumachen. Auch muß ihm vorgeworfen werden, es mit der Wahrheit nicht so genau zu nehmen, oder es trog ihn die Erinnerung: Seine Kritik an der Gewerkschaft der Polizei, im Falle des Hamburger Kessels seien Exekutivbeamte beschuldigt, aber die Führung verschont worden, ist unberechtigt. Gerade die GdP war es, die Konsequenzen aus dem Versagen der Führung gefordert hat.

Adalbert Halt,
Pressereferent der Gewerkschaft der Polizei

„Verniedlicht"

„Ortega und die Bananen"; WELT vom 24. Oktober

In dem Artikel von Günter Friedländer wurde auf geradezu zynische Weise die Rolle des US-Multis Standard Fruit in Mittelamerika „verniedlicht", ja sogar als soziales Instrument der Entwicklungspolitik hochgelobt.

Die Geschichte dieser Firma und ihres Vorgängers in Zentralamerika ist gespickt mit jahrzehntelangen Korruptionsskandalen, Landenteignungen, politischen Manipulationen, Ausbeutung und krasser Mißachtung der Souveränität jener Länder, wie Nicaragua, Honduras oder Guatemala.

Thomas Pellehn, Leverkusen

Günter Schröder

„Lappas auf Gewerkschaftstag der IG Metall festgenommen"; WELT vom 20. Oktober

Mit Empörung und Wut habe ich die Äußerungen „unseres" Gewerkschaftsvorsitzenden Günter Schröder vernommen. Daß Schröder als Gewerkschaftsvorsitzender seit Jahren dazu neigt, persönliche Ansichten als Basismeinung zu verbreiten, ist man gewohnt. Was er sich diesmal erlaubt hat, ist der Höhepunkt seiner Entgleisungen und ein Zeichen für Geschmack- und Instinktlosigkeit. Ich werde aus der GdP austreten, wenn Herr Schröder jemals wieder ein Vorstandsamt bekommt.

Claus Strobel,
Polizeiobermeister, Hamburg

Kohl und Reagan

„Kohl und Reagan im Wettstreit der Komplimente"; WELT vom 23. Oktober

Sehr geehrter Herr Conrad,

Sorgen Sie bitte für eine andere Berichterstattung wie diejenige über den jüngsten Besuch unseres Bundeskanzlers bei dem US-Präsidenten in Washington. Mir gefällt der darin zum Ausdruck gebrachte Zweckoptimismus, die Schönfärberei, die Hochstilisierung des gesellschaftlichen Beiwerks, als handele es sich um eine Schickeria, absolut nicht. Dafür sind die Probleme, um die es in Wirklichkeit in der großen gegenwärtigen Politik geht, zu schwerwiegend, als daß sie so vordergründig verharmlost werden dürften wie in diesem Fall.

Mag sein, daß einige versteckte „Anspielungen" der Herren Genscher und Wörner nicht der Pikanterie entbehren.

Ich empfinde, offen gesagt, fast mehr Sympathie für Herrn Gorbatschow und seine Befürworter bei der Opposition, weil mir seine Bemühungen um tatsächliche Abrüstung überzeugender erscheinen – jedenfalls im derzeitigen Stadium – als die Position auf seiten des amerikanischen Präsidenten, der erst noch den Beweis echter diplomatischer Leistung erbringen muß.

Hochachtungsvoll
Friedrich-Wilhelm v. Seydlitz und Ludwigsdorf
Hannover

„Burische Argumentation"

„Wenn die Million Schwarzer in Soweto unabhängig sein will – wir stehen ihr nicht im Wege"; WELT vom 20. Oktober

Das Interview mit dem südafrikanischen Präsidenten Botha ist geradezu ein Musterbeispiel für die burische Art zu argumentieren.

1. Frage: „... eine Südafrika-Konferenz einberufen, um Ihre Regierung mit den Schwarzen an den Verhandlungstisch zu bringen. Wie denken Sie darüber?" Antwort erfolgte auf etwas ganz anderes.

2. Frage: „Gibt es keinen Einfluß der Sanktionen auf Ihre Politik?" Antwort auf etwas ganz anderes.

Dies nur zwei Beispiele aus fünf oder sechs klar gestellten Fragen.

Sehr gut ist der deutliche Hinweis von Herrn Gillies: „Eigentlich hatten wir Antworten auf unsere Fragen und weniger Gegenfragen erwartet."

Dafür verstieg sich Botha zu dem verlogenen Satz: „Einige Leute meinen, Reformen für Südafrika bedeuten, Menschen politische Rechte zuzugestehen, die ihrer Ansicht nach keine haben".

Der Präsident spricht dann weiter von politischen, sozialen und wirtschaftlichen Fortschritten und Verbesserungen in vielen anderen Bereichen – aber alles das könne nicht über Nacht kommen.

Dies ist schon zur Standardlüge der National Party geworden, das heißt damit wird Monat für Monat und Jahr für Jahr das Ausbleiben wirklicher, grundlegender Reformen entschuldigt. Jeder, der nach Südafrika fährt, ist jedesmal wieder erschüttert, wie wenig bisher geschehen ist und wie ganz klare Versprechungen der Regierung Botha und auch von dem Präsidenten selbst einfach nicht eingehalten werden.

Bei dem Congress der National Party vor einem Jahr in Port Elizabeth, wo im Unterschied zu diesem Jahr der Präsident immerhin noch in blumigen allgemeinen Phrasen von Reformen sprach, verstieg er sich unter anderem zu folgendem Satz:

„Die National Party ist eine einmalige Partei in der westlichen Welt. 37 Jahre ununterbrochene Herrschaft der Nationalen Regierung in Südafrika gehören zu den längsten dieser Art in der modernen Geschichte parlamentarischer Demokratie."

Kein weiterer Kommentar.

E. v. Ellguth, Bremen

*

Die Apartheids-Probleme Südafrikas sind ein politisches und hochbrisantes Thema. Längst werden ihm die menschenrechtlichen Gesichtspunkte nur noch als Deckmäntelchen umgehängt. Darunter verbergen sich die knallharten Bestrebungen der Sowjets, mit Hilfe des ANC und ähnlicher Gruppen in Südafrika Fuß zu fassen. Leonid Breschnew hat es 1973 selbst gesagt: „Unser Ziel ist, die beiden großen Schatzkammern zu beherrschen, von denen der Westen abhängig ist: die Energieschatzkammer des Persischen Golfs und die Mineralienschatzkammer des mittleren und südlichen Afrika."

Wolfgang Schwartz, Rodgau

*

Sehr geehrter Herr Gillies,

ich möchte mich bedanken für das ausgezeichnete Interview, das Sie mit Herrn Botha hatten, und daß Sie es so objektiv wiedergegeben haben.

Dr. Friedrich Conzen, Düsseldorf

Der Kronzeuge

„Wir schenken dem Mörder Ihres Mannes eine neue Identität"; WELT vom 25. Oktober

Die Bedenken und die Zweifel über die allzu zügig getroffene Kronzeugenregelung sind legitim. Präventivmaßnahmen zur Verhinderung von terroristischen Mordanschlägen, wie zum Beispiel Aufdeckung von konspirativen Wohnungen, bedürfen keiner Kronzeugenregelung nach englischem oder amerikanischem Recht, sondern einer aktiven Kooperation zwischen Bürger und Staat.

Albert Alten, Bardowick

AP-Meldung

„DAG nimmt die Regierung in Schutz"; WELT vom 22. Oktober

Sie geben eine AP-Meldung wieder, die auf der Grundlage eines Interviews erstellt wurde, welches ich am 20. Oktober dieses Jahres der Neuen Presse, Hannover, gegeben habe. Nach Rücksprache mit dem verantwortlichen Redakteur dieser Zeitung hat mir dieser bestätigt, daß der Eingangssatz der AP-Meldung nicht korrekt ist.

Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft hat im Zusammenhang mit der Verhaftung des BGAG-Vorsitzenden Lappas die Bundesregierung nicht in Schutz genommen, sondern von mir ist lediglich in dem Interview darauf hingewiesen worden, daß es nicht die Bundesregierung, sondern ein Amtsrichter in Bonn gewesen ist, der auf Antrag des parlamentarischen Untersuchungsausschusses die Verhaftung von Herrn Lappas veranlaßt hat.

Im übrigen möchte ich darauf hinweisen, daß auch die DAG die Umstände, unter denen diese Verhaftung vorgenommen wurde, für unangemessen hält. Allerdings darf auch niemand, der vor einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß als Zeuge geladen wird, sich so verhalten, wie dieses Herr Lappas in dem vorliegenden Fall getan hat.

Roland Issen,
stellv. Vorsitzender der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft,
Hamburg 36

Wort des Tages

» Wer der Meinung ist, daß man für Geld alles haben kann, gerät leicht in den Verdacht, daß er für Geld alles zu tun bereit ist. «

Benjamin Franklin, amerikanischer Staatsmann und Autor (1706–1790)

Personen

GEBURTSTAG

Der französische Schriftsteller **Henri Troyat**, der eigentlich **Lev Tarasow** heißt, begeht am Samstag seinen 70. Geburtstag. Der in Moskau als Sohn eines begüterten Kaukasiers geborene Autor floh während der Oktoberrevolution mit seiner Familie aus Rußland und kehrte seitdem nie mehr in seine alte Hei-



Henri Troyat

mat zurück. Kindheitserinnerungen, Erzählungen seiner Eltern und Reisen inspirierten ihn zu einem umfangreichen literarischen Werk, das bis heute über 70 Romane und Biographien umfaßt. Außerdem schrieb er Theaterstücke. Zu Troyats Hauptwerken zählen Roman-Folgen über das Ende des zaristischen Rußlands und die Emigration, darunter die Einzelbände „Solange die Welt besteht" und „Fremde auf Erden", sowie die fünfteilige Serie „La Lumière des Justes", die südfranzösische Familiensaga „Vor dem Sturm" und der Zyklus „Und bauten den Kindern kein Haus". Mehrere Romane des Autors wurden für das Fernsehen bearbeitet.

AUSWÄRTIGES AMT

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Kuba wird neu besetzt. Die Bundesregierung schickt Dr. **Goetz-Alexander Martius** als Botschafter nach Havanna. Er wird dort Nachfolger von **Joachim Kampmann**, der Botschafter in Singapur wurde. Martius hatte Romanistik, Anglistik und Völkerrecht studiert. Der gebürtige Göttinger, Jahrgang 1925, war mit dem akademischen Grad eines Dr.phil. 1955 in den Auswärtigen Dienst eingetreten. Erste Auslandsstation war die damalige NATO-Vertretung in Paris. Danach erfolgten Versetzungen nach Caracas, Rom und Bogota. Seit 1983 war Martius Ständiger Vertreter des Botschafters in Brasilia.

VERANSTALTUNG

Mit großer Beteiligung startet am 10. November in Bonn eine dreitägige Deutsch-Israelische Konferenz. Ausgerichtet wird sie von der Deutsch-Israelischen Gesellschaft und ihrem Präsidenten **Erik Blumenfeld**. Unter den Rednern und Teilnehmern sind der erste israelische Botschafter in Bonn, **Asher Ben-Nathan**, der heute Präsident der Israelisch-Deutschen Gesellschaft ist, Professor Dr. **Herbert A. Strauss**, Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin, der deutsche Botschafter in Tel Aviv, **Wilhelm Haas**, und die Vorsitzenden der jeweiligen Parlamentariergruppen, im Deutschen Bundestag **Annemarie Renger**, in der Knesset **Dov Ben-Meir**. Zu den Rednern gehören auch Professor Dr. **Michael Wolffsohn**, Dozent für Neuere Geschichte an der Bundeswehr-Hochschule in München, und der Staatsminister im Auswärtigen Amt **Lutz Stavenhagen**. Israels Botschafter in Bonn **Yitzhak Ben-Ari** wird am ersten Konferenztag zu einem Empfang in seine Residenz einladen. Zu den Themen der Konferenz werden die deutsche Nahostpolitik gehören und Fragen des bilateralen Verhältnisses. Die Deutsch-Israelische Konferenz wird in diesem Jahr zehn Jahre alt.

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Uwe Zimmermann**, Professor für Mathematik an der Universität Trier, hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Angewandte Mathematik an der Technischen Universität Braunschweig erhalten.

EHRUNGEN

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) hat in Bonn zehn Forscher beziehungsweise Forschergruppen als neue Leibniz-Preisträger benannt. Sie können damit in den nächsten fünf Jahren jeweils bis zu drei Millionen Mark für ihre Forschungsvorhaben abrufen. Die Preisträger sind: Dr. **Gerhard Abstreiter** (München), Professor **Knut Borchardt** (München), Professor **Nils Claussen** (Hamburg), Professor **Bernd Giese** (Darmstadt), die Forschungsgruppen Professor **Wolfgang A. Herrmann**/Professor **Hubert Schmidbaur** (München), Professor **Günter Hotz**/Professor **Kurt Mehlhorn**/Professor **Wolfgang Paul** (Saarbrücken), Dr. **Erwin Neher**/Dr. **Bert Sakmann** (Göttingen), Professor **Friedrich A. Seifert** (Bayreuth), Professor **Rudolf Thauer** (Marburg) und Dr. **Hans-Peter Zenner** (Würzburg).

*

Noch vor der Deutschland-Premiere des Abonnement-Fernsehens „Teleclub" am Samstag in Hannover (WELT vom 29. 10.) überreicht Niedersachsens Ministerpräsident **Ernst Albrecht** morgen den ersten mit 10 000 Mark dotierten „Teleclub"-Filmpreis. Diese neue Auszeichnung soll nach dem Willen der drei „Teleclub"-Gesellschafter Taurus Film, Axel Springer Verlag und Bertelsmann den deutschen Film fördern, wobei inhaltliches und darstellerisches Niveau ebenso zu den Bewertungskriterien gehört wie der Erfolg beim Publikum. Der erste Preisträger ist die Frankfurter Schülerin **Radost Bokel**, die Darstellerin der Titelfigur im deutschen Kino-Hit „Momo".

*

Der österreichische Dichter **Erich Fried** (65) erhält die Carl-von-Ossietzky-Medaille 1986 der Internationalen Liga für Menschenrechte. Die von der West-Berliner Sektion der Liga gestiftete Medaille wird dem Autor „für sein Engagement gegen Unmenschlichkeit" verliehen. Fried, der seit 1938 in London lebt, erhält die Medaille am 14. Dezember in Berlin.

GESTORBEN

Der frühere Leiter der Landesstelle für Aussiedler, Zuwanderer und ausländische Flüchtlinge in Unna-Massen, **Gustav Stöcker**, ist im Alter von 66 Jahren gestorben. 36 Jahre – von 1945 bis 1981 – war er für Übersiedler aus Mitteldeutschland, Vertriebene, Aussiedler und Heimatlose erster Anlaufpunkt in der Bundesrepublik Deutschland. Mehr als eine Million Menschen sind in diesen Jahren an ihm vorübergezogen, mehr als eine Million Schicksale. Seine Stärke war die unbürokratische Hilfe, die er jedem ohne Unterschied, gleich welcher Volkszugehörigkeit und gleich welcher Religion zuteil werden ließ. 1945, zurückgekehrt aus der Kriegsgefangenschaft, hatte er im Hauptdurchgangslager für Flüchtlinge in Siegen seine Arbeit aufgenommen. 1951 wurde er stellvertretender Leiter des Lagers, nachdem dieses nach Unna-



Gustav Stöcker

Massen umgezogen war. Von 1963 bis zu seiner Pensionierung 1981 war er der Leiter in Unna-Massen. Auch danach war Gustav Stöcker bis kurz vor seinem Tod aktiv in der Flüchtlingsbetreuung tätig. Die Bezeichnung Lager hatte er nie gemocht. Er hatte immer gehofft, daß das „Lager", das größte seiner Art in Westeuropa, eines Tages überflüssig werde.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky. Bonn: Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann, Wilhelm Furler (stellv.); Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Foto: Hans-Wilhelm Höft; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanns Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Helmut Breuer, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klära Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Horst-Alexander Siebert; Johannesburg: Monika Germani; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Gerd Brüggemann.

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement DM 27,10 einschließlich Zustellkosten und 7% Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. In Österreich ÖS 330 über Morawa & Co., Wien. In Großbritannien DM 49,10 (als Luftpost-Abo am Erscheinungstag). Luftpost-Abonnement weltweit: Preis auf Anfrage. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 65 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 15 gültig ab 1. 10. 1986, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 51.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Kozlak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

Der „Suchbaum" für den Wein zum Essen ist da

Salz liebt die Restsüße

Welchen Wein reicht man, um Himmels willen, zu gebratenem Fasan mit Holunderbeeren? Oder zu geschmorter Lammbrust mit Tomaten- und Basilikum-Soße? Einen älteren roten Bordeaux? Oder lieber eine kräftige, trocken ausgebaute Riesling-Spätlese aus dem Rheingau? Das sind schlaflose Nächte für Gastgeber. Daß die uralte Faustregel „Roter Wein zu rotem Fleisch" (und umgekehrt) längst nicht mehr fein genug ist, zumindest aber dem Universum vielfältigster Gaumen- und Zungenreize aus moderner Küchen- und Kellerkunst nicht mehr gerecht wird, hat sich herumgesprochen. Aber wie denn sonst?

Kenner neigen meist dazu, ein sorgsam gehütetes Geheimnis, ein Ritual daraus zu machen, nach dem



Motto: Fast alles ist gut und erlaubt, es kommt nur darauf an, wer es wie *und vor wem zelebriert.* Die ganze tiefe Weisheit um Wein und Essen für jedermann handlich und griffbereit im Taschenbuchformat zu präsentieren, dazu gehört gewiß ein Schuß Unbefangenheit. Man sieht die Koryphäen schon ihre hochsensiblen Nasen rümpfen.

Aber vielleicht mußte nur einmal einer damit anfangen. Und es *hat* einer damit angefangen, und zwar einer aus der Mitte der Zunft: der in Trittenheim an der Mosel ansässige Autor und Weinbuchverleger Winfried Heinen. In seinem neuen Buch „Essen und Wein" behandelt er alle die heiklen Fragen, und er stützt sich dabei (und auch da werden die Experten sich wohl entrüsten) auf die Erfahrungen – mit der Welt der Computer!

Heinen teilt die Weine kurzerhand in sechs typische Geschmacksgruppen ein. Und von jeder unter den Tausenden möglicher Gerichte tastet er sich dann nach der Methode des Computer-Suchbaums (einer Kette von Entweder-Oder-Entscheidungen) bis zu der passenden Weingruppe vor. Das Ganze ist im Grunde furchtbar einfach. Man muß nur mit der Eingruppierung der Weine einverstanden sein und sie so tief verinnerlichen, daß man jeden Wein in seinem Keller automatisch der richtigen Gruppe zuordnet, ohne lange probieren zu müssen.

Die sechs Gruppen charakterisiert der Autor folgendermaßen:

1. Trocken/leicht/säurebetont
2. Trocken/neutral
3. Trocken/ausdrucksvoll/kräftig
4. Halbtrocken/leicht/fruchtig
5. Mild/fruchtig
6. Edelsüß/intensiv.

Heinen orientiert sich ausschließlich an deutschen Weinen. Der Kenner wird sofort in Gruppe 1 den typischen Mosel- oder Rheingau-Riesling und in Gruppe 6 die Beeren- und Trockenbeerenauslesen ausmachen. Aber im Prinzip lassen sich auch die *ausländischen* Weine mühelos einordnen. Die typischen französischen und italienischen Weißweine gehören in der Regel in Gruppe 2, die Rotweine in Gruppe 3.

Einige Grundkenntnisse gehören freilich dazu. Daß der Wein zum Essen keinen Kontrast, sondern Harmonie herstellen sollte, ist allgemein bekannt. Weniger bekannt ist, daß z. B. salzige Speisen unter Umständen sehr gut zu einer leichten Restsüße im Wein, nicht aber zu betonter Säure passen. *Und ein Geschmack von Süße im Wein* muß gar nicht mit einem meßbaren Restzuckergehalt (und natürlich erst recht nicht mit Zuckerung) zusammenhängen, sondern er kann auch aus besonders niedrigem Säurewert oder hohem Alkohol- und Glyceringehalt stammen.

Heinen, der übrigens Jahr für Jahr in der Weinernte mitarbeitet, um den Kontakt zu den Dingen nicht zu verlieren, weiß natürlich, daß er mit seinem Suchbaumsystem auch (vielleicht nicht immer ganz unberechtigten) Widerspruch der Experten ernten wird. Auch heftiger Streit zwischen Restaurantgästen mit dem Heinenschen Suchbaum in der Hand und erfahrenen Weinkellnern ist denkbar. Zur Sicherheit liefert der Autor den Protest seiner potentiellen Gegner gleich mit: Kurzparodien dessen, was wohl die führenden Gastronomiepäpste dazu sagen werden. Die Herren Päpste werden sich also etwas Besonderes einfallen lassen müssen.

JOACHIM NEANDER

Winfried Heinen: „Essen und Wein – Was schmeckt ideal wozu?" Verlag Heinen, Trittenheim, 110 S., 19,80 Mark.



Die Suche nach Bedeutung ist vergeblich: Ausschnitt aus Franz Hitzlers Tryptichon „Ohne Titel" (1982), aus der Münchner Ausstellung FOTO: KATALOG

Auf unbequemer Konfrontation: Franz Hitzler in der Münchner Staatsgalerie

Malen mit dem Mut zur Stillosigkeit

Franz Hitzler macht es sich, aber nicht den Betrachtern seiner Bilder leicht. „Ohne Titel" verkündet in der Münchner Staatsgalerie moderner Kunst beharrlich ein Schild. So muß sich, wer diesen Gemälden gegenübertritt, selbst den Kopf zerbrechen, was der Künstler wohl gemeint haben könnte. Denn eindeutig sind die Werke nicht.

Die Veranstalter haben dem Besucher *allerdings einiges voraus.* Sie wissen, wie man die Bilder sehen soll. „Die Konsequenz, mit der Franz Hitzler verdrängte und unbewußte Lebenszusammenhänge erfragt und auf unbequeme Konfrontation geht, machte seine Sonderstellung innerhalb der jüngeren Kunstszene aus. In den sowohl abstrakt als auch figural expressiven und konstruktiven Zeichensetzungen geht er allen Formalisierungen mit dem Mut zur Stillosigkeit aus dem Weg." So steht es im Katalog.

Nun ist Stil einerseits eine deskriptive Kategorie der Kunstgeschichte, andererseits eine – positiv gewertete – Form des Umgangs mit den Mitmenschen. Stillosigkeit war in beiden Fällen bislang nichts Rühmenswertes. In der Kunst bezeichnet man damit einen Eklektizismus, dem die Kraft fehlt, aus heterogenen Elementen Eigenes, Neues zu schaffen. Das gilt, obwohl das Katalog-Vorwort seine Wortwahl sicherlich nicht so verstanden wissen will, auch für Franz Hitzler.

Die Ausstellung umfaßt seine Bilder der letzten zehn Jahre. 1975 malte der damals 29jährige Masken, die Einflüsse von Ensor und der Gruppe Cobra vermischten. Es sind Traumphantasien, vielleicht subjektive Traumata, ohne sichtbaren Realitätsbezug. In der folgenden Zeit schmelzen diese Masken zu Rundköpfen mit oval aufgerissenem Mund und Kreisaugen zusammen, die auf den Körpern von Strichmännchen sitzen. Zuerst noch deutlich von einem grauen oder schwarzen Hintergrund abgehoben – da reichen sich dann Soutter, Dubuffet und Penck die Hand –, bald aber tauchen sie in einem Farbgewoge unter, das von Gelb und einem hellen Rot beherrscht wird.

Anfang der achtziger Jahre war dem Maler dann offensichtlich eine normale rechteckige Leinwand zu konventionell. Zuerst schneidet er Dreiecke und Kreise aus und stellt eine bemalte Plastik aus Draht und Holz vor das schwarz-weiße Diptychon. Zugleich versucht er die Bildfläche durch monochrome Flächen, Dreiecke und Vierecke, zu gliedern. Doch bald verläßt er die Ansätze der Regelmäßigkeit, klebt ausgeschnittene Teile, Latten und Preßspanplatten über Eck und über den Rand auf den Malgrund. Die Strichmännchen runden sich zu papierumwickelten Drahtfiguren, die auf diesen farbfreudigen Assemblagen fixiert werden.

Wer in der Katalogprosa geübt ist, wird leicht „Existentielles" in alle diese Bilder hineindeuten. Nur zwingend herauszulesen ist es nicht.

PETER DITTMAR

Bis 16. Nov.; Leverkusen, Schloß Morsbroich, 28. März bis 31. Mai 1987; Katalog 20 Mark; im Buchhandel, Hirmer Verlag, 38 Mark

Bremen: Tage für zeitgenössische französische Musik

Die Suche nach Klang

Bis vor kurzem unterschied sich das Institut Français in Bremen durch nichts von den anderen 18 Kulturinstituten dieser Art in Deutschland: Vorrangiges Ziel war die Verbreitung der französischen Sprache. Genau das aber war für den rührigen Bertrand Espouy, der das Bremer Haus seit 1982 leitet, zu wenig. Er gründete – ein einmaliger Fall unter den Instituts Français in Deutschland – vor drei Jahren sein eigenes Musikfestival, die „Musiktage der zeitgenössischen französischen Musik". Trotz schwierigster finanzieller Verhältnisse steigern sich bei diesem Festival Umfang und Bedeutung von Jahr zu Jahr.

So bestanden die Musiktage '86 nicht nur aus – teilweise hochkarätigen – Konzerten, erstmals hatte Espouy auch ein Kolloquium organisiert, bei dem sich deutsche und französische *Komponisten* über das Thema „Nationalismus und Kosmopolitismus" die Köpfe heiß redeten. Obwohl bei dieser Unternehmung nicht übermäßig viel herauskam – zu groß war bei den komponierenden Rednern die Verlockung der Selbstdarstellung –, wurde ein unumstrittener Konsens schnell deutlich: daß nämlich der zentrale Satz im Programmheft ganz einfach falsch ist. Er lautete: „Es gibt keine französische Musik ... Stockhausen ist der deutsche Boulez, Boulez der französische Stockhausen."

Natürlich gibt es da Unterschiede, und zwar nicht nur zwischen diesen beiden Großen, sondern überhaupt zwischen französischem und deutschem Komponieren. Man braucht gar nicht unbedingt Mentalitätsunterschiede bemühen, die in der Tat schwer zu fassen sind. Die Ursachen für die verschiedenen Schreibweisen sind manchmal höchst simpler Natur: *In Deutschland* gibt es eine Vielzahl von Orchestern, die Kompositionsaufträge vergeben – kein Wunder, daß entsprechend viele neue Orchesterwerke entstehen.

In Frankreich hingegen stellt das Pariser Ircam-Institut im Centre Pompidou, die vielleicht wichtigste Einrichtung des Landes für zeitgenössische Musik, den Komponisten auch noch die kompliziertesten elektronischen Gerätschaften zur Verfügung – die Folgen sind fast zwangsläufig Kompositionen, die sich auf die eine oder andere Art mit den Klangmöglichkeiten der avancierten Elektronik auseinandersetzen.

Tristan Murail, Jahrgang 1947, ist einer der Komponisten, die im Mittelpunkt der Bremer Musiktage standen. Sein Werk verdeutlicht diesen Trend beispielhaft. In dem ihm gewidmeten Konzert wurden fünf seiner Kompositionen aufgeführt: In den beiden gewichtigsten ist Elektronik mit im Spiel, in ausnahmslos allen geht es um neue Spieltechniken, um die Erweiterung des klanglichen Horizonts. Zum Vergleich: *Der etwa* gleichaltrige Wolfgang Rihm hat in seinem umfangreichen Gesamtwerk noch kein einziges Mal elektronische Klangerzeuger eingesetzt. Jens-Peter Ostendorf, Kolloquiumsteilnehmer und selbst Komponist, brachte es auf eine bündige Formel: „Für die französischen Komponisten ist ‚Recherche' der zentrale Begriff; also alles, was mit der Erforschung neuer Klänge zu tun hat."

Ostendorfs These bewahrheitete sich auch noch in einem anderen Konzert: Auch das Thema des Wahlfranzosen Vinko Globokar ist die Erweiterung des Klang-Repertoires – bei ihm allerdings auf höchst vergnügliche und spielerische Weise. Hier wird nun wirklich auf jede nur erdenkliche Art Musik gemacht. Vom klingelnden Telefon über alle möglichen Klopfgeräusche bis hin zu den entlegensten vokalen Darbietungen – Nichtklangliches ist Globokar fremd. *Vielleicht* ist er sogar der idealtypische Vertreter für diese Art von Klangkompositionen: weil es in Werken wie etwa „Par une forêt de symboles" um nichts anderes als diese Klänge und ihre möglichst ulkige Wirkung geht, weil hier andere kompositorische Probleme wie zum Beispiel das der Form völlig an den Rand gedrängt sind.

Natürlich sind solche verallgemeinernden Beschreibungen nationaler Kompositionsstile nicht ungefährlich und in gewisser Weise sogar falsch – es wird immer Gegenbeispiele geben; und natürlich spielt für die Einschätzung des jeweils anderen Schreibstils der eigene Blickwinkel eine entscheidende, manchmal wohl auch fatale Rolle.

Der Komponist Claude Ballif formulierte das so: „Solange ich in Paris lebte, galten meine Werke als hart und düster. Später kam ich nach Berlin, und dort stellte man an genau denselben Werken plötzlich ihre Leichtigkeit und Spritzigkeit fest – sie waren eben typisch französisch."

STEPHAN HOFFMANN

ZDF-Wanderung durch das gefährdete Gebirge

Mondlandschaft Alpen?

Sind die Alpen von der Umarmung durch die „weiße Industrie" tödlich bedroht? Auf die Sportler, Wander- und Alpenvereine, die Naturschützer und Kraxelfexe wirken sie wie ein Magnet. Die wie Ebbe und Flut an- und abrollende Menschenwoge richtet Verheerungen an: Tritt- und Schleifspuren in der Vegetationsdecke, Erosionsschäden, Zertrampelung ganzer Biotope, Artenflucht und -tod. Noch zerstörerischer ist die „Aufputzung" der Landschaft mit Infrastruktur für die Touristenheere: Straßen, Hotels, Zweitwohnungen, Lifte sowie Kraftwerke,

Zu Fuß über die Alpen – ZDF, 22.05 Uhr

Sportstadien, Einkaufszentren überkrusten inzwischen die Alpen.

Aber selbst damit noch nicht genug: Hinzu kommen die tückischen „Sekundärlasten" wie Abwässer, Müll, vor allem aber: Abgase und Emissionen von Zuliefer- und Dienstleistungsindustrien. In zunehmendem Maße untergraben gerade diese Belastungen die eigentlichen Erholungs- und Schutzfunktionen des ohnehin kränkelnden Bergwaldes. Wenn es nicht gelingt, sie unter Kontrolle zu halten, können sie sich zum ärgsten Job- und Lebensraum-Killer im Alpenraum entwickeln.

Fachleute wie der Göttinger Forstpolitiker Professor Rolf Zundel malen apokalyptische Visionen an die Wand: Lawinen, Bergstürze, Hochwasserkatastrophen, Vermurungen, Trinkwassernot und Klimabrüche würden dem Absterben der Bergwälder folgen. Die Alpen könnten zu Mondlandschaften wie die Gebirgszüge am Mittelmeer verkarsten und für immer unbewohnbar werden.

„Mit Erschließungen neuer Skigebiete muß Schluß sein", fordert die Alpenschutzkommission (in Vaduz). Eine Streitmacht europäischer Naturschutzverbände hat der Verhunzung der Alpen zu einem affigen „Skizirkus" den Kampf angesagt. Vom Touristenverein „Die Naturfreunde" bis hin zur ARGEALP, der Gipfelkonferenz der Alpenländer, haben Dutzende von Verbänden ihr Bekenntnis für die Erhaltung der Alpen abgelegt – aber die Macht der Nutzungs- und Verwertungswünsche, die Gier der Privatinteressen, die Renommiersucht der Provinzbürgermeister gehen über alle Vorschläge hinweg.

So war auch die Bewerbung Berchtesgadens für Olympia 1992 (und 1994?) zum Zankapfel zwischen Naturschützern und Tourismuslobby geworden. Daß dabei auch mit gespaltener Zunge geredet wird, zeigte die Stellungnahme des Verbandes für Angewandte Geographie: Er sah „das Schicksal des Nationalparks Berchtesgaden auf dem Spiel" – und forderte doch zugleich, daß „im Zeichen der fünf Ringe die bislang immer wieder auftretenden chaotischen Verkehrs- und Parkverhältnisse durch entsprechende Baumaßnahmen nachhaltig verbessert werden". dg

Was macht Baßbariton Willy Schneider (81)?

Wein in Kölner Kellerbar

Beinahe wäre aus Willy Schneider, dem Troubadour vom Rhein, einer geworden, der im ererbten Metzgerladen in Köln-Ehrenfeld fragt: „Darf's etwas mehr sein?" Er hat nämlich das Handwerk seines Vaters erlernt, aber seiner Gesangskünste wegen die Metzgerschürze als Geselle an den Nagel gehängt. Welch ein Glück für mehrere Generationen! Ihnen hat Willy Schneider per Radio, Schallplatte, Film und Fernsehen sorgenvertreibende, *rheinisch-fröhliche* Gesangserlebnisse geschenkt.

Vor 55 Jahren begann die Karriere des heute 81jährigen Baßbaritons. Zwar kann man nicht erwarten, daß er bei der inzwischen bereits flügge gewordenen dritten Generation „in" ist, aber hören und sehen kann auch



Heute in „Und die Musik spielt dazu" (ZDF, 19.30 Uhr): Schneider

sie ihn in der Sendung zu Ehren des 1982 gestorbenen Schlagertexters und Musikproduzenten Kurt Feltz.

Man merkt nicht, daß der Volkssänger Willy Schneider zeit seines Lebens von kaum bezwingbarem Lampenfieber gepackt ist. Aber ein Profi seiner Klasse schafft es, dennoch gelassen rheinische Volkslieder anzustimmen oder zu seufzen: „Man müßte nochmal zwanzig sein ..."

Willy Schneider, dem in den letzten Jahren schwere Krankheiten und Operationen nicht erspart blieben, lebt mit seiner Frau Hanny zurückgezogen in Köln-Junkersdorf. Der Hundefreund und Hobbygärtner züchtet Rosen und liebt Plaudereien mit Freunden in seiner Kellerbar.

Deutschlands Winzer, deren Reben er jahrzehntelang hingebungsvoll besungen und gar in dem Film „Schütt' die Sorgen in ein Gläschen Wein" verschnulzt hat, hätten ihm längst ein Denkmal setzen müssen. Doch was soll's? Schneider, der weder im „Knaur", noch im großen „Meyers Lexikon" steht, lebt im Herzen von Millionen Menschen. Seine Lieder sind auf 1000 Schallplatten geprägt.

Er wurde mit „Goldenen Schallplatten", Gedenkmedaillen und dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse geehrt. Tourneen führten ihn in alle Welt, aber wie sein Freund Willi Ostermann, dessen karnevalsseligen Lieder er berühmt machte, wäre er doch immer und auf dem schnellsten Weg „zu Fuß nach Kölle" gegangen.

GÜNTER RUDORF

KRITIK

Pankows Breker

Er ist schon ein eigenartiger Künstler, der Bildhauer Fritz Cremer, führender Repräsentant der „DDR". Das ZDF stellte ihn zu später Stunde vor: **Es ist genug gekreuzigt worden.** Er ist – 1906 im westfälischen Arnsberg geboren – kürzlich 80 geworden. Und kein bißchen weise: Der „idealistische Jungkommunist aus dem Ruhrgebiet", wie er sagt, der früh „ins rote Berlin" kam und 1936 (!) den Staatspreis erhielt – für eine Skulptur, auf der eine Weinende getröstet wird und die er „Gestapo" nannte –, ist seinem frühen Glauben treu geblieben. Trotz allem, was geschah. Trotz allem, was man über Stalin und seine Epoche erfuhr, trotz der Bevormundung durch einen Staat, für den Kunst vor allem anderen Agitprop ist, Agitation und Propaganda.

Cremer hat sich nicht gesträubt, als es in diesem Staat galt, nichtssagende „Arbeiterdenkmäler" zu schaffen, die entschlossen im Ausdruck und mit schwellenden Muskeln wirken. Seine Kunst ist für „die Leute" bestimmt, sagt er – und er sagt immer verächtlich „Leute", nie „Menschen" –, und *sie ist nie von der Gestalt her gedacht,* sondern immer zuerst vom Inhalt, vom unkünstlerischen Begriff der „Aussage". Deswegen hält er auch Henry Moores – fraglos ergreifende – Zeichnungen der vor deutschen Raketen Schutzsuchenden in Londons U-Bahnschächten für dessen größtes Werk.

Er glaubt eben immer noch an den Sozialismus, er glaubt immer noch an Brecht. Und er glaubt, der Mensch müsse „vom Kreuz erlöst werden". So schafft er allen Ernstes Plastiken und Zeichnungen, auf denen Christus herabsteigt vom Kreuz und es zerbricht. In einer Form, die in Hitlers „Haus der Deutschen Kunst" unangefochten ihren Platz gehabt hätte. Man weiß gar nicht, was „die Leute" immer gegen Arno Breker haben. K. B.

Heil bis geil

Schon der Titel von Norbert Paul Engels Film **Aufbruch zum U(h)rsprung** (ARD) deutete an, daß hier eine Art biographischer Quellenforschung betrieben wurde. Ungerer kehrte vor der Kamera in seine Heimat zurück, ins Elsaß. Die Kriegszeit hatte Schatten auf die Familie geworfen. Dann paßte den Lehrern der Akzent des Jungen nicht. Schulabgang vor dem Abitur; der Besuch auf der Kunstakademie wurde frühzeitig beendet. „Subversiv und pervers" sei seine Originalität, schrieb ihm ein Lehrer ins Zeugnis.

Zeichnend machte Ungerer das Beste daraus. Zwei Triebkräfte nannte er: „Begeisterung und Disziplin". 24jährig brach er nach New York auf. Von dort gab es viele positive Stimmen im Film. Von seinem widersprüchlichen Naturell – „zwischen geiler und heiler Welt" – konnte der Film aber nur wenig vermitteln, von einem Typen, der mit Schweinchen Kinder entzückt, mit fantastischen Befriedigungsmaschinen die Sexualität der Erwachsenen sublimiert, biedermeierliche Illustrationen so beherrscht wie die mondänste Linie.

Der „schwierige" Ungerer kam etwas zu kurz, denn der Künstler – oft selbst Voyeur – verweigerte den Einblick. Und auch das Eigentliche, die Arbeit, kam zu kurz. Die Produktion an Cartoons und Büchern, die Ungerer geschaffen hat, ist enorm, dennoch hätte man gerade hier gern noch mehr gesehen. Ob Ungerer, der für Europa (durch Diogenes) erst in den USA entdeckt wurde, nun tatsächlich, wie der Titel der Sendung behauptete, „zwischen den Kulturen" steht, mag man bezweifeln.

Die Einsicht des Films bestand darin, daß Ungerer eine gehörige Portion Vergangenheit mit sich herumträgt; daß er jene Quellen, die ihm selbst erst spät erkennbar wurden, beinahe pfleglich behandelt. PHG

ARD

9.45 Info: Arbeit und Beruf
10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.23 Österreich – Deutschland
Fußball-Länderspiel

15.50 Tagesschau
16.00 Café in Takt-Extrakt
Ausschnitte aus dem Jahr 1980
Mit Liesbeth List, Donna Hightower, Peter Petrel, Tamas Hacki, Marianne Mendt, Sonja Prunnbauer, Ana Belen
Moderation: Peter Horton
16.45 Die Kinder vom Mühlental
Vogelscheuchen
Groschny ist verschwunden
17.10 Kein Tag wie jeder andere
Der Hecht im Karpfenteich
Von Bernd Strobel
17.35 Der Clown im Hinterhof
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Pro und Contra
Thema: Meldepflicht für Aids?
21.00 Der 7. Sinn
21.03 Extratour
Live-Unterhaltung aus Bremen
22.30 Tagesthemen
23.00 Kornelia
Fernsehspiel von Wim ten Haaf
Nach dem Bühnenstück „Clic-Clac" von J. Abramow-Newerly
Am 12. Juni 1960 erhält Kornelia von ihren drei Ex-Gatten Orchideen. Denn dieser Tag hat in ihrer aller Beziehungen Bedeutung: Ihre beiden ersten Männer heiratete sie am 12. Juni, von ihrem dritten ließ sie sich an diesem Tage scheiden. Zuerst attackieren sich die drei Ex-Ehemänner; dann aber machen sie gemeinsam gegen Kornelia Front.
0.20 Tagesschau
0.25 Nachtgedanken
Epikur: Über die Tugenden

ZDF



11.55 Känguru
12.40 Umschau
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

16.00 heute
16.04 Bühnenzauber (5)
Am Beispiel seines „Parsifal"-Bühnenbildes, das er für Karajan realisierte, erläutert Günther Schneider-Siemssen die Wirkung von Beleuchtungstechniken auf naturalistische Dekoration.
16.35 Verkehrsarena
Teststrecke für den Herbst
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Gast: Ludwig Baumann
17.45 Der rosarote Panther
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.20 S. Y. Arche Noah
Liebe und Lissabon
19.00 heute
19.30 Und die Musik spielt dazu
Erinnerungen an Kurt Feltz
Moderation: Dieter Thomas Heck
Mit Peter Alexander, Freddy Breck, Roberto Blanco, Heinz Hellberg, Ernst Hilbich, Steven Kimbrough, Franz Lambert, Bill Ramsey, Willy Schneider, Western Union, Heinz Gietz, Cindy & Bert, Margot Eskens, Lotti Krekel, Catarina Valente, Sylvia Vrethammar
21.00 Kinder Kinder
„Ich werde es mal nicht leicht haben als Mädchen."
Buch, Regie: Ute Wagner-Oswald
21.45 heute-journal
22.05 Zu Fuß über die Alpen
Wanderung durch eine beschädigte Landschaft
22.50 Telemotor
Automagazin mit Harry Valerien
23.35 Der Fleischergeselle oder Schwarzmarkt in Palanka
Tschechischer Spielfilm (1981)
1.05 heute

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Invasion vom Mars
Amerikanischer Spielfilm (1953)
21.35 Filmtip
21.45 Wolfgang Graf Berghe von Trips
Porträt von D. Oeckl, H. Tholen
22.15 20. Hofer Filmtage
23.00 Nachrede zum „Namen der Rose"
23.30 Nachrichten

NORD
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Christothek
Rock-Gospel-Show
19.15 Wildnis Ostafrika (2)
Ugandische Nationalparks
20.00 Tagesschau
20.15 Lina Braake
Deutscher Spielfilm (1975)
Mit Lina Carstens, Fritz Rasp
Regie: Bernhard Sinkel
21.55 Berliner Ansichten
22.45 Weibliches Sprachverhalten

HESSEN
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.35 Was tun mit der Zeit?
19.20 Hessenschau
19.55 Drei aktuell
20.00 Zum Teufel mit dem Reichtum
Italienischer Spielfilm (1946)
21.25 Autoreport
M wie Motorrad
21.30 Drei aktuell
21.45 Kulturkalender
22.15 In bester Gesellschaft
Fernsehserie
23.00 Es war 1801
Karl Baedeker wird geboren

SÜDWEST
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Dingsda
19.00 Abendschau/Blick ins Land
19.26 Sandmännchen
19.30 Seine Exzellenz bleibt zum Essen
Italienischer Spielfilm (1961)
21.05 Aktuell/Neues
21.15 Politik/Ausgefragt/Treffpunkt
21.45 Sport unter der Lupe
22.30 Musikladen: Eurotops
23.15 Denkanstöße

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Susanna süß wie Sahne
Italienischer Spielfilm (1957)
20.25 Flash Gordon (12)
Ming, der Gnadenlose
20.45 „Mit diesem Luther nicht"
Fernsehspiel von F. van der Kooij
21.15 Hilfe für die Brüder
Besuch in Papua-Neuguinea
21.30 Rundschau
21.45 Für Allah sterben
Im Iran von heute
22.30 Z. E. N.
22.35 Im Gespräch
23.20 Rundschau
23.25 Ein Liebesfilm
Ungarischer Spielfilm (1970)

SAT 1

15.35 Indian River
Joe Two Rivers
16.00 Drei Mädchen, drei Jungen
Erste Liebe
16.25 Die Waltons
17.10 Lou Grant
Indianer
Anschließend: Landung auf dem Dach der Welt
18.00 Josh
Kreuzwege
18.30 blick
18.45 Treibstoff
Aktuelles Motor-Magazin
19.45 Die Reise nach Marrakesch
Deutscher Spielfilm (1949)
Mit Luise Ullrich, Maria Holst, Paul Dahlke, Grethe Weiser
Armande, die sich von ihrem Mann vernachlässigt fühlt, sucht Ablenkung in Amouren. Unter ihren Liebhabern befinden sich auch Großspekulant Orliac und Kunstmaler Jacques Bertal. Gefährlich wird es in Marrakesch.
21.30 blick
22.15 Lektüre ist angesagt
Kurt Meisel liest Friedrich Torberg
22.45 Hawaii Fünf-Null
Die Waffe fehlt
23.30 blick



19.00 Notenschlüssel
Musik mit Peter Wapnewski
19.45 Touristik-Tip
20.00 Tagesschau
20.15 Moses und Aron
Film von Jean-Marie Straub und Danièle Huillet nach der Oper von Arnold Schönberg
22.00 Königliche Hochzeit
Amerikanischer Spielfilm (1951)
Mit Fred Astaire, Peter Lawford
Regie: *Stanley Donen*
23.30 Nachrichten



18.00 Mini-ZiB
18.10 Sport-Zeit
19.00 heute
19.20 Studio
19.30 Derrick
Der Mann aus Kiel
20.30 Rundschau
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Das ist Elvis
Amerikanischer Dokumentarfilm
23.25 Nachrichten



18.15 Starmix/Regional 7
18.35 Komm doch mal in die Küche
Alles mit Bohnen –
18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 Gilbert-Becaud-Special
19.55 Mini-Max
Auch Roboter sind Menschen
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Du darfst nicht länger schweigen
Deutscher Spielfilm (1955)
22.10 RTL-Spiel
22.15 Nachrichten
22.25 Popeye und Freund Brutus
22.30 Neu im Kino
23.15 Wetter/Horoskop/Betthupferl
23.30 Wall Street Final

Sitzplätze, vorgewärmt

P. F. R. – Kölns Schauspiel hat zum Saison-Auftakt vier bestenfalls problematische Premieren geboten. Das ist keine Bilanz, die dazu animieren könnte, in die Spendierhosen der Stadtväter weitere Taschen einzunähen. Darauf sind aber die Bühnen unter dem Szepter von Klaus Pierwoß angewiesen. Die künstlerische Seite entspricht mittlerweile nämlich voll der finanziellen. Hier wie dort tun sich Defizite auf.

Köln hat dabei inzwischen sogar eine Rekordmarke gesetzt. Der Zuschußbedarf liegt im Schauspiel, rechnet man ihn auf die vorhandenen Plätze und die Zahl der Aufführungen um, höher als in der traditionell wesentlich teureren Oper. Wer sich dort für eine „Tosca" oder „Carmen" niederläßt, wird aus dem Steuersäckel mit 130 Mark subventioniert. Steht dem Besucher eher der Sinn nach Lessing (oder Fugard), so findet er seinen Sitz noch kräftiger vorgewärmt. 168 Mark schlagen vorab zu Buche – das sind über dreißig Prozent mehr als im Vorjahr.

Nun hat sich diese schlimme Kassenlage nicht erst jetzt entwickelt. Die Opern-Subventionen waren bereits 1984 vom Schauspiel übertroffen worden, und damals regierte ja zu Köln am Rhein noch einige Monate lang der inzwischen nach Hamburg abgewanderte Jürgen Flimm. Er streitet mit dem früheren Arbeitgeber darüber, um wieviel er seinen Etat überzogen hat. War es eine Million oder weniger? Aber auf diesen Ausgangspunkt kann sich Pierwoß schwerlich berufen. In der Kunst, das Zuschuß-Tempo immer weiter zu beschleunigen, darin zumindest ist er unbestritten König.

Lessings Nathan fragt listig, ob die Wahrheit denn eine Münze sei. Ersetzt man den Begriff durch „Schauspiel", so muß man nicht nur in Köln, sondern landauf, landab die lediglich rhetorisch gemeinte Frage seit geraumer Zeit ernstnehmen und bejahen. Wie lange kann der eine oder andere Bühnen-Catilina, frei nach Cicero, die Geduld mißbrauchen? Es muß ja nicht gleich heißen: Wer zahlt, schafft an.

Was bringt die „documenta 8" im kommenden Jahr?

Neue Kunst soll's sein

Am 12. Juni 1987 öffnet in Kassel die „*documenta 8*" ihre Tore. Um dem Ereignis schon jetzt gebührende Aufmerksamkeit zuteil werden zu lassen, luden die Kasseler zu einer Pressekonferenz ein, bei der erstmals das Konzept erläutert werden sollte. Doch wenn etwas Schule gemacht hat, dann ist es Rudi Fuchs, der Leiter der „documenta 7", der alle Fragen nach Konzepten mit dem Hinweis abwimmelte, eine Ausstellung müsse man sehen, könne sie aber nicht beschreiben – und vorher schon gar nicht.

Auch Manfred Schneckenburger, künstlerischer Leiter der „documenta 8", blieb weitgehend im allgemeinen, wenngleich er anmerkte, man wolle die „Theorieexzesse und -krämpfe der 5. und 7. documenta" vermeiden. Vielmehr sei es die Absicht, die „Kunst der Gegenwart so zu zeigen, wie sie ist". Obwohl bereits achtzig Prozent der – höchstens 150 – Künstler, die eingeladen werden sollen, feststehen, geizte Schneckenburger mit Namen, aus denen sich am ehesten noch das Programm hätte ablesen lassen. Nur daß Beuys an zentraler Stelle vertreten sein wird, gab er preis, erwähnte Kiefer, Morris, Longo und Astrid Klein, die im Fridericianum präsentiert werden, und nannte Serra, Rückriem, Thomas Schütte, Trakas, Kawamata und einige wenige andere, die im Freien auf der Wiese vor der Orangerie oder in der Stadt plastische Objekte realisieren sollen.

Der Generalnenner der „documenta 8" wird die „Kunst der achtziger Jahre" sein. Man will sich auf Werke beschränken, die in den fünf Jahren seit der letzten documenta entstanden sind, wobei „neue Kunst" nicht unbedingt mit „junger Kunst" identisch sein muß. Einem Stilbegriff wollte Schneckenburger diese Entwicklung jedoch nicht zuordnen. Allenfalls sieht er eine „neue kulturelle, historische und soziale Dimension" gespiegelt. Auch bestünde nicht die Absicht, die Kunst nach Medien oder Gattungen zu gliedern. Jedes Kunstwerk solle sich in einem „integrierten Erlebnisraum" entfalten können.

Neu wird bei der „documenta 8" die Einbeziehung der Architektur und des Designs sein. Ein Dutzend Architekten sollen jeweils einen eigenen Raum gestalten, jedoch nicht als ein Museum ihrer Pläne und Entwürfe, sondern als Szenographie ihres idealen Museums. Bei den Designern ist an Entwerfer gedacht, die – vorwiegend bei Prototypen von Möbeln, Lampen und Armaturen – den Übergang von der Skulptur zum Benutzbaren umspielen. Und schließlich werden eine Videothek mit 50 abrufbaren Bändern und eine Audiothek, die akustische Kunstwerke von Lautréamont, Schwitters, Page, Rühm u.a. anbietet, Teil der Dokumenta-Inszenierung sein. Außerdem wird es zur Eröffnung und an sechs Wochenenden Performances geben sowie ein eine Reihe von Sonderprogrammen des Kasseler Theaters, die von der Beziehung zwischen darstellender und bildender Kunst ausgehen.

Der Gesamtetat beträgt 7,8 Millionen Mark, wovon etwa 7,15 Millionen unmittelbarer Ausstellungsetat sind (Davon werden jeweils rund 2 Millionen für Personalkosten und für die Kunstwerke, die erst am Ort entstehen, erforderlich sein). Allerdings gibt es noch einige Projekte, bei denen man auf Sponsoren oder Mäzene hofft, weil sie aus dem documenta-Etat nicht zu realisieren sind. Dazu gehören eine Brücke über den verkehrsträchtigen Steinweg zwischen Fridericianum und Orangerie, ein Buchladen, den Oswald Mathias Ungers entworfen hat, und mehre Freiplastiken. Bisher geht die Kalkulation von 350 000 Besuchern aus (378 000 waren es bei der „d 7"), hofft jedoch, um Defizite zu vermeiden, auf 400 000 zahlende Gäste.

PETER JOVISHOFF

Kurt Hübner wird 70

Auf kleiner Flamme toll gekocht

Seine folgenreichste, beste, seine glücklichste Theaterzeit hatte Kurt Hübner, der heute 70 Jahre alt wird, sicher in Bremen bewirkt und gefunden. Es war in den Jahren von 1962 bis 1973. Ihm war es gelungen, die Stadt an der Weser, die bis dato nun wirklich nicht ein Theater ihr eigen nennen konnte, das über eine wackere Provinzialität hinausgekommen wäre, zu einem Brennpunkt überregional wirksamer Lebendigkeit zu machen.

Plötzlich sprach man von einem „Bremer Stil". Die bundesdeutsche Kritik war geradezu gezwungen, der Bühne am Bremer Goetheplatz bei fast jeder neuen Premiere beizuwohnen. Seine junge Truppe wurde bei jedem Berliner Theatertreffen eingeladen, bestaunt und bejubelt.

Hübner wirkte wie ein Magnet auf neue Talente. Er hat Peter Stein, hat Zadek, hat Minks, hat den düsteren Grüber und den wilden Rainer Werner Fassbinder an sein abgelegenes Haus gefesselt. Er hat Schauspieler wie Bruno Ganz, Edith Clever, Jutta Lampe, Hannelore Hoger, Margit Carstensen an seine Bühne gezogen und sich dort entwickeln lassen. Er war der Ziehvater einer ganzen Bühnengeneration. Er hat deutlich Theatergeschichte gemacht. Noch im Rückblick wirkt es wie ein kalkuliertes Wunder. Seine so üppig begabte Truppe hat sich später dann, nach einigen Wanderungen und Umwegen, an der Berliner Schaubühne konsolidiert. Hübner selber mußte nach einigen, heute schier idiotisch scheinenden Querelen mit den örtlichen Kulturinstanzen Bremen verlassen.



Der deutschen Bühne neue und wichtige Wege gewiesen: Kurt Hübner FOTO: BUHS/REMMLER

Er übernahm die Freie Volksbühne in Berlin, die seit ihrer Gründung, 1949, fast dauernd vom Pech verfolgt war und schon mehr als ein Dutzend Intendanten verschlissen hatte. Er hat das Haus geordnet. Er hat die fatalen Vorbedingungen dieses volksbühneneigenen Privattheater dann doch festigen können. Er mußte auf kleiner Flamme kochen. Er hat – mit wechselndem Glück – selber oft genug inszeniert.

Wenn es ihm gelang, Noelte oder Zadeck oder Neuenfels freizukämpfen und sie an seinem Hause arbeiten zu lassen, hat er viele glorreiche Inszenierungen möglich gemacht. Aber die Wichtigkeit seiner Bremer Zeit hat er nicht wieder erreicht. Die Umstände standen gegen ihn. Vor wenigen Wochen resignierte er. Er übergab die Intendanz an Hans Neuenfels.

Er ist aus der neueren Theatergeschichte nicht wegzudenken. Er hat der deutschen Bühne viele unverhoffte, frische, nachwirkende Wege gewiesen. Man muß es ihm danken.

FRIEDRICH LUFT

Die drei Tschechen und das zerstörte Sudetenland

Hier war Ephesos, dort Pergamon . . .

Drei in der Tschechoslowakei lebende Autoren haben – aus begreiflichen Gründen unter Pseudonym – ein bemerkenswertes Buch über das Sudetenland und seine Bedeutung für die deutsch-tschechischen Beziehungen geschrieben. Was da jetzt unter dem Autorennamen „František Jedermann" in deutscher Sprache herausgekommen ist, gehört wohl zu den interessantesten Essays, die je über Geschichte und Gegenwart Böhmens, das bis zur Katastrophe des zweiten Weltkrieges die gemeinsame Heimat – um nicht zu sagen: sogar das gemeinsame Vaterland – von Deutschen und Tschechen war oder doch hätte sein sollen, geschrieben wurden (František Jedermann: „Verlorene Geschichte. Bilder und Texte aus dem heutigen Sudetenland". Aus dem Tschechischen von Joachim Bruss. Bund-Verlag Köln. 176 S. 24 Mark).

Die Autoren sind, wie gesagt, bewußte Tschechen, aber weit von jedem Chauvinismus entfernt. Aus dem mit vielen Photographien illustrierten Band – die Bilder vermitteln den Eindruck des Verfalls, aber auch des ökologischen Raubbaus in einem auf tragische Weise „in Unordnung" geratenen Lande – können auch und gerade die Deutschen vieles über die Geschichte und die Bedeutung der böhmischen Länder lernen.

„Der sprichwörtliche deutsche ‚Drang nach Osten', das war nicht nur das Eindringen von Eroberern, die Waffe in der Hand. Es war auch die Expansion verfeinerter Kultur und Zivilisation in weniger entwickelte Gebiete", schreibt František Jedermann. Bis zum 19. Jahrhundert seien die böhmischen Konflikte nicht durch die jeweilige Nation, sondern durch ganz andere Frontstellungen bedingt gewesen: etwa den Widerspruch zwischen dem absolutistischen Herrscher und den Ständen, den sozialen oder auch religiösen Gegensätzen.

„Auch die Vertreibung ist ja eine Art Endlösung"

Erst 1848 hätten sich Deutsche und Tschechen zum ersten Mal als nationale Feinde gegenübergestanden, schreibt Jedermann. Zur Situation am Ende des 19. Jahrhunderts meint er: „Die böhmischen Deutschen begannen sich unglücklicherweise nach dem Wilhelminischen Deutschland umzuschauen und die Tschechen unglücklicherweise nach Rußland und Frankreich."

Die selbständige Tschechoslowakei, die 1918 „eher durch die Gunst der siegreichen Großmächte als aufgrund systematischen tschechischen Bemühens" entstanden sei, habe dann die böhmischen Deutschen insgesamt diskriminiert. Das Recht auf Selbstbestimmung, auf das sich die Tschechen für sich selbst beriefen, sei den Deutschen in Böhmen vorenthalten, zugleich aber auch eine neue, übernationale böhmische Synthese versäumt worden: „Das Sprachengesetz und seine praktische Anwendung brachten den böhmischen Deutschen viel größere Schwierigkeiten, als es die waren, gegen die sich die Tschechen unter dem Szepter Habsburgs wehren mußten."

Die deutsche Okkupation habe dann die „Saat von Angst und Haß" gesät. František Jedermann schreibt über das Jahr 1945: „Die Tschechen nutzen nun die günstige Nachkriegssituation und – verjagen fast drei Millionen böhmischer Deutscher aus ihren jahrhundertealten Siedlungen, um so (hinter dem Schutzschild der Zustimmung der Siegermächte) auf ihre Weise die gespenstische nazistische Idee einer ‚Endlösung' – allerdings nur durch Vertreibung – zu realisieren. Erinnern wir uns: Das taten keineswegs Kommunisten, sondern Tschechen. Wenn ein tschechisches Gewissen existiert und wenn es etwas belastet, dann ist es unter anderem auch dieses."

Ohne Achtung der Natur siegen die Goldgräber

Die Autoren sprechen Deutschen und Tschechen gleichermaßen das „unselige" Verdienst zu, daß nun in den mitteleuropäischen Raum Kräfte eindringen konnten, die Mitteleuropa definitiv zerstörten: Was sei heute aus den böhmischen Ländern geworden – und was aus Deutschland? In das verlassene Sudetenland seien nach 1945 meist „entwurzelte und nicht verankerte Menschen" eingeströmt. Darin und zugleich in der Verschmelzung von extremem tschechischen Nationalismus mit einem totalitären Regime sehen die Autoren die wichtigste Ursache für den traurigen Zustand, in dem sich das „Grenzland" heute befände.

Die Quellen des Gemeinschaftslebens seien versiegt, klagen die Autoren. Man könne sich, so erklären sie, keine dauerhafte Heimat in Häusern aufbauen, deren ursprüngliche Bewohner sie unfreiwillig verlassen mußten. Es gebe in diesem Grenzland ein „Nichtrespektieren" der Ordnung der Natur – und daraus ergebe sich auch der Schlendrian und die Goldgräbermentalität der Ausbeutung. Und dann gebe es darüber hinaus die Grenze selbst, eine Monstrosität für sich, wie sie früher nie bestanden hatte: „Sie wird von der verdrahteten Barriere gebildet, die vom Zusammenfluß der March und Donau bis zum Ausläufer der Asch mit nichtisoliertem Hochspannungsdraht verstärkt ist."

Trotz allem aber sei Böhmen – Bohemia – „unser gemeinsames Land gewesen", stellen die Autoren schließlich wehmütig fest – ein Land, das ursprünglich keinen Nationalhaß gekannt habe. Dazu Fran tišek Jedermann:

„Diese Welt, deren Ordnung dem ungestörten Zusammenleben beider Völker Böhmens günstig war, ist unwiderruflich vorbei. Ihre steinernen Zeugen veröden und gehen dahin. Ich irre durch dieses Land und betrachte die Ruinen von Hasenstein und Riesenburg, die toten Steingehäuse der Klöster von Osseg und Braunau und auch den abgefallenen Putz von Rotenhaus und Eisenberg. Ich komme mir vor wie ein Liebhaber des christlichen Altertums, der durch Kleinasien geht und sich sagt: Also hier war Galathien, hier Ephesos und dort Pergamon . . .

CARL GUSTAF STRÖHM



Zurück zu Botticelli: „Venus und Galatea" (1868/78) von Edward Burne-Jones (1833-1898), aus der Ausstellung in Rom FOTO: KATALOG

Im Geist der Präraffaeliten: Edward Burne-Jones

Malerträume von gestern

Gegen den offiziellen Akademismus, gegen die Konvention des viktorianischen Zeitalters, gegen die sozialen Übel und Konflikte der Industrialisierung, für die Wiedererwekkung einer ursprünglichen Kunst, inspiriert von der Natur: Diesem Ziel der Präraffaeliten verschrieb sich auch Edward Burne-Jones, obwohl der englische Maler der Richtung offiziell nie angehörte.

Die Präraffaeliten, zu denen sich die Maler William Holman Hunt, Dante Gabriel Rossetti und John Everett Millais 1848 in England zusammenschlossen, wollten in der Kunst in die frühe Renaissance und in das Mittelalter, also in die Zeit vor Raffael, zurückgehen und sich vor allem von deren angenommener Naturtreue inspirieren lassen. Daraus ergab sich oft ein strenger, minutiöser Realismus. Außerdem beeinflußten die Präraffaeliten gegen Ende des 19. Jahrhunderts Art Nouveau, den Liberty-Stil und den Jugendstil.

Edward Burne-Jones wurde 1833 in Birmingham geboren, das damals geradezu ein Symbol des Industriezeitalters war. Er wurde Schüler Dante Gabriel Rossettis. Erfüllt von der italienischen Kunst des 15. Jahrhunderts, übertrug Burne-Jones seine melancholischen Träume in gesuchte Farben. Insgesamt 150 seiner Werke sind jetzt in Roms Galleria d'Arte Moderna zu sehen.

Während die Präraffaeliten mit ihrer symbolistischen Kunst im Geiste der italienischen Maler vor Raffael, etwa Mantegna und Botticelli, die zeitgenössische Kunst erneuern wollten, entwickelte Burne-Jones zusammen mit dem Maler und Schriftsteller William Morris dieses Konzept weiter, ausgehend von der Rebellion gegen die technische Zivilisation des viktorianischen Zeitalters und dessen blinde Anbetung des technischen Fortschritts. Burne-Jones malte märchenhaft-verträumte Bilder in gedämpften Farben nach mittelalterlichen oder antiken Sujets. Viele seiner Arbeiten gelten als Vorläufer des Jugendstils.

Der Brite tat sich schwer, mit seiner Zeit auszukommen, dem England der Dampfmaschinen, der düsteren Fabriken und Bergwerke, der Gaslampen und Eisenbahnen. So schuf er sich mit seinen Kollegen eine andere Welt, die zu einer eigenen Kunstrichtung geriet und eine Brücke zwischen der italienischen Renaissance und der nordeuropäischen Kunst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts darstellt. Seine Vorbilder erlebte Burne-Jones vor Ort auf mehreren Italienreisen.

In England stand Burne-Jones weiterhin unter dem starken Einfluß Rossettis, aber auch der Dichter Robert Browning formte ihn, der in seinen Werken italienisches Kunstempfinden neu verstand. Burne-Jones setzte diese Einflüsse in Bilder um, denen jede schroffe Aktion fehlt. Das Statische der Szenen wird durch häufige parallele Anordnung der Personen unterstrichen, und im Gegensatz zu manchen Werken der Präraffaeliten fehlen ganz süße und kitschige Elemente.

Seit der Jahrhundertwende sank der Bekanntheitsgrad des Malers, besonders im Ausland. Das hat sich in den letzten Jahren geändert, was sich auch im höheren Marktwert ausdrückt, den inzwischen seine Werke erreicht haben. Unvergessen blieb der Maler in England unter anderem wegen einer insularen Kuriosität. Eines seiner weiblichen Modelle hatte besonders geformte Füße – zwei Zehen neben dem großen Zeh waren länger als dieser. Bald galt diese Fußform, die auf einigen Gemälden auftauchte, als besonders elegant und wurde (und wird bis heute) „Burne-Jones-Toes" genannt. Heute werden weniger die Zehen als das Gesamtwerk des bedeutenden Malers wieder ins rechte Licht gerückt. (Bis 23. Nov.; Katalog, Mazzotta Editore, 35 000 Lire.)

JÜRGEN VORDEMANN

Mit Celi in die Tempel fernöstlicher Weisheit

Das Rückgrat verkrümmende und die Kniekehlen strapazierende niedrige Sitzgelegenheiten machten den Münchner Philharmonikern ihre erste Japan-Tournee zuweilen zur argen Strapaze. Das sind eben die Erfahrungen, aus denen die Münchner klug werden müssen für die Zukunft. Lehrgeld wird auf jeder Tournee bezahlt. Aber natürlich bewältigte das ehrgeizige Orchester, jedenfalls in musikalischer Hinsicht, die Herausforderungen dieser so wichtigen nicht nur mit achtunggebietender Disziplin, sondern meist sogar mit enthusiastischem Engagement.

Nachdem die Nordamerika-Tournee des Orchesters im vergangenen Herbst von Lorin Maazel geleitet wurde, war diese Japan-Reise zugleich auch die erste große Übersee-Tournee der Münchner unter ihrem legendären Chef Sergiu Celibidache. Das muß man sehen: Auf dem Weltmarkt der Musik sind die Münchner Philharmoniker als Orchester noch längst nicht etabliert; ihre derzeitige Attraktivität beruht vor allem darauf, daß sie Celibidaches Instrument sind.

Als Musiker der Weltelite wurden sie in Japan erwartet und, speziell in den größeren Städten, auch gefeiert. Spalierstehende Enthusiasten applaudierten oft noch lange nach dem Konzert am Bühnenausgang jedem Musiker einzeln wie ganz großen Stars. Das tröstete über den frustrierenden Beginn rasch hinweg.

Das war passiert: Keineswegs pädagogische Gründe, wie vorgegeben, sondern steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten veranlassen in zunehmendem Maße Prestige-Colleges, hochqualifizierte Orchester „einzukaufen". Dabei haben sie vorher ihren Zöglingen nicht die geringste Handreichung gegeben, wie einem solchen musikalischen Ereignis zu begegnen wäre. Für ein solches Konzert hatten sich auch die Münchner verpflichten lassen. Fällt ein derartiges „Schulkonzert" dann auch noch in eine Reihe von Feiertagen, dann bleibt so mancher Sitz im Saal leer. Währenddessen tummelten sich im luxuriösen, mit teurer, aber nicht unbedingt guter Kunst ausgestatteten Foyer, lustlos die Jugendlichen. Bedauerlich, daß derartige Konzerte nicht einer speziell den Musikstudenten zugänglich gemacht werden, sondern allenfalls als Unterricht in Sachen „gesellschaftliches Ereignis" gelten können. Denn die Preise pro Konzertkarte liegen zwischen 100 und 200 Mark. Zweieinhalb Stunden Unterricht in einer Tokioter Akademie für Darstellende Kunst und Musik sollten diesen Fauxpas gewissermaßen wieder ins Lot bringen.

Celibidache machte den Versuch, mit der Hilfe von drei nicht unbedingt als Dolmetscher zu bezeichnenden, ihm assistierenden Japanern, ein Schulorchester in die 8. Symphonie von Schubert einzuführen. Auf die Stimmung kommt's bei „Celi" besonders an. So lehrte er jede Orchestergruppe erst einmal ausführlich, wie sie ihre Instrumente spielbereit zu machen hätten.



Der Klangmagier zeigte sich generös: Münchens GMD Sergiu Celibidache FOTO: TANDY

Während der oft und öfter wiederholten Takte des Beginns der Sinfonie hatten die Studenten ihre liebe Not, den Ansprüchen von Sergiu Celibidaches Hoher Schule des Hörens auch nur im Ansatz zu genügen. Mit heftiger Insistenz wies der manchmal engelsgleich geduldige, meist aber nervös-aggressive Maestro auf unverzeihliche Fehler hin. Um so erstaunter waren wohl alle Anwesenden, als Münchens zunächst verzweifelt wirkender Generalmusikdirektor abrupt verkündete: „Ich werde mit Ihnen eine Symphonie einstudieren, benötige aber mindestens einen Monat dazu."

Die falschen Einflüsse amerikanischer und auch deutscher Musikpraxis durch sein Beispiel des Musizierens ohne virtuosen Nachdruck, dafür „im reinen Bewußtsein" (Celibidache) differenziertester und klarster Durchdringung einer Partitur zu korrigieren, dazu war Celibidache nach Japan ausgezogen. Gebannte Zuhörer dankten ihm dafür. Selten sah man bei einem teilweise mondän wirkenden Publikum so viele staunend beglückte Kinderaugen.

Wenn man in zwölf Tagen sechsmal die 4. Sinfonie Schumanns und Mussorgskijs „Bilder einer Ausstellung" (in der Instrumentation Ravels) in akustisch total unterschiedlichen Räumen gehört hat, kommt man sich wie ein Wanderer durch eine witterungsbedingt ständig leicht veränderte, unterschiedlich beleuchtete Landschaft vor – eine faszinierende Erfahrung.

Die Japaner schienen es nicht anders zu empfinden, und so konnte Celibidache resümieren: „Wir haben erreicht, was wir wollten." Ob freilich dieser Kreuzzug lange nachwirken wird, steht dahin. Japan steht bei der europäischen Musik ganz im Bann der perfektionistisch gedrillten Darbietung, die der verständnisinnigen, von langem kulturellem Erbe durchdrungenen Interpretation weniger Gewicht beimißt. Eben dieses Erbe an europäischer Musikkultur vermittelt Celibidache wie vielleicht kein zweiter Dirigent heute. Davon haben die Japaner wohl einiges gespürt, davon könnten sie für die Zukunft profitieren.

URSULA HÜBNER

JOURNAL

Neue Strophen des Nibelungenlieds entdeckt

lz. München

Bei der Durchsicht alter Katasterbände, die im Keller des Bayerischen Staatsarchivs in München lagern, wurden mehrere Fragmente des Nibelungenlieds entdeckt, die zum Teil eine neue Lesart des mittelalterlichen Heldenepos liefern. Das Pergament wurde um 1300 beschrieben und in der Mitte des 17. Jahrhunderts als Einband für eine Sammlung von Verbriefungsprotokollen des Pflegegerichts Rosenheim verwendet. Außerdem wurden auf dem Einband eines Katasterbuches aus Ingolstadt Reste eines Evangeliums entdeckt, das nach den ersten Prüfungen aus dem 8., wenn nicht sogar aus dem 6. Jahrhundert stammt. Stellt sich seine Echtheit heraus, wäre dieses Pergament eines der ältesten Stükke des Münchner Staatsarchivs.

Strehler inszeniert „Dreigroschenoper"

SAD, Paris

Brechts „Dreigroschenoper" in der Inszenierung von Giorgio Strehler ist das Pariser Theaterereignis der Saison. Am 31. Oktober ist Premiere im Théâtre Musical de Paris. Die Italienerin Milva als Jenny, die Deutsche Barbara Sukowa als Polly und Österreichs Staatsschauspieler Michael Heltau als MacHeath sind die Stars in dem Werk mit der Musik von Kurt Weill. Die Produktion geht anschließend auf Tournee nach Mailand, Rom und Wien.

B. Taverniers Film „Round Midnight"

DW. Bonn

Bertrand Taverniers Film „Round Midnight", der gestern abend in deutscher Erstaufführung das Berliner Jazz-Fest eröffnete, ist jetzt auch in den Kinos der Bundesrepublik zu sehen. Er war einer der Höhepunkte der letzten Biennale von Venedig (s. WELT vom 11. September 1986). Der Film (Musik: Herbie Hancock) spielt in der ausgehenden Ära des Bebop und erzählt von einem alten, längst aufs Abstellgleis geratenen schwarzen Musiker, der in Paris noch einmal für kurze Zeit an frühe Erfolge anknüpfen kann.

Basler Museum für Völkerkunde neueröffnet

DW. Basel

Mit der Eröffnung der beiden Dauerausstellungen „Zaire – Masken und Figuren" (Katalog: 19 sfr) sowie „Gravierte Steinplatten aus der West-Sahara" ist das Museum für Völkerkunde in Basel nach einem längeren Umbau jetzt wieder in allen Teilen zugänglich. Es umfaßt nun das Alt-Ägypten-Kabinett, vier Ozeanien-Säle sowie Räume mit Beispielen der Kultur Balis, des indianischen Amerika, der indischen Gußtechnik, mit einem Abelam-Kulthaus sowie einer vergleichenden Übersicht textiler Techniken. Außerdem ist bis Juni 1987 die Wechselausstellung „Rund ums Essen" (Katalog, Birkhäuser Verlag, 19,50 sfr) zu sehen.

John Braine †

„. . . und nähme doch Schaden an seiner Seele" lautete, recht pathetisch, der deutsche Titel seines erfolgreichsten Romans. Die Geschichte des Aufsteigers Joe Lampton, der über Leichen geht, um sich einen „Platz an der Sonne" in der Gesellschaft zu erobern, sicherte John Braine kurzzeitig einen herausragenden Platz unter den Nachkriegsautoren Großbritanniens. Lakonischer Stil, zynischer Witz und scharfe Beobachtungsgabe kennzeichneten das Debut eines Autors, welcher der diffusen Gruppe der „angry young men" zugerechnet wurde und von dem man noch einiges erwarten durfte. „Room at the Top" erschien 1957; ein Jahr später wurde der Roman mit Simone Signoret verfilmt. Doch schon die Fortsetzung mit dem konsequenten Titel „Life at the Top", in dem die Gesellschaft des englischen Städtchens Warley erneut geschildert wird, entpuppte sich lediglich als schales Ehedrama. Den Erfolg seines Erstlingswerkes hat er auch mit seinen späteren Romanen nicht mehr wiederholen können. Am Dienstag ist John Braine im Alter von 64 Jahren in London gestorben.

no

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Ein Roman aus einer unbekannten, exotischen Welt: Die Australierin Charlotte Jay hat die Handlung auf den Ostteil die Insel Neuguinea verlegt. Hauptperson ist eine junge Witwe, die im Dschungel den plötzlichen Tod ihres Mannes mit der Hilfe von weißen Freunden und Eingeborenen aufklären will. Es ist eine merkwürdige Geschichte, voller Andeutungen und Vermutungen, leider ohne rote Faden. Fazit: Mit einem Kriminalfall, wie auf dem Umschlag angekündigt, hat dieses Buch wirklich nichts zu tun.

Bo.

Charlotte Jay: „Bis auf die Knochen". Ullstein, 223 S., 8,80 Mark.

Mordprozeß Wildhagen: Zehn Jahre Haft

HORST DALCHOW, München

Der 19jährige Schüler Dieter Wildhagen ist gestern zu einer Freiheitsstrafe von zehn Jahren verurteilt worden. Die Jugendkammer beim Landgericht München I folgte damit dem Antrag des Staatsanwalts, der dieses für Jugendliche höchste Strafmaß beantragt hatte. Für den Mitangeklagten Albert Koch (20) hielt das Gericht einen Freiheitsentzug von sieben Jahren für ausreichend. Der Staatsanwalt hatte neun Jahre gefordert.

In der Urteilsbegründung wies der Vorsitzende der Jugendstrafkammer Wildhagen darauf hin, daß durch die Haft „der Eispanzer um Ihr Herz im Interesse Ihres späteren Lebenswegs aufgebrochen" werden müsse. Eiseskälte hatte der intelligente Jugendliche nicht nur bei der Planung und Durchführung der Tat bewiesen: Noch in der Haft wollte er Mithäftlinge überreden, seinem Komplizen „zumindest das Nasenbein einzuschlagen". Nach seiner Meinung war nur durch dessen frühes Geständnis am Tag nach der Tat der geplante „perfekte Mord" mißlungen. Albert Koch sollte für 20 000 Mark in bar und eine Eigentumswohnung im Wert von 200 000 Mark den Täter chauffieren und dessen Alibi absichern.

In der Nacht zum 20. Oktober 1985 gegen ein Uhr setzte Koch seinen Freund vor dessen Elternhaus im Münchener Stadtteil Solln ab und nahm ihn gegen 2.20 Uhr wieder auf. Der hatte währenddessen seine 52jährige Mutter und seinen 22jährigen Bruder im Schlaf mit Kopfschüssen getötet.

Die als „Wilderergewehr" bekannte Schußwaffe hatte Koch in Brüssel gekauft und nach zahlreichen Verkaufsversuchen seinem Freund Wildhagen angeboten. Der griff zu, um seinen schon 1983 gefaßten Mordplan in die Tat umzusetzen. Bei der Scheidung seiner Eltern hatte er erfahren, daß seine Mutter ihn nicht gewünscht und sogar eine Abtreibung geplant hatte. Als sie ihn nach seiner Meinung auch noch um das Erbe seiner Großeltern betrog, beschloß er schließlich, sie und seinen immer bevorzugten Bruder aus dem Weg zu schaffen.

Firmenjubiläum mit guten Folgen

lz, München

Hundertjährige Firmenjubiläen werden gewöhnlich mit teuren Selbstdarstellungen und aufwendigen Betriebsfeiern begangen. Bei der Kaufhauskette Karstadt wäre der Festtermin im Jahre 1981 beinahe ebenso verlaufen, hätte nicht ein Mitarbeiter eine Idee gehabt, über die der damalige Bundespräsident Karl Carstens begeistert meinte, er hoffe, sie finde viele Nachahmer: Das Unternehmen stiftete dem Hermann-Gmeiner-Fonds eine Million Mark für ein SOS-Kinderdorf in der brasilianischen Metropole Rio de Janeiro.

Als jetzt Helmut Kutin, Gmeiners Nachfolger als Fonds-Vorsitzender, zu einer Dankfeier einlud, hatte sich die Millionen-Spende mehr als verdoppelt. Mitarbeiter der Kaufhauskette haben mehr als 1,3 Millionen Mark auf ein Spendenkonto überwiesen. Mit bewegten Worten dankten Roberto Colin, Sekretär an der brasilianischen Botschaft in Bonn, und die mit drei Kindern aus Rio angereiste Dorfmutter Onise Da Silva für die deutsche Hilfe. Noch kurz vor seinem Tod meinte „SOS"-Gründer Gmeiner über dieses bisher einzigartige Projekt: „Jetzt kann ich sagen: Die Welt ist auch gut."

Die Chinesen sind stets ein geradezu drachennärrisches Volk gewesen. Schon vor Jahrtausenden konstruierten sie Modelle drachenähnlicher Ungeheuer, die zunächst auf dem Boden angesiedelt waren und in farbenprächtigen Formen noch heute in Spielen auftauchen. Erst nach und nach drangen sie auch in den Luftraum vor. Ob aber zu ebener Erde oder am Himmel – in Asien macht die technische Perfektion nicht den wichtigsten Teil des Drachens aus. Entscheidend sind die ihnen innewohnenden Kräfte: Gefertigt aus Blättern, Papier, Seide oder – in jüngerer Zeit – auch Plastik können sie die Götter gnädig stimmen, Seelen retten und selbst Liebesbotschaften übermitteln



Geschöpfe an der Schnur wie Vögel im Wind

Sollte der Drache, also jenes an einer Schnur mit Hilfe des Herbstwindes gen Himmel steigende, meist aus Papier gefertigte, luftige Gebilde, tatsächlich irgendwann von einem begnadeten Konstrukteur erfunden worden sein? Oder entstand er nicht vielmehr, wie die meisten wirklich genialen Entwürfe, an verschiedenen Enden der Welt zugleich und „wie von selbst", etwa in China. Die Bezeichnung Drache stammt dorther.

Die Chinesen haben das Drachensteigen geradezu zur Wissenschaft erhoben; die ernsthaftesten Männer beschäftigen sich mit Himmelsdrachen, mit komplizierten Gebilden, von deren Konstruktionsmerkmalen wir uns kaum eine rechte Vorstellung machen können. Offenbar ging diese Erfindung alsbald rund um die Erde.

So fertigten die Maoris (auf Neuseeland) ebenfalls Drachen, alle ausschließlich in Vogelgestalt und aus der Rinde des Papiermaulbeerbaumes konstruiert, leicht, luftig und hervorragend steigfähig und ebenfalls schon seit Jahrhunderten und hier voll religiöser Bedeutung. Uralte Drachengesänge begleiten die aufsteigenden Vögel. Beschwörung der guten Lichtgeister.

1794 ließ Wilson in Nordamerika ein System von Drachen hochsteigen und maß mit ihrer Hilfe zum ersten Mal die Temperaturen oberer Luftschichten und ihrer unterschiedlichen Stufungen. De Romas und mit ihm der amerikanische Staatsmann Franklin leiteten mit Drachen, die sie mit Metallspitzen versahen – unabhängig voneinander und fast zur gleichen Zeit – Elektrizität aus den Wolken, womit sie schlüssig bewiesen, daß Blitze elektrischer Natur sind.

Papierdrachen sind im Grunde Schöpfungen einer friedlichen Gesinnung. Versuche, sie für kriegerische Zwecke zu nutzen, erzielten niemals befriedigende Ergebnisse. Ihre Tragkraft, selbst die größter Exemplare, ist zu gering. Besonders beim Start, beim Abheben vom Boden also, vertragen sie keine Belastung. Inwiefern sie, etwa in der Spionage, eine Rolle spielen – ein harmlos erscheinender Familienvater mit seinem Söhnchen läßt in der Nähe interessanter Objekte einen Drachen steigen, dessen automatische Kleinstkamera mit gutem Objektiv Aufnahmen macht –, ist nur den Abwehrdiensten bekannt.

Das Drachensteigen ist übrigens in der Theorie ungemein kompliziert. Meyers Enzyklopädisches Lexikon um 1900 definiert: „Die horizontale Resultante des Winddrucks, welche im Schwerpunkt der geneigten Drachenfläche angreift, zerlegt sich nach der Maßgabe des Parallelogramms in zwei Komponenten, von denen eine wirkungslos an der Fläche entlanggleitet, während die andere senkrecht gegen die Fläche aufwärts drückt. Der Druck setzt sich mit der abwärts wirkenden Schwerkraft, nämlich dem Gewicht des Drachens, zu einer Gesamtresultante zusammen. Die Schnur nimmt die Richtung dieser Resultante an und hält ihr durch ihre Spannung und mit Hilfe des sechsmal längeren Drachenschweifes das Gleichgewicht ..."

Und diesen komplizierten Vorgang bringen Zehnjährige mühelos zustande! WOLFGANG ALTENDORF

Die Elektrizitätswerke geben fürs Drachensteigen in diesen Herbsttagen einige „Verhaltensmaßregeln", die man beachten sollte: Drachensteiger müssen bei ihrem Sport wenigstens 500 Meter, also einen halben Kilometer, Abstand zur nächsten Freileitung („Überlandleitungen" oder anderen elektrischen Leitungen) halten. Halteleinen dürfen nicht aus Metall oder eingewebten Metallfäden bestehen, vielmehr aus Nylon oder aus starkem Bindfaden. Sie sollen nicht länger als 100 Meter sein. Damit erreicht man schon eine beträchtliche Höhe. Schließlich: Von Flugplätzen muß man sich fernhalten: bei Flughäfen sechs Kilometer, bei Sportflugplätzen drei Kilometer. Das sind gesetzliche Verordnungen, die entsprechende Schadenersatzanforderungen juristisch begründen können. DW.

LEUTE HEUTE

Bud sattelt um

Der zentnerschwere, gutmütige Westernheld **Bud Spencer** (Foto), beim europäischen und amerikanischen Publikum allgemein bekannt



und beliebt, hängt jetzt den Colt an den Nagel, unterbricht seine 18jährige Zusammenarbeit mit **Terence Hill** und sattelt (im Film) auf Privatdetektiv um. Der Darsteller, der eigentlich Carlo Pedersoli heißt und ein waschechter Neapolitaner ist, hat sich mit dem König des italienischen Privatfernsehens, **Silvio Berlusconi**, verbündet und dreht mit ihm eine sechsteilige, 18 Millionen Mark teure Fernsehserie mit dem Titel „Big man". Thema sind Fälle von Versicherungsbetrug, die der Detektiv aufklärt. Beim staatlichen Fernsehen Italiens ist man nicht sehr erfreut über die Allianz zwischen dem „Big man" und dem „Big producer". Rü.

Debbie lernt Deutsch

Bei einem von der Universität Warwick veranstalteten „Festival der Sprachen" wurde jetzt das „Sprachgenie des Jahres" gewählt. Den Titel erhielt die 18jährige **Deborah Nache** aus Walsall bei Birmingham. Die Schülerin kann sich perfekt in Italienisch, Französisch, Spanisch, Russisch und Japanisch verständigen. Der Preis für das Talent ist ein vierwöchige Reise nach Deutschland – damit Deborah bald mit einer sechsten Fremdsprache aufwarten kann.

New Yorker trauern Lochstreifen nach

Konfetti-Paraden sind nur noch die Hälfte wert / Eine Folge der Elektronik in den Büros

FRIEDRICH NEWEL, New York

New Yorks „Ticker Tape Parade" mit Konfetti-Parade zu übersetzen, ist nicht ganz zulässig. Denn das, was den Helden zu Ehren aus den Hochhäusern im Wall-Street-Distrikt flattern soll, müßte streng genommen Telex-Abfall sein und nicht irgendwelches Konfetti.

Die Überreste sind die feinen und winzigen Papierblättchen, die beim Stanzen der Lochstreifen anfallen. Ebenfalls bei der Parade noch erlaubt: der Lochstreifen selbst.

Als Charles Lindbergh am 13. Juni 1927 für seine Atlantik-Überquerung die begehrte Parade bekam, warfen die New Yorker Büroangestellten immerhin 1,25 Tonnen dieses Telex-Abfalls auf den mutigen Flieger. Mit noch mehr überschüttete man 1962 den Astronauten John Glenn. Er hält den Ticker-Tape-Rekord mit 3,47 Tonnen.

Als am Dienstag die Spieler der New Yorker Baseball-Mannschaft „Mets" für ihre US-Meisterschaft durch den „Helden-Canyon" Manhattans fahren durften, kam zwar auch viel zusammen, doch mit dem Müll alter Tage haben die heutigen Büro-Abfälle kaum noch etwas gemeinsam.

Im Zeitalter der Computer fällt es den Beteiligten immer schwerer, das Ticker Tape zu bekommen. Als vor zwei Jahren die amerikanischen Olympiasieger in New York gefeiert wurden, mußte die Stadt sogar fast 250 000 Dollar ausgeben, um überhaupt original Ticker Tape zu bekommen. Dafür klapperte man die Büros in der ländlichen Umgebung ab, wo sich die Elektronik noch nicht so deutlich durchgesetzt hat.

Damals faßte die Stadt auch den Beschluß, künftig vorzubeugen. In riesigen Lagerhallen wurden seither die begehrten Lochstreifen gehortet, die man umsonst oder gegen ein paar Dollar von Firmen in Connecticut, New Jersey oder Philadelphia erhielt.

Die „Mets" bekamen den warmen Ticker-Tape-Regen jedenfalls noch zu spüren. Er wäre aber äußerst dünn ausgefallen, hätten die Büroangestellten nicht noch anderes Papier aus dem Fenster geworfen. So flatterten Papierschnipsel, Toilettenpapier und zum Schrecken vieler Manager auch Computer-Formulare auf die Helden.

In den nächsten Tagen werden die Chefs wohl wenig ruhig schlafen, denn wer die bedruckten Endlosformulare entziffern kann und sie auch gesammelt hat, wird so manches Bürogeheimnis entdecken.

WETTER: Freundlich

Lage: Die eingeflossene kühle Meeresluft gelangt heute unter Zwischenhocheinfluß. Heranziehende Tiefausläufer gestalten am Freitag das Wetter wieder unbeständiger.

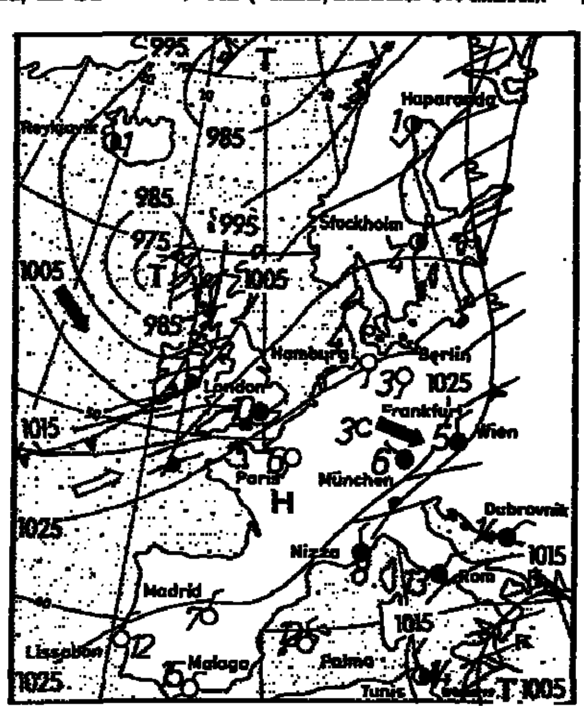
Vorhersage für Donnerstag: Nach Auflösung von Nebelfeldern heiter bis wolkig und niederschlagsfrei. Tagestemperaturen um 10 Grad. Gegen Abend von Nordwesten her eintrübend und einsetzender Regen. Nachts 4 bis 7 Grad, im Südosten nahe Null. Mäßiger Wind aus West, gegen Abend auf Südwest drehend.

Weitere Aussichten: Wechselnd bewölkt mit Regen, dann in Regenschauer übergehend, in höheren Lagen auch als Schnee. Temperaturen allmählich zurückgehend, nachts Bodenfrostgefahr.

Sonnenaufgang am Freitag: 7.12 Uhr*, Untergang: 16.58 Uhr; **Mondaufgang:** 4.37 Uhr, Untergang: 16.13 Uhr (* MEZ; zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 30. Okt., 8 Uhr

- H Hochdruckzentrum
- T Tiefdruckzentrum
- wolkenlos
- heiter
- halb bedeckt
- wolkig
- bedeckt
- Windstille
- Nordwind 10 km/h
- Ostwind 20 km/h
- Südwind 30 km/h
- Westwind 40 km/h
- Nebel
- Nieseln
- Regen
- Schnee
- Schauer
- Gewitter
- Niederschlagsgebiet
- Temperaturen in °C
- Warmfront
- Okklusion
- Kaltfront am Boden
- Kaltfront in der Höhe
- Luftströmung warm
- Luftströmung kalt
- Isobaren



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Mittwoch, 13 Uhr (MEZ):

Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	11	Sp
Bielefeld	11	bw
Braunlage	7	R
Bremen	11	bw
Dortmund	12	bw
Dresden	10	bw
Düsseldorf	12	he
Erfurt	10	Sp
Essen	11	bw
Feldberg/S.	5	R
Flensburg	11	be
Frankfurt/M.	11	bw
Freiburg	13	bd
Garmisch	7	R
Greifswald	10	R
Hamburg	11	bw
Hannover	11	bw
Kahler Asten	4	iW
Kassel	9	bd
Kempten	6	R
Kiel	11	bw
Koblenz	11	bw
Köln-Bonn	12	bw
Konstanz	8	R
Leipzig	11	bd
List/Sylt	11	he
Lübeck	11	bw
Mannheim	11	R
München	8	R
Münster	11	bw
Norderney	11	bw
Nürnberg	8	Sp
Oberstdorf	7	R
Passau	5	R
Saarbrücken	8	bd
Stuttgart	11	bd
Trier	10	bw
Zugspitze	-3	S

Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	20	bw
Amsterdam	12	he
Athen	17	R
Barcelona	19	he
Belgrad	13	he
Bordeaux	15	he
Bozen	14	bw
Brüssel	11	he
Budapest	13	wl
Bukarest	8	bd
Casablanca	24	wl
Dublin	9	he
Dubrovnik	20	he
Edinburgh	8	he
Faro	21	he
Florenz	21	he
Genf	8	bd
Helsinki	7	bw
Hongkong	–	–
Innsbruck	9	bd
Istanbul	19	bw
Kairo	30	wl
Klagenfurt	7	he
Konstanza	10	bd
Kopenhagen	11	bw
Korfu	18	bd
Las Palmas	24	he
Leningrad	7	he
Lissabon	21	he
Locarno	12	bd
London	12	he
Los Angeles	19	bw
Luxemburg	10	he
Madrid	18	he
Mailand	19	he
Malaga	21	he
Mallorca	19	bw
Moskau	-1	bd
Neapel	16	he
New York	10	wl
Nizza	20	he
Oslo	10	he
Ostende	12	wl
Palermo	19	R
Paris	13	be
Peking	4	he
Prag	7	R
Rhodos	18	R
Rom	20	bw
Salzburg	11	bw
Singapur	–	–
Split	18	he
Stockholm	8	R
Straßburg	11	bw
Tel Aviv	29	he
Tokio	18	bd
Tunis	21	bw
Valencia	21	wl
Varna	10	bd
Venedig	14	he
Warschau	12	bd
Wien	6	bw
Zürich	8	bd

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Warum immer wieder München?

Erneut Vierlinge in Uni-Klink Großhadern / Ein Zentrum für Problemgeburten

VERA ZYLKA, Bonn

Nachdem innerhalb einer Woche die dritte spektakuläre Mehrlingsgeburt (zweimal Vierlinge und einmal Fünflinge) aus der Münchener Universitäts-Frauenklinik Großhadern gemeldet worden ist, könnte man glauben, daß reicher Kindersegen „auf einen Schlag" eine Münchner Spezialität sei. Handelt es sich hierbei um den Einfluß der „kernigen Bayernbua'm" oder eher um einen puren Zufall? Es scheint wohl weder das eine noch das andere zu sein.

Tatsache ist allerdings, daß sich die Universitäts-Frauenklinik in Großhadern für Bayern zu einem Zentrum für Problemgeburten entwickelt hat. Während im Landesdurchschnitt nur 5,6 Prozent der Kinder zu früh auf die Welt kommen, sind es in der Münchner Uni-Klinik etwa 16 Prozent aller Geburten. Weitere Spezialkliniken sind unter anderem in Hamburg-Eppendorf und Köln. Warum Mehrlingsgeburten in jüngster Zeit in dieser Häufung vor allem aus München gemeldet werden, dafür gibt es keine wissenschaftliche Erklärung.

Bei den vielbeachteten Vier- und Fünflingen handelt es sich ebenfalls um sogenannte Frühgeburten, die meist durch eine Kaiserschnitt-Operation das Licht der Welt erblicken. Da diese Kinder im Durchschnitt bei der Geburt nur etwa 750 und 1300 Gramm wiegen, bedürfen sie einer besonderen medizinischen Betreuung, die an Geräte gebunden ist, mit der nur große Kliniken ausgestattet sind. So sind die Lungen der kleinen Erdenbürger noch nicht voll ausgereift, so daß ihre Atmung maschinell unterstützt werden muß.

Ein weiterer Grund für das Auftreten von Mehrlingsschwangerschaften ist die Hormonbehandlung von Frauen, die wegen Unter- oder Fehlfunktion der Eierstöcke ohne Nachwuchs geblieben sind. Mehrlingsgeburten sind quasi als unerwünschte Nebenwirkung dieser Behandlungsform anzusehen. Nicht nur aus der Großhaderner Klinik, sondern auch von anderen jungen Müttern im In- und Ausland wird berichtet, daß sie vor ihrer Schwangerschaft Hormonpräparate eingenommen haben.

Mit der Therapie gegen die Unfruchtbarkeit (Sterilität) hat man gegen Ende der 50er Jahre begonnen. An der Entwicklung dieser Behandlungsform waren neben schwedischen und israelischen auch deutsche Forscher beteiligt. Als Hormone werden Sexualstoffe verwendet, die in der Hirnanhangdrüse (Hypophyse) und in der Plazenta entstehen. Diese sogenannten Gonadotropine sind Substanzen, die übergeordnete Aufgaben im Körper übernehmen und das Wachstum der Keimdrüsen im weiblichen wie auch im männlichen Organismus steuern. Sie sind daher auch für die Entwicklung der unreifen weiblichen Eizellen, Follikel genannt, verantwortlich. Leider funktioniert der Kontrollmechanismus für die Reifung nur eines Follikels, so wie die Natur es vorsieht, unter Medikamentengabe selten. Folglich kommt es bei etwa 50 Prozent der Patientinnen unter Hormonbehandlung zur Ausreifung mehrerer Follikel und zu mehreren Eisprüngen innerhalb eines Zyklus. Werden diese Eizellen befruchtet, dann entsteht eine Mehrlingsschwangerschaft.

Die sehr differenzierte Hormon-Therapie, die eine ständige Kontrolle durch den Frauenarzt erfordert, bringt insgesamt gute Resultate. Bei rund 40 Prozent der Frauen stellt sich der gewünschte Kindersegen ein. Da etwa bei einem Viertel der erzielten Schwangerschaften mit Mehrlingen zu rechnen ist, werden die Patientinnen zu Beginn der Behandlung schriftlich über die möglicherweise „erhöhte Kinderrate" informiert.

Aber nicht nur die Patientin, die sich einer hormonellen Sterilitätsbehandlung unterzogen hat, muß mit einer Mehrlingsgeburt rechnen. Auch Frauen, die bereits in den ersten drei Monaten nach Absetzen der „Pille" schwanger werden, haben erheblich größere Chancen, mehr als ein Kind zur Welt zu bringen. Zu diesem Ergebnis gelangte eine Untersuchung über einen Zeitraum von dreißig Jahren mit mehr als 2000 Frauen aus den USA, Großbritannien, Australien und Südafrika.

Deutsche Rowdies plündern Wiener Geschäfte

KURT POLLAK, Wien

Hunderte meist jugendliche deutsche Schlachtenbummler, die zum Fußballänderspiel nach Österreich gekommen waren, haben gestern in der Wiener Innenstadt randaliert. Eine zwanzigköpfige Gruppe plünderte drei Parfümerien. Ein Wachbeamter erlitt Verletzungen, elf Jugendliche wurden verhaftet. 300 Skinheads aus München zogen ebenfalls randalierend durch Wien. Sie wurden von einem Polizeiaufgebot begleitet, um Zusammenstöße mit der Bevölkerung zu vermeiden.

Selbstmord im Ministerium

dpa, Bonn

Ein Leitender Beamter im Auswärtigen Amt hat sich gestern morgen gegen sieben Uhr an seinem Schreibtisch eine Kugel durch den Kopf geschossen. Für den Schwerverletzten, der sofort mit einem Rettungswagen in die Universitätsklinik gebracht wurde, kam jede Hilfe zu spät. Der 45jährige habe unter starken Depressionen gelitten, hieß es.

Patient schoß auf Arzt

dpa, Moskau

Ein Sowjetbürger, der nach dem falschen Befund auf Knochentuberkulose und der anschließenden Operation zum Rollstuhlfahrer wurde, hat in einem Racheakt einen Assistenz-Arzt mit einem Gewehrschuß schwer verletzt. Ein sowjetisches Gericht habe ihn dafür zu drei Jahren Freiheitsentzug verurteilt, berichtete die Zeitung „Literaturnaja Gaseta".

Haftbeschwerde eingelegt

dpa, Bad Hersfeld

Der Anwalt von Monika Weimar, die am Montag wegen Verdachts des Mordes an ihren beiden Töchtern verhaftet worden war, hat beim Amtsgericht Fulda Beschwerde eingelegt. Der Haftbefehl sei mit „heißer Nadel gestrickt" worden, weil die Anklagebehörde unter Erfolgszwang stehe. „Wann und wie Frau Weimar die Tat begangen haben soll, verschweigt der Haftbefehl", sagte der Anwalt.

Einstiegsdroge Restalkohol

AP, Linz

Das sogenannte alkoholfreie Bier erscheint in den Krankengeschichten rückfällig gewordener Alkoholiker zunehmend als „Einstiegsdroge". Österreichische Mediziner weisen darauf hin, daß „alkoholfreies" Bier auch bei entwöhnten Alkoholikern durch den Restalkoholgehalt zum Rückfall führen könne.

Brandstifter gefaßt?

dpa, Ulm

Ein 19jähriger Mann ist unter dem Verdacht verhaftet worden, den Großbrand in der Ulmer Universitätsklinik gelegt zu haben. Bei der Bekämpfung des Feuers waren am Montag vier Feuerwehrmänner und eine Laborantin verletzt worden.

Dieb aus Leidenschaft

SAD, New York

Seine Leidenschaft für Omnibusse machte einen jungen New Yorker zum Dieb: In Fahrerkluft – weißes Hemd und blaue Krawatte – fuhr er einen Bus aus dem Depot und pendelte mit Fahrgästen zwischen zwei Haltestellen diesseits und jenseits des Hudson. Was den Passagieren angenehm auffiel: Der Mann kassierte 50 Cent anstatt des üblichen Dollars. Erst nach zweieinhalb Stunden legte ihm ein Kontrolleur des Busunternehmens das Handwerk.

Überfall auf Soldaten

AP, Düren

Zwei Gefreite haben bei einer militärischen Übung im Kreis Düren Gebrauch von der Schußwaffe gemacht, nachdem sie von einem Zivilisten angegriffen worden waren. Der mit einem Tarnanzug bekleidete Mann hatte in der Nacht zu Mittwoch erfolglos versucht, den Soldaten eine Waffe zu entwenden und flüchtete daraufhin. Nach dreimaligem Aufruf stehenzubleiben, schossen die Soldaten. Die Polizei nahm den Mann mit einer Oberarmwunde wenig später in dessen 150 Meter vom Tatort entfernten Elternhaus vorläufig fest. Politische Motive werden ausgeschlossen.

Von Elefant zertrampelt

AFP, Nairobi

Ein Schäfer ist auf einer Weide in Ostkenia von einem Elefanten zertrampelt worden. Zwei weitere Schäfer konnten die Flucht ergreifen. Bereits vor zwei Wochen erschossen Sicherheitskräfte im gleichen Gebiet einen Elefanten, der in eine Farm eingedrungen war und dort Panik auslöste. Vermutlich werden die Tiere von den großen Maisfeldern um die bewohnten Zonen angezogen.

ZU GUTER LETZT

Insgesamt 36 Kinder „erfand" ein algerischer Gastarbeiter in Lyon. Für seinen Phantasie-Nachwuchs kassierte er innerhalb von drei Jahren umgerechnet mehr als 100 000 Mark Kindergeld. Jetzt steht er wegen Betrugs vor Gericht.